



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 109

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 109

.....  
vom 16.09.2011

.....  
del 16/09/2011

Präsident  
Vizepräsidentin

Mauro Minniti  
DDr.<sup>in</sup> Julia Unterberger

Presidente  
Vicepresidente

# WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 109

vom 16.09.2011

## Inhaltsverzeichnis

*Landesgesetzentwurf Nr. 89/11: "Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger" (Fortsetzung). . . . .* Seite 1

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Egger, Mair, Tinkhauser und Stocker Sigmar, betreffend: Zuwanderung ist nicht immer eine Bereicherung – anhaltende Einwanderung birgt Gefahr des Islamismus. . . . . Seite 5

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 4 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Mair, Tinkhauser und Leitner, betreffend: Zuwanderung – Abwanderung – Lebensqualität. . . . . Seite 19

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Stocker Sigmar, Mair, Tinkhauser und Egger, betreffend: Einheimische zuerst – Vorschläge zur Regelung der Einwanderung – Integration von Ausländern. . . . .Seite 23

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Mair, Egger, Stocker Sigmar, Leitner und Tinkhauser, betreffend verbindliche Elternkurse. . . . . Seite 30

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 7 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Stocker Sigmar, Mair, Egger, Leitner und Tinkhauser, betreffend: Nein zu einer Antidiskriminierungsstelle für Einwanderer in Südtirol! . . . . .Seite 35

# RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 109

del 16/09/2011

## Indice

*Disegno di legge provinciale n. 89/11: "Integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri" (continuazione). . . . .* pag. 1

Ordine del giorno n. 3 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Leitner, Egger, Mair, Tinkhauser e Stocker Sigmar, concernente: Immigrazione non equivale sempre ad arricchimento – la continua immigrazione nasconde il pericolo del fondamentalismo islamico . . . . . pag. 5

Ordine del giorno n. 4 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Mair, Tinkhauser e Leitner, concernente: L'immigrazione – spopolamento – qualità di vita. . . . . pag. 19

Ordine del giorno n. 5 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Leitner, Stocker Sigmar, Mair, Tinkhauser e Egger, concernente: Priorità alla popolazione locale – proposte per regolamentare l'immigrazione – integrazione degli stranieri. . . . . pag. 23

Ordine del giorno n. 6 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Mair, Egger, Stocker Sigmar, Leitner e Tinkhauser, concernente corsi obbligatori per genitori. . . . . pag. 30

Ordine del giorno n. 7 dell'8.9.2011, presentata dai consiglieri Stocker Sigmar, Mair, Egger, Leitner e Tinkhauser, concernente: No al Centro di tutela contro le discriminazioni per gli immigrati in Alto Adige. . . . . pag. 35

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 8 vom 12.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend: Informationen über den Erwerb der Staatsbürgerschaft. . . . .Seite 41

Ordine del giorno n. 8 del 12.9.2011, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss, concernente: Informare sul diritto alla cittadinanza. . . . .pag. 40

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9 vom 15.9.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: Die Einrichtung einer Schule für Ausländer würde die Probleme im Unterricht lösen, die deren Anwesenheit in der italienischen und deutschen Schule verursacht. . . . . Seite 45

Ordine del giorno n. 9 del 15.9.2011, presentato dal consigliere Seppi, concernente: Creare la scuola per stranieri è la soluzione al disagio didattico causato dalla loro presenza in quella italiana o tedesca. . . . . pag. 45

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 10 vom 15.9.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: Die Zusammenführung von Nicht-EU-Bürgern und ihren Familien bringt unweigerlich Wohnungsprobleme mit sich. . . . . Seite 49

Ordine del giorno n. 10 del 15.9.2011, presentato dal consigliere Seppi, concernente: Ricongiungimento fra extracomunitari e relative famiglie con annesso il problema abitativo. . . . .pag. 49

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 11 vom 15.9.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: Anstatt des Arbeitgebers stellt das Institut für sozialen Wohnbau Nicht-EU-Bürgern Wohnungen zur Verfügung: Eine unannehmbare Situation. . . . .Seite 55

Ordine del giorno n. 11 del 15.9.2011, presentato dal consigliere Seppi, riguardante: L'Ipes sta sostituendosi ai datori di lavoro per dare alloggio agli extracomunitari: situazione sociale inaccettabile. . . . . pag. 55

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 12 vom 15.9.2011, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend die Zuweisung der Wohnungen des Wohnbauinstituts. . . . . Seite 60

Ordine del giorno n. 12 del 15.9.2011, presentato dalla consigliera Artioli, concernente l'assegnazione case Ipes. . . . .pag. 60

Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 13 vom 15.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Klotz, betreffend die Regelung der Zuwanderung. . . . .Seite 62

Ordine del giorno n. 13 del 15.9.2011, presentato dai consiglieri Knoll e Klotz, concernente la regolamentazione dell'immigrazione. . . . .pag. 62

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti**

**Ore 10.03 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso (ultimo banco).

Si sono giustificati il consigliere Vezzali e il Presidente della Giunta Durnwalder.

La parola al consigliere Pichler Rolle, ne ha facoltà.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Sie haben bei den Entschuldigungen Frau Rosa Thaler Zelger nicht genannt. Nachdem sie an der Regionenpräsidentenkonferenz teilnimmt, müsste sie auch entschuldigt sein.

**PRESIDENTE:** Ha ragione. Ho avuto la giustificazione personalmente.

**Proseguiamo con la trattazione del punto 29) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 89/11: "Integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri" (continuazione).***

**Punkt 29 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 89/11: "Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger" (Fortsetzung).***

Ieri sera abbiamo letto l'ordine del giorno n. 2.

La parola al consigliere Leitner per l'illustrazione, ne ha facoltà.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** "Vergabe von Wohnungen des WOBI nur gegen Nachweis einfacher Deutsch- bzw. Italienischkenntnisse". Ich habe in der Generaldebatte auf diese Problematik hingewiesen. Wir machen ein Gesetz, von dem Menschen betroffen sind, über die wir teilweise wenig wissen, die wir brauchen, aber über die man eigentlich sehr, sehr wenig weiß. Man weiß dann etwas, wenn es zu Problemen kommt, wobei man diese in den meisten Fällen zunächst nicht glauben will, weil diejenigen, die sich damit befassen müssen, in einer ganz anderen Realität leben.

Dieses Thema ist sehr, sehr wichtig. Wenn die Integration funktionieren soll, dann funktioniert sie dort, wo die Menschen aufeinandertreffen. Das kann man nicht dekretieren. Man kann viele schöne Worte verlieren, aber wo Menschen verschiedener Herkunft mit den Einheimischen aufeinandertreffen, und zwar dort, wo der Wohnbereich, der Arbeitsplatz ist, entstehen natürlich auch die Reibungsflächen und davon will die offizielle Politik auch in Südtirol nichts wissen. Sie weiß von den Problemen und kennt sie, aber sie handelt hier nicht entsprechend. Wir haben hier in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert, dass man die Menschen allein lässt.

Bei dieser Gelegenheit weise ich noch einmal darauf hin, dass wir oft angeregt haben, irgendeine Anlaufstelle bei einem Landesamt - es muss nicht ein zusätzliches Amt sein - zu schaffen, wo man diese Probleme auch deponieren kann, die dann aber auch ernst genommen werden müssen und denen man auch nachgeht. Hier fühlen sich die Menschen einfach allein gelassen und die größten Probleme, wie wir es erfahren, entstehen in den Kondominien. In Wohnungen des Wohnbauinstitutes gibt es sehr, sehr viele Problemfälle.

Eine Voraussetzung, dass Integration gelingen kann - das haben eigentlich alle gesagt -, ist natürlich das Erlernen bzw. die Kenntnis von Sprachen, der Landessprachen. Wie will ich in einem Kondominium, und zwar dort, wo mehrere Familien zusammentreffen, etwas ausreden, etwas klären, wenn ein Teil davon meine Sprache nicht versteht? Ich habe bereits das Beispiel von Vorarlberg gebracht - in Österreich gibt es derzeit Anträge auch in anderen Bundesländern -, in dem es bereits eingeführt wurde, nämlich dass bei der Vergabe von öffentlichen Wohnungen die Kenntnis der deutschen Sprache verlangt wird. Wir haben natürlich eine andere Situation, weil es bei uns drei Landessprachen gibt. Die ladinischen Gemeinden sind zahlenmäßig nicht viele, aber auch dort

wäre es sicherlich wünschenswert, wenn die Zuwanderer ladinisch, vor allem aber die zwei großen Landessprachen, nämlich Deutsch und Italienisch oder zumindest eine davon, lernen würden, damit sich die Menschen verständigen können.

Deshalb zielt der Beschlussantrag darauf ab, dass die Zuteilungskriterien für Wohnungen des Wohnbauinstitutes geändert werden, dass nur jene zum Zuge kommen, die eine der beiden Landessprachen ausreichend können, um sich verständigen zu können. Landesrat Tommasini schüttelt den Kopf. Er möge mir, wenn die Landesregierung diesen Beschlussantrag ablehnt, sagen, wie er sich Integration in den Kondominien und in den Wohnungen vorstellt. Müssen sie dann alle zum Ausländerbeirat oder zum Einwanderungsbeirat gehen, und zwar über drei Ecken hin- und herschreiben, sich auf Beamte verlassen, oder ist er nicht der Meinung, dass man die Probleme vor Ort direkt mit den Betroffenen lösen muss? Wenn ein Landesbeamter oder ein Beamter des Wohnbauinstitutes hingehet und eine Kondominiumsversammlung macht, dann frage ich mich, wie er sich verständigen will, wenn diese Leute weder Deutsch noch Italienisch können. Man wird ihnen wahrscheinlich eine Anleitung in arabischer, chinesischer Sprache oder in welcher auch immer geben, aber die Kommunikation findet nicht statt. Wenn man diese Kommunikation ausschließt, dann wird die Integration nicht zustande kommen. Diese Blauäugigkeit, mit der die Landesregierung hier unterwegs ist, verwundert mich immer wieder. Man merkt gerade an dieser Diskussion, wie lästig die Diskussion der Landesregierung ist. Man will diese heiße Kartoffel so schnell wie möglich wegschieben und sich hinter der Nicht-Zuständigkeit verstecken. So einfach könnt Ihr es Euch nicht machen, weil dies die Bevölkerung nicht mehr mitmacht! Die Bevölkerung erwartet sich hier einfach ein Mittun, eine Hilfe, und sie will ernst genommen werden, und das fehlt in dieser Angelegenheit einfach. Wenn diese Sprachdefizite der Zuwanderer nicht angegangen werden, wenn man sie nicht verbessert, dann werden sie nicht imstande sein, eine Hausordnung zu lesen, und dort, von wo sie herkommen, gibt es möglicherweise keine oder eine andere Hausordnung.

Wir stellen uns schon immer auf die Seite unserer Leute, die Verständnis haben, wenn andere Menschen kommen, die sich aber erwarten, dass diese dann auch mittun, dass man mit ihnen reden kann, dass man sie vielleicht auch aufklären kann, dass man sie informieren kann, auf bestimmte Dinge hinweisen kann, beispielsweise darauf, dass man in einem Stiegenhaus kein Feuer anzündet. Das mag in einem arabischen Land, in dem es keine Einrichtungsgegenstände aus Holz gibt, selbstverständlich sein. Das sind ganz banale Dinge, über die Ihr vielleicht den Kopf schüttelt, mit denen aber die Menschen, die dort leben, ein Problem haben, die auch ein Problem haben, wenn in einem Kondominium beispielsweise anders gekocht wird und Gewürze verwendet werden, die man nicht gewohnt ist. Das könnt Ihr vielleicht lächelnd beiseite schieben, aber für die Menschen, die dort leben, ist es ein Problem. Wenn diese kleinen Dinge nicht ernst genommen werden, dann wird man die großen sicherlich nicht lösen können. Dazu braucht es nicht viel, da braucht es nur den Willen und die Bereitschaft der Zuwanderer auch mitzutun. Dort muss man es auch verlangen, denn wenn wir es nicht verlangen, dann werden sie auch die größeren Schritte nicht machen. Es fängt im Kleinen an, wo Menschen Tür an Tür leben, wo man sich tagtäglich begegnet, wo dieser Kontakt stattfindet, wo man sich nicht austauschen kann, wo man sich nicht versteht, wenn man die Sprache nicht beherrscht.

Alle sagen, Integration erfolge über die Sprache. Gut so, aber damit sie die Sprache auch lernen ... Es wurde hier schon gesagt, dass, wenn man in andere Länder geht, Sprachkenntnisse die Voraussetzung ist. Ich kann nicht nach Kanada oder Australien gehen, denn ich bekomme dort sicher keinen Arbeitsplatz, wenn ich nicht die englische Sprache kann. Ich habe dort überhaupt keine Chance! Bei uns kann jeder herkommen, weil wir ihn auch brauchen. Wir werden heute im Laufe des Tages noch einmal darauf zu sprechen kommen, wenn wir alles brauchen. Ich habe es heute schon einmal in der Bar draußen gesagt. Geht einmal um diese Zeit in Brixen auf den Domplatz, zählt die Leute, die dort sind, schaut, wie viele Einheimische dort sind, und dann fragt Euch, ob diese alle nicht arbeiten. Sie haben alle ein Handy, tragen schöne Kleidung. Das sehen unsere Leute, und das hat nicht mit Neid zu tun, sondern das sind Tatsachen. Wie erklärt Ihr Euch dies? Was sagt Ihr in diesem Zusammenhang unseren Menschen? Dann sind sie nicht bereit, eine Landessprache zu erlernen, weil man heute mit den technischen Kommunikationsmitteln über Satellit Sender des Heimatlandes empfangen kann. Sogar Programme bzw. das Fernsehen aus den arabischen Ländern kann man empfangen. Da gibt es ja keine Notwendigkeit, sich zu integrieren. Hinzugehen in ein Amt, um irgendwelche Leistungen abzuholen, so weit ist man allerdings schon, denn da hat man dann die Unterstützung durch die Gewerkschaften usw.

Wenn man diese Dinge nicht anspricht, sie nicht angeht, dann werden wir in spätestens fünf Jahren ein großes Problem haben. Wir haben jetzt noch die Möglichkeit, Dinge zu korrigieren oder in eine bestimmte Richtung zu lenken. Wenn wir die Dinge schleifen lassen, dann werden wir – ich sage es noch einmal – in spätestens fünf Jahren ein großes Problem haben, denn der prozentuelle Zuwachs ... Hier wurden Zahlen genannt, die man

natürlich unterschiedlich interpretieren kann, aber in Summe haben wir ein quantitatives und qualitatives Problem und der qualitative Aspekt - noch einmal - ist natürlich entschieden über die Sprache zu regeln.

Wir erwarten uns einfach von Leuten, die in Südtirol soziale Leistungen in Anspruch nehmen – dazu gehört auch eine soziale Wohnung –, dass sie ein Mindestmaß an Sprachkenntnissen haben, um sich auch mit unseren Menschen verständigen zu können, damit sie sich integrieren können, sonst wird jede Integration scheitern.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** C'è poco da discutere, questa cosa non è possibile, consigliere Leitner. Se fosse possibile, un governo che ha dentro la Lega e ha studiato con il ministro Maroni tutte le possibilità di collegare ad un esame di lingua l'accesso ai benefici sociali, l'avrebbe messo in pratica. Ma purtroppo per la Lega e purtroppo per voi, colleghi, c'è la Costituzione italiana che dice che tutti i cittadini hanno pari dignità sociale, sono uguali davanti alla legge, senza distinzioni di sesso, di razza, di lingua. Questo impedisce, oltre alle norme europee, di legare i benefici sociali alla conoscenza delle lingue. Cioè ha diritto al beneficio sociale chi è in certe condizioni economico-sociali, non chi sa la lingua. Questa è la Costituzione e la normativa europea.

Invece il Governo, da dicembre ha introdotto sì un test di lingua, sappiamo che c'è stato un dibattito qui per quanto riguarda l'italiano e il tedesco, obbligatorio come presupposto per ottenere il permesso di soggiorno, perché su questo si può discutere. Io sto facendo un ragionamento su cosa è possibile e su cosa non lo è, e su questo un governo può mettere una limitazione. Quindi è stato introdotto dal dicembre 2010 attraverso il decreto del 4.6.2010, firmato dai Ministri Maroni e Gelmini, un esame di lingua obbligatorio per avere il permesso di soggiorno. Noi sappiamo che il permesso di soggiorno è il presupposto per la residenza legale nel territorio.

Non è possibile collegare i benefici sociali alla lingua, perché la casa, i contributi ecc. appartengono ad altri tipi di criteri, rispondono ad altri tipi di bisogni. Invece è stato collegato il permesso di soggiorno al test di lingua, e visto che il permesso di soggiorno è il presupposto per l'accesso ai benefici sociali, indirettamente il presupposto della lingua è un presupposto generale.

Io vorrei dire una cosa. Conoscere la lingua è un diritto. Forse noi qui vediamo questa questione della lingua con un'altra ottica, perché è vero, qui ci sono persone, che però non sono gli stranieri, che magari sono nate qui o vivono qui da anni e non hanno mai imparato una parola della lingua maggioritaria in questa provincia, cioè di tedesco, consolandosi con il discorso "qui siamo in Italia e si parla l'italiano". Un tempo si diceva questo e ci sono generazioni che sono state fatte nascere con questa illusione. Io Le posso garantire che non trovo uno straniero che dica che qui siamo in Italia e si parla il senegalese, nessuno straniero può dire che qui siamo in Marocco e si parla il marocchino. L'atteggiamento degli stranieri verso la lingua è un atteggiamento di volontà assoluta di apprendimento, perché è la loro prima esigenza quella di capire e di farsi capire per presentarsi al datore di lavoro, per presentarsi ad un ufficio pubblico ecc. e non hanno nessun alibi come altri, quelli che citava Sven Knoll ieri e quelli che ho citato io oggi, hanno avuto per anni. Quindi il problema della lingua per gli stranieri è un problema di sostenere l'apprendimento della lingua, perché la lingua per uno che arriva è un diritto prima che un dovere, è un presupposto per essere un cittadino. Io credo che chi non vede gli stranieri con il binocolo ma ci parla, li incontra tutti i giorni come chi vive per esempio in una grande città come Bolzano fa, sa benissimo che la volontà di apprendimento c'è, bisogna sostenerla. La lingua è un diritto, non può essere un bastone che noi diamo sulla testa a chi in quel momento quel diritto ancora non l'ha raggiunto!

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** I colleghi che hanno presentato questo ordine del giorno hanno centrato la questione in modo sicuramente provocatorio che condivido, perché qua ci sono persone, partiti, idee, convinzioni sul continuo dibattito relativo all'integrazione. Io vorrei sapere come ci si fa ad integrare dal momento in cui non si conosce la lingua. Vorrei sapere come si fa a stare bene in una casa l'ipes con dei cittadini extracomunitari di buona volontà, dal momento in cui non si riesce a scambiare con loro una parola. I colleghi fanno una provocazione seria, però vorrei ricordare loro che imparare una lingua non è una cosa semplice e facile. Noi abbiamo il presidente del Consiglio che è nato in Alto Adige e non capisce neanche una parola di tedesco, per cui non è che possiamo pretendere che un extracomunitario che viene qua sappia parlare anche il ladino! La buona volontà è un concetto di fondo sul quale dobbiamo anche andare a ragionare, ma io allargherei il discorso sul fatto che ci sono invece condizioni in cui vengono concesse licenze commerciali per esercizi pubblici dove chi sta dietro il banco non conosce né l'italiano né il tedesco, neppure a livello di farmi un cappuccino. Io non pretendo di disquisire con un cameriere di un bar sulla filosofia di Nietzsche o di Evola, ma che per lo meno che se gli chiedo indicazioni su una via, me la sappia dare, per cui al di là della casa l'ipes che è un problema fondamentale, io allargherei questo ragionamento sulle licenze commerciali che non possono essere rilasciate per esercizi pub-

blici a persone che non sono in grado di soddisfare una minima richiesta da parte di un cliente che può avere come riferimento quell'esercizio pubblico per altro tipo di necessità, che possono essere informazioni relative proprio alla ragione sociale stessa di un esercizio pubblico.

A questo discorso dell'integrazione non ci tengo più di tanto. Se uno vuole integrarsi si integra, se non vuole non si integra, l'importante è che sappia che a casa di qualcun altro ci si comporta secondo le regole del padrone di casa. Il resto è tutto relativo. Ma se io concedo a qualcuno di aprire un bar, un negozio o un'attività artigianale, tipo parrucchiere, e questa persona non conosce assolutamente non l'italiano e il tedesco ma né l'italiano né il tedesco nella maniera più elementare, penso che ci sia da ripensare a tutta questa normativa che c'è anche in quella direzione che secondo me è più accentrata a questa analisi che non alla concessione di un alloggio. La provocazione ci sta tutta, ritengo però che non si possa fare un esame di bilinguismo a chi vuole una casa l'pes e ha diritto di averla. Andiamo invece a verificare i diritti per avere una casa l'pes e andiamo anche a verificare i diritti per avere delle concessioni di licenze commerciali, quando ci sono moltissime persone cinesi che stanno facendo un ottimo servizio, perché i loro bar il giorno di Natale, Capodanno, Epifania e Pasqua sono sempre aperti. Fanno un servizio che altri non fanno, sono d'accordo, però entri, chiedi qualcosa e ti dicono "per favore" e punto. Dovrebbe esserci una ricerca di consentire determinate attività a chi è almeno in grado di scambiare due parole.

È la solita faciloneria cattocomunista che in qualche modo pervade questo ambito politico, c'è una SVP in grado ormai di non reagire a nulla. Accetto da parte dell'assessore Bizzo, con il quale amichevolmente mi confronto, il dialogo, che è politico e mai personale, non accetto invece il ragionamento del clericofascista, fascista può anche darsi ma clerico non di sicuro.

La concessione di una casa l'pes a condizione di conoscere la lingua maggioritaria, ritengo sia eccessivo, ma la provocazione ci sta, quindi voterò a favore.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Grundsätzlich hat Riccardo Dello Sbarba mit seinem Grundsatzgedanken, dass soziale Leistungen nicht an Kenntnisse von Sprachen oder Herkunft usw. gebunden werden sollen, Recht, denn die Grundüberlegung ist ja nicht falsch. Ich könnte hier zum Beispiel auch nicht hergehen und sagen, dass ich die medizinische Hilfe an Sprachkenntnisse oder solche Dinge binde. Diesbezüglich haben Sie vollkommenes Recht. Ich denke aber, es gilt einfach zu unterscheiden, ob es akute Hilfsleistungen für jemanden oder lebensunterstützende Maßnahmen sind, wie dies beispielsweise bei Wohnungen des Wohnbauinstitutes der Fall ist. Kollege Dello Sbarba, Sie sind selbst das Beispiel eines Mannes, der nach Südtirol gekommen ist. Als Sie nach Südtirol gekommen sind, sind Sie hierher gekommen und haben sich nicht erst einmal informiert, ob Sie eine Arbeit und eine Wohnung bekommen, oder sind Sie angereist und haben gesagt, jetzt gehe ich auf irgendein Amt und frage, ob es mir eine Wohnung verschafft? Eben! Und das macht den Unterschied aus. Wir sprechen nicht von Flüchtlingen, denn das ist eine andere Kategorie von Personen. Ich spreche hier von Leuten, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Südtirol kommen und hier herziehen, weil sie entweder bei sich zu Hause keine Arbeit bekommen und hier arbeiten möchten, aber es entspricht doch dem Grundgedanken, sich auch der Lebensplanung zu stellen, dass man zuerst einmal, bevor man irgendwo hinzieht, schaut, ob man dort einen Job und eine Wohnung hat. Man kann doch nicht irgendwo hinziehen und sich hinstellen und sagen: So jetzt bin ich hier, gebt mir bitte eine Arbeit und, noch besser, gebt mir eine Wohnung!

Deswegen ist der Grundgedanke, der hinter diesem Beschlussantrag steht, der, dass derartige Sozialleistungen, die lebensunterstützend sind, an bestimmte Voraussetzungen der Integration gebunden werden. Der Ansatz, dass die Sprache sicherlich eine der Grundvoraussetzungen ist, ist nicht falsch, denn wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine Generation der Einwanderer haben, die es schwer hatte, sich in ihrem eigenen Kulturkreis zu bewegen. Es gab früher kein Satellitenfernsehen usw., aber wir haben heute eine Generation von Einwanderern, die hier leben kann, als ob sie weiterhin in Marokko oder in Albanien leben würde, die teilweise in Wohnungen lebt, wo um sie herum nur ihresgleichen wohnen. Hier kommt sicherlich auch ein Phänomen dazu, das wir in Deutschland immer wieder gesehen haben. Gerade die Grünen, die für die Rechte der Frauen eintreten, sollen nicht vergessen, dass es teilweise von diesen Kulturkreisen bewusst forciert wurde, dass gerade Frauen keinen Kontakt nach außen hin haben sollen. Hier spricht die Sprache eine große Rolle, denn wenn eine Frau nicht die Sprache des Landes spricht, in dem sie gerade lebt, dann hat sie keine sozialen Kontakte, keine Möglichkeit, sich über Medien zu informieren, was in diesem Land passiert, das heißt, man hat auch die Kontrolle über diese Personen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass Sprachkenntnisse eine Voraussetzung sein sollte, um solche Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Das hat nichts damit zu tun, dass man jemanden diskriminieren möchte, aber ich denke, es ist letztlich im Interesse der Betroffenen selber, dass dies ein Ansporn für sie ist.

Es ist ja nicht nur eine Diskussion, die wir in Südtirol haben, sondern diese gibt es derzeit auch in Österreich und Deutschland, dass Sozialleistungen an die Kenntnis der Sprache geknüpft werden sollen. Dasselbe gilt auch für die Staatsbürgerschaft. Wer eine Staatsbürgerschaft annehmen will, gerade in Österreich, muss einen Einbürgerungstest machen, muss nachweisen, dass er die Sprache des Landes spricht. Da reicht auch nicht, dass man einfach dort hinget und sagt, jetzt bin ich da, jetzt gebt mir bitte die Staatsbürgerschaft. Deswegen, denke ich, ist der Gedanke wirklich einmal zu überlegen, ob - unabhängig davon, ob es jetzt nur für die Wohnungen oder auch für Handelslizenzen gilt, wie es Donato Seppi gesagt hat - derartige Leistungen nicht an die Bereitschaft gebunden werden sollten, sich zu integrieren und die Sprache zu erlernen. Dieser Gedanke ist sicherlich nicht falsch. Deshalb werden wir diesen Beschlussantrag unterstützen.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura italiana e all' edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Intervengo su questa questione delle case Ipes e in generale dell'edilizia abitativa che sottende peraltro anche tutta una serie di ordini del giorno e di dibattiti. Io vorrei che su questo punto non dessimo dati o percezioni che non corrispondono alla realtà. Vorrei che noi ricordassimo, per favore, che negli ultimi anni sono state prese misure che hanno limitato effettivamente la possibilità di accedere ai contributi e anche alle case Ipes da parte dei cittadini non EU, quindi provvedimenti legislativi che sono stati presi che hanno prodotto degli effetti. Vorrei ricordare, e cito a memoria, che su 350 alloggi che noi abbiamo previsto di assegnare nuovi e riassegnati quest'anno, ai cittadini non EU ne sono destinati circa 38. Questa è la realtà. Vorrei ricordare che è stato inserito, e vorrei che tutti i colleghi su questo prestassero attenzione, altrimenti parliamo di un altro mondo, un massimale per presenza di cittadini non EU all'interno dei singoli caseggiati. Io credo che in termini di processo di aggregazione e socializzazione e di integrazione sia giusto avere non una concentrazione di cittadini non EU, ma di favorire invece un'integrazione attraverso il contatto. Questo è stato fatto, quindi non avremo problemi in futuro perché abbiamo preso provvedimenti. Come mi ha anticipato il consigliere Dello Sbarba, la conoscenza della lingua viene testata a monte con il permesso di soggiorno, e oggi non abbiamo enormi problemi soprattutto anche attraverso la partecipazione dei figli dei nuovi cittadini nelle nostre scuole in termini linguistici. Va governato anche il processo di assegnazione degli alloggi, e su questo sono d'accordo, ma oggi gli strumenti che abbiamo introdotto ce lo consentono. L'idea che spesso viene propagandata di alloggi e prestazioni che vengono dati solo o prioritariamente a cittadini non EU in termini reali non è vera, perché queste limitazioni ci sono, vengono applicate, sono inserite in legge e quindi è sbagliato fare propaganda dipingendo un mondo che effettivamente non esiste. I numeri stanno a dimostrarlo.

Questo vale anche per gli altri ordini del giorno che parlano di limitazioni, di assegnazioni di alloggi, di sussidio affitto o di altro tipo di prestazioni che già esistono e vengono ad oggi applicate.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno n. 2: respinto con 9 voti favorevoli e 19 voti contrari.

**Ordine del giorno n. 3 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Leitner, Egger, Mair, Tinkhauser e Stocker Sigmar, concernente: Immigrazione non equivale sempre ad arricchimento – la continua immigrazione nasconde il pericolo del fondamentalismo islamico.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 3 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Egger, Mair, Tinkhauser und Stocker Sigmar, betreffend: Zuwanderung ist nicht immer eine Bereicherung – anhaltende Einwanderung birgt Gefahr des Islamismus.**

*L'islamizzazione strisciante dell'Europa continua in modo inarrestabile. Ciò avviene sempre più anche in Alto Adige. Chi dei responsabili politici, pur sapendo, preferisce negare questo fatto, apre indirettamente le porte all'islam ovvero al fondamentalismo islamico. Anche se è ovvio che non tutti i musulmani sono terroristi, non si può negare che in Europa gli attacchi terroristici sono sempre più spesso di matrice islamica. Le conseguenze dell'immigrazione, soprattutto da paesi islamici, diventano ogni giorno più evidenti. È in atto uno spostamento del sistema di coordinate della società, per non parlare dei valori fondanti. Invece di essere ascoltate, le voci allarmate che giungono dal mondo musulmano vengono ignorate. Quello che i vari Bassam Tibi, Necla Kelek e Ayaan Hirsi Ali vanno dicendo da anni, ovvero i pericoli dai quali ci stanno mettendo in guardia, si scontra contro l'indifferenza dei buonisti, dei fautori della multiculturalità e dei "politicamente corretti" e rimane inascoltato. Per principio chi ci governa dipinge l'immigrazione con tinte idilliache (e ciò purtroppo non sempre è quello che vuole la gente). E l'Alto Adige non fa eccezione. Chi ha letto le ultime statistiche dell'Isti-*

tuto provinciale di statica (ASTAT) sul numero degli alunni e dei bambini che frequentano le scuole dell'infanzia avrà notato che si parla sempre di "varietà culturale" oppure di arricchimento culturale. Il rovescio della medaglia è taciuto con ostinazione e le preoccupazioni di genitori e insegnanti, che ogni giorno devono far fronte a problemi, sono minimizzate, sminuite o ignorate.

È ora di dire finalmente le cose come stanno per quanto riguarda l'immigrazione. L'Alto Adige è la nostra terra e chi arriva deve attenersi alle nostre regole. Chi porta qui da noi persone da altri Paesi deve finalmente anche assumersene la responsabilità. In vari settori, come per esempio in quello della cura, si è introdotto un preoccupante dumping salariale, a tutto svantaggio della popolazione locale. Nel trasporto pubblico si sta sviluppando un fenomeno analogo. Dando lavoro a stranieri si finisce sempre più spesso per violare alcune norme dello Statuto di autonomia, come la proporzionalità e il bilinguismo. La cosa grave in tutto ciò è che per un vantaggio economico di breve durata rinunciamo a norme di tutela della nostra autonomia conquistate con grande fatica. Non è possibile privatizzare i guadagni e accollare gli oneri o le perdite alla comunità. Lavoratori mal pagati diventano sempre più spesso richiedenti di prestazioni sociali. Sussidio casa, minimo vitale, canone sociale ecc. vanno in buona parte agli immigrati, mentre succede sempre più spesso che le famiglie altoatesine non arrivino più a beneficiare di questi aiuti. L'introduzione di una modalità di calcolo per il reddito e il patrimonio potrebbe avvantaggiare gli stranieri, in quanto il loro stato patrimoniale è difficilmente verificabile nel loro paese d'origine. È risultato che tra gli stranieri il tasso di disoccupazione è in forte crescita e persino che stiamo letteralmente importando disoccupati. I ricongiungimenti familiari comportano una coda di problemi, anch'essi volentieri tralasciati nel dibattito politico.

L'Alto Adige è la nostra terra e noi abbiamo il diritto di mantenere le sue strutture sviluppate nel tempo e il suo tessuto sociale. Anzi di più, abbiamo il dovere di farlo!

Per quanto riguarda l'islamizzazione dell'Europa, preoccupa principalmente la sistematica presa di possesso della Germania, praticata da associazioni islamiche e dal premier turco Erdogan. Mentre in Alto Adige la richiesta ovvero il desiderio di una doppia cittadinanza suscita tutte le scuse e i rifiuti possibili, si è ben disposti nei confronti della doppia cittadinanza offerta da Erdogan ai suoi concittadini in occasione della sua ultima visita in Germania. E di questo bisogna tenere conto nell'ambito del dibattito per l'entrata della Turchia nell'UE.

Noi Freiheitlichen confermiamo la nostra posizione, per cui la Turchia non c'entra niente con l'Europa e speriamo che anche il Consiglio provinciale rimanga di questo avviso. Le costituzioni democratiche dei Paesi europei non vanno d'accordo con l'islam, soprattutto se si finisce con l'introduzione della sharia. L'islam non ha nulla a che vedere con l'Alto Adige e con l'Europa. Siamo parte dell'Occidente cristiano e nessuno può obbligarci a rinunciare a questo fondamento. Staremo a vedere se riusciremo a rimanere saldi nelle nostre convinzioni.

Il Governo teme che dalla sola Libia possano tentare di venire in Italia fino a 300.000 persone. Tuttavia anche altri Paesi europei combattono contro un'immigrazione illegale di massa. Tra questi Paesi vi sono in particolare Malta, la Spagna e la Grecia, dove varie migliaia di persone hanno già passato la frontiera con la Turchia. C'è da temere che con le previste ondate di profughi provenienti dal Nordafrica in Europa arriveranno anche altri fondamentalisti ed è a dir poco ingenuo sperare che adesso in Nordafrica nasceranno automaticamente Stati democratici. Senza per questo voler incitare alla guerra di religione, l'Europa deve iniziare a riflettere su cosa fare per reagire alla persecuzione dei cristiani nei Paesi islamici. Purtroppo diversi politici europei, che adesso si indignano, in passato hanno stretto accordi ovvero fatto affari con dittatori. È troppo poco e per niente credibile unirsi al coro ora.

Fosse anche solo per evitare l'immigrazione senza limiti, con tutte le possibili conseguenze, l'Alto Adige dovrebbe andare per la propria strada seguendo una sua politica.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

incarica

la Giunta provinciale

di prendere al più presto contatto con il Governo per ottenere dallo Stato le competenze in materia di immigrazione e così gestire l'immigrazione sotto la propria responsabilità.

-----

Die schleichende Islamisierung Europas schreitet unaufhaltsam voran. Auch Südtirol wird davon immer stärker betroffen. Wer von den politisch Verantwortlichen diese Tatsache wider besseres Wissen

lieber verdrängt, macht sich indirekt zum Wegbereiter des Islam bzw. des Islamismus. Natürlich ist nicht jeder Muslim ein Terrorist, aber es kann nicht geleugnet werden, dass terroristische Anschläge in Europa immer öfter einen islamistischen Hintergrund aufweisen. Die Folgen der Zuwanderung, insbesondere aus muslimisch geprägten Ländern, werden jeden Tag sichtbarer. Es findet eine Verschiebung des gesellschaftlichen Koordinatensystems statt, von gewachsenen Grundwerten ganz zu schweigen. Dabei werden die warnenden Stimmen von Angehörigen des Islam lieber in den Wind geschlagen als sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Was uns Bassam Tibi, Necla Kelek, Ayaan Hirsi Ali u. a. seit Jahren predigen bzw. wovor sie uns warnen, prallt am Panzer der Gutmenschen, der Multikulti-Fetischisten und der "politisch Korrekten" ab.

Die Einwanderung wird von der herrschenden (leider nicht immer dem Volkswillen dienenden) Politik grundsätzlich in den schönsten Farben gemalt. Da macht auch Südtirol keine Ausnahme. Wer die jüngsten Statistiken des Landesamtes für Statistik (ASTAT) bezüglich der Anzahl der Schüler und Kindergartenkinder gelesen hat, dem wird aufgefallen sein, dass stets von einer "kulturellen Vielfalt" bzw. von einer kulturellen Bereicherung die Rede geht. Die Kehrseite der Medaille wird hartnäckig verschwiegen und die Sorgen von Eltern und Lehrpersonen, welche sich tagtäglich mit Problemen herumschlagen müssen, werden heruntergespielt, schöngeredet oder ignoriert.

Jetzt ist die Zeit gekommen, im Zusammenhang mit der Einwanderung endlich Klartext zu reden. Südtirol ist unser Land und Zuwanderer haben sich nach unseren Spielregeln zu verhalten. Wer Menschen aus anderen Ländern zu uns holt, muss dafür auch endlich Verantwortung übernehmen. In verschiedenen Bereichen, wie etwa bei der Pflege, hat ein bedenkliches Lohndumping Einzug gehalten – zum Nachteil für die einheimische Bevölkerung. Im öffentlichen Personentransport entwickelt sich ein ähnliches Phänomen. Durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte werden immer öfter Autonomie-Bestimmungen wie Proporz und Zweisprachigkeit verletzt. Schlimm dabei ist der Umstand, dass wir des kurzfristigen finanziellen Vorteils wegen selber auf Schutzbestimmungen der hart erkämpften Autonomie verzichten. Es geht nicht an, dass Gewinne privatisiert und Verluste bzw. Lasten der Allgemeinheit aufgebrummt werden. Schlecht bezahlte ausländische Arbeitskräfte sind immer öfter die Bittsteller für soziale Leistungen. Wohngeld, Lebensminimum, soziales Mietgeld usw. kommt zu einem guten Teil den Einwanderern zugute, während einheimische Familien immer öfter durch das soziale Raster fallen. Die Einführung des Berechnungsmodus für Einkommen und Besitz dürfte die Ausländer insofern begünstigen, weil deren Besitz im Herkunftsland schwer festzustellen ist. Es hat sich gezeigt, dass die Arbeitslosenrate bei den Ausländern stark im Steigen begriffen ist, ja, dass wir Arbeitslosigkeit regelrecht importieren. Die Familienzusammenführungen bringen einen Rattenschwanz an Problemen mit sich, die ebenfalls gerne aus der politischen Debatte ausgeklammert werden.

Südtirol ist unser Land und wir haben ein Recht darauf, seine gewachsenen Strukturen und sein gesellschaftliches Gefüge zu erhalten. Mehr noch, wir haben die Pflicht dazu!

Was die Islamisierung Europas anbelangt, so ist vor allem die von Islamverbänden und vom türkischen Ministerpräsidenten Erdogan betriebene systematische Landnahme Deutschlands bedenklich. Während in Südtirol die Forderung bzw. der Wunsch nach einer doppelten Staatsbürgerschaft alle möglichen Ausreden und Ablehnungen hervorruft, gibt es wohlwollende Zustimmung für die von Erdogan bei seinem jüngsten Deutschland-Besuch seinen Landsleuten angebotene Doppelstaatsbürgerschaft. Dies muss bei der Diskussion um einen EU-Beitritt seitens der Türkei im Auge behalten werden.

Wir Freiheitlichen bekräftigen unseren Standpunkt, dass die Türkei in Europa nichts verloren hat und wir hoffen, dass der Südtiroler Landtag ebenfalls bei diesem Standpunkt bleibt. Die demokratischen Verfassungen der europäischen Länder passen mit dem Islam nicht zusammen, zumal dann nicht, wenn am Ende des Weges die Sharia steht. Der Islam gehört nicht zu Südtirol und zu Europa. Wir sind Teil des christlichen Abendlandes und niemand kann uns zwingen, auf dieses starke Fundament zu verzichten. Es wird sich zeigen, ob wir nicht nur eine Wirbelsäule haben, sondern auch ein Rückgrat.

Die Regierung in Rom befürchtet, dass allein aus Libyen bis zu 300.000 Menschen versuchen könnten, nach Italien zu kommen. Allerdings kämpfen auch andere europäische Staaten mit einer illegalen Massenzuwanderung. Dazu zählen insbesondere Malta, Spanien und Griechenland, wo zig Tausende bereits die Landesgrenze von der Türkei her überquert haben. Es ist zu befürchten, dass mit

*den sich abzeichnenden Flüchtlingsströmen aus Nordafrika auch weitere Islamisten nach Europa kommen und es grenzt an Blauäugigkeit, einfach darauf zu hoffen, dass in Nordafrika jetzt automatisch demokratische Staaten entstehen werden. Ohne einen Glaubenskrieg anzetteln zu wollen, muss sich Europa Gedanken darüber machen, wie die Christenverfolgung in islamischen Ländern unterbunden werden kann. Leider haben gar einige europäische Politiker, die sich nun empören, mit Despoten gemeinsame Sache bzw. Geschäfte gemacht. Es ist zu wenig und auch nicht glaubwürdig, nun mit den Wölfen zu heulen.*

*Allein wegen der ungebremsten Zuwanderung mit allen möglichen Folgeproblemen sollte Südtirol einen politisch eigenständigen Weg gehen.*

*Der Südtiroler Landtag*

*beauftragt*

*die Landesregierung,*

*umgehend mit der römischen Regierung Kontakt aufzunehmen, um vom Staat die Zuständigkeiten bezüglich der Einwanderung übernehmen und die Zuwanderung in Eigenverantwortung gestalten zu können.*

La parola al consigliere Leitner per l'illustrazione.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Es ist mir vollkommen klar, dass wir hier teilweise von zwei ganz verschiedenen Ausgangspunkten starten. Landesrat Tommasini ist jetzt nicht da. Er hat nämlich mehr oder weniger gesagt, man solle den Teufel nicht an die Wand malen, die Probleme hätten wir nicht, man habe alles im Griff.

Man muss sich entscheiden, ob man in der Politik die Weichen stellt, dass etwas so eintritt oder nicht eintritt, oder ob man einfach eine Vogel-Strauß-Politik à la Tommasini, alla Landesregierung sagt: Wir haben alles im Griff, wir haben keine Probleme. Wenn ich verhindern will, dass bestimmte Dinge eintreten, dann muss ich jetzt handeln und die Weichen eben richtig stellen und nicht warten, bis wir sie nicht mehr stellen können. Das ist die Herausforderung, die wir haben. Wir sagen die ganze Zeit, schauen wir uns bei anderen Ländern um, wie dort Integration eben nicht erfolgt ist, und machen wir diese Fehler nicht nach. Da muss man die Weichen rechtzeitig richtig stellen und wir können davon lernen, was andere falsch gemacht haben. Hergehen und zu sagen, bei uns ist es noch nicht so schlimm, und wir warten, bis es schlimmer wird, das ist mein Eindruck, den ich aus der Wortmeldung des Landesrates Tommasini gewonnen habe. Wenn das verantwortungsvolle Politik ist, dann fahren wir wirklich in eine Sackgasse, wo man dann nur mehr zwei Entscheidungen hat, mit Vollgas an die Wand zu fahren oder vielleicht doch den Rückwärtsgang einschalten, die Vernunft walten lassen, Aber hier findet man offensichtlich kein Gehör, weil einfach nicht sein kann, was aus der Sicht der derzeit verantwortlichen Politiker in diesem Land nicht sein darf. Ich sage es noch einmal: Diese Blauäugigkeit, die man aus Wortmeldungen hört, ist eigentlich nicht mehr zu übertreffen.

Wir sprechen mit diesem Tagesordnungsantrag ein ganz spezifisches Problem an. Wir zetteln sicher keinen Glaubenskrieg an, aber wir machen darauf aufmerksam, dass die Zuwanderer aus der islamischen Welt eine zusätzliche Herausforderung für unser Land sind. Das sind nicht Einwanderer wie jeder andere, es sind nicht alle Fundamentalisten, keine Frage, es wird auch dort laizistisch ausgerichtete Menschen geben, die sich mit unserer Lebenswelt durchaus anfreunden können, aber - das kann halt nicht verschwiegen werden - es gibt halt auch Leute, die hier das Gleiche tun wollen wie zu Hause. Diese wollen, dass die Scharia hier eingeführt wird, auch in Südtirol. Wer sagt, bei uns ist alles anders ... Ich weiß schon, wir Südtiroler sind halt immer besser, anders, ja, das ist auch in Ordnung. Dass wir etwas Besonderes sind, ist klar, aber dass wir immer besser sind, wage ich zu bezweifeln. Deshalb werden wir dieses Phänomen früher oder später haben.

Ich habe es in der Generaldebatte, bei der Diskussion um das Schächten beispielsweise, gesagt: In diesem Landtag gibt es Leute, die plötzlich die Religionsfreiheit höher schätzen als den Tierschutz beispielsweise. Alles wird relativiert. Wem dient es - cui bono? Entweder habe ich in der Gesellschaft eine Regel, an die sich alle zu halten haben, oder ich mache Ausnahmen. Aber wie erkläre ich es unseren Leuten, dass andere das tun dürfen, was wir nicht dürfen? Wie erklärt Ihr dies den Menschen? Die ganze Politik - und hier sind die Frauen in diesem Landtag gefordert, sich klar zu werden, was Muslime oder Musliminnen, aus der Sicht unserer Frauen, erdulden müssen -, ... Sie werden vielleicht schon auch ein anderes Empfinden haben, wenn sie das gewohnt sind, ich weiß es nicht, aber unseren Spielregeln und unseren Gesetzen entspricht es nicht, dass die Frau nicht aus dem Haus gehen darf. Was würdet Ihr, Kolleginnen der Volkspartei, sagen, wenn Euer Mann sagen würde, dass er arbeiten gehe, und Ihr zuhause bleiben und warten müsst, bis er wieder nach Hause kommt und, wenn Ihr nicht gut ge-

kocht habt, zum Teufel gehen sollt? Das nimmt man so hin. Ich wundere mich, warum mit zweierlei Maß einfach gemessen wird. Da kann man den Kopf schütteln, solange man will. Wenn Ihr Frauenrechtlerinnen seid, dann müsst Ihr es für alle Frauen sein.

In der Generaldebatte ist bekrittelt worden, dass wir gesagt hätten, wir seien gegen Kinderehen usw. ... Ihr habt gesagt, das gebe es bei uns nicht, das sei verboten. Natürlich ist es verboten, auch das Stehlen ist verboten, es wird aber trotzdem gestohlen! Kinderehen sind verboten, aber sie werden trotzdem gemacht, und Ihr kommt nicht einmal drauf! Wenn alles so schön wäre, was gesetzlich geregelt ist, dann bräuchte es kein Gefängnis, keine Polizei, keine Rechtsanwälte, wir hätten ein viel bequemer Leben, aber die gibt es eben, weil die Gesellschaft so ist. Die besondere Situation, die auch bei uns entstehen wird ... Ich weiß jetzt die Zahl nicht genau, aber es gibt mehr als 5.000 Angehörige des Islam, und das ist keine kleine Zahl, das ist nämlich die Einwohnerzahl von Klausen. Also so unbedeutend ist diese Zahl nicht. Wir wissen aus der Erfahrung, dass sich diese Menschen zusammen tun, was ja auch verständlich ist. Es kommen dann halt die ganzen Folgewirkungen.

Mir hat gestern ein Vater eine E-Mail geschrieben - seine Tochter besucht jetzt die Volksschule -, dass ein muslimisches Kind sich natürlich vom Religionsunterricht befreien lasse und dafür zweimal die Woche eine Stunde Italienischunterricht bekomme. Dies nützt natürlich der Integration, so weit, so gut. Aber wie denken dann unsere Leute? Sie denken, diese bekommen zwei Stunden gratis. Wenn mein Kind beispielsweise eine zusätzliche Stunde in Italienisch braucht, dann muss ich diese Stunde bezahlen. Für die Muslime ist diese Stunde natürlich unentgeltlich. Ich denke, wenn wir von Integration reden, dann haben wir ein Interesse, dass sie es auch machen, keine Frage. Dafür braucht dann wahrscheinlich die italienische Volksgruppe mehr Geldmittel, um dies auszugleichen, weil mehr Ausländerkinder italienische Schulen besuchen. Irgendwo wird es schon begründet sein. Ich bin ja nicht dagegen, dass sie Italienisch oder Deutsch lernen, je nachdem wo sie hingehen, aber dies darf nicht zu einer Benachteiligung unserer Kinder führen. Wo dann die Integrationslehrer plötzlich fehlen, sind keine mehr da. Ich habe es hier bereits einmal in einem anderen Zusammenhang gesagt. Es gibt auch eine andere Form der Integration, eben nicht nur die Integration von Ausländern, sondern auch eine solche von Benachteiligten in unserer Gesellschaft. Für diese ist dann kein Geld mehr da. Man sollte schon schauen, den Ausgleich in der Bevölkerung zu bewahren.

Ich stelle immer wieder mit Bedauern fest, dass wir viel zu wenig auf die europäische Entwicklung schauen, auf die ja immer hingewiesen wird. Landesrat Bizzo hat in seiner Replik von der Ethik in der Politik gesprochen. Wenn die EU-Politik mit Ethik etwas zu tun hat, Herr Landesrat, dann sind wir wirklich auf dem sinkenden Schiff! Wenn das, was die Europäische Union derzeit mit den Finanzmärkten aufführt, beispielgebend sein soll, und wenn sie uns sagen, wir sollen das nachmachen, dann gute Nacht!

Dasselbe ist mit der Einwanderungspolitik. Die Europäische Union macht keine Einwanderungspolitik. Die ist bei den Staaten geblieben. Hier braucht Ihr Euch nicht auf Europa hinauszureden. Es gibt keine EU-Einwanderungspolitik! Das beklagen ja die Staaten, aber Ihr wisst nicht, von was Ihr redet, und das ist das Problem! Ihr macht ein Gesetz und wisst nicht, wovon Ihr redet! Das ist schlimm, muss ich sagen. Es ist eine Tragik, dass man die Chance hätte, jetzt ein Gesetz zu machen, um bestimmte Dinge wirklich in den Griff zu bekommen, das Euch aber unbequem ist und Ihr Euch auf den Staat und auf Europa hinausredet. Wenn wir nicht imstande sind, im eigenen Haus nach dem Rechten zu sehen - nichts gegen Zusammenarbeit mit anderen Ländern, mit anderen Staaten -, und uns hier auf Europa verlassen, dann sind wir wirklich verlassen. Das kann ich Euch garantieren. Lest ein bisschen internationale Lektüre, vor allem im Zusammenhang mit dem Islam, und hört, was Angehörige des Islam sagen, die uns davor warnen. Es sind ja nicht nur irgendwelche Schreier oder Aufwiegler, die hier den Teufel an die Wand malen. Lest nach bei Bassam Tibi, bei Ayan Hirsi, bei Markus Gabriel, diese sind alles Angehörige des Islam und diese warnen uns vor dem Islamismus. Wenn wir auf diese nicht hören, ... Diese werden es schon besser wissen, wie man in ihren Ländern umgeht und wie natürlich auch die Gefahr auf uns zukommt, dass man bei uns dann das Gleiche tut. Wenn es fünf sind, dann ist es kein großes Problem, wenn es fünfzig sind, dann ist das Problem schon größer, aber wenn es fünftausend sind, dann ist es umso größer. Sie sind ja nicht alle einheitlich, das weiß ich schon, aber wir werden sehen, dass das Phänomen sich bei uns gleich entwickeln wird wie anderswo. Es ist auch Blauäugigkeit zu glauben, dass zu uns nur die guten Angehörigen des Islam kommen würden, denn die anderen würden ja alle nach Deutschland gehen. Diese Blauäugigkeit, ich muss es Euch sagen, wundert mich, ärgert mich und mich ärgert die Verantwortungslosigkeit, die Leichtfertigkeit, mit welcher man an dieses Problem herangeht. Was man nicht sehen will, das gibt es nicht, und wenn man es anspricht, dann ist es lästig, dann werden jene verteufelt, die es ansprechen. Es geht mir hier nicht, wirklich nicht darum, gegen die Angehörigen des Islam zu hetzen, das schon gar nicht ...

**PICHLER ROLLE (SVP):** Es sind ja nicht nur alles Terroristen!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Natürlich nicht!

**MAIR (Die Freiheitlichen):** ... sanfte Terroristen!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Nein, aber ich spreche die Probleme an, die im Zusammenhang mit der Einwanderung des Islam in anderen Ländern schon aufgetreten sind. Man kann sie natürlich verschweigen, man kann sie bagatellisieren oder man kann sie ernst nehmen und sagen, wir möchten, dass die Leute, die zu uns kommen, ...

**PICHLER ROLLE (SVP):** Der Terrorist in Norwegen hat es sehr ernst genommen!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ja, der hat es sehr ernst genommen, das ist aber ein Einzeltäter. Kollege Pichler Rolle! Lesen Sie, was Psychologen zu diesem Phänomen gesagt haben. Der Uno-Bomber war ein Angehöriger der Linken und war ein Einzeltäter. Der Breivik war scheinbar ein Angehöriger des Rechtsextremismus und war ein Einzeltäter, Missionare, die glauben, die ganze Welt auf ihre Seite ziehen zu können, was ihnen, Gott sei Dank, nicht gelungen ist, aber zu versuchen – und das kommt ...

**PICHLER ROLLE (SVP):** ... was man von politischen Parteien gehört hat und irregeleitet worden sind.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Sie, Pichler Rolle, fallen jetzt genau auf die Schiene ...

**ABGEORDNETE - CONSIGLIERI:** (*unterbrechen – interrompono*)

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das ist genau die Schiene, die man auslegt, auf die man die Leute führen will, um nicht mehr nachzudenken. Das macht man sich so einfach ...

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Das ist, den Bürger, der die Probleme sieht, für blöd verkaufen. Habt Ihr sie noch alle?

**Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.in Julia Unterberger**

**PRÄSIDENTIN:** Ich ersuche um Ruhe!

Abgeordneter Leitner! Ihre Redezeit haben Sie schon um eine Minute überschritten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Frau Präsidentin! Meine Redezeit ist zu Ende. Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt auf diesen Einwand des Kollegen Pichler Rolle dezidiert Stellung nehmen.

**PRÄSIDENTIN:** Herr Heiss! Nachdem der Präsident im Moment nicht da ist, ersuche ich Sie, vor mir zu sprechen.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Präsidentin, für die Ehre des Vortritts.

Die Kollegen Freiheitlichen haben in diesem Beschlussantrag sozusagen ihre gesamten Auffassungen gebündelt. Es geht einerseits um den Islamismus und zum anderen darum, im Zusammenhang mit der Einwanderung endlich Klartext zu reden, also auch um ganz andere Dinge. Es ist sozusagen die Summe ihrer Vorstellungen.

In Sachen Islamismus ist wirklich darauf hinzuweisen, dass der Islamismus eine reale Gefahr darstellen kann und sie auch darstellt. Das hat der 11. September 2001, das haben die Morde von Theo van Gogh, das haben viele Anschläge gezeigt, aber man muss auch sagen, dass diese Entwicklung des Islamismus seit einiger Zeit an einem Stagnationspunkt angelangt ist. Das muss man in aller Deutlichkeit sehen, Kollegen Freiheitlichen. Ende April, Anfang Mai dieses Jahres ist Bin Laden von amerikanischen Einsatzkommandos getötet worden. Der Aufschrei der islamischen Öffentlichkeit war relativ. In vielen Nationen war man froh, dass dieses Problem Bin Laden

beseitigt war. Es hat keinen Aufschrei gegeben, sondern die Aufmerksamkeit hat sich sehr viel stärker auf die Entwicklung in Nordafrika konzentriert, wo in überwiegendem Ausmaß nicht der Islamismus die Oberhand gewinnt, sondern der Wunsch nach Freiheit, der Wunsch nach Demokratie. Das ist die eigentliche Tendenz, die sich in arabischen Ländern nicht überall, aber zum Teil durchsetzt.

In der arabischen Welt ist eine Diskussion dahingehend im Gang, ob der Islam, ob der Islamismus nicht doch in eine Sackgasse führt, ob es nicht eine Form von Aufklärung wie in Europa bräuchte. Ich denke, diese Diskussion hat auch die islamischen Gesellschaften oder Gruppen im Westen erfasst. Es gibt nach wie vor Fundamentalisten, es gibt nach wie vor all jene Gruppen, die versuchen, der Scharia hier zum Durchbruch zu verhelfen, aber die Krise des Islam, des Islamismus ist vielfach spürbar und sie zeichnet sich relativ deutlich vor allem seit dem heurigen Frühjahr ab.

Wir möchten die Probleme, die damit verbunden sind, nicht kleinreden, wir möchten sie absolut nicht verharmlosen. Wir möchten nicht, dass die Wertvorstellungen der Religion in alle gesellschaftlichen Bereiche dringen, dass das Menschenrecht, das Verfassungsrecht durch Religion, durch Kinderehen, durch die Unterdrückung der Frau, durch die Scharia, durch anderes mehr gebrochen wird, aber wir glauben, dass unsere verfassungsrechtlichen Instrumente sehr wohl ausreichen, um das ganze Phänomen in den Griff zu bekommen. Wir glauben, dass das Ganze durch die Kraft der Aufklärung, der Überzeugung und fallweise auch der polizeilichen Verfolgung sehr wohl kontrolliert werden kann. Davon sind wir überzeugt und das muss auch die Zukunft sein. Ich bin überzeugt, dass diese Gefahr zwar sorgfältig beobachtet werden muss, aber auch durchaus an ihre Grenzen stößt.

Ich billige dem deutschen Bundespräsidenten Wulff zu, dass er diesbezüglich eine mutige Wahrheit ausgesprochen hat, wenn er gesagt hat, dass der Islam ein Teil Deutschlands ist. Er ist ein Teil Deutschlands, aber er ist nicht das ganze Deutschland. Er ist zu akzeptieren als Teil der Realität in einer pluralen Gesellschaft, aber er ist dort in seine Grenzen zu weisen, wo er über die verfassungsrechtlichen und menschenrechtlichen Grenzen hinausgeht.

Genau dasselbe ist auch hier in Südtirol zu praktizieren. Wir müssen nicht zurückweichen, wir müssen keine falschen Kompromisse schließen. Wir müssen auf den Grundrechten, auf den Verfassungsrechten bestehen, und dann funktioniert das Ganze. Ich glaube, dass diese Dramatisierung, wie Ihr sie hier betreibt, inzwischen an ihre Grenzen stößt. Ich halte es nicht für zielführend, in dieser Hinsicht vorzugehen und die Gefahr des Islam zu beschwören. Auch der Millander Pfarrer, Kollege Leitner, hat zum Ausklang des Ramadan in Brixen, also für einen islamischen Ritus, den Dorfplatz, den Kirchplatz zur Verfügung gestellt und gesagt, dass sie den Ausklang des Ramadan feiern sollen. Damit hat Pfarrer Pallhuber in Brixen genau das Richtige getan. Er hat gesagt: Wir zeigen Euch, wie man tolerant sein kann, wir zeigen Euch, dass die Öffentlichkeit zum Ziel führt und nicht das Versteckspiel in Garagen und Gebetsräumen. Das ist die Botschaft des Christentums, und das ist vor allem die Botschaft der Aufklärung. Ich denke, das sind die Signale, die wir geben müssen.

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti**

**PRESIDENTE:** La parola alla consigliera Unterberger, ne ha facoltà.

**UNTERBERGER (SVP):** Ich bin immer wieder erstaunt darüber, was Ihr Freiheitlichen, Kollege Pius Leitner, für eine konfuse und chaotische Argumentationsschiene habt. Wenn wir Euch sagen, die Gesetze gibt es schon, dann sagt Ihr, dass sich niemand daran halten würde. Erstens stimmt dies nicht und, zweitens, was wollt Ihr denn mit Eurem Beschlussantrag erreichen? Es werden Gesetze gemacht, an die sich natürlich alle zu halten haben, wobei sich einige, wie immer, nicht daran halten. Was soll Euer Beschlussantrag bewirken? Auch wenn Südtirol die Zuständigkeit hätte, was ja auch absurd ist, denn wir haben keine Grenzen. Ihr redet immer von Zuständigkeiten, die Südtirol erhalten sollte, aber Ihr sagt nie konkret welche. Wie soll denn eine Region oder ein Land, das keine Grenzen hat, ... Man müsste wirklich den von Eva Klotz propagierten Freistaat machen, dann können wir weiterreden.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Die Vollautonomie von Theiner.

**PRESIDENTE:** Per favore, colleghi!

**UNTERBERGER (SVP):** Die Vollautonomie kann natürlich nicht Dinge beinhalten, die im ganzen Staatsgebiet gleich sein müssen, aber auch wenn wir sie hätten, lieber Kollege Leitner, Sie müssen mir einmal erklären, was Südtirol dann anderes tun könnte, als Gesetze zu machen und all das zu verbieten, was Sie ...

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** ... auszuweisen beispielsweise?

**UNTERBERGER (SVP):** Meinen Sie etwa, dass Italien das nicht macht? Meinen Sie, dass Fini/Bossi in dem Gesetz nicht vorgesehen haben, dass Illegale ausgewiesen werden?

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht – interrompe)*

**UNTERBERGER (SVP):** Wenn das Euer Kernthema ist, dann frage ich mich, ob Ihr Euch nicht ein bisschen erkundigt und vielleicht einmal das Staatsgesetz durchgelesen habt. Nicht einmal das! Ihr redet einen Blödsinn daher, der wirklich unbeschreiblich ist. Natürlich ist es ein Problem, das wissen ja alle, und ich als Frauenrechtlerin bin sicher äußerst unglücklich mit der islamischen Einstellung zur Gleichberechtigung, aber was ist denn die Lösung? Ist das, was Sie sagen, eine Lösung, dass man alle Einwanderer verteufelt, alle schlecht macht, nur weil ...

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht – interrompe)*

**UNTERBERGER (SVP):** Ja, Ihr! Erstens einmal verwechselt Ihr dauernd die Einwanderer mit Flüchtlingen, Kraut und Rüben, ...

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht – interrompe)*

**UNTERBERGER (SVP):** Lesen Sie Ihren eigenen Beschlussantrag durch!

**PRESIDENTE:** Colleghi, per favore, non interrompiamo!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Herr Präsident, Entschuldigung!

**UNTERBERGER (SVP):** Die letzten zwei Absätze handeln von Flüchtlingen. Ihr verwechselt Einwanderer mit Flüchtlingen. Ihr wisst nicht, welche Gesetze es bereits im italienischen Staatsgebiet gibt. Im nächsten Moment sagen Sie, wir bräuchten die Kompetenzen, um Gesetze zu machen, dann wieder, dass die Gesetze sowieso nichts nützen würden. Was soll der Südtiroler Landtag dann tun, wenn nicht einmal die Gesetze nützen? Die Argumentation ist absolut nicht stichhaltig, völlig konfus, beruht auf einem Unwissen, das wirklich grenzenlos ist, und hat nur den Zweck, die niederen Instinkte der Bevölkerung zu wecken, ihr nach dem Mund zu reden, aus dem Bauch heraus, und die Abneigung, die berechtigte Abneigung gegen bestimmte Elemente der islamischen Kultur zu schüren. Was das bringen soll, müssen Sie mir einmal erklären.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Das Gedächtnis ist leider etwas, was viele offensichtlich verloren haben. Ich erinnere hier an einen Brief der Südtiroler Volkspartei aus dem Passeiertal, damals interessanterweise vom Bürgermeister Konrad Pfitscher unterschrieben, wenige Tage vor den Gemeinderatswahlen, in dem schwarz auf weiß stand: Wenn die SVP von Euch nicht gewählt wird und nicht die Mehrheit bekommt, dann ist die Landesregierung gezwungen, eine Koalition mit Italienern einzugehen, dann müssen nach den Landtagwahlen Italiener mit in die Landesregierung aufgenommen werden. Das waren die Worte, die auf SVP-Papier an alle Haushalte geschickt wurden, so als ob nicht im Autonomiestatut drinnen stehen würde, dass sowieso Italiener mit in der Landesregierung sitzen müssen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Die SVP darf!

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ja! Ich möchte es nur sagen, wenn wir hier von Angstmacherei reden. Das sollte man schon auch einmal erwähnen. Ich erinnere auch daran ...

**PICHLER ROLLE (SVP):** *(unterbricht – interrompe)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich habe den Brief nicht, ich kann ihn aber Ihnen heute Nachmittag in die Sitzung mitbringen. Schauen Sie! Ich möchte auch an etwas erinnern, und das waren die Worte des SVP-Obmannes, als er von der Vollautonomie gesprochen hat, dass nur die Justiz, die Währung und die Außenpolitik beim Staat bleiben sollten. Alles andere soll nach Südtirol geholt werden, und dazu zählt dann auch die Einwanderungsfrage. Dann kann man aber nicht auf der einen Seite, wenn man die Zuständigkeit für die Einwanderung fordert, von Angstmacherei und Utopie reden, und auf der anderen Seite selber diese Kompetenz mit der Vollautonomie einfordern. Ich meine, da muss man auch einmal Klartext reden und wissen, was man eigentlich will. Man kann nicht dem einen Vorhaltungen machen und dasselbe genauso machen. Ich weiß schon, die Fehler sieht man immer bei anderen, aber ich denke, da muss man auch einmal vor der eigenen Tür kehren.

Etwas, was ich in diesem Beschlussantrag ... Deshalb möchte ich gerne die getrennte Abstimmung beantragen. Es sind einfach zwei getrennte Paar Schuhe. Das eine ist die Frage der Zuständigkeit für die Ausländerfrage und eine andere Sache ist das Problem des Islamismus. Das kann man von verschiedenen Seiten aus sehen. Diesbezüglich hat Europa sicherlich auch ein Teil mit Schuld daran. Hans Heiss weiß es sicherlich besser als ich. Es hat im Ersten Weltkrieg zum Beispiel auch Bemühungen des Deutschen Reiches im Gebiet der heutigen Türkei gegeben. Damals hat man zum Heiligen Krieg gegen die Briten aufgerufen, abgesehen davon, dass man Verbündete war, aber man hat auch zum Tschihad, zum Heiligen Krieg, gegen die Briten usw. aufgerufen. Diesbezüglich ist sicherlich auch Europa ein Stück weit mit Schuld an der Entwicklung. Deswegen beantrage ich eine getrennte Abstimmung.

Eines muss aber klar sein. Das, was in diesem Beschlussantrag über den Islam gesagt wurde, trifft sicherlich nicht auf alle zu, aber es ist eine Tatsache, dass es auf Teile der islamischen Bevölkerung in Europa bereits zutrifft, ob es einem gefällt oder nicht gefällt. Ich denke, wir dürfen hier einen Aspekt nicht außer Acht lassen, gerade in der Frage des Islam, nämlich, dass es in Europa teilweise Leute gibt, die eine Form des Islam leben, der nicht einmal mehr in ihren Herkunftsländern in dieser Art und Weise gelebt wird. Im Grunde genommen sind es Leute, die vor 30 oder 40 Jahren ausgewandert sind und genau diese Einstellung heute noch in Europa leben, eine Einstellung, die in ihren Ländern teilweise schon überholt ist. Das, denke ich, ist ein Phänomen, dem man sich stellen muss, nur sind es zwei getrennte Paar Schuhe. Auch ich bin der Ansicht, dass die Zuständigkeit für die Ausländerfrage eingefordert werden soll. Dies zeigt gerade das Beispiel, das meine Kollegin Klotz gestern genannt hat, nämlich die Ausländerkontingente, die nach Südtirol geschickt wurden, als Südtirol – wann war es? – 2005 oder 2006 um knapp 600 ausländische Arbeitskräfte angesucht und Rom 1.500 nach Südtirol geschickt hat. Gerade das sind die Bereiche, bei denen ich denke, dass es wichtig wäre, dass Südtirol, gerade aufgrund des Minderheitenschutzes und der besonderen Situation in diesem Land, Zuständigkeiten bekommt. Deshalb ersuche ich um getrennte Abstimmung. Unsere Zustimmung zur Forderung, dass die Zuständigkeiten für die Einwanderung, wo es möglich ist, Südtirol übertragen werden.

**PRESIDENTE:** Scusi, consigliere Knoll! La votazione per parti separate fra le premesse e la parte impegnativa? Va bene.

La parola al consigliere Leitner per fatto personale.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich hätte auch zum Fortgang der Arbeiten geredet, aber das hat mir jetzt Kollege Knoll vorweggenommen. Ich hätte auch die getrennte Abstimmung zwischen den Prämissen und dem verpflichtenden Teil verlangt, ich will aber den Antrag nicht mehr wiederholen.

In persönlicher Angelegenheit, Herr Präsident! Ich verwehre mich für die Freiheitliche Landtagsfraktion, von der Kollegin Unterberger dauernd als dumm hingestellt zu werden. Ich sage ihr einen Bauernspruch, der lautet: "Gott sei Dank gibt es neben den ganzen Intellektuellen auch noch ein paar Intelligente". Ich weiß nicht, ob ich dazugehöre, denn ich zähle mich zu jenen, die einen Hausverstand haben.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** In persönlicher Angelegenheit! Nach dem gestrigen Ausrutscher der Landtagsvizepräsidentin folgt heute der nächste. Ich verstehe nicht, warum die Nerven offensichtlich so blank liegen. Ich glaube, es steht ihr ganz einfach nicht zu, uns ganz pauschal zu beleidigen, zumal die Forderung von Parteiohmann Theiner genau jene ist, alle Zuständigkeiten ins Land zu holen, mit Ausnahme von drei, nämlich Währung, Außenpolitik und Verteidigung, wobei ich, mit Verlaub gesagt, auch keine Freude hätte, wenn Verteidigung, Währung und Außenpolitik beim Staat verblieben, aber bitte. Dann müsste aber auch die Zuständigkeit für Zu-

wanderung und Innenpolitik ans Land gehen. Frau Kollegin Unterberger! Machen Sie sich das mit Ihrem Parteiohmann aus und sagen Sie uns nicht, dass dies nicht geht. Sie müssen ihm sagen, dass sein neues Zukunftsprojekt für Südtirol offensichtlich auch eine Dummheit ist. Wenn wir uns schon als dumm bezeichnen lassen müssen, dann bitte, Herr Parteiohmann Theiner, trifft dies auch auf Sie zu. Wir verlangen mit diesem Beschlussantrag nur einen Teil dessen, was Sie insgesamt verlangen.

Noch einmal, ganz grundsätzlich, in persönlicher Angelegenheit! Was hier jetzt gesagt wird mit Hetze, Ausländerfeindlichkeit usw. ... Ihr seid scheinheilig, dass mehr nicht mehr geht, das muss ich schon sagen. Kennt Ihr dieses Zeichen hier? Kenn Sie es, Frau Unterberger?

**UNTERBERGER (SVP):** *(unterbricht – interrompe)*

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Das Edelweiß! Ich zitiere: Im letzten Landtagswahlkampf hat mein Gegenkandidat im Wipptal, Christian Egartner, der immer noch eine Parteifunktion hat ...

**ABGEORDNETE – CONSIGLIERI:** *(unterbrechen – interrompono)*

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Moment! In persönlicher Angelegenheit! Ich lasse mich nicht als Ausländerfeind bezeichnen, wo kämen wir da hin?! Sind wir narrisch? Reißten Sie sich bitte zusammen, Kollege Pichler Rolle.

**PRESIDENTE:** Per favore, colleghi!

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Er soll mich mit seinen kolerischen Anfällen nicht dauernd unterbrechen! Das ist ja bald lächerlich.

**PRESIDENTE:** Per fatto personale, per cortesia! Finisca prego!

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Per fatto personale! Ich lasse mich nicht als ausländerfeindlich bezeichnen. Wenn Sie mich nicht dauernd unterbrechen würden, dann ginge es viel besser. Ich lasse mich nicht als ausländerfeindlich hinstellen usw. Ich sage: Heuchler seid Ihr! Und jetzt zitiere ich aus dem Wahlprogramm ...

**PICHLER ROLLE (SVP):** In persönlicher Angelegenheit!

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Bitte, dann können Sie Stellung nehmen. Ich zitiere aus dem Wahlprogramm des Christian Egartner zum Thema Ausländer ...

**PICHLER ROLLE (SVP):** Ich lasse mich nicht beleidigen, wo sind wir denn?

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Ich darf nicht ausreden. Ich zitiere zum Thema Ausländer von Christian Egartner SVP: Ich kämpfe für ...

**PRESIDENTE:** Per fatto personale, consigliere Egger!

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Ich will nur sagen, dass es Heuchler sind. Egartner kämpft für die Ausweisung von Ausländern mit kriminellem Hintergrund. Er will kämpfen für: Stopp dem Missbrauch von Sozialleistungen und Übertragung der Zuständigkeit für die Festlegung der Einwanderung. Kämpfen, genau das, was wir sagen, weil wir als ausländerfeindlich ... Schämt Euch endlich einmal! Eure Leute verlangen genau das, und dann sind wir die Populisten! Es ist eine bodenlose Frechheit, was hier in diesem Land abläuft. Zum Unterschied von Euch sagen wir aber nach den Wahlen dasselbe wie vorher. Das ist nämlich der feine und kleine Unterschied.

**PRESIDENTE:** Consigliera Stocker, vuole parlare per fatto personale? Deve spiegare il fatto personale.

**ABGEORDNETE – CONSIGLIERI:** *(unterbrechen – interrompono)*

**PRESIDENTE:** Per favore consiglieri! Consigliera Stocker, prego.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Dove c'è scritto che il fatto personale ha la precedenza? Aspettino dopo ...

**PRESIDENTE:** Il fatto personale ha precedenza!

**ARTIOLI (Lega Nord):** Allora parlo anch'io per fatto personale.

**PRESIDENTE:** Non mi sembra che ci sia motivazione.  
Consigliera Stocker, prego.

**STOCKER M. (SVP):** Die persönliche Angelegenheit besteht darin, dass ich mich angegriffen fühle, wenn hier in diesem Hohen Haus zu einem zu versachlichenden Thema in dieser Art und Weise diskutiert wird. Ich denke, wir sollten uns alle vielleicht etwas am Riemen reißen und wieder zur Sachlichkeit zurückkehren.

**PRESIDENTE:** La parola alla consigliera Artioli, prego.

**ABGEORDNETE – CONSIGLIERI:** (*unterbrechen – interrompono*)

**PRESIDENTE:** Ho dato la parola adesso alla collega Artioli.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Sono d'accordo con questo ordine del giorno dei colleghi Freiheitlichen, così smettiamo di nasconderci dietro la scusa che non abbiamo la competenza, perché sappiamo benissimo quello che accade anche da noi, che continuiamo a dire che l'Islam non è pericoloso, mentre invece lo è. Spero veramente che ci prendiamo la competenza, così la smettiamo di dire che è colpa di Roma, perché solo per il fatto di chiedere la mappatura per sapere dove sono le associazioni culturali islamiche ieri avete gridato allo scandalo. È chiedere troppo! Non sapete nemmeno quante sono. Questo è il vostro modo di tenere sicuro l'Alto Adige, cioè non guardare. Questo è il sistema.

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Digni y libertà):** Per fatto personale? Io sono tranquillo. La collega Unterberger ha chiesto la parola per fatto personale, quindi ha la precedenza.

**PRESIDENTE:** Si era cancellata.  
Vuole iscriversi per fatto personale, consigliera Unterberger?

**UNTERBERGER (SVP):** Nur weil behauptet wird, ich hätte die Freiheitlichen als blöd bezeichnet. Ich habe gesagt, dass das, was sie geschrieben haben, ein Blödsinn ist. Ich habe eine sachliche Kritik an dem, was Ihr geschrieben habt, gemacht. Gestern ist gestern und heute ist heute. Was Ihr von Euch gebt wie "ungebildet", "Heuchler" und diese persönlichen Angriffe sind ehrenrührig, aber nicht, wenn ich sage, dass das, was Ihr schreibt ...

**EGGER (Die Freiheitlichen):** (*unterbricht – interrompe*)

**UNTERBERGER (SVP):** Ihr könnt nicht differenzieren, in keinster Weise, weder bei der Einwandererproblematik noch sonst!

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Urzì, prego.

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Digni y libertà):** Io voterò contro l'ordine del giorno per un fatto sostanziale e anche formale. Per un fatto sostanziale, per delle ragioni che sono logiche, nel senso che il problema non è solo questione di competenza formale della questione dell'integrazione, io preferisco usare questo concetto, e della creazione degli strumenti adeguati per l'accoglienza dei cittadini stranieri in Italia. Il problema ha la necessità di essere affrontato non solo perché è un diritto che il nostro quadro giuridico ci impone, ma per ragioni di facile comprensione e di una scala la più ampia possibile. Già quella nazionale è una scala minima, se

vogliamo considerare gli effetti che i flussi migratori hanno su una dimensione molto più ampia che è planetaria, per rimanere nell'ambito della nostra realtà più vicina, comunque continentale. Restringere il tema dell'immigrazione ad una dimensione assolutamente locale, campanilistica, comporta in senso assoluto un rischio di perdita di vista di una dimensione ampia che il fenomeno conosce e che ha la necessità di essere affrontata con questo tipo di approccio. Quindi un no nella sostanza all'ordine del giorno.

Ma c'è un no anche formale. Ho avuto un sussulto nel leggere questo ordine del giorno, perché affronta il tema con una animosità che a mio avviso costituisce il peggiore pericolo e problema nel momento in cui si affronta un dibattito su una questione che pure ha una sua significativa importanza nell'attualità non solo della politica ma nello sviluppo delle dinamiche sociali. Quando si inserisce l'animosità nell'ambito di un ragionamento, si perdono di vista i riferimenti concreti e si rischia di essere portati a conclusioni errate. Quando si afferma il concetto, con una durezza assoluta, che l'Alto Adige è la "nostra" terra, si afferma ciò che banalizzando potrebbe essere considerato un fatto assolutamente normale. Effettivamente è la nostra terra, la mia terra, la terra del collega Dello Sbarba che pure è nato in Toscana e che è venuto in Alto Adige a vivere, la terra del collega Heiss, la terra del collega Knoll che, se non erro, ha radici profonde anche in Austria eppure vive in Alto Adige, quindi è la terra di chi sostanzialmente sceglie l'Alto Adige come la sua terra. È la terra nostra di coloro che fanno una scelta di condividere un patrimonio di cultura, di identità, di adeguarsi a questo patrimonio portandone però il proprio contributo personale e collettivo. Quindi il fatto di far riferimento in maniera così forte a concetti di esclusività che quasi trascendono nel primato, mi ferisce e mi preoccupa profondamente, così come quando leggo che c'è una sistematica presa di possesso, che vuol dire conquista, della Germania da parte di associazioni islamiche. È un concetto che da un posto di vista fa sorridere, ma da un altro punto di vista preoccupa per il significato che sottende questo tipo di affermazione. Ovviamente non c'è tempo per approfondire alcuni concetti, ma voglio concludere con un ricordo. Io ho partecipato da giornalista ad una manifestazione a Norimberga, una grande manifestazione nella "Nibelungenhalle", della "Deutsche Volksunion", movimento di un certo tipo di caratterizzazione politica che non voglio qui citare, e sul palco era ospite un rappresentante di una comunità indigena di un determinato territorio africano, di colore. Era seduto al palco e nel corso della giornata si sono susseguiti decine e decine di interventi di chiara espressione razzista, ma tutti gli interventi si concludevano con: "ma noi non siamo razzisti, perché qui vedete che abbiamo un negro, e allora non possiamo essere razzisti". Io ho rivissuto quel tipo di sensazione particolare che ferisce, che rimane addosso sulla pelle come l'umidità, e io voglio scrollarmi di dosso questo sentimento. Per questo voterò no.

**SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Siccome certi sentimenti li ho anch'io, voterò sì, per il semplice motivo che è ora che questa classe politica locale si assuma le responsabilità delle sue decisioni e che non dica alla destra ciò che piace alla destra, alla sinistra ciò che piace alla sinistra, agli extracomunitari ciò che piace agli extracomunitari e ai razzisti ciò che piace ai razzisti. Ci siamo stufati non di un "giano bifronte", ma di un giano esagonale, ottagonale, che si girano a seconda di come la roulette prevede che si faccia sulla base di chi ti ascolta. Io condivido il ragionamento del collega Urzi, perché è ideologico. Io credo nell'Italia, ma quale Italia? Quella di Berlusconi? Quella di Fini? Quella di Montecarlo o quella delle escort? Quella di Maroni che diventa ministro dell'interno e si comporta con l'emergenza di Lampedusa nello stesso modo in cui si sarebbe comportato qualsiasi democristiano prima di lui. Quale garanzia mi dà l'Italia sul fenomeno dell'immigrazione, fenomeno che va regolato sicuramente, non in maniera razzista, guai a Dio, ma in maniera giusta? L'abbiamo detto ieri, non è difficile essere buoni, è difficile essere giusti. Non c'è giustizia, perché fino a quando a qualcuno non sarà chiaro che quando entra a casa di qualcun altro deve adattarsi e pensa di poter fare quello che vuole perché è a casa sua, questo non va bene. Altro che integrazione! Altro che ragionamenti di cui qualcuno si riempie la bocca, come l'assessore Tommasini prima. Abbiamo dato solo 38 case, ma ne avete date solo 38 solo perché Seppi ha fatto una battaglia qua dentro affinché agli extracomunitari venga data una casa sulla media ponderale del loro bisogno, della loro necessità e della loro presenza sul territorio. Per questo motivo date solo 38 case! E sono sempre troppe, fino a quando esisterà un solo cittadino altoatesino senza. Io la vedo così. Io non posso ospitare a casa mia i figli di qualcun altro se non ho posto per i miei. Prima metto a casa mia i miei, poi, se mi avanza posto, il mio cuore è grande, che venga chiunque, ma non a portare via il letto a mio figlio. Questo deve essere chiaro, perché a quel buonismo non ci credo. È falso, e attorno alla falsità non si creano le leggi. Allora io dico che ha ragione il collega Urzi. Il suo è un discorso ideologico, tanto questo ordine del giorno comunque non passerà, ma il concetto deve essere chiaro: è ora che questa classe politica locale si assuma le responsabilità su tematiche di questo tipo, che mostri il suo vero volto. Qual è? Quello del buonismo o quello, non voglio dire razzismo perché non sta bene? Quello di Franz Pahl che non è più qua o è quello di Maria Teresa di Calcutta, che non esiste all'interno della

SVP? Qual è la vera faccia di questo regime? Vorrei che da quest'aula uscisse un messaggio chiaro: "Noi, Stella Alpina, siamo esattamente il contrario di quello che abbiamo detto in campagna elettorale. Non vogliamo mettere a posto le cose. Noi vogliamo che via Garibaldi diventi un ghetto, e non ce ne può fregar di meno se quelli che hanno comperato la casa lì facendo debiti non riescono neanche più, non a venderla, a regalarla". In via Weggenstein non ve li siete mai portati e in via Fago nemmeno. Vi guardate bene dal portarli in piazza Gries, dove abita la "Bolzano bene". Questa è la verità, perché si parla in un modo e si agisce in un altro. Di quale integrazione state parlando? Se io fossi un musulmano non mi integrerei con voi, perché la mia cultura, a questo punto, è superiore alla vostra, perché io, se sono musulmano, ho le idee molto chiare, e una in particolare, quella di andare finalmente a piantare sul Duomo di Bolzano la mezzaluna. Fino a che non sarò arrivato a fare questo, dal punto di vista ideologico non avrò esaurito il mio scopo. Hanno ragione quelli che pensano che ciò sia un problema, caro Bizzo, e se così deve essere, che sia. Perché i nostri figli certi lavori non li vogliono fare? È ora che li facciano! Nel momento in cui Lei ha detto queste testuali parole "Ci serve questa gente", come fossero attrezzi, vi faccio vedere io dove è il razzismo. Quando Lei ha detto: "Ci serve questa gente, perché fa quei lavori che noi non vogliamo più fare", Lei ha fatto un'argomentazione razzista. Lei è razzista! Abbiamo bisogno degli schiavi che remano sulle galere perché noi questo non lo facciamo più. Lei è razzista! Schiavista! E in quest'ottica di schiavismo si inserisce benissimo quel quadro politico con i suoi alleati della Volkspartei!

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Bizzo per fatto personale.

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Tenterò di spiegare al collega Donato Seppi che io ho il terribile difetto di scrivermi le cose che dico, e gli leggo che cosa ho detto, così, se non ha avuto modo di capire, repetita juvant. "I cittadini immigrati sono una parte fondamentale della nostra economia e della nostra società." E poi ho detto: "E per chi non se ne fosse ancora accorto, i cittadini immigrati sono una parte fondamentale della nostra economia e della nostra società". E poi aggiungo una cosa. La destra deve anche decidere, perché se il modello di sviluppo che propone alla nostra società è quello di regredire a paese di sottosviluppo per impedire che gli immigrati vedano la nostra terra come una terra di speranza, di vita e di progresso, se il vostro obiettivo è quello di fare di questo Paese - vedo che le destre ci stanno riuscendo benissimo in questo momento, perché l'unica cosa per la quale siamo famosi al mondo è il "bunga bunga" e gli affari personali del presidente del Consiglio che invece che preoccuparsi della crescita di questo Paese ha altre cose più importanti a cui pensare, anche perché ciò che pensa di questo Paese ormai lo ha detto chiaramente, mi pare che assomigli alla Nutella ma non ne ha lo stesso sapore - un posto talmente sottosviluppato da essere inappetibile agli extracomunitari, basta dirlo, ci state riuscendo benissimo!

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Per fatto personale!

**PRESIDENTE:** Quale fatto personale, consigliere Seppi?

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** (Interrompe)

**PRESIDENTE:** Lei dica quale è il fatto personale, poi vedremo ...

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Il fatto personale è che l'assessore Bizzo, quando io faccio delle affermazioni e dico che lui ieri ha detto questo o quello, rinnega ciò che ha detto, c'è un verbale! ....

**PRESIDENTE:** Non è un fatto personale, mi scusi, consigliere Seppi!

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Io non scuso nessuno! Lui ha detto ieri che gli extracomunitari fanno i lavori che i nostri figli non fanno più. Ribadisco, è uno schiavista!

**PRESIDENTE:** Ribadisco che non è un fatto personale questo.  
La parola al consigliere Pichler Rolle sull'ordine dei lavori.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Ich beantrage die Sitzung zu unterbrechen, um eine gemeinsame Sitzung der Fraktionsvorsitzenden und des Präsidiums abzuhalten.

**PRESIDENTE:** Interrompo la seduta fino alle 11.40.

ORE 11.23 UHR

-----

ORE 12.25 UHR

**PRESIDENTE:** Riprendiamo i lavori.

Invito tutti i consiglieri per maggior rispetto alle istituzioni. Io mi ritroverò ad applicare il regolamento ancor più alla virgola di quanto abbia fatto fino adesso, in quanto ritengo quello che è accaduto uno spiacevolissimo episodio nei confronti della Presidenza e della istituzione.

Do la parola all'assessore Theiner per le replica all'ordine del giorno.

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Seit eineinhalb Tagen diskutieren wir über dieses Integrationsgesetz. Immer wieder werden hier, ganz selbstverständlich, Vorwürfe in Richtung Landesregierung dahingehend lanciert, dass man blauäugig sei, dass man schlafen und nichts erkennen würde. Es wurden Vorwürfe erhoben, wir würden in herrschaftlichen Gegenden wohnen, in denen man die soziale Problematik der Einwanderung nicht spüre. Ich kann Ihnen sagen – Kollege Seppi ist im Moment nicht da -, dass in meinem Viertel Ausländer und auch Muslime wohnen. Ich kenne diese Thematik nicht vom Hörensagen und brauche auch keine Zeitung zu lesen. Ich brauche niemanden zu konsultieren, denn ich erlebe es Tag für Tag vor meiner eigenen Haustür. Wir sollten nicht so tun, als hätten Gewisse die Weisheit mit Löffeln gegessen, als wüssten sie alles, was richtig ist, und die anderen würden alles falsch machen.

Seien wir doch ehrlich! Die Immigration ist eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Es wäre wirklich töricht anzunehmen, dass es heute irgendjemand noch in Zweifel ziehen würde, dass damit auch riesige Probleme verbunden sind. Dann müssen wir es auch ganz offen sagen, denn gerade mit den Immigranten aus muslimischen Ländern sind sehr viele Sorgen verbunden, es gibt Ängste in der Bevölkerung und es sind nicht alles Phantastereien. Es ist richtig, dass wir uns damit auseinandersetzen, dass wir darüber diskutieren, aber ich warne auch davor, dass man auf der einen Seite die Thematik nur bagatellisiert und auf der anderen Seite das Klima hochschaukelt.

Pius Leitner! Sie haben gestern Werbeschaltungen der Südtiroler Volkspartei zitiert. Ich darf Ihnen heute eine – ich will jetzt nicht das Klima aufheizen, ich sage es nur ...

**MAIR (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht – interrompe)*

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Er hat es genauso gemacht ...

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich habe es gestern erwähnt.

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Es ist gesagt worden, was die Südtiroler Volkspartei publiziert hat. Ich lese nur eine vor, denn ich habe mehrere hier: "Ha, ha, ha, hallo Leute: Achmed ist wieder da. Bin wieder zurück. Jetzt kriegen wir endlich Moschee. Südtirol hat so viele brave, lustige Steuerzahler. Volle krass. Was guckst du? Nur böse Freiheitliche Partei wieder dagegen, nicht freiheitliche Partei, sondern frechheitliche Partei, aber vielleicht kriegen wir auch noch Wahlrecht, dann werden wir ja sehen, wer Chef in Südtirol ist, ha, ha, ha!"

Ich glaube, man muss aber auch zugutehalten - das sage ich auch -, dass sich die Töne diesbezüglich sehr gemäßigt haben. Ich glaube aber, dass wir in Südtirol insgesamt eine Versachlichung, starke Fronten haben, und das muss auch der Weg sein, der uns dazu führt. Es ist aber genauso bei den Haaren herbeigezogen, wenn man sagt, man mache nichts, man wende sich nicht der Wirklichkeit zu, man möchte alles nur schön reden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir werden dann im Rahmen der Artikeldebatte auch auf die einzelnen Problematiken sehr gut eingehen können.

Ich bin als Obmann der Südtiroler Volkspartei darauf konkret angesprochen worden. Ich sage ganz offen, selbstverständlich stehen wir zur Vollautonomie. Wir haben jetzt zu diesem Thema eine umfangreiche Diskussion in den Reihen der Südtiroler Volkspartei, welche uns in den nächsten Wochen und Monaten noch intensiv beschäftigen wird. Es ist richtig, dass wir hier den Spieß umdrehen und nicht mehr sagen möchten, welche primäre oder sekundäre Kompetenzen dem Land gegeben werden sollen, sondern sagen möchten, welche Kompetenzen noch beim Staat verbleiben sollten. Alles andere sollte als primäre Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis an das Land übergehen. Das ist richtig, das ist unsere Haltung, aber wir können doch nicht hergehen – darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig – und im Rahmen der Behandlung eines Gesetzentwurfes und eines dazu eingebrachten Beschlussantrages die Zuständigkeit für diesen oder jenen Bereich fordern. Das wäre nicht seriös. Das kann niemand erwarten und das erwartet sich auch, glaube ich, weder jemand von der Opposition noch jemand von der Mehrheit. Wenschon müssen wir diesbezüglich eine seriöse Diskussion anfangen. Ich bin überzeugt, dass wir auch im Landtag genug Gelegenheit haben werden, über die Autonomiepolitik zu reden und zu sagen, das sind die Forderungen dieses Landes, so stellen wir uns die Zukunft dieses Landes vor. Wir können also nicht die Behandlung einer Tagesordnung zum Anlass nehmen, um exemplarisch eine bestimmte Zuständigkeit zu fordern. Ich glaube, so kann es nicht gehen, wenn wir Aussicht auf Erfolg haben wollen.

**PRESIDENTE:** Pongo in votazione l'ordine del giorno n. 3 per parti separate come è stato richiesto dal consigliere Knoll.

Metto in votazione le premesse: respinte con 6 voti favorevoli, 20 voti contrari e 2 astensioni.

Metto in votazione la parte impegnativa: respinta con 8 voti favorevoli e 18 voti contrari.

**Ordine del giorno n. 4 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Mair, Tinkhauser e Leitner, concernente: L'immigrazione – spopolamento – qualità di vita.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 4 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Mair, Tinkhauser und Leitner, betreffend: Zuwanderung – Abwanderung – Lebensqualität.**

*In Alto Adige si dà grande attenzione ai problemi dei comuni minacciati dallo spopolamento. Di questo si sta persino occupando una apposita commissione istituita dalla Giunta provinciale. In alcuni comuni sussiste effettivamente il pericolo che la tendenza allo spopolamento sconvolga la struttura sociale: la chiusura di negozi e di osterie di paese fino ad arrivare alla chiusura di scuole rischiano di trasformare paesi in passato vivi e vitali in luoghi morenti.*

*Questa circostanza, per quanto deplorabile, non può farci dimenticare, che dall'altro lato vi sono comuni o paesi che stanno soccombendo sotto il peso dell'immigrazione. Questi crescono rapidamente per quanto riguarda il numero di abitanti, in parte anche troppo rapidamente, e la qualità di vita ne risente.*

*L'istituto provinciale di statistica (ASTAT) ha pubblicato ieri i dati sull'andamento demografico nel 2° trimestre 2011. Al 30 giugno 2011 risiedono in provincia di Bolzano 509.634 persone. Ciò equivale a un aumento della popolazione di 1.213 unità con un saldo migratorio di 772 persone (63,6%) e un saldo naturale di sole 441 persone (36,4%).*

*Che l'immigrazione "comporti un arricchimento" è obiettivamente difficile da dimostrare. In Alto Adige non esistono studi in tal senso (una mozione approvata in merito non ha ancora trovato applicazione) e ricerche svolte in vari Paesi dell'UE provano il contrario. In alcuni paesi l'alto numero di bambini in età di asilo e scolare ha portato a grossi problemi e continuerà ad aumentarli. In questi paesi serpeggia la preoccupazione di diventare in un futuro non troppo lontano stranieri nella propria terra. Il sovvertimento dei rapporti numerici tra i gruppi etnici, le strutture parallele e la minaccia di ghettizzazione si stanno profilando in vario modo anche in Alto Adige.*

*Senza voler opporre al problema dell'immigrazione quello dello spopolamento, bisogna evitare di trascurare i comuni e i paesi per quanto riguarda i problemi con l'immigrazione. Alla drammatizzazione dello spopolamento non si può contrapporre l'abbellimento della realtà quando si parla di immigrazione. Entrambe le tendenze vanno affrontate con la dovuta serietà, per non perdere il necessario equilibrio.*

*È una grande sfida e un impegno per la politica evitare che ogni critica di un'immigrazione incontrollata e senza freni venga subito bollata come "populismo di destra" o addirittura "razzismo" e che le*

persone che sollevano apertamente i problemi esistenti vengano isolate e messe a tacere con l'arma del "politicamente corretto".

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
si dichiara a favore*

*di un sostegno diretto da parte della politica provinciale ai comuni o paesi in cui la parte di popolazione immigrata è particolarmente alta. Si invita la Giunta provinciale a promuovere iniziative per favorire e sostenere il mantenimento del carattere peculiare dei paesi dal punto di vista culturale ed etnico.*

-----

*In Südtirol wird den Problemen der abwanderungsgefährdeten Gemeinden große Aufmerksamkeit geschenkt. Damit beschäftigt sich sogar eine eigene von der Landesregierung eingesetzte Kommission. Es besteht in einigen Gemeinden tatsächlich die Gefahr, dass wegen der Abwanderungstendenz die Gesellschaftsstruktur Schaden nimmt. Die Auflassung von Geschäften, Dorfgasthäusern bis hin zur Einstellung des Schulbetriebs droht aus ehemals vitalen Dörfern sterbende zu machen. Dieser Umstand, so beklagenswert er auch sein mag, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auf der anderen Seite Gemeinden bzw. Dörfer gibt, die unter der Last der Zuwanderung stöhnen. Zwar wachsen diese quantitativ schnell, teilweise viel zu schnell, darunter leidet aber die Lebensqualität.*

*Das Landesstatistikamt (ASTAT) hat erst gestern die Daten zur Bevölkerungsentwicklung im 2. Quartal 2011 veröffentlicht. Demnach zählt Südtirols Wohnbevölkerung zum 30. Juni 2011 509.634 Personen. Das entspricht einem Zuwachs von 1.213 Personen, wobei der Wanderungssaldo 772 Personen (63,6 %) ausmacht, die Geburtenbilanz jedoch nur 441 Personen (36,4 %).*

*Dass Zuwanderung "bereichert", ist objektiv betrachtet kaum zu belegen. Entsprechende Studien gibt es in Südtirol nicht (die Umsetzung eines Beschlussantrages steht dazu noch immer aus!), Studien in mehreren EU-Staaten belegen das Gegenteil. Der hohe Anteil von Kindergartenkindern und Schülern in einzelnen Dörfern hat zu großen Problemen geführt und wird diese weiter verstärken. In diesen Dörfern geht die Sorge um, in nicht allzu ferner Zeit zu Fremden in der Heimat zu werden. Die Umkehrung der Volksgruppenverhältnisse, Parallelstrukturen und drohende Ghettoisierung zeichnen sich verschiedentlich auch in Südtirol ab.*

*Ohne die Probleme der Zuwanderung und der Abwanderung gegeneinander ausspielen zu wollen, muss aber darauf geachtet werden, die Gemeinden und Dörfer bezüglich der Probleme mit der Zuwanderung nicht zu vernachlässigen. Einer Dramatisierung in Sachen Abwanderung darf nicht eine Schönfärberei in Sachen Zuwanderung gegenübergestellt werden, beide Entwicklungen sind mit dem gebotenen Ernst zu gestalten, damit das Gleichgewicht nicht aus dem Lot gerät.*

*Es ist eine große Herausforderung und ein Auftrag an die Politik, zu verhindern, dass jegliche Kritik an einer ungebremsten und unkontrollierten Zuwanderung als "Rechtspopulismus" oder gar als Rassismus abgekanzelt wird und dass Personen, die bestehende Probleme klar ansprechen, in ein Eck gestellt werden und dass sie mit der Waffe der "political correctness" mundtot gemacht werden.*

*Der Südtiroler Landtag  
spricht sich  
dafür aus,*

*dass jene Gemeinden bzw. Dörfer, in denen der Anteil der Zuwanderer besonders hoch ist, von der Landespolitik gezielt unterstützt werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, vor allem Initiativen zur Erhaltung des Dorfcharakters aus kulturellen und ethnischen Gesichtspunkten zu fördern und zu unterstützen.*

La parola alla consigliera Mair per l'illustrazione dell'ordine del giorno.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Wie hier dargelegt, hat die Landesregierung zurecht eine eigene Kommission eingesetzt, um das Phänomen der Abwanderung aus einigen oder vielen Dörfern, Gemeinden in Südtirol, zu untersuchen und diesem entgegenzuwirken, vor allem bezogen auf die Landwirtschaft. Auch diesbezüglich, glaube ich, hat es eine eigene Arbeitsgruppe oder sogar eine Kommission gegeben, die sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat. Das habe ich vorhin auf der Homepage des Bauernbundes gesehen. Das ist löblich, aber auf der anderen Seite gibt es – das ist auch eine Realität in Südtirol – Gemeinden und Dörfer, die sich, proportional

gesehen, stärker als andere mit dem Thema der Zuwanderung auseinandersetzen müssen. Ich habe in den Prämissen geschrieben, dass es nicht darum geht, dass jetzt das eine gegen das andere ausgespielt oder aufgerechnet wird, aber es wäre einfach wünschenswert, nicht, dass die Landesregierung jetzt wieder eine Kommission einsetzt, sondern im Gegenteil. Die Landesregierung soll – hier spreche ich ganz besonders die Gemeinde Salurn, aber auch die Gemeinden Franzensfeste und Mühlbach an, die davon besonders betroffen sind - diese Gemeinden nicht vergessen, nicht alleine lassen, sondern unterstützen und fördern, und zwar gezielt die Gemeinde Salurn. Es wurde gestern im Rahmen der Generaldebatte öfters erwähnt, dass dort ohnehin schon – ich will nicht sagen, dass es eine komplizierte Gemeinde ist, aber wahrscheinlich eine sehr sensible – entsprechende Problematiken auf der Tagesordnung stehen, denn Salurn ist eine jener Gemeinden, in der der Ausländeranteil mittlerweile besonders hoch ist, in der es alltäglich effektiv Probleme gibt und in der teilweise in den Schulklassen der Ausländeranteil höher ist als jener der Einheimischen.

Die Problematik ist nicht neu - die Landesrätin weiß diesbezüglich bestens Bescheid -, aber die Leute vor Ort würden sich wünschen, dass, wenn schon die Abwanderung - was effektiv der Realität entspricht - ein Problem darstellt, auch die Zuwanderung dieselbe Anerkennung findet, dass diesbezüglich nicht Schönfärberei betrieben wird, sondern dass die Landesregierung sich dort auch engagiert, diese Gemeinden nicht alleine lässt, damit sie mit den Problemen vor Ort, die die Menschen haben, nicht auf sich alleine gestellt sind. Gerade in Salurn haben wir in der Vergangenheit mehrmals festgestellt, dass sich diese Gemeinde recht gut für Ausländer, die im Trentino arbeiten, eignet, um dort zu leben. Die Kaufkraft geht ins Trentino verloren, die Steuern werden auch dort bezahlt, aber die Allgemerkosten werden Südtirol aufgehalst. Die Menschen leben dort – es sind ein paar Beispiele, nicht durch die Bank, man kann es hier nicht verallgemeinern, aber es gibt sie – in den Sozialwohnungen. Sie beziehen hier die Sozialleistungen, das Wohngeld usw. und die Probleme, die damit einhergehen, haben dann die Salurner irgendwo zu lösen und sie müssen schauen, wie sie damit zurechtkommen, wie es im Antrag auch angeführt wird, im Kindergarten und in der Schule. Deshalb ersuche ich um die Zustimmung zu diesem Beschlussantrag. Die Landesregierung wird aufgefordert, Initiativen zur Erhaltung des Dorfcharakters aus kulturellen und ethnischen Gesichtspunkten zu fördern und zu unterstützen und besonders jene Dörfer gezielt zu unterstützen, die massiv von der Zuwanderung betroffen sind.

**URZì (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè):** Lo dico con grande rispetto per i proponenti, però anche in questo caso voterò contro l'ordine del giorno, anche perché si parte da una questione da considerare, lo spopolamento del territorio, l'immigrazione potente in alcune porzioni del nostro territorio provinciale di cittadini di nuova immigrazione, per arrivare a delle conclusioni che sono di difficile lettura e che non comprendo se possono essere la risposta al problema dato. "Un sostegno diretto da parte della politica provinciale ai comuni o paesi in cui la parte di popolazioni immigrata e particolarmente alta", il che significa un sostegno immagino di ordine economico per fare che cosa?

Al secondo passaggio della parte impegnativa "si invita la Giunta provinciale a promuovere iniziative per favorire e sostenere il mantenimento del carattere peculiare dei paesi dal punto di vista culturale ed etnico". Cosa dovrebbe fare la Giunta provinciale? Promuovere più feste campestri o la promozione dell'uso dei costumi tradizionali o cos'altro ancora? Non è ben chiaro. Io credo piuttosto che ci debba essere un approccio diverso, che è quello su cui insisto e che corrisponde esattamente a quello che dice la mia coscienza rispetto al tema della nuova immigrazione, nel senso che le caratteristiche peculiari del territorio e della società non sono un dato storico, indiscutibile e permanente, ma sono un dato in costante modificazione nei tempi e nei secoli. Ogni fase storica ha conosciuto momenti di transizione, di passaggio, di commistione, anzi spesso proprio gli incroci hanno prodotto, non nell'immediatezza probabilmente ma in medio e lungo termine, i prodotti migliori. Pensiamo alla cultura siciliana o a quella spagnola, pensiamo alla capacità delle popolazioni anche nelle fasi avverse della storia di saper comunque raccogliere ciò che di positivo portano le migrazioni, i passaggi di genti e cultura sui territori, e tutto non è destinato a rimanere come è. Viviamo in un territorio e nell'ambito di un'autonomia che fissa proprio questo carattere particolare della nostra realtà come luogo in cui convivono comunità di lingua tedesca, italiana, ladina e sappiamo come un tema sollevato politicamente sul quale si discute molto è il fatto quale consistenza storica abbia la comunità italiana in provincia di Bolzano, quale tipo di ruolo, prospettiva, condizione attuale, di radici. Anche questo è un elemento di rottura rispetto ad un equilibrio che la storia ha prodotto ma che poi ha anche disfatto. Tutto è in movimento.

Indubbiamente alcune condizioni, penso alla situazione di Salorno, di Fortezza, Brennero, situazioni così importanti di inserimento nel territorio di nuclei di cittadini stranieri producono delle mutazioni. Queste sono negative nel momento in cui si creano ghetti, nel momento in cui la comunità sa reagire positivamente attraverso l'unico

strumento possibile che è quello dell'integrazione sociale, dell'educazione al rapporto civile, ebbene allora non solo si smontano le criticità ma si producono anche opportunità. Certo si tratta di gestire queste mutazioni, e in questo ha un ruolo principale la Provincia autonoma di Bolzano più che gli stessi comuni, ma non con una iniezione di cultura tradizionale o di purismo, ma con la capacità di offerta di migliori strumenti di integrazione. Solo così si potrà prevenire il danno che una parte di popolazione avverte possa essere prodotto da questi fenomeni.

Io sostituisco la parola "paura" con la parola "integrazione", sostituisco la parola "purezza" con la parola "opportunità" che è data da questi fenomeni. Certo si tratta di saperli gestire, non sempre questo è accaduto in provincia di Bolzano, ma è anche vero se alta concentrazione esiste di immigrati a Brennero e Fortezza, è perché esisteva alta opportunità di alloggio e insediamento abitativo in quelle realtà, perché lì c'era stato un deflusso di cittadini lì residenti da più tempo. Credo che ci debba essere una strategia più generale perché non si creino ghetti in provincia di Bolzano localizzati in determinati ambiti del territorio, ma ci sia la capacità di inserimento nell'ambito esteso sul territorio provinciale.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich verstehe das Anliegen, aber ich hätte in der Auswirkung doch Bedenken, und zwar folgende. Gesetzt den Fall, dass es sich hier um einen Bürgermeister handelt, der, aus welchen Gründen auch immer, sagt, ich möchte hier ein Zentrum für Ausländer haben, damit ich morgen eventuell auch entsprechendes Wählerpotential habe. Gut, dann wird er aber andere Wähler verlieren, nicht? Aber theoretisch könnte er zweimal kassieren sozusagen. Einmal eine Art Anteil dafür, dass er besonders die Zuwanderung in seinem Dorf unterstützt, und zum anderen auch noch für die Erhaltung des Dorfcharakters. Vielleicht passiert es in der Praxis nicht, aber ich sehe eigentlich, glaube ich, nicht unbedingt einen Vorteil darin, wenn jene Gemeinden bzw. Dörfer, in denen der Anteil der Zuwanderer besonders hoch ist, von der Landespolitik gezielt unterstützt wird. Dann wird die Landesregierung aufgefordert, vor allem Initiativen zur Erhaltung des Dorfcharakters aus kulturellen und ethnischen Gesichtspunkten zu fördern und zu unterstützen. Ich bin damit voll einverstanden, aber was den anderen Punkt anbelangt, bin ich persönlich eher ein wenig skeptisch.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Der Beschlussantrag der Kollegin Mair richtet die Aufmerksamkeit zurecht auf eine Ebene, in der die Migration, die Zuwanderung und natürlich, in mancher Hinsicht, auch die Abwanderung besonders spürbar sind, auf die Ebene der Gemeinden, und das ist ein wichtiger Fokus, der zweifellos besonders wesentlich ist, denn Migration geschieht vor allem auf der Ebene der lokalen Körperschaften. Es wird das Land erreicht, aber die eigentlichen Situationen spielen auf der Ebene der Gemeinden und auf der Ebene der lokalen Körperschaften. Dies ist richtig erkannt und es ist auch klar angesprochen, dass die Gemeinden mit erhöhter Zuwanderung besonderer Unterstützung bedürfen. Das ist ein im Grunde zu teilender Ansatz.

Es ist auch darauf hingewiesen, dass eine Kommission eingesetzt wurde, die sich den Problemen der abwanderungsgefährdeten Gemeinden zuwendet. Hier wird sozusagen analog empfohlen, dass vor allem in zuwanderungsgefährdeten Gemeinden, um den Begriff umzudrehen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Nun. Der Fokus auf die Gemeinden ist richtig, es ist aber ein halbiertes Fokus, Kollegin Mair. Das ist eines der Grundprobleme. Eure Aufmerksamkeit gilt vor allem den Gemeinden, die dörflichen Charakter haben, sprich Salurn, Mühlbach, Franzensfeste, Brenner, Truden und andere, die eben Migrationsanteile zwischen 10, 15 und bis zu 20 Prozent erreichen, und wo diese Probleme besondere Aufmerksamkeit und auch eine besondere Dringlichkeit erfahren haben, wie zum Beispiel in Salurn. In Gemeinden wie Brenner oder Franzensfeste ist die Situation wiederum anders gelagert. In Franzensfeste herrscht ein relativ gutes Auskommen, im Gegenteil, die Gemeinde, die sehr starke Abwanderung erfahren hat, ist sogar froh, dass der Wohnraum vergeben wird. Die Probleme werden im Einvernehmen gelöst. Dasselbe gilt auch für die Gemeinde Brenner, die, wie Kollege Egger weiß, ähnliche Probleme aufweist wie Franzensfeste, das heißt Kopf und Schwanz des Wipptales sind sozusagen existenziell bedroht.

Das Problem in diesem Beschlussantrag ist, dass man vor allem den dörflichen Gemeinden die Aufmerksamkeit zuwidmen und schenken möchte, nicht hingegen den städtischen, wo ja gleichfalls die Zuwanderung besonders hohes Ausmaß erreicht. Städte, wie ich gestern sagen konnte, wie Bozen, Meran oder Brixen liegen deutlich über 10, 12, 14 Prozent. Die Ballung erreicht hier ein besonders hohes Ausmaß und deren Interesse berührt dieser Beschlussantrag in relativ geringem Ausmaß. Diese Widersprüchlichkeit des Beschlussantrages muss man schon ein Stück weit hervorheben. Aus diesem Grund werden wir dem Beschlussantrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen, weisen aber darauf hin, dass es sehr wohl notwendig wäre, den Gemeinden - das ist ein wichtiger Ansatz, auf den der Beschlussantrag hinweist -, in denen ein verstärkter Immigrantenteil ist, beson-

dere Unterstützung zu gewähren. Es ist auch eine Schwäche des Gesetzes, das diese notwendige konkrete Unterstützung für die Gemeinden vermissen lässt. Zum Beispiel kann eine Gemeinde wie Brixen, die versucht, einen Einheitsschalter für Migranten aufzubauen, nicht auf einen bestimmten Betrag an Mitteln zurückgreifen, sondern muss mühsam zum zuständigen Landesrat pilgern, um sich die dafür notwendigen Mittel herauszuschlagen, und genau das ist der Punkt.

Aus dem Grund hat Kollege Dello Sbarba in der Gesetzgebungskommission einen Artikel 14-bis betreffend Zuwendungen an Gemeinden und Bezirksgemeinschaften mühsam durchsetzen können: "Das Land anerkennt und unterstützt die wesentliche Rolle der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften im Integrationsprozess, der Gegenstand des vorliegenden Gesetzes ist." Es ist eine sehr magere Absichtserklärung, denn alle anderen konkreteren Maßnahmen wurden abgewiesen. Es wäre der richtige Weg gewesen, im Gesetz die Rolle der Gemeinden verstärkt festzuschreiben, aber dieser Beschlussantrag zielt vor allem auf die Stärkung ländlicher Gemeinden ab und nicht so sehr auf den städtischen Kontext. Deswegen können wir mit der Zielrichtung nicht einverstanden sein.

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Se mi è consentita una battuta, se finissimo per sostenere i comuni all'interno dei quali è più presente l'immigrazione come forza lavoro, ci troveremmo nelle condizioni di sostenere i comuni che già sono sufficientemente ricchi e comunque in vantaggio rispetto agli altri, perché sono economicamente più forti. Non è un caso che ad attrarre di più lavoratori stranieri sono proprio quelle realtà legate al turismo, all'economia, all'industria in generale, che offrono più possibilità di lavoro. Quindi godono di introiti maggiori rispetto ad altre realtà. Comunque tutti i sostegni che vanno ai comuni vengono determinati proprio in proporzione alla popolazione residente.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno n. 4: respinto con 6 voti favorevoli, 20 voti contrari e 2 astensioni.

**Ordine del giorno n. 5 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Leitner, Stocker Sigmar, Mair, Tinkhauser e Egger, concernente: Priorità alla popolazione locale – proposte per regolamentare l'immigrazione – integrazione degli stranieri.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 5 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Stocker Sigmar, Mair, Tinkhauser und Egger, betreffend: Einheimische zuerst – Vorschläge zur Regelung der Einwanderung – Integration von Ausländern.**

*Dai dati raccolti dall'Istituto provinciale di statistica (ASTAT) risulta che alla fine del 1990 in Alto Adige risiedevano 5.099 stranieri. Alla fine del 2006 erano 28.260 e attualmente sono già ben più di 40.000. Se si pensa che l'ASTAT ha calcolato che nel 2020 gli stranieri saranno più o meno 80.500, si possono immaginare le sfide e i problemi che ciò comporterà.*

*Sulla base della normativa vigente in materia di ricongiungimenti familiari ogni anno arrivano in Alto Adige tra 700 e 800 stranieri. I ricongiungimenti familiari vanno limitati ai casi in cui gli interessati possono dimostrare di avere un alloggio e un posto di lavoro.*

*L'economia, che ripetutamente reclama nuove forze lavoro dall'estero, deve partecipare ai costi dell'integrazione. Fra questi rientrano i corsi finalizzati all'integrazione. Perché non si può chiedere all'economia di partecipare alle spese quando per esempio piccole aziende devono pagare ai dipendenti corsi sulla sicurezza sul lavoro?*

*Le prestazioni sociali devono anzitutto andare a beneficio della popolazione locale. Nel 2010 il 38% dei sussidi casa e un terzo degli aiuti per il minimo vitale sono andati agli stranieri. Dei soldi che le comunità comprensoriali spendono per prestazioni sociali gli stranieri approfittano più degli altri. Per esempio nella comunità comprensoriale Val Pusteria il 20% circa di tutti i fondi va agli stranieri, nonostante rappresentino il 4% circa della popolazione e quindi il gruppo più piccolo! A Bolzano l'anno scorso hanno fatto domanda di un alloggio sociale più stranieri che altoatesini. La maggior parte degli affittuari IPES a canone zero sono stranieri. Nel 2006 191 stranieri non hanno pagato alcun affitto, 180 hanno pagato fra 50 e 100 euro, 49 fra 100 e 150 euro e solo 24 più di 250 euro.*

*L'Alto Adige ha soprattutto bisogno di lavoratori stagionali. Per questi ci vuole un'apposita normativa, nella quale va rimesso in primo piano il principio del lavoratore ospite. Una limitazione in questo set-*

tore si potrebbe ottenere anche impiegando nell'agricoltura pensionati locali ancora in forma, senza per questo tagliare loro la pensione. Già nel 2002 il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ha approvato una mozione dei Freiheitlichen in questo senso.

Indipendentemente dal varo di una legge sull'integrazione l'Alto Adige deve chiedere allo Stato maggiori competenze in materia di immigrazione. In attesa dell'approvazione da parte del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano di una legge sull'immigrazione, la Giunta provinciale dovrebbe approvare un accordo sull'integrazione, per favorire la convivenza culturale e sociale, fugare le paure e le preoccupazioni della popolazione locale, arginare gli abusi in campo sociale, ma anche migliorare per gli immigrati le opportunità di inserimento nella società e formazione in campo professionale.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna

la Giunta provinciale

ad approvare misure idonee a favorire la convivenza culturale e sociale, fugare le paure e le preoccupazioni della popolazione locale, arginare gli abusi in campo sociale, ma anche migliorare le opportunità, per gli immigrati, di inserimento nella società e di formazione in campo professionale.

Un adeguato catalogo di misure dovrebbe tra le altre cose comprendere:

- presa in conto della situazione del mercato del lavoro in Alto Adige così come delle disposizioni di legge (proporzionale, bilinguismo, residenza) a tutela degli altoatesini;
- nell'assegnazione degli alloggi sociali e nell'edilizia abitativa agevolata nel suo complesso va data priorità alla popolazione locale. Gli alloggi convenzionati vanno riservati ai locali. L'IPES può, a determinate condizioni, costruire case albergo per lavoratori o predisporre un piano edilizio per immigrati (con una graduatoria a parte e tetto prestabilito);
- per l'assegnazione di un alloggio dell'IPES è necessaria la residenza in Alto Adige da almeno dieci anni;
- quando assumono stranieri, gli imprenditori locali sono tenuti anche a provvedere alla loro sistemazione ovvero a partecipare alle spese per l'integrazione;
- le spese per il servizio sanitario pubblico e per le prestazioni sociali vanno controllate nel dettaglio onde evitare sperperi e abusi;
- introduzione di una regolamentazione speciale per i lavoratori stagionali stranieri (creazione di un'apposita cassa pensioni);
- gli stranieri, che arrivano qui con l'unico scopo di fruire di prestazioni sociali oppure distruggono i loro documenti per nascondere la propria identità, perdono il diritto a tali prestazioni;
- i clandestini e gli immigrati che hanno commesso un reato vanno espulsi immediatamente;
- agli immigrati che sulla base di criteri oggettivi non hanno alcuna possibilità di inserirsi nel mercato del lavoro va negato il permesso di soggiorno;
- vanno combattuti efficacemente l'abuso del diritto di asilo e l'abuso di droghe;
- in Alto Adige non è permesso costruire moschee, perché non di rado sono centri di insegnamento politico sui quali si basa il fondamentalismo islamico;
- matrimoni di bambini, mutilazioni genitali e velo integrale non sono permessi in Alto Adige;
- i ricongiungimenti familiari sono ammessi solo per coloro che all'arrivo possono dimostrare di avere un posto di lavoro e un alloggio. Le prestazioni sociali della Provincia non devono essere conteggiate nel reddito minimo richiesto. Bisogna evitare che si facciano venire persone ammalate e non in grado di lavorare;
- introduzione di test linguistici obbligatori per i bambini stranieri prima dell'ingresso all'asilo e/o dell'iscrizione a scuola;
- introduzione di corsi obbligatori per i genitori su storia locale, lingua, cultura e tradizioni;
- ai fini della tutela dei gruppi etnici e ai sensi delle norme vigenti dello Statuto di autonomia vanno previsti test linguistici obbligatori per stranieri anche in lingua tedesca (e in lingua ladina nei comuni ladini);
- agli extra-comunitari il diritto di voto va concesso al più presto dopo dieci anni di regolare soggiorno;
- elaborazione di uno studio sugli effetti fiscali dell'immigrazione in Alto Adige e sugli oneri che ne derivano per il sistema sociale; lo studio serve da base per l'ulteriore programmazione, formulazione ed emanazione di leggi e regolamenti in materia di immigrazione.

-----  
 Laut Landesstatistikamt (ASTAT) waren Ende 1990 in Südtirol 5.099 Ausländer ansässig. Ende 2006 waren es 28.260 und derzeit sind es bereits weit über 40.000. Wenn man bedenkt, dass das Landesstatistikamt bis zum Jahre 2020 einen Ausländeranteil von rund 80.500 Personen prognostiziert, kann man sich ausmalen, welche Herausforderungen und Probleme diese Entwicklung mit sich bringt.

Jährlich kommen zwischen 700 und 800 Ausländer aufgrund der geltenden Regelung bezüglich Familienzusammenführung nach Südtirol. Familienzusammenführungen soll es nur mehr in jenen Fällen geben, wo die Betroffenen eine Wohnung und einen Arbeitsplatz nachweisen können.

Die Wirtschaft, die immer wieder ausländische Arbeitskräfte reklamiert, muss sich an den Integrationskosten beteiligen. Dazu zählen etwa Integrationskurse. Warum kann man von der Wirtschaft nicht eine Beteiligung verlangen, wenn etwa kleine Betriebe den Angestellten Kurse für Arbeitssicherheit zahlen müssen?

Soziale Leistungen müssen in erster Linie den Einheimischen zugute kommen. Im Jahr 2010 gingen 38 % des Wohngeldes und ein Drittel der Gelder für das Lebensminimum an Ausländer. Von den Geldern, welche die Bezirksgemeinschaften für soziale Leistungen ausgeben, profitieren die Ausländer überdurchschnittlich. So gehen in der Bezirksgemeinschaft Pustertal rund 20 % aller Gelder an die Ausländer, obwohl ihr Anteil mit rund 4 % im Pustertal am niedrigsten ist! In Bozen haben bereits mehr Ausländer um eine soziale Wohnung angesucht als Südtiroler. Von den Mietern des Wohnbauinstituts, die keine Miete zahlen, ist der Anteil der Ausländer am höchsten. Im Jahr 2006 zahlten 191 Ausländer überhaupt keine Miete, 180 zwischen 50 und 100 Euro, 49 zwischen 100 und 150 Euro und lediglich 24 über 250 Euro.

Südtirol braucht vor allem Saisonarbeiter. Für diese braucht es eine besondere Regelung, wobei das Prinzip des Gastarbeiters wieder in den Vordergrund gestellt werden soll. Eine Einschränkung in diesem Bereich könnte auch dadurch erreicht werden, dass rüstige einheimische Rentner in der Landwirtschaft beschäftigt werden können, ohne dass ihre Rentenansprüche gekürzt werden. Einen entsprechenden Antrag der Freiheitlichen hat der Südtiroler Landtag bereits im Jahr 2002 genehmigt.

Unabhängig von der Verabschiedung eines Integrationsgesetzes soll Südtirol vom Staat mehr Zuständigkeiten in der Einwanderungsfrage einfordern. Bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Einwanderungsgesetzes durch den Südtiroler Landtag sollte die Landesregierung eine Integrationsvereinbarung verabschieden, um das kulturelle und soziale Zusammenleben zu fördern, Ängste und Sorgen der einheimischen Bevölkerung abzubauen, sozialen Missbrauch einzudämmen, aber auch die Chancen für Einwanderer zur Eingliederung in die Gesellschaft und zu einer beruflichen Weiterentwicklung zu verbessern.

Der Südtiroler Landtag  
 verpflichtet  
 die Landesregierung

zu geeigneten Maßnahmen, um das kulturelle und soziale Zusammenleben zu fördern, Ängste und Sorgen der einheimischen Bevölkerung abzubauen, sozialen Missbrauch einzudämmen, aber auch die Chancen für Einwanderer zur Eingliederung in die Gesellschaft und zu einer beruflichen Weiterentwicklung zu verbessern.

Teil eines entsprechenden Maßnahmenkatalogs sind u. a.:

- Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation in Südtirol ebenso wie der gesetzlichen Bestimmungen (Proporz, Zweisprachigkeit, Ansässigkeit) zum Schutz der Südtiroler;
- bei den Sozialwohnungen und bei der gesamten Wohnbauförderung ist die einheimische Bevölkerung bevorzugt zu behandeln. Konventionierte Wohnungen sind den Einheimischen vorzubehalten. Das Wohnbauinstitut kann in einem bestimmten Rahmen Arbeiterwohnheime errichten bzw. ein Wohnbauprogramm für Einwanderer erstellen (eigene Rangordnung mit gedeckter Ausgabe);
- für die Zuteilung einer Wohnung des Instituts für sozialen Wohnbau ist eine zehnjährige Ansässigkeit in Südtirol erforderlich;
- die einheimischen Unternehmer werden angehalten, bei der Anstellung von Ausländern auch für deren Unterbringung zu sorgen bzw. sich an den Kosten für die Integration zu beteiligen;
- die Ausgaben für den öffentlichen Gesundheitsdienst und für soziale Leistungen sind genauestens zu kontrollieren, damit Verschwendung und Missbrauch vermieden werden;

- Einführung einer Sonderregelung für ausländische Saisonarbeiter (Schaffung einer eigenen Pensionskasse);
- Ausländer, die einzig und allein zum Zweck eingereist sind, Sozialleistungen zu erhalten oder etwa die Pässe vernichten, um Identitäten zu verschleiern, sollen ihren Rechtsanspruch auf soziale Leistungen verlieren;
- illegale und straffällige Ausländer sind umgehend auszuweisen;
- Ausländern, die aufgrund objektiver Kriterien keine Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ist die Aufenthaltserlaubnis zu verwehren;
- Asyl- und Drogenmissbrauch sind wirksam zu bekämpfen;
- der Bau von Moscheen ist in Südtirol nicht erlaubt, weil diese nicht selten Zentren des politischen Unterrichts und politischer Lehren sind, auf denen der fundamentale Islamismus gründet;
- Kinderehen, Genitalverstümmelungen und Ganzkörperverschleierung sind in Südtirol nicht erlaubt;
- Familienzusammenführung ist nur für jene möglich, die bei der Einreise einen Arbeitsplatz und eine Wohnung nachweisen können. Die sozialen Leistungen des Landes dürfen nicht Teil des vorgeschriebenen Mindesteinkommens sein. Es ist darauf zu achten, dass keine kranken und arbeitsunfähigen Personen ins Land nachgeholt werden;
- verpflichtende Sprachtests für Ausländerkinder vor Kindergarten und/oder Schuleinschreibung;
- verpflichtende Elternkurse in Sachen Landesgeschichte, Sprache, Kultur und Tradition;
- zur Wahrung des Volksgruppenschutzes und der geltenden Autonomiebestimmungen sind verpflichtende Sprachtests für Ausländer auch in deutscher Sprache (und in den ladinischen Gemeinden in ladinischer Sprache) vorzusehen;
- Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger frühestens nach zehn Jahren regulären Aufenthalts;
- Erstellung einer Studie über die fiskalische Wirkung der Zuwanderung in Südtirol und die sich daraus ergebenden Belastungen für das Sozialsystem. Die Studie dient als Grundlage für die weitere Planung, Ausgestaltung und Erlassung von Gesetzen und Verordnungen im Zusammenhang mit der Einwanderung.

Siccome sono le ore 12.59, interrompo la seduta fino alle ore 15.00.

ORE 12.59 UHR

-----

ORE 15.01 UHR

*Appello nominale – Namensaufruf*

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta.  
La parola alla consigliera Mair, prego.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Zum Fortgang der Arbeiten! Ich habe eine Frage, und zwar ganz konkret, wie es um das Gerücht bestellt ist, dass wir heute Nachtsitzung haben. Ich möchte jetzt konkret eine Antwort haben, und zwar ja oder nein. Es ist 15.00 Uhr und wir alle haben schon seit längerer Zeit Termine ausgemacht, wir haben Verpflichtungen. Einige von uns haben Kinder zu Hause, die auch das Recht hätten zu wissen – der Herr Landeshauptmann nickt –, ob man zu Hause ist oder nicht. Wir haben im Südtiroler Landtag Angestellte, die auch nicht wissen, ob diese Nachtsitzung stattfindet oder nicht. Ich denke, auch denen gegenüber wäre es an der Zeit, Klartext zu reden und einfach reinen Wein einzuschenken. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit stelle ich gar nicht. Ich möchte nur wissen, woran wir sind.

**PRESIDENTE:** Al momento a questa presidenza non risulta nulla in proposito. Ha chiesto la parola il consigliere Egger per fatto personale.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** In persönlicher Angelegenheit!

**PRESIDENTE:** Spiegghi qual è il fatto personale, per favore!

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Sehr gerne, Herr Präsident! Ich werde überhaupt nicht polemisch sein, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Es geht um die offizielle Pressemitteilung dieses Hauses hinsichtlich der heutigen Vormittagssitzung, in welcher ich zitiert werde bzw. mir in meinem Redebeitrag zugeschrieben wird, ich hätte gemeint, Egartners Wahlwerbung sei fremdenfeindlich. Das habe ich nie behauptet, werde ich nicht behaupten, im Gegenteil. Ich habe behauptet, er schreibt bei uns ab, wir aber werden dann mit denselben Themen als fremdenfeindlich bezeichnet. Dies nur zur offiziellen Klarstellung.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Leitner per l'illustrazione dell'ordine del giorno n. 5.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Dieser Tagesordnungsantrag gibt mir Gelegenheit, auf etwas einzugehen, was heute hier vom Clubobmann der Volkspartei so nebenher eingeworfen worden ist, nämlich ein Verweis auf den Attentäter in Norwegen. Man soll bestimmte Dinge einfach nicht im Raum stehen lassen. Der Verweis wurde in diese Richtung gemacht, dass hier irgendwelche Parteien oder Gruppierungen schuld daran seien, wenn es so eine Straftat gibt. Dazu möchte ich ganz einfach eine Meinung verlesen, und zwar die Meinung von Herrn Prof. Dr. Eckhard Jesse, der an der Universität Chemnitz Politikwissenschaft lehrt und sich mit Diktatur, Extremismus, Parteien und Wahlforschung befasst, damit auch das hier einmal klar gesagt ist. *"Die Untat von Anders Behring Breivik, der gewissenlos 77 Menschen ermordet hat, hat offenkundig keine Hintermänner. Für den Hass des Antisiamisten, der Antisemitismus strikt verwirft und kulturellen Marxismus geißelt, können nicht andere verantwortlich gemacht werden, nicht Islamisten und nicht deren Gegner."* Der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg warnte zurecht vor einer Hexenjagd auf politische Meinungsäußerungen: *"Norwegen will und wird eine offene Gesellschaft bleiben"*. Ich denke, auch Südtirol. David Gelernter, der 1993 bei einem Attentat des Unabombers Theodore Kaczynski, auf den Breivik mehrfach positiv Bezug nimmt, schwer verletzt wurde, schrieb zurecht: *"Wir lernen nichts Neues durch den Mörder von Oslo, weder über Christen, Rechte oder Linke, noch über die europäischen Gegner muslimischer Einwanderung, noch über die europäischen Gegner einer freiwilligen muslimischen Apartheid, denn alle diese Gruppen verurteilen den Mörder und wollen nichts mit ihm zu tun haben. Der Mörder ist ganz auf sich allein gestellt."* Breivik sah eine Gefahr vom Islamismus ausgehen, wie seinem ins Internet gestellten Machwerk von über 1.500 Seiten zu entnehmen ist. Die norwegische Gesellschaft und nicht nur sie hat in der Tat Probleme mit der Integration der Muslime, aber die mörderische Einzeltat vom 22. Juli 2011 zeigt gerade die Isolation des Wahnsinnigen. Ich sage dies ganz bewusst, weil hier der Eindruck entstanden ist, als ob man schlechtes Gewissen haben müsste oder sogar schuld daran wäre, wenn irgendein Einzeltäter eine Straftat begeht. Dies sei all jenen ins Stammbuch geschrieben, die mit solchen Etiketten hausieren gehen. Das sagt nicht ein Politiker, sondern ein Universitätsprofessor, der sich mit solchen Themen inhaltlich auseinandersetzt.

Zum Antrag selber. Wir haben diesen Antrag betreffend "Einheimische zuerst – Vorschläge zur Regelung der Einwanderung – Integration von Ausländern" im Südtiroler Landtag schon mehrfach behandelt. Es ist so, dass wir, seit wir im Südtiroler Landtag sitzen, mehr oder weniger nicht nur keine klaren Antworten bekommen haben, sondern am Anfang eher belächelt wurden mit Achselzucken, Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit. Wenn ich diese Attribute verwende, dann verwende ich sie ganz bewusst, weil ich, leider, nach wie vor den Eindruck habe, dass man bestimmte Dinge nicht ernst nimmt, und man nimmt vor allem die Sorgen der eigenen Leute nicht ernst.

Wir haben gestern und auch heute schon sehr, sehr viel diskutiert und es hat auch teilweise sehr hitzige Einwände gegeben, aber ich glaube, dass die Freiheitlichen immer zu diesem Thema konkrete Vorschläge gemacht haben. Es ist richtig – das haben wir auch immer behauptet und gesagt -, dass wir, leider, keine oder kaum eine Zuständigkeit haben. Umso mehr sind wir verwundert, dass heute die Südtiroler Volkspartei ein weiteres Mal Zuständigkeiten abgelehnt hat. Das müsst Ihr den Leuten erklären! Da natürlich hängen sich die ganzen Folgewirkungen auf. Das ist uns schon auch bewusst.

Ich sage es noch einmal. Der Verweis auf Italien und auf die Europäische Union interessiert uns herzlich wenig, vor allem auf die EU, weil die EU – ich wiederhole mich vielleicht – keine Einwanderungspolitik macht. Wir haben es auch gesehen. Es ist ja möglich, dass Italien, in diesem Fall, Flüchtlinge ins Land lassen und sie dann im EU-Raum verteilen konnte, was eigentlich nicht zulässig wäre. Der Verweis, Landesrat Bizzo, auf die Europäische Union ist nicht mehr als ein Ablenkungsmanöver und eine Ablenkung.

Die einzelnen Punkte, die wir hier anführen, können teilweise nur umgesetzt werden, wenn wir die Zuständigkeit haben, keine Frage, das haben wir immer gesagt, aber wir müssen einmal den politischen Willen erklären, ob wir es überhaupt wollen, und daran mangelt es, wobei wir jene Zuständigkeiten, die wir bereits haben, wirklich voll ausschöpfen sollten. Es ist einfach eine Tatsache, dass man jene Zuständigkeiten, die man hat, nicht nützt, weil man ein bisschen Sorge hat. Diesbezüglich hat Kollege Dello Sbarba Recht – wir haben es schon erwähnt -,

wenn man mit Angst an dieses Thema herangeht, dann wird man keinen Schritt weiterkommen. Angst brauchen wir nicht zu haben und Angst dürfen auch die Zuwanderer nicht haben, aber sie müssen wissen, was sie, wenn sie in dieses Land kommen, erwartet.

Noch einmal. Man versucht immer gerne den Spieß umzudrehen und uns eine Etikette im Sinne von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und dergleichen Dinge mehr aufzuhängen. Das trifft einfach nicht zu, aber wir werden bei diesem Thema sicherlich keinen Millimeter abweichen und nicht nachlassen. Wir sind bereit, mit den Ausländern zu reden, was wir auch tun, keine Frage, und diejenigen, die mit uns reden, erfahren genau, was wir von ihnen erwarten und nichts, was man anderswo nicht auch erwarten kann. Das muss man den Menschen aber sagen, denn währenddem Leute, die ins Land kommen, genau wissen, was sie wollen, wisst Ihr es nicht. Ihr wisst nicht, was Ihr wollt!

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** *(unterbricht – interrompe)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Nein, Herr Landesrat Theiner! Sie können uns den Achmed spotten und den Spott noch dreimal vorlesen! Das ist ein Werbespot gewesen, der provokant war, dazu stehen wir und ich sage es noch einmal. Der Skandal ist nicht der Werbespot, sondern der Skandal ist, dass wir diese Botschaft bezahlen mussten, um das Thema überhaupt platzieren zu können. Keine Zeitung hat über die Einwanderung geschrieben. Versetzen Sie sich einmal ...

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** *(unterbricht – interrompe)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Versetzen Sie sich einmal in die Situation einer Gruppierung, einer Partei, die in einer Demokratie sich zu Wort meldet, egal wessen Inhalts. Das hält eine Demokratie aus, behaupte ich, aber man muss reden können. Lesen Sie nach bei Voltaire: *"Ich werde deine Meinung bekämpfen, aber ich werde auch mein Leben dafür geben, dass du sie sagen darfst."* Wir durften sie nicht sagen. Natürlich gibt es Grenzen, denn wir haben Gesetze, aber die Gesetze sind, das sage ich in aller Deutlichkeit, in diesem Lande nicht für alle gleich. Einige haben bei Gericht Narrenfreiheit und andere sind Freiwild. Das getraue ich mich hier in aller Deutlichkeit zu sagen. Es ist leider so, denn jene haben Recht, die sagen, dass der Spruch "La legge è uguale per tutti" im Gerichtssaal auf der falschen Seite steht. Dieser müsste sich im Gerichtssaal hinten oben befinden, damit ihn die Richter und nicht die Angeklagten sehen, denn diese haben es dann zu ertragen, was die anderen vorne beurteilen. Ich sage es in aller Deutlichkeit und auch in aller Härte, denn das macht mich in diesem Land betrübt und auch zornig. Einige dürfen alles und die anderen, wenn sie nur die freie Meinung äußern, werden sofort strafrechtlich verfolgt usw. Einige müssen sich alles gefallen lassen und die anderen dürfen alles tun. Die einen haben Narrenfreiheit und die anderen sind Freiwild. Das ist der Unterschied.

Wenn ich in diesem Landtag aus dem Munde eines Landesrates gehört habe, dass das Land bei Gericht in der ersten Instanz verlieren werde, in der zweiten Instanz würde es aber gewinnen, dann frage ich mich, was das signalisiert. Dass ich weiß, was die Richter urteilen, dass ich den Richter kenne oder dass sie sich gar beeinflussen lassen? Ich frage dies mit drei Fragezeichen, aber was signalisiert denn das dem Bürger draußen? Gestern hat mich eine Bürgerin dieses Landes angerufen, die eine Eingabe bei der Staatsanwaltschaft gemacht hat und von einer Sekretärin gefragt wurde - ein Staatsanwalt würde dies nie sagen - gegen wen die Eingabe gemacht worden sei. Es wurde geantwortet: Gegen das Land, gegen die Provinz. Die Antwort: Dann ist die Sache archiviert worden. Wie aus der Pistole geschossen gab es diese Antwort. Nachdem es eine Eingabe gegen die Provinz ist, ist sie archiviert worden. Was heißt das? Dass Einwände gegen die Provinz automatisch archiviert werden? Das war eine Sekretärin, wohlgemerkt, nicht ein Staatsanwalt, denn dieser würde dies ja nie sagen. Was löst das beim Bürger aus? Die Ohnmacht! Da oben hält alles zusammen, die Großen gegen die Kleinen, das System gegen den Bürger.

Ich komme jetzt zum Thema zurück. Ich möchte jetzt nicht die einzelnen Punkte wiederholen, denn sie sind allen bekannt. Noch einmal. Auch mangels Zuständigkeit müssen wir schauen, dass wir in diesen Bereichen, die die Menschen betreffen, den Handlungsspielraum ausschöpfen, der da ist.

**SCHULER (SVP):** Ich möchte zu einigen Punkten dieser Tagesordnung Stellung nehmen, beginnend mit der Aussage "Einheimische zuerst". Dieser ist bereits gestern kurz thematisiert worden. Es ist natürlich ein cooler Spruch, ohne Zweifel, aber wenn wir den Begriff "Einheimische zuerst" zum Prinzip erheben, dann haben wir einige Schwierigkeiten – darüber ist heute schon diskutiert worden -, und zwar einmal einige Schwierigkeiten mit

dem Staat, weil wir bis dato nicht die Zuständigkeit im Bereich der Einwanderung, Zuwanderung haben und es auch nicht so einfach wird, diese zu bekommen, egal, ob wir über die Vollautonomie oder über den Freistaat Südtirol reden. Es wird nicht leicht umzusetzen sein, dass wir diese Zuständigkeiten bekommen, denn wenn man sich in Europa – ich lasse mich gerne eines Besseren belehren – umschaute, dann sieht man, dass es auch in den föderalsten Staaten nicht die Situation gibt, dass ein einzelnes Bundesland die Zuständigkeit für die Einwanderung hat, aber das noch größere Problem sehe ich in der EU.

Die EU hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einer Grundrechtsgemeinschaft entwickelt, die entsprechende Richtlinien vorgibt, an die wir uns einfach zu halten haben. Hier müssten die Forderungen "Los von Rom" und "Los von Brüssel" lauten, ansonsten werden wir das Prinzip "Einheimische zuerst" nicht umsetzen können. Man kann natürlich darüber diskutieren, aber wir müssen auch fair sein und die Ausgangssituation kennen.

Wenn man sich die lange Liste in dieser Tagesordnung anschaut, dann fällt auf, dass Dinge wiederum erwähnt werden, die bereits gesetzlich geregelt sind. Was die Familienzusammenführung angeht, gibt es heute schon eine gesetzliche Regelung, so wie hier gefordert. Dann Bestimmungen, die EU-widrig sind, das Thema Saisonarbeiter, also bestimmte Regelungen hat die Integrationsvereinbarung, die es gibt, dann die Berücksichtigung der Arbeitssituation. Auch hier ist es so, dass ein Kontingent aufgrund des Bedarfs für Nicht-EU-Bürger ermittelt wird. Die EU-Bürger bekommen die Aufenthaltsgenehmigung nur, wenn sie einen Arbeitsplatz nachweisen können. Dann geht es um die Unternehmer, dass diese für die Unterbringung zu sorgen haben. Auch hier und in der Landwirtschaft ist es so. Wenn man einen Saisonarbeiter hat, der länger als ein Monat hier ist, dann muss er den Nachweis erbringen, dass er entsprechend untergebracht wird, dass Räumlichkeiten, also Gebäude oder Teile eines Gebäudes zur Verfügung stehen. Dann geht es darum, dass Ausländer zum Zweck einreisen, um eine Sozialleistung zu erhalten. Dies ist aufgrund des bestehenden Gesetzes nicht möglich. Was die illegalen Ausländer angeht, ist dies inzwischen eine Straftat. Ausländer, die aufgrund objektiver Kriterien keine Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, müssen, wie gesagt, bevor sie die Genehmigung bekommen hier zu bleiben, den Arbeitsplatz haben und eine Wohnung nachweisen können. Kinderehen und Genitalverstümmelungen sind heute bereits gesetzlich verboten. Die Familienzusammenführung ist geregelt. Das Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger frühestens nach zehn Jahren regulären Aufenthaltes ist auch schon in Kraft. Man kann hier natürlich sagen: Doppelt genäht hält besser, wir fordern es halt noch einmal. Das geht, von mir aus, auch gut. Nur müssen wir schon auch zur Kenntnis nehmen, dass es diese Dinge zum großen Teil schon gibt, und zum anderen wären auch die Forderungen legitim, dass man sagt, es ist mehr darauf zu achten, dass dies auch umgesetzt, kontrolliert wird. Das ist eine Sache, aber Dinge zu fordern, die es schon gibt, ist eine andere.

In diesem Beschlussantrag steht ein Passus, an dem ich mich am meisten stoße, und das ist die Aussage dahingehend, dass darauf zu achten ist, dass keine kranken und arbeitsunfähigen Personen ins Land nachgeholt werden. Das ist ein starkes Stück! Dies würde in der Anwendung bedeuten, dass ich, wenn ich zu Hause mehrere Kinder habe, von denen eines, leider Gottes, entweder geistig oder körperlich behindert ist, und ich hier in Südtirol einen Arbeitsplatz und eine Wohnung habe – ich muss die Wohnung und das entsprechende Einkommen nachweisen, damit ich meine Familienangehörigen nachholen kann -, die gesunden Kinder nachholen kann, das kranke Kinder aber nicht. Das ist menschenverachtend und behindertenfeindlich! Ich hoffe, dass Ihr die Schneid habt, diese Tagesordnung zurückzunehmen, denn sie ist beschämend. Ich weigere mich, über diesen Punkt noch weiter zu diskutieren.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto la parola il consigliere Leitner per fatto personale. Qual è il fatto personale?

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wenn mir Menschenfeindlichkeit vorgeworfen wird und dass ich etwas gegen Behinderte hätte, dann muss ich mich schon zur Wehr setzen. Bei der Familienzusammenführung geht es darum, dass wir es nicht richtig finden, dass ältere Menschen, Eltern, nachgeholt werden – das haben wir immer gesagt –, die nie in ein Sozialsystem eingezahlt haben, aber die gleichen Leistungen bekommen. Das ist der Hintergrund. Wir haben nie von Behinderten geredet, aber es ist klar, dass ...

**SCHULER (SVP):** *(unterbricht – interrompe)*

**PRESIDENTE:** Consigliere Schuler, vuole parlare sul fatto personale?

**SCHULER (SVP):** Per fatto personale!

**PRESIDENTE:** Qual è il fatto personale?

**SCHULER (SVP):** Ich muss mich hier wehren und auch etwas klarstellen. Dann muss ich auch noch das erwähnen, was gestern hier vorgefallen ist. Einmal stehen hier die Worte "arbeitsunfähige Personen". Behinderte fallen unter diese Kategorie. Zweitens habe ich gestern einen Ihrer Fraktionskollegen auf dieses Thema angesprochen und das gleiche Beispiel gemacht. Ich habe gesagt, es kann doch nicht sein, dass ich ein Kind nicht nachholen darf, nur weil es eine Behinderung hat. Die Antwort darauf war jene, dass es meine Entscheidung gewesen sei, also, dass ich entschieden hätte, das behinderte Kind zu verlassen und nicht das Kind mich. Für eine solche Aussage würde ich mich mein Leben lang schämen!

**PRESIDENTE:** Qualcuno chiede la parola per la Giunta? Nessuno. Pongo in votazione l'ordine del giorno n. 5: respinto con 5 voti favorevoli, 19 voti contrari e 2 astensioni.

**Ordine del giorno n. 6 dell'8.9.2011, presentato dai consiglieri Mair, Egger, Stocker Sigmar, Leitner e Tinkhauser, concernente corsi obbligatori per genitori.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 6 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Mair, Egger, Stocker Sigmar, Leitner und Tinkhauser, betreffend verbindliche Elternkurse.**

*Già da un punto di vista topografico l'Alto Adige non è terra di immigrazione. La particolarità della sua storia, la sua composizione etnica, i meccanismi di tutela dell'autonomia, quali proporzionale e bilinguismo, in fondo non sarebbero in grado di tollerare un carico aggiuntivo. La capacità di integrazione della provincia ha dei limiti, come del resto la volontà di integrazione degli immigrati.*

*Nel campo dell'integrazione degli immigrati, l'Alto Adige ha la possibilità di imparare dagli errori commessi da altri Paesi. Proprio la Germania, alla quale noi altoatesini solitamente ci orientiamo anche in altri campi, è un esempio da non seguire. In questo ambito sono due le componenti decisive: la scuola e la famiglia. L'offerta di integrazione per gli immigrati e i loro figli deve essere nettamente estesa e al contempo chi si rifiuta dovrebbe fare i conti con sanzioni. Una parte del problema potrà essere risolta con l'aiuto di corsi di lingua per i figli di immigrati, ma è poco sensato offrire corsi di arabo ai figli degli arabi. L'altra parte della soluzione consisterà nell'affrontare la tematica dell'integrazione e della lingua già alla radice – quindi nelle famiglie degli stranieri stessi, ovvero bisognerà iniziare con i genitori. Attraverso dei corsi obbligatori dobbiamo insegnare ai genitori i metodi educativi della nostra area culturale e informarli nel dettaglio su obiettivi e attività delle scuole, l'utilità dell'apprendimento delle lingue e le connesse opportunità per loro e i loro figli. Dobbiamo coinvolgere padri e madri attivamente nel lavoro educativo, perché alcune serate dedicate ai genitori non bastano, anche perché i genitori sono poco interessati e spesso non padroneggiano la lingua. I corsi per genitori devono diventare obbligatori. Anche se nei loro Paesi di origine spesso non è tradizione che i genitori si occupino dell'educazione scolastica dei figli, bisogna spiegare loro che tutti devono attenersi alle regole che valgono in Alto Adige. Dobbiamo dare una mano ai genitori che vivono in situazioni precarie, che non dispongono di competenze pedagogiche e quindi non riescono a tenere testa ai figli. Dobbiamo aiutarli nel difficile compito di conciliare meglio le loro tradizioni e i nostri valori. Anche in considerazione di un preoccupante sviluppo demografico, dimostrandoci troppo concilianti e venendo meno ai nostri principi non si crea integrazione ma ci si autodistrugge. L'obiettivo dovrà essere non solo l'integrazione dei figli, ma anche e soprattutto quella dei genitori.*

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna*

*la Giunta provinciale*

*a inserire il seguente provvedimento nella legge sull'integrazione:*

*- Corsi obbligatori per adulti di storia locale, lingua, cultura, tradizioni, usi e costumi.*

-----

*Südtirol ist schon aufgrund seiner Topographie kein Einwanderungsland. Seine ganz spezifische Geschichte, seine völkische Zusammensetzung, die Schutzmechanismen der Autonomie wie Proporz und Zweisprachigkeit würden eigentlich eine zusätzliche Belastung nicht verkraften. Die Integrationsfähigkeit des Landes hat ebenso Grenzen wie die Integrationswilligkeit der Zuwanderer.*

*Bei der Integration von Zuwanderern hat Südtirol die Chance, aus den Fehlern anderer Länder zu lernen. Gerade das Beispiel Deutschland, an dem wir Südtiroler uns gerne auch in anderen Bereichen orientieren, zeigt, wie man es nicht machen darf. Zwei Komponenten spielen dabei eine entscheidende Rolle: Schule und Elternhaus. Das Integrationsangebot für Zuwanderer und deren Kinder muss deutlich ausgebaut werden, gleichzeitig aber sollten sich Verweigerer auf Sanktionen einstellen müssen. Einen Teil werden Sprachkurse für Ausländerkinder zur Lösung des Problems beitragen, wobei es wenig sinnvoll ist, Arabischkurse für Araberkinder anzubieten. Der andere Teil der Lösung wird es aber sein, dass wir das Thema Integration und Sprache bereits an der Wurzel angehen – also in der Ausländerfamilie selbst und dort gilt es, bei den Eltern anzusetzen. Wir müssen den Eltern durch verbindliche Elternkurse die Erziehungsmethoden unseres Kulturkreises beibringen und sie über die Ziele und Aktivitäten der Schulen und über den Sinn des Spracherwerbs und die damit verbundene Chance für sie und ihre Kinder ausführlich informieren. Wir müssen Väter und Mütter aktiv in die Erziehungsarbeit einbeziehen, denn mit einigen Elternabenden allein ist es nicht getan, zumal die Eltern wenig Interesse zeigen und die Sprache oft nicht beherrschen. Elternkurse müssen Pflicht werden. Auch wenn es in den Herkunftsländern oft keine Tradition hat, dass sich Eltern um die Schulausbildung ihrer Kinder kümmern, so muss diesen klar gemacht werden, dass sich alle an die Regeln halten müssen, die hier in Südtirol gelten. Wir müssen jene Eltern unterstützen, die zum Teil in schwierigen Verhältnissen leben, denen minimale pädagogische Fähigkeiten fehlen und die dadurch ihren Kindern nicht gewachsen sind. Wir müssen sie darin unterstützen, dass sie den schwierigen Spagat zwischen ihren eigenen Traditionen und unseren Vorstellungen besser schaffen. Mit einer Verwässerung unserer eigenen Positionen und unserer Wertvorstellungen schafft man nicht Integration, sondern öffnet – angesichts der bedenklichen demographischen Entwicklung – die Tür zur Selbstaufgabe. Ziel muss es sein, nicht nur ausländische Kinder zu integrieren, sondern vor allem auch die Erwachsenen.*

*Der Südtiroler Landtag  
verpflichtet*

*die Landesregierung,*

*folgende Maßnahmen in das Integrationsgesetz aufzunehmen:*

*- Verbindliche Elternkurse in Sachen Landesgeschichte, Sprache, Kultur, Tradition, Sitten und Bräuche.*

La parola alla consigliera Mair per l'illustrazione dell'ordine del giorno.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Dieser Punkt erscheint mir deswegen wichtig, weil im Gesetz zwar in Artikel 7 die Aspekte Sprache und kulturelle Integration geregelt werden, aber in meinen Augen fehlt irgendwo die Verpflichtung. Es ist irgendwo auf die Freiwilligkeit, dass die Sprachkompetenz usw. dahingehend gefördert werden soll, dass die Ausländer ihre Rechte wahrnehmen, aufmerksam zu machen. In meinen Augen greift dies ein bisschen zu wenig.

Diesen Antrag haben wir bewusst gemacht, wobei ich bereits ein Beispiel, das ich jetzt wiederhole, angesprochen habe. Ich habe eine Ausländerin, eine Muslimin betreut, deren Kind die deutsche Schule in Bozen besucht. Sie selbst spricht nur Arabisch und ein bisschen Italienisch und dort hat es massive Schwierigkeiten gegeben, was die Integration des Kindes anbelangt, aber nicht so sehr wegen des Kindes, sondern das Problem war eigentlich das Elternhaus, weil es natürlich in der deutschen Schule die Sprache nicht verstanden hat. Es hat dann in der deutschen Schule sämtliche Elternabende, auch Einzelgespräche gegeben, die alle auf Italienisch abgehalten werden mussten. Die Lehrer hatten Probleme, weil dies eigentlich nicht deren Aufgabe war. Die Integrationslehrer haben wirklich ... Ich habe gestaunt, was alles die deutsche Schule in diesem Fall für ein einzelnes Kind tut. Das ist wirklich gewaltig, aber hier war effektiv das Problem, dass der Mutter gewisse Dinge nicht klar sind. Diesem Kind werden in der Schule fast rund um die Uhr drei Personen zur Verfügung gestellt, und dennoch hat die Mutter Verständnisschwierigkeiten. Die Schule tut zwar viel, aber ihr war es immer noch zu wenig. Ich glaube nicht, dass einheimischen Kindern, die Schwierigkeiten haben, so viel geboten wird. Wenn man da ein bisschen weiter hingeschaut hat, dann hat man effektiv gemerkt, dass die Mutter das Problem mit unseren Gepflogenheiten hat, auch mit der Wichtigkeit der Schulbildung und der Notwendigkeit, regelmäßig am Unterricht teilzunehmen, nicht viel anfangen kann, und dass da einfach Welten dazwischen liegen. Ich glaube, wenn wir wirklich ehrliche Integration erreichen wollen, dann kann man das nicht nur auf die Schulen abwälzen und glau-

ben, dass, wenn man die Kinder integriert, der Großteil der Arbeit getan ist, sondern es ist sehr, sehr wichtig, auch die Eltern in die Pflicht zu nehmen, dass sie unsere Kultur, Tradition usw. auch vermittelt bekommen und dass sie auch die Wichtigkeit der Schulausbildung vermittelt bekommen. In Deutschland gibt es diese Kurse. Diese Kurse gibt es auch in Österreich. Es ist von dort übernommen, weil man auch dort festgestellt hat, dass Eltern türkischer Abstammung, die teilweise selbst in Deutschland geboren sind, wiederum eine Familie in Deutschland gegründet haben, aber kaum die deutsche Sprache beherrschen, und deren Heimatland nach wie vor die Türkei ist und nicht Deutschland. Das ist eigentlich nicht unbedingt gelungene Integration. So sollte es hier eigentlich nicht passieren.

Im Gesetz wird, wie ich es schon gesagt habe, im Artikel 7 zwar schon explizit darauf Bezug genommen, aber irgendwo fehlt mir der verpflichtende Teil. Ich glaube nicht, dass mit dem Artikel 7 tatsächlich Erwachsene in die Pflicht genommen werden, sich zu integrieren. Unter Absatz 4 steht, dass für die Einleitung und Umsetzung der in diesem Artikel genannten Maßnahmen die Kulturabteilungen der Landesverwaltung zuständig sind. Wir möchten schon ersuchen, dass die Landesverwaltung sich das zumindest überlegt oder dass man diesen Punkt nicht verteufelt, sondern wirklich das Problem an der Wurzel packt und versucht, effektiv etwas verpflichtend hineinzu tun, auch für die Eltern.

Wir sehen es auch in den Gemeinden draußen – ich habe es bereits in der Generaldebatte gesagt –, weil man es bei der Nachmittagsgestaltung immer wieder in ausgesprochen deutschen Dörfern erlebt, dass zwar die Kinder mittlerweile an bestimmten Dingen teilnehmen dürfen, aber die Eltern nicht integriert sind, und zwar deswegen nicht integriert sind, weil sie die Sprache nicht beherrschen oder weil es – das gibt es auch – teilweise den Frauen nicht erlaubt ist, an bestimmten Dingen teilzunehmen, die Kinder zu begleiten. Man kann wirklich nicht von Integration sprechen, wenn sich die Erwachsenen untereinander nicht verstehen. Unsere Leute, egal, ob deutsche oder italienische Eltern, können sich verständigen, beispielsweise bei einem Fußballspiel. Diese Eltern stehen abseits, sind nicht dabei, weil es eben das Hauptproblem ist, nicht, weil sie es nicht wollen, sondern weil sie teilweise nicht dürfen oder teilweise auch, weil sie sich einfach nicht verständigen können. Ich glaube, dass hier schon anzusetzen ist. Das muss man erwarten können. Wenn heute ein Kind, egal ob in die deutsche oder italienische Schule eingeschrieben, dann sollte man von den Eltern verlangen können, dass sie die Schulsprache des Kindes beherrschen, damit sie auch für die Betreuung zu Hause irgendwo in die Pflicht genommen werden können, weil es teilweise wirklich so ist. Wie sollen diese Eltern den Kindern bei den Hausaufgaben usw. helfen, wenn selbst teilweise die minimalste Ausbildung fehlt und dann noch die sprachliche Schwierigkeit hinzukommt? Es ist ganz einfach so. Das sieht man in Südtirol und ich habe nicht nur einen Fall kennen gelernt, denn interessanterweise kommen zu uns auch Ausländer, ausländische Eltern, die von uns interessanterweise Unterstützung erwarten. Das machen wir selbstverständlich gerne, denn dort hat man auch die Möglichkeit, wirklich hinter die Kulissen zu schauen. Man sieht, dass das Grundproblem im Elternhaus liegt, weil sie eine andere Einstellung haben, weil ihnen selbst minimale Kompetenzen fehlen, weil sie gewisse Dinge nicht verstehen. Ich mache ihnen gar nicht einmal den Vorwurf, dass sie es nicht wollen, sondern es fehlen teilweise die Grundvoraussetzungen. Hier, glaube ich, wäre schon anzusetzen und das könnte beispielsweise so eine Verpflichtung sein, das heißt, dass wir verpflichtet sind, das wirklich zu tun, und gleichzeitig, dass wir ihnen die Verpflichtung auch vorschreiben. Es wurde hier mehrmals zurecht kritisiert, dass die Politik nicht wirkliche Spielregeln aufstellt. In meinen Augen wäre das eine Spielregel von beiden Seiten. Wir verpflichten uns, dort anzusetzen, wo das Problem an den Wurzel zu beheben ist, und gleichzeitig verlangen wir auch die Verpflichtung, dass sie es tun müssen, dass sie an diesen Kursen teilnehmen müssen.

Wir haben das Kostenpflichtige weggelassen. In Deutschland sind diese Kurse auch kostenpflichtig. Das wäre zu überlegen, aber grundsätzlich denke ich, dass es schon eine Maßnahme sein könnte, die sich die Landesregierung für das Gesetz noch überlegen könnte.

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Ich bin damit einverstanden, dass Südtirol aufgrund seines Minderheitenstatuts natürlich eine Sonderposition einnimmt. Ich bin auch mit dem einverstanden, dass man aus den Fehlern jener lernen kann – das habe ich auch gestern in meiner Stellungnahme bereits gesagt –, die schon früher mit dem Thema "Einwanderung" konfrontiert worden sind. Ich bin auch einverstanden, wenn es darum geht, dass man beim Thema "Integration und Sprache" auch bei den Eltern ansetzen muss. Ich habe jedoch ein Problem, wenn diese Elternkurse, die angeboten werden sollen, die an und für sich eine positive Sache sind und die auch ich in Sachen Landesgeschichte, Sprache, Kultur, Tradition, Sitten und Bräuche begrüße, verbindlich gemacht werden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, wie man diese Verbindlichkeit gestalten soll.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Indem man das Geld streicht!

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Ich glaube, wenn man die Leute, auch die Eltern zu etwas zwingt, ... Es geht hier darum, auch die Leute zu sensibilisieren, indem man sie in Situationen bringt, indem man sie in Situationen begleitet, in denen sie auch imstande sind, selbst zu erkennen, dass es notwendig ist, die jeweiligen Sprachen des Landes zu lernen, in dem sie leben. Ich bin da auch als Mutter – ich zitiere immer meine Beispiele, die ich selbst erlebt habe - von zwei Buben, die gerade die Pflichtschule beendet haben, und als Elternvertreterin im Klassenrat - das war ich bei beiden immer die ganzen Jahre hindurch - mit vielen solchen Situationen konfrontiert worden. In den Klassen meiner Buben waren immer Ausländerkinder. Bei den Klassenratssitzungen sind die Eltern dieser Kinder eigentlich immer anwesend gewesen. Sie sind auch darauf aufmerksam gemacht worden, dass keine Extra-Übersetzung stattfindet. Natürlich war es oft so, dass die Eltern vielleicht die italienische Sprache besser beherrscht haben als die deutsche, man hat sie aber darauf aufmerksam gemacht, dass die Klassenratssitzungen an einer deutschen Schule auch in deutscher Sprache abgehalten werden. Ich weiß natürlich, Ulli Mair, dass dies an vielen Schulen nicht der Fall ist, und ich weiß auch, dass sich viele Lehrer darüber aufregen und sagen, dass sie nicht bereit seien, bei Klassenratssitzungen Italienisch zu sprechen, weil die Kinder die deutsche Schule besuchen. Ich glaube, gerade hier ergibt sich schon die Möglichkeit, darauf aufmerksam zu machen und zu sagen, wenn Ihr Euch entschieden habt, aber ich glaube, das kann man auch, indem man mit den Leuten redet. Wenn sie nicht mit sich reden lassen, dann ist es eine andere Situation, aber man sollte zumindest einmal den Versuch wagen und sagen, Ihr habt Euch entschieden, Eure Kinder in diese Schule zu schicken, hier wird Deutsch gesprochen, also müsst Ihr Euch auf die Hinterfüße stellen und versuchen, die Sprache zu lernen.

Was sicher notwendig ist, ist, dass dann auch solche Kurse zur Verfügung gestellt werden. Ein gutes Beispiel habe ich gestern genannt, und zwar in Lana im Kindergarten, wo es gerade für die Mütter diese Möglichkeit vormittags gibt, wenn die Kinder im Kindergarten sind, einen Sprachkurs zu besuchen, bei dem sie aber auch sehr viel über das Land selbst mitbekommen. Dass diese Eltern ihren Kindern nachmittags bei der Hausaufgabe nicht helfen können, ist ein Phänomen, das auch auf viele einheimische Eltern zutrifft. Deshalb ist es gerade für Ausländerkinder oft sehr von Vorteil, wenn sie eine Ganztagschule besuchen, wenn sie eine Nachmittagsbetreuung besuchen, wo sie über das Schulische hinaus vielleicht auch noch die Möglichkeit haben, mehr Kontakt zu den Klassenkameraden oder zu anderen Kindern zu haben.

Hier wird auch gesagt, wir müssen jene Eltern unterstützen, die zum Teil in schwierigen Verhältnissen leben, denen minimale pädagogische Fähigkeiten fehlen. Das trifft – das muss ich auch wieder sagen – auf Südtiroler Familien genauso zu. Da wäre es auch oft notwendig, ihnen minimale pädagogische Fähigkeiten beizubringen.

Grundsätzlich, Ulli Mair, bin ich mit dem Inhalt des Beschlussantrages sehr wohl einverstanden. Die Elternkurse bringen was, diese führen dazu, dass nicht nur die Kinder über die Schule etwas über das Land mitbekommen, sondern dass auch die Eltern die Möglichkeit haben, etwas über das Land zu erlernen. Ich glaube aber, dass man sie nicht zwingen kann, indem man sagt, entweder Ihr besucht jetzt diesen Kurs oder sonst wird Euch das und jenes gestrichen oder wir lassen Eure Kinder nicht die Schule besuchen oder Ihr müsst Eure Kinder in eine andere Schule geben. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Danke!

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Anch'io ho un dissenso sull'obbligatorietà di questi corsi. Mi pare che la legge offra questi corsi, ma renderli obbligatori e chi si rifiuta dovrebbe fare i conti con sanzioni, bisognerebbe capire quali sono queste sanzioni, se la Provincia potrebbe adottarle o no. Io non credo che la Provincia possa adottare sanzioni collegate al fatto che uno è stato invitato ad un corso di educazione civica per esempio e poi non ci è andato.

Crede che i colleghi che propongono questi ordini del giorno non abbiano letto attentamente quella cosa che si chiama "l'accordo integrazione" che vige a livello nazionale. Tutte queste cose sono previste, cioè è previsto che per ottenere il permesso di soggiorno una persona debba sostenere un test e aver frequentato corsi sulla storia, la legislazione e i principi costituzionali del Paese dove è. Questa è una cosa che si fa in tutti i Paesi europei e che dal giugno 2010 è stata adottata con decreto del Governo anche in Italia. In questo contesto la cosa è già prevista a livello nazionale, perché è giusto prevederla. Non credo che la Provincia su questo possa aggiungere qualcosa di diverso, anche perché il rifiuto non potrebbe essere collegato ad una sanzione. Del resto qui è solo indicata con questa frase ma non si fissano le sanzioni.

Vorrei attirare l'attenzione su un punto di riflessione, perché di fronte alla questione dell'immigrazione, e anche alle paure bisogna capire quanto noi diventiamo restrittivi su noi stessi. Quando qui si scrive che questi corsi che dovrebbero essere obbligatori devono insegnare ai genitori i metodi educativi della nostra area culturale, cioè

"die Erziehungsmethoden unseres Kulturkreises" sento odore di educazione di stato, nel senso che io non so qual è il metodo educativo del nostro "Kulturkreis", non so se io stesso come genitore, e ho tre figli, sono regolare con questo metodo educativo del nostro Kulturkreis. Altra cosa è il discorso sulle scuole. Noi abbiamo fatto in modo che le scuole debbano integrare i genitori, debbano rivolgersi ai genitori. Abbiamo fatto un emendamento in cui proponiamo di dare alle scuole personale, strumenti ecc. per poter affrontare la presenza dei bambini e delle loro famiglie nelle scuole in modo tale da avere personale, mezzi ecc., per coinvolgere i genitori, spiegare qual è il metodo educativo della scuola. Attenzione, un principio di libertà sancito dalla Costituzione e dalle norme europee è quello che titolare dell'educazione e del metodo educativo dei bambini è la famiglia. Io non mi voglio far imporre il metodo educativo da nessuno, anche se magari sarei d'accordo, ma è la famiglia titolare del metodo educativo dei bambini. Altra cosa sono i metodi didattici della scuola, cioè che la scuola ti chiama e ti dice: qui si entra alle 8, si fanno i compiti a casa, si viene interrogati, i voti si danno così, le pagelle funzionano così, e i nostri metodi sono attivi, passivi, coinvolgenti, non coinvolgenti, con laboratori ecc. Questa è la scuola, ma io come famiglia non mi lascio dire da nessuno Stato o Provincia quali sono i metodi educativi per i miei figli. E come io difendo questo diritto per me e non ci voglio rinunciare, lo difendo per tutti perché, a proposito di uguali diritti, uguali doveri, lo dovremmo allora imporre anche a noi. Forse dovrei anch'io andare a farmi rieducare, perché forse ho sbagliato qualcosa nell'educazione dei miei figli!

Io credo che la questione di quanto noi rimaniamo liberi nell'affrontare questa questione, manteniamo il nostro corpo di diritti, perché qui rischiamo che per voler ridurre i diritti di una certa categoria di persone, li riduciamo per tutti, perché certe cose devono valere per tutti.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Kollege Dello Sbarba! Das kann man jetzt wirklich nicht vergleichen, aber ich bin der Meinung, dass es für die Eltern eine Hilfestellung ist. Ich bin überzeugt, dass sehr, sehr viele Eltern froh darüber wären. Hier steht der Satz "nicht nur die Kinder sind zu integrieren, sondern vor allem die Erwachsenen". Ich bin überzeugt, dass sehr, sehr viele Eltern der Entwicklung ihrer Kinder folgen und sehen möchten, was sie lernen, welche Entwicklungen sie machen und auch den Kindern noch einmal einen Schritt voraus sein möchten. Können Sie sich die Situation vorstellen, wenn Sieben- und Achtjährige mehr wissen als die Eltern? Auch das ist demütigend. Aus diesem Grund bin ich der Meinung, das soll man ohne weiteres verlangen dürfen. Wir sollen hier ruhig den Mut haben, auch einmal zu sagen, wir legen Wert darauf, dass Ihr unsere Geschichte kennenlernt, dass Ihr die Sprache lernt, dass Ihr Kultur, Tradition, Sitten, Bräuche kennenlernt, denn das ist der Schlüssel zur Integration.

Einer Eurer früheren Parteigänger, Gianni Lanzinger, hat diesbezüglich immer eine ganz klare Sprache gesprochen, gerade auch im Zusammenhang mit dem Gebrauch der Ortsnamen, dass das ein Grund ist - immer diese Parallelen, diese Falschnamen, sage ich jetzt -, Parallelennamen, die im Grunde genommen die Italiener daran hindern, hier wirklich Wurzeln zu schlagen, Heimat zu finden. Deshalb bin ich überzeugt, dass es in keiner Weise eine Beleidigung, sondern eine Hilfestellung ist. Deswegen stimmen wir auch zu. Ich bin überzeugt, wir dürfen ruhig diesen Mut und auch ein bisschen mehr Selbstbewusstsein haben.

Ich habe das gestern vor allen Dingen angeprangert, im Gegensatz zu den Katalanen, die hier überhaupt keinen Zweifel offen lassen, dass die Ausländer, die nach Katalonien kommen, Katalanisch lernen, sich ins Katalanische integrieren und nicht in diese spanische Realität, aber mit welchem Selbstbewusstsein. Es ist ihnen gelungen, die Ausländer auf diese Art und Weise zum allergrößten Teil zu integrieren, aber mit Selbstbewusstsein und indem man zeigt, auch wir haben Werte und es lohnt sich, sich damit auseinanderzusetzen und sich darüber Gedanken zu machen, sich zu informieren, wohin man gekommen ist. Sie sind ja mit Erwartungen gekommen und infolgedessen dürfen sie ruhig sehen, wohin sie gekommen sind, was sie da umgibt, was da besteht, was sie dazu auch beitragen können, und Integration ist ein beiderseitiger Beitrag.

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Come diceva la collega Mair nella sua introduzione, la cosa è già prevista all'art. 7 della presente legge, peraltro secondo quanto previsto dall'art. 1, che nelle finalità e nei principi dice che *"la Provincia autonoma di Bolzano persegue i seguenti principi ed obiettivi: art. 2, comma c), la conoscenza reciproca fra le diverse culture e identità presenti sul territorio, nonché la conoscenza della storia e della cultura locale per favorire il processo di integrazione."* Ovviamente tale raccomandazione non può avere valore coercitivo, per cui non si intende accogliere l'ordine del giorno.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno n. 6: respinto con 9 voti favorevoli e 19 voti contrari.

**Ordine del giorno n. 7 dell'8.9.2011, presentata dai consiglieri Stocker Sigmar, Mair, Egger, Leitner e Tinkhauser, concernente: No al Centro di tutela contro le discriminazioni per gli immigrati in Alto Adige.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 7 vom 8.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Stocker Sigmar, Mair, Egger, Leitner und Tinkhauser, betreffend: Nein zu einer Antidiskriminierungsstelle für Einwanderer in Südtirol!**

*Questo centro dovrebbe occuparsi oltre che della discriminazione basata sulla razza, sul colore della pelle o sull'origine etnica anche di quella fondata su sesso, orientamento sessuale, disabilità, lingua, religione, nazionalità o appartenenza a una minoranza nazionale. In realtà si vuole solo gettare fumo negli occhi. Alle ripetute domande dei Freiheitlichen su dove possano rivolgersi gli altoatesini che hanno problemi con gli stranieri o vengono da questi discriminati, la Giunta provinciale non sa cosa rispondere e anche nella legge sull'integrazione non c'è nulla al riguardo. La verità è che il centro si occuperà principalmente della discriminazione degli immigrati! Ma allora perché questo centro è previsto dalla legge sull'immigrazione ovvero sull'integrazione e non da una legge sul sociale?*

*In un'interrogazione all'assessore provinciale competente, Roberto Bizzo, ho chiesto se esistono dati su forme di discriminazione messe in atto da altoatesini nei confronti degli immigrati. La risposta è stata: "Non viene rilevata la nazionalità del soggetto che compie la discriminazione." In altre parole viene detto chiaramente che in Alto Adige non vi sono discriminazioni significative nei confronti degli immigrati. Pertanto non ha alcun senso creare per gli immigrati in Alto Adige un centro di tutela contro le discriminazioni!*

*Il fatto è che un centro di questo genere non verrebbe certamente usato dagli immigrati che si adeguano alle consuetudini locali e che desiderano integrarsi. Semmai sarebbero gli immigrati non propensi a integrarsi a utilizzare il centro. E gli immigrati di questo tipo non li vogliamo, né abbiamo bisogno di loro!*

*Siamo però ancor più convinti che questo centro sia voluto dai partiti e dalle associazioni di sinistra per stigmatizzare i cittadini e i movimenti che si oppongono a un'immigrazione incontrollata e troppo tollerante! Si vogliono colpire anche i giornalisti che nell'esercizio della loro professione affrontano apertamente questa tematica. Non essendoci la disponibilità ad ascoltare i problemi che la popolazione ha con gli immigrati, si cerca di usare questo centro per intimidire e ridurre al silenzio con la minaccia di denunce!*

*Ma i problemi si risolvono affrontandoli apertamente, discutendone e prendendoli sul serio. Questo centro di tutela contro le discriminazioni è un oltraggio nei confronti degli altoatesini che lavorano e pagano le tasse, ma è anche un oltraggio verso gli immigrati già integrati e quelli di buona volontà. Questo centro servirà solo a fomentare l'odio e la discordia tra la popolazione e anziché porsi al servizio dei cittadini sarà contro i cittadini.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera*

*di non istituire per gli immigrati in Alto Adige un centro di tutela contro le discriminazioni onde evitare che vengano fomentati l'odio e la discordia tra la popolazione.*

-----

*Diese Antidiskriminierungsstelle soll sich neben der Diskriminierung aus Gründen der Rassenzugehörigkeit, der Hautfarbe oder der ethnischen Herkunft, zwar auch mit jenen des Geschlechts, der sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung, der Sprache, der Religion, der Nationalität oder der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit befassen, dies sind jedoch nur Feigenblätter. Auf die wiederholte Nachfrage von uns Freiheitlichen, an welche Stelle sich Südtiroler wenden können, die Probleme mit Ausländern haben oder gar von ihnen diskriminiert werden, weiß die Landesregierung keine Antwort und dazu steht auch im Integrationsgesetz nichts. Die Wahrheit ist, dass es eine Stelle werden soll, die sich hauptsächlich mit der Diskriminierung von Einwanderern befassen soll! Weshalb sonst ist diese Antidiskriminierungsstelle wohl im Einwanderungs- bzw. Integrationsgesetz enthalten und nicht in einem Gesetz für Soziales?*

*In einer Landtagsanfrage an den zuständigen Landesrat Roberto Bizzo wollte ich in Erfahrung bringen, ob es Daten über die Diskriminierung von Einwanderern in Südtirol durch Südtiroler gibt. Die*

*Antwort lautete: "Es werden keine Daten über die Nationalität der diskriminierenden Partei erhoben." Diese Antwort sagt eigentlich ganz klar: es gibt in Südtirol keine nennenswerten Diskriminierungen gegenüber Einwanderern. Somit ergibt auch eine Antidiskriminierungsstelle für Einwanderer in Südtirol keinen Sinn!*

*Tatsache ist, dass so eine Stelle sicherlich nicht von Einwanderern benutzt oder gebraucht wird, welche sich den örtlichen Gegebenheiten anpassen und sich integrieren wollen. Wenn schon, dann sind es jene Einwanderer, welche integrationsunwillig sind, die diese Stelle ausnützen werden. Und diese Einwanderer brauchen und wollen wir nicht!*

*Aber noch mehr sind wir davon überzeugt, dass diese Stelle von den linken Parteien und Verbänden gewollt wird, damit sie jene Bürger und Bewegungen anprangern können, welche sich kritisch gegenüber einer unkontrollierten und zu toleranten Einwanderung wehren! Man will auch jene Journalisten treffen, welche in Pflichterfüllung ihres Berufes offen über dieses Thema berichten. Wenn man die Probleme der Bevölkerung mit der Einwanderung nicht mehr hören will, so versucht man sie nun durch diese Stelle über Anzeigen einzuschüchtern und mundtot zu machen!*

*Probleme löst man, wenn man sie offen an- und bespricht, wenn sie ernst genommen werden. Diese Antidiskriminierungsstelle ist ein Hohn gegenüber der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerung Südtirols. Sie ist auch ein Hohn gegen die bereits integrierten Einwanderer und jene, die guten Willens sind. Diese Stelle wird nur Hass und Zwietracht in der Bevölkerung schüren und ist kein Dienst an den Bürgern, sondern gegen die Bürger.*

*Dies vorausgeschickt,*

*beschließt  
der Südtiroler Landtag,*

*keine Antidiskriminierungsstelle für Einwanderer in Südtirol einzurichten und somit Hass und Zwietracht in der Bevölkerung zu verhindern.*

La parola al consigliere Stocker Sigmar per l'illustrazione.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Herr Landesrat Bizzo! Nachdem ich Ihnen im Mai eine Frage gestellt habe, ob es in Südtirol Daten über Diskriminierung von Einwanderern durch Südtiroler gibt, erwarte ich mir darauf eine Antwort, nämlich ja oder nein oder zumindest eine Zahl. Sie können nicht darauf antworten, dass keine Daten über die Nationalität der diskriminierenden Partei erhoben werden. Das ist vielleicht ein Arbeitsstil von Ihrer Seite - ausschweifen und nicht antworten -, weil man ja in Wahrheit nichts weiß. Die Antwort ist, Sie haben keine Daten! Wenn man keine Daten hat, dann kann man es auch ruhig zugeben. Es gibt keine Daten. Das ist sicherlich der Fall, davon bin ich felsenfest überzeugt, sonst hätten wir diese Daten bereits überall gelesen. Folglich, nachdem es keine größeren Diskriminierungen – ich will nicht sagen, dass es keine Diskriminierungen in Südtirol gibt, aber sicherlich keine größeren - gibt, braucht es auch nicht diese Antidiskriminierungsstelle. Natürlich treffen hier vielleicht Gesetz und Hausverstand ein bisschen aufeinander. Es ist vorgesehen, dass man solche Stellen machen soll, aber wir sprechen uns eindeutig gegen eine solche Stelle aus, weil sie ja schon im Widerspruch zu einer vertraulichen Integration steht. Ich glaube, Integration kann nur geschehen, wenn es hier auch ein gewisses Vertrauen gibt.

Es kann sicher nicht so sein, dass wir eine Stelle errichten, an die sich jemand, der sich diskriminiert fühlt, womöglich durch irgendeine verbale Attacke wenden kann und den Einheimischen, sagen wir einmal so, anzeigen kann. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Ich habe vor kurzem mit einem Polizisten gesprochen, der gesagt hat, dass er zehn Jahre auf der Straße gewesen sei. Jetzt hat er sich vom Straßendienst in einen anderen Dienst versetzen lassen, weil er immer wieder – die Polizei ist mit Einwanderern konfrontiert, das können wir nicht beschönigen, das ist so -, wenn er die Leute zurechtgewiesen hat, immer öfter als "razzista" bezeichnet worden ist. Das ist ein brutales Schlagwort. Solche Dinge hört man nicht nur von Polizisten, sondern auch von Beamten in öffentlichen Institutionen. Die Leute haben Angst vor solchen Anschuldigungen. Das passiert auf Gemeindeebene, das hört man immer mehr in Krankenhäusern, man hört es immer mehr von Krankenpflegern, man hört es immer mehr von den Lehrern, die Angst von den Äußerungen der Eltern von Einwandererkindern haben, also immer diese schnellen Attacken. Ich werde diskriminiert, rassistisch usw.

Wir haben – das sieht man in diesem Gesetz im Gesamten - nicht eine Verteidigungsposition gegenüber den Einheimischen, und das ist das Problem. Ich sehe zum Beispiel im ganzen Gesetz nie den Satz: "Einwanderer, die hier herkommen, müssen sich den örtlichen Gegebenheiten anpassen." Das steht in keiner Zeile in diesem

ganzen Gesetz. Es geht immer nur den umgekehrten Weg. Man spricht nie von Anpassung von jenen, die hier herkommen, sondern wir sagen unseren Leuten, Ihr müsst Euch überall anpassen. Jetzt kommt dann noch diese Antidiskriminierungsstelle. Das ist so das Pünktchen, das Sahnehäubchen, der Ober-Hammer, damit man sich dort hinwenden kann, wenn sich irgendjemand diskriminiert fühlt. Ich betone, das ist eine gefährliche Stelle, meines Erachtens. Wir werden es dann in Zukunft erleben. Ich bin überzeugt, dass diese Stelle nur Hass und Zwietracht schüren wird und nichts anderes.

Das ist auch – das haben wir auch gesagt – sicherlich eine Stelle für jene Vereinigungen, die dem linken Spektrum angehören. Wenn man mit Argumenten nicht mehr weiterkommt, dann muss man diese Anzeige-gesellschaft machen. So wird es laufen, und das ist eine schlimme Stelle und erst recht, wenn sie von der EU verordnet wird. Ich bin nicht dafür, dass wir so etwas in Südtirol einrichten, weil die Integration so niemals funktionieren kann, niemals! Deshalb plädieren wir für die Annahme dieses Antrages und ersuchen die Südtiroler Volkspartei innigst, von der Einrichtung einer solchen Stelle, eines solchen Büros Abstand zu nehmen, denn das kann wirklich nicht Eurem Grundzug entsprechen. Es ist unvorstellbar, die Einheimischen oder die hier Wohnenden mit so einer Keule zu konfrontieren. Bitte nehmt Abstand von dieser Stelle, die nur Probleme bringen wird!

**UNTERBERGER (SVP):** Herr Kollege Stocker! Ihre Töne sind zwar ein bisschen moderater geworden, es ändert aber nichts daran, dass man an Ihrem Beschlussantrag erkennen kann, dass Sie keine Ahnung haben, was eine Diskriminierung ist. Sie verwechseln Diskriminierung mit irgendwelchen kriminellen Verhaltensweisen, ansonsten könnten Sie nicht fragen, warum es keine Antidiskriminierungsstelle für die einheimische Bevölkerung gibt. Das ist ein absoluter Widerspruch in sich. Dass Sie nicht verstehen, was eine Diskriminierung ist, bedeutet, dass Sie sich wirklich so langsam außerhalb der Grundwerte der Europäischen Gemeinschaft stellen, ansonsten würden Sie wahrscheinlich wissen, dass die Bekämpfung von Diskriminierungen aller Art eine Grundsäule der Europäischen Staatengemeinschaft ist, dass ein Grundkonsens darüber besteht, dass niemand aufgrund des Geschlechtes, aufgrund einer Behinderung, aufgrund seiner sexuellen Ausrichtung, aufgrund seiner Herkunft anders behandelt werden darf.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht – interrompte)*

**UNTERBERGER (SVP):** Bitte unterbrechen Sie mich nicht! Das Wesen einer Diskriminierung ist die Andersbehandlung aufgrund eines Kriteriums, das nicht für eine Andersbehandlung herangezogen werden darf. Im Klartext, ich kann nicht als Arbeitgeber einem Ausländer weniger zahlen, weil er Ausländer ist. Ich kann ihm weniger zahlen, weil er schlecht arbeitet, weil andere Arbeitnehmer fähiger sind, aber ich kann nicht sagen, ich bezahle Dir weniger, weil Du eine Frau, homosexuell oder ein Ausländer bist.

In der Zwischenzeit haben das die meisten verstanden, aber Ihr offenkundig noch nicht. Deswegen ist auch niemand so blöd, es offen zu sagen. Deswegen passieren die meisten Diskriminierungen am Arbeitsplatz verdeckt und eine Diskriminierung muss man erst nachweisen, und dieser Nachweis erfolgt vor Gericht. Es ist nämlich gesetzlich verboten, jemanden im Bereich der Arbeit, im Bereich der Vergabe von Mietwohnungen usw. zu diskriminieren. Wenn sich jemand diskriminiert fühlt, dann kann er vor Gericht gehen und es feststellen lassen. Wenn das Gericht feststellt, dass tatsächlich eine dieser Kriterien, die Randgruppen oder Untergruppen charakterisieren, der Grund für eine Schlechterbehandlung war, dann ist es eine Diskriminierung und dann hat derjenige eine Berechtigung zum Beispiel für Schadensersatz. Das ist das Wesen einer Diskriminierung. Ich denke schon, dass man eine solche Stelle befürworten kann, dass das der einheimischen Bevölkerung überhaupt nichts tut, dass die einheimische Bevölkerung nicht das Recht hat, Ausländer, nur weil sie Ausländer sind - das ist das Wesen der Diskriminierung - schlechter zu behandeln.

In Eurem Programm "Einheimische zuerst" ist ja schon die Diskriminierung implizit eingebaut. Ihr baut schon alles ein bisschen auf diese ... Wenn zwei Menschen gleich gut arbeiten, der eine ist Einheimischer und der andere ein Ausländer, dann ist auf jeden Fall der Einheimische mehr wert in Euren Augen, das verstehe ich schon, aber ich sage es noch einmal: Die Europäische Staatengemeinschaft hat die Kompetenz in Sachen Bekämpfung der Diskriminierungen an die Europäische Gemeinschaft übertragen, Amsterdamer Vertrag von 1997. Die EU hat die alleinige Kompetenz, die Gesetze im Bereich Diskriminierungen vorzuschreiben. Sie hat auch ein Landesgesetz - aufgrund dessen gab es eine Praxis, die die Landesregierung angewandt hat, nämlich diese unterschiedlichen Rangordnungen, nicht aber, weil es unterschiedliche Rangordnungen waren, sondern weil die Kriterien für Einheimische andere waren als jene für Ausländer - als EU-widrig betrachtet, weil die Regelung gegen das Diskriminierungsverbot verstieß. Wenn man alle diese Sachen nicht verinnerlicht und nicht zur eigenen

Kultur zählt, dann stellt man sich wirklich gegen eine zivilisierte Gemeinschaft. Ich möchte jedenfalls nicht in so einer Gesellschaft leben, die Euch vorschwebt.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Per l'ennesima volta i colleghi Freiheitlichen, ai quali va tutta la mia solidarietà, si sono presi degli ignoranti da parte della collega Unterberger. Ne prendo atto. Evidentemente i colleghi Freiheitlichen sono ignoranti, perché ignorerebbero il significato della parola "discriminazione". Io ritengo che i colleghi Freiheitlichen, come tutti gli altri colleghi, non debbano mai essere bollabili come ignoranti, perché esprimono comunque un'opinione, ma sicuramente non sono ignoranti quando la loro opinione perfino la condivido.

Se fosse vero ciò che ha affermato chi mi ha preceduto, non si capirebbe davvero, come dice il collega Stocker Sigmar che ha una ragione inequivocabile, quando dice che se è vero che questo centro di tutela contro le discriminazioni dovrebbe basarsi su discriminazioni eventuali, discriminazioni basate sulla razza, sul colore della pelle, o sull'origine etnica o sulla religione o sul sesso, o su orientamento sessuale, o su disabilità o su lingua, o su religione, o su nazionalità o appartenenza alla minoranza nazionale, non si capisce per quale motivo deve essere inserito nella legge sull'immigrazione. Quindi c'è in fondo una stortura mentale. La discriminazione nei confronti del sesso, nei confronti della religione, dell'orientamento sessuale, della lingua, dell'etnia hanno a che fare solo con extracomunitari? Non credo. Allora perché lo inseriamo in questa legge? Perché evidentemente tutte le altre ragioni non esistono, ne esiste una sola.

Vorrei anche ricordare alla collega che mi ha preceduto che considera tutti gli altri ignoranti, che forse lei ignora il fatto che in Sudtirolo esistono anche sindacati, e quando un lavoratore che è in regola si sentisse discriminato, perché guadagna meno di un altro, basta che vada dai sindacati. Quando qualcuno si sente discriminato perché gli danno del razzista e ne avesse i testimoni, basta che vada da un carabiniere e faccia un esposto. C'è la Procura della Repubblica. Il nostro è un sistema che sembra talmente perfetto che ci servivano gli immigrati per renderlo reale! C'è tutto! Ti senti discriminato? Fai una denuncia in Procura. Ti senti taglieggiato sul posto di lavoro? Vai da un sindacato. Ti senti in qualche modo posto nelle condizioni di non essere assunto perché sei omosessuale? Vai dai Verdi. C'è sempre qualcuno a cui rivolgersi. Non serve necessariamente avere un centro contro le discriminazioni, quindi ritengo che il collega Stocker abbia ragione. Gli esempi che ha fatto chi mi ha preceduto sono strampalati e per questo, dal punto di vista di conoscenza delle cose, dico "ignorante", perché ignora. Non si può pensare che non esistono i sindacati, la Procura della Repubblica, che non esistono la polizia, i carabinieri, i vigili urbani e che non esistono neanche i vigili del fuoco. Qualcuno qui si è dimenticato che esistono i vigili del fuoco. Se io avessi in quest'aula la posizione di qualcun altro e avessi, in una discussione che si sta esacerbando, la necessità di andare a spegnere qualche incendio, non mando qualcuno con la benzina! Continuiamo pure su questa linea, continuiamo pure a discriminare i Freiheitlichen e la destra italiana perché è ignorante. Noi vi dimostriamo che siete voi che ignorate perfino l'esistenza della Procura della Repubblica, e ci lavorate dentro nella Magistratura! È veramente grave che si possa inserire in una legge sull'immigrazione un centro che vada a cercare le discriminazioni sessuali! Ho letto sul giornale di qualcuno che rivolgendosi a qualcun altro in maniera aberrante, guardando il colore della pelle, l'ha definito "negro", ma non ho mai sentito che uno si rivolgesse ad un negro dicendogli "omosessuale" se non è vero, per cui ritengo che tutte queste cose non abbiano ragione di esistere.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Grundsätzlich sind wir, vielleicht zum Unterschied von den Kollegen Freiheitlichen, nicht gegen eine solche Diskriminierungsstelle, nur würde ich sie nicht als Antidiskriminierungsstelle bezeichnen, sondern für uns wäre der Begriff "Beschwerdestelle" zunächst einmal wesentlich wichtiger. Hier vielleicht der kleine Einwand, ob es nicht möglich wäre, dies zu ändern, das heißt eine Antidiskriminierungsstelle ausschließlich für Einwanderer. Ich glaube, es gibt sehr wohl auch Diskriminierungen, die nicht nur Einwanderer betreffen, und das muss nicht immer nur eine Diskriminierung sein, es können auch andere Fälle sein, wo Beschwerden angebracht werden. Ich denke, dass es oft sinnvoll wäre, wenn Bürger das Gefühl hätten, dass sie, wenn ein Fall eintritt, bei dem sie sich, sei es von der Verwaltung als auch von der Polizei ungerecht behandelt fühlen, eine zentrale Stelle haben, an die sie sich wenden können, und das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt.

Kollegin Unterberger, Sie haben als Rechtsanwältin die Beispiele mit der Justiz gebracht. Ich selbst habe einen solchen Fall erlebt. Sie haben den Fall in Obermais ja mitbekommen - Sie waren damals aber noch nicht im Landtag -, wo die Jugendlichen zu mir gekommen sind, weil sie Probleme mit der Polizei hatten. Sie haben Anzeige erstattet. Was war das Resultat? Es wurde alles archiviert mit der Begründung, dass man nicht mehr wisse, wer angezeigt habe, weil man die Akten verloren hat. Was antworte ich solchen Leuten? An wen sollen sie sich

wenden? Dass da unsere Bürger das Vertrauen in die Justiz verlieren, ist klar. Auch wenn es berechtigt ist, dass, wenn jemand wirklich benachteiligt wird, nur weil er von einem anderen Land kommt, er die Möglichkeit einer Beschwerdestelle hat, um seine Diskriminierung anzuprangern, frage ich mich, an wen sich ein Einheimischer wenden soll. Das ist einfach das Problem an dieser Sache. Deswegen sind wir nicht dagegen, dass so etwas grundsätzlich gemacht wird, wir sind aber dagegen, dass es grundsätzlich nur für Einwanderer gemacht wird. Deswegen die Frage an die Freiheitlichen, ob es möglich wäre, das Wort "ausschließlich" einzufügen, denn dann wäre es vielleicht in Zukunft möglich, eine Antidiskriminierungsstelle oder Beschwerdestelle nicht nur für Einwanderer, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger in Südtirol einzurichten.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich möchte hier ansetzen, wo Kollege Knoll aufgehört hat und ihm voll und ganz Recht geben. Genau dies sieht der Artikel 5 vor, Kollege Knoll. Wenn man den Artikel genau liest, dann steht dort, dass bei der Landesabteilung als Dienst für alle Bürgerinnen und Bürger eine Stelle eingerichtet wird, in der Folge als Antidiskriminierungsstelle bezeichnet. Das ist nicht die Mecker- und Motzstelle für die Menschen mit Migrationshintergrund oder –vordergrund, je nachdem, wie man es sagen will, sondern diese Stelle ist für alle, auch für Südtirolerinnen und Südtiroler, für Einheimische zuerst, vorgesehen, und das ist in diesem Gesetz auf der Grundlage der Erwägungen und auf der Grundlage jener gesetzlichen Normen, die die Kollegin Unterberger hier sehr treffend eingebracht hat, vorgesehen. Das ist ein Grundprinzip der EU, es ist ein Grundprinzip Europas, dass Menschen nicht diskriminiert werden. Was unterscheidet Europa ein Stück weit von anderen Kontinenten, wo es Menschen erster, zweiter, dritter und vierter Klasse gibt? Die Klassengesellschaft haben wir in Europa hinter uns gelassen, Gott sei Dank, und das ist jenes Vorbild, das wir liefern müssen, also das ist für alle. Wenn Sie, Kollege Stocker, das Gefühl haben, diskriminiert zu sein, dann können Sie sich an diese Stelle wenden.

Und gerade wir Südtirolerinnen und Südtiroler sollten auf eine solche Diskriminierungsstelle, die den Südtirolerinnen und Südtirolern deutscher und ladinischer Muttersprache vor den Augen geführt wird, Wert legen. Denkt an die 50er und 60er Jahre, als Südtirolerinnen und Südtiroler - dafür müsset gerade Ihr Freiheitlichen Verständnis haben - im sozialen Wohnbau diskriminiert wurden, wo fast ausschließlich italienische Zuwanderer zum Zuge kamen. Im Bereich der Industrie: Fragen Sie, wie viele Sarner Arbeiter bei der Lancia oder bei den Stahlwerken zum Zuge gekommen sind! Ich denke, das war eine Diskriminierung, und die Südtirolerinnen und Südtiroler wären froh gewesen, wenn sie sich bei einer Stelle hätten beschweren können. Genau deswegen sollten wir für ein solches Anliegen Verständnis haben und nicht nur Verständnis haben, sondern es auch mittragen. Es genügt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ein Blick in den Dolomiten-Markt jeder Woche. Kollege Stocker, schauen Sie in den Dolomiten-Markt vom 3. September hinein, und dann sehen sie solche Diskriminierungen en masse. Schauen Sie bei den Stellenangeboten nach und Sie werden sehen, dass der Betrieb Speikboden-Gaststätten in Sand in Taufers für die Wintersaison nur Einheimische (noch Südtiroler) sucht.

**ABGEORDNETE – CONSIGLIERI:** Ist das diskriminierend?

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Das ist diskriminierend! Saisonmitarbeiter, einheimische, gesucht usw.

**PRESIDENTE:** Per favore non interrompete.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Bei den Wohnungen, wo in Pfalzen, ein wichtiger Ort sowohl für die Opposition als auch für die Mehrheit, an Einheimische 80 Quadratmeter vermietet werden. Ich denke, mehr diskriminierend als so kann man nicht vorgehen. Ich glaube, wenn man das per Annonce verkündet, dann ist es in einem Ausmaß diskriminierend, das nicht zumutbar ist. Aus den genannten Gründen der EU-Grundrechte, aus den genannten Gründen der Südtiroler Erfahrungen und aus den genannten menschenrechtlichen Gründen der Gleichstellung aller Menschen muss man diesen Beschlussantrag ablehnen.

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Il tema è stato affrontato solo pochi giorni fa nel corso di un dibattito che abbiamo tenuto proprio in questo Consiglio circa un documento che avevo presentato, che faceva riferimento alla precedente esperienza dell'Osservatorio contro le discriminazioni, che era un ufficio costituito nell'ambito dell'amministrazione provinciale....

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** *(interrompe – unterbricht)*

**URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagni y libertà):** E' una struttura? No, dice l'assessore, un ente autonomo, un organismo autonomo, finalmente l'assessore mi suggerisce l'espressione che lo aggrada di più, che svolgeva il compito di monitoraggio sulle eventuali discriminazioni segnalate, cofinanziato in modo da non gravare esclusivamente sul bilancio provinciale. L'esperienza infine si era conclusa. Avevamo cercato di fare un bilancio sull'attività di questo osservatorio, che non è stato possibile tracciare appieno perché l'assessore non aveva i dati effettivi delle denunce depositate presso questo organismo, ma si è ripromesso di farmeli avere. Ho presentato un'interrogazione, e l'assessore sicuramente saprà fornirmi i dati. Di certo è, e su questo concordo con il collega Stocker, meno sul tono, sulla forza, un po' il fastidio che emerge, ma un po' sulla sostanza, è vero che non sono emerse significative discriminazioni, di un livello tale da determinare preoccupazione sociale che impone un investimento istituzionale, politico e anche economico da parte del pubblico. La mia perplessità è proprio legata a questo: sono convinto, e andremo a verificare nel tempo, che questo ufficio non opererà nel modo in cui è stato pensato anche perché sostanzialmente mancherà la materia prima su cui ben operare. Quindi sarà un luogo che assorbirà energie e risorse significative in termini molto pesanti, ma che non risponderà a quella esigenza che invece noi reclamiamo con forza, che è di attenzione dell'ente pubblico verso i problemi dell'integrazione con la medesima attenzione che si deve prestare a tutte le situazioni critiche. Voglio segnalare un episodio. A quell'osservatorio era stata segnalata una discriminazione avvertita e denunciata come tale da una cittadina di lingua italiana dell'Alto Adige in rapporto a dinamiche che conosciamo nel nostro territorio. Il procedimento è stato archiviato, perché ritenuto non significativo. Questo evidenzia la necessità di avere chiarezza sui compiti, funzioni, anche elementi e criteri di individuazione delle qualità delle denunce svolte. Su questo dovremo andare a fondo prossimamente. Quindi io mi riprometto di seguire in costante contatto con l'assessore l'evoluzione della cosa, perché temo che in questo momento uno sforzo di energie anche economiche sia uno sforzo inutile per mancanza di materia prima. Questo è anche motivo di soddisfazione. La nostra non è una terra che rifiuta, non è una terra che discrimina, per lo meno vorremmo che fosse così. Credo che ci sia sicuramente il bisogno da parte delle nostre istituzioni di un'attenzione normale ma non attraverso un ufficio speciale, perché quando le cose diventano speciali diventa tutto estremamente più complesso, si creano anche dei fantasmi che altrimenti potrebbero essere assorbiti in maniera naturale e molto meno traumatica.

Questo è l'invito che voglio fare, a considerare i fenomeni dell'integrazione, anche le problematiche che sorgono, come un fenomeno normale e non da affrontare con strumenti speciali.

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Sarebbe un po' come dire che se le Procure della Repubblica archiviano le denunce, risparmiamo ed eliminiamo le Procure della Repubblica.

Per quanto riguarda il centro antidiscriminazione, ricordo soltanto un paio di cose. Esiste ad esempio, il centro antidiscriminazione a livello nazionale, ha sede presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri, anzi precisamente l'Ufficio per la promozione delle parità di trattamento e la rimozione delle discriminazioni fondate su razza, origine etnica (UNAR). E' stato istituito con decreto legislativo 9.72033, n. 2005, che recepisce le direttive comunitarie 2043, ed opera nell'ambito del Dipartimento per le pari opportunità della Presidenza del Consiglio dei Ministri. Allo stesso modo presso ogni Regione, quasi presso ogni Comune e ogni Provincia e molto spesso anche presso i Comuni esistono entità demandate a tale scopo che si chiamano appunto "Ufficio antidiscriminazione". Come vede, l'Italia è un Paese estremamente solidale, eppure è meglio prevenire che dover curare. Per questo si ritiene importante l'istituzione di tale centro anche presso di noi.

Per quanto riguarda i dati, è vero, non ci sono dati quantitativamente apprezzabili, perché era un organismo autonomo finanziato dal Fondo sociale europeo, che ha avuto un periodo di vita di circa 4-5 anni, ma che però a giudizio dei nostri uffici che ne hanno monitorato la qualità dell'operato, ha svolto in maniera efficace ed eccellente il proprio compito.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno n. 7: respinto con 6 voti favorevoli, 18 voti contrari e 4 astensioni.

**Ordine del giorno n. 8 del 12.9.2011, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss, concernente: Informare sul diritto alla cittadinanza.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 8 vom 12.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba und Heiss, betreffend: Informationen über den Erwerb der Staatsbürgerschaft.**

*Il 2° comma dell'articolo 4 della legge n. 91/1992 recante "Nuove norme sulla cittadinanza" contempla l'acquisto della cittadinanza italiana in base al principio dello jus soli. È infatti previsto "l'acquisto della cittadinanza per lo straniero nato in Italia che vi abbia risieduto legalmente ed ininterrottamente dalla nascita fino alla maggiore età e dichiararsi di volerla acquisire entro un anno dal raggiungimento della maggiore età".*

*In presenza dei suddetti requisiti, è possibile acquisire la cittadinanza italiana rendendo una dichiarazione innanzi all'Ufficiale dello Stato Civile del Comune di residenza entro il 19° anno. L'atto viene iscritto nei registri di cittadinanza e annotato nell'atto di nascita dell'interessato.*

*La procedura prevista è questa: la persona che ha questo diritto entro il compimento del 19° anno, previo appuntamento, deve presentarsi all'ufficio di Stato Civile del Comune di residenza, per rendere dichiarazione di voler acquistare la cittadinanza italiana. L'ufficiale dello Stato Civile iscrive la dichiarazione nei registri di cittadinanza e provvede ad annotarla sull'atto di nascita dell'interessato. Successivamente alla verifica delle condizioni, (nascita in Italia e residenza ininterrotta dalla nascita fino al momento della dichiarazione) trascrive nei registri di cittadinanza l'esito dell'accertamento effettuato dal Sindaco, lo annota sull'atto di nascita e comunica all'ufficio anagrafe, elettorale, leva, alla Questura e al Casellario Giudiziale la variazione di cittadinanza.*

*Per un cittadino o una cittadina straniera la piena integrazione si raggiunge quando acquista la cittadinanza del paese in cui risiede. Tale diritto è sottoposto a condizioni molto severe e corona un processo riuscito di integrazione, inserendo la persona in un contesto di diritti e doveri precisi e uguali a qualsiasi altra cittadina e cittadino. La cittadinanza di un paese rafforza il sentimento di appartenenza alla società in cui si è chiesto di essere accolti.*

*Particolarmente importante è l'ottenimento della cittadinanza da parte di figli nati e cresciuti in Italia da genitori stranieri, le cosiddette seconde generazioni. È sui giovani e sulle giovani che riesce o fallisce una buona politica di integrazione. In Italia questa possibilità c'è grazie alla normativa sopra citata, ma si può cogliere solo per un breve tempo: entro il 19° anno di età.*

*Il rischio che il giovane e la giovane neomaggiorenni si lascino sfuggire questa occasione per mancanza di informazione è alto. Per questo le istituzioni hanno il compito di informare le persone interessate sul loro diritto, poiché l'ottenimento della cittadinanza è un fondamentale passo di integrazione e dunque è anche interesse pubblico dell'intera società che venga realizzato.*

*Per questi motivi,*

*il Consiglio provinciale  
impegna  
la Giunta provinciale*

*a garantire che ogni persona, nata in Italia da genitori stranieri e residente in provincia di Bolzano, al compimento del 18° anno di vita venga adeguatamente informata, anche con una comunicazione scritta a lei indirizzata, sul suo diritto a richiedere la cittadinanza italiana entro il 19° anno di età e sulla procedura prevista per ottenerla.*

-----

*Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes Nr. 91/1992 "Neue Bestimmungen über die Staatsbürgerschaft" sieht den Erwerb der italienischen Staatsbürgerschaft nach dem Geburtsortprinzip (Ius soli) vor. Laut diesem Absatz erwirbt nämlich die italienische Staatsbürgerschaft jeder in Italien geborene Ausländer, der von seiner Geburt bis zur Volljährigkeit rechtmäßig und ununterbrochen im Land gelebt hat und erklärt, die italienische Staatsbürgerschaft binnen eines Jahres ab Volljährigkeit erwerben zu wollen.*

*Bei Vorliegen genannter Voraussetzungen kann die italienische Staatsbürgerschaft vor Vollendung des 19. Lebensjahres durch Abgabe einer Erklärung vor dem Standesbeamten der Wohnsitzgemeinde erworben werden. Die Erklärung wird im Staatsbürgerregister eingetragen und in der Geburtsurkunde des Betroffenen vermerkt.*

*Das Verfahren läuft folgendermaßen ab: Die Person, die bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres dieses Recht ausüben kann, hat, nach vorheriger Terminvereinbarung, im Standesamt der Wohnsitzgemeinde vorstellig zu werden, um eine Erklärung über den beabsichtigten Erwerb der italienischen Staatsbürgerschaft abzugeben. Der Standesbeamte trägt die Erklärung im Staatsbürger-*

schaftsregister ein und vermerkt diese auf der Geburtsurkunde des Betroffenen. Nach der Prüfung der Voraussetzungen (Geburt in Italien und ununterbrochener Aufenthalt von der Geburt bis zum Zeitpunkt der Erklärung) trägt dieser das Ergebnis der vom Bürgermeister angestrebten Prüfung in das Staatsbürgerregister ein, vermerkt es auf der Geburtsurkunde und teilt dem Einwohnermeldeamt, dem Wahlamt, dem zuständigen Amt für die Einberufung von Wehrpflichtigen, der Polizeidirektion und dem Strafregisteramt die Änderung mit.

Ein ausländischer Bürger bzw. eine ausländische Bürgerin ist dann voll integriert, wenn er/sie die Staatsbürgerschaft des Landes erhält, in dem er/sie wohnhaft ist. Dieses Recht ist an sehr strenge Bedingungen geknüpft und ist die Krönung eines erfolgreichen Integrationsprozesses, da die Person dadurch dieselben Rechte und Pflichten wie jeder andere Bürger und jede andere Bürgerin erhält. Die Staatsbürgerschaft eines Landes stärkt das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gesellschaft, von der man aufgenommen werden möchte.

Insbesondere ist es wichtig, dass die in Italien geborenen und aufgewachsenen Kinder von ausländischen Eltern, die so genannte zweite Generation, die Staatsbürgerschaft erhalten. Eine gute Integrationspolitik steht und fällt mit der Jugend. In Italien bietet das oben genannte Gesetz die Chance dazu, aber nur für kurze Zeit, d.h. bis zum 19. Lebensjahr.

Die Gefahr, dass sich die soeben volljährig gewordenen Jugendlichen diese Gelegenheit mangels Informationen entgehen lassen, ist hoch. Deshalb haben die Institutionen die Aufgabe, die betroffenen Personen über ihre Rechte zu informieren, da der Erwerb der Staatsbürgerschaft ein grundlegender Schritt des Integrationsprozesses ist. Damit liegt es auch im öffentlichen Interesse, dass dieser Schritt unternommen wird.

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,

sicherzustellen, dass jede Person, die in Italien von ausländischen Eltern geboren wurde und in Südtirol wohnhaft ist, bei Vollendung des 18. Lebensjahrs entsprechend, auch über ein an sie adressiertes Schreiben, über ihr Recht informiert wird, bis zur Vollendung des 19. Lebensjahres die italienische Staatsbürgerschaft zu beantragen bzw. welches Verfahren dafür vorgesehen ist.

La parola al consigliere Dello Sbarba per l'illustrazione.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Per un momento cambiamo un po' musica in questa sequela di ordini del giorno.

Il tema che noi vogliamo sollevare riguarda la corretta informazione di persone che hanno un certo diritto e che però potrebbero perdere questo diritto, perché non sono informate. Queste persone sono figli di famiglie immigrate, nati in Italia, ed avendo vissuto continuativamente sul territorio nazionale, avendo fatto le scuole qui ecc., al diciottesimo anno di età possono fare domanda di acquisizione della cittadinanza, però hanno solo un anno per fare questa domanda. Al diciannovesimo anno di età questo diritto viene perso.

Io credo che sia importante che questi cittadini vengano informati. Non si tratta di introdurre un nuovo diritto ma si tratta di prendere un impegno verso i diciottenni figli di cittadini immigrati, di informarli che, se loro vogliono, possono richiedere la cittadinanza. Sono le famose seconde generazioni da cui dipende moltissimo il processo di integrazione, possono essere anche un motore di integrazione delle loro famiglie, e l'integrazione migliore, pari diritti-pari doveri è quella proprio che queste persone che hanno diritto a diventare a pieno titolo cittadini italiani, lo diventino. In questo modo il problema si esaurisce da solo e queste persone conquistano la loro integrazione.

**Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: DDr.in Julia Unterberger**

**PRÄSIDENTIN:** Das Wort hat der Abgeordnete Urzi, bitte.

**URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Io sono d'accordo con questo ordine del giorno e lo voterò, perché c'è uno slogan che condivido molto: "L'Italia a chi la ama", vale ovviamente per l'acquisizione della cittadinanza. L'Italia è di chi decide di sceglierla come il proprio Paese, anche quando il paese sia di adozione. Così dovrebbe essere anche se oggi ancora non è per il nostro diritto. Può essere così, in forma

naturale per coloro che in Italia sono venuti e hanno le qualifiche così come indicate dal collega che mi ha preceduto. Hanno un "diritto naturale" per essere nati in questo territorio, ma si sentono condizionati dal fatto di essere figli di genitori immigrati e che non godono della cittadinanza italiana, che loro però possono acquisire nei termini di legge secondo le procedure indicate. Un processo autentico di integrazione si ha esclusivamente nel momento in cui si integra e si accoglie. Quando si riconoscono a bambini, ragazzi cresciuti in Italia, che hanno acquisito le conoscenze e non solo le regole del vivere civile in Italia, perché questo è un dato che ritengo assolutamente scontato per qualunque persona di buona volontà e normale intelligenza, ma abbiano acquisito addirittura i costumi piuttosto che le espressioni gergali, i dialetti, le normali abitudini della popolazione che li ospita, ebbene questi ragazzi laddove non avessero la possibilità di esercitare il diritto a poter divenire cittadini italiani sarebbero cittadini italiani con una mutilazione, quindi in un certo qual modo apolidi in senso spirituale, rifiutati, e qui si determinerebbe un vulnus tale da creare sacche di insofferenza, di rivolta verso quel Paese che li ha visti nascere ma che non li accoglie. Se questa opportunità è possibile crearla, essa va fatta conoscere.

Ecco che ritengo appropriato che si proceda nel senso dell'impegnativa dell'ordine del giorno attraverso questa opera di informazione utile a riconoscere questo diritto e a rendere chiaro che questo diritto è esigibile per tutti coloro che lo vogliono fare. Sono dell'idea che sarebbe la stragrande maggioranza dei nuovi cittadini, figli di genitori stranieri ma nati e cresciuti in questo paese, che questo paese lo amano e hanno il diritto di poter legare il proprio futuro a questo Paese.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Prendo la parola sull'ordine dei lavori. Vorrei capire quando intendete dirci che volete fare la seduta notturna. Per me che ho tre figli credo che questa sia una discriminazione. Nella riunione dei capigruppo non è stato deciso, perché non c'era la maggioranza. Avete detto che si decideva insieme. C'è anche del personale femminile, ha diritto di sapere se deve organizzare qualcosa, se dobbiamo stare qua tutta la notte o no. Sono le 4 e mezza e solo voci di corridoio ci dicono che forse staremo qua tutta la notte. Non è una cosa tollerabile. Forse sono l'unica ad avere figli in quest'aula!

**PRÄSIDENTIN:** Frau Kollegin, es stimmt, aber die Geschäftsordnung sieht vor, dass jeder Abgeordnete in jedem Moment beantragen kann, dass die Sitzung weitergeführt wird, und der Landtag wird dann über einen solchen Antrag abstimmen. Sie können informell vielleicht mit dem Vorsitzenden jener Fraktion, die das Gesetz vorgelegt hat, sprechen, um in Erfahrung zu bringen, ob er im Sinn hat, die Nachtsitzung zu beantragen oder nicht. Das Präsidium kann a priori nicht ausschließen, dass dies beantragt wird.

Ich als Präsidentin kann Ihnen in diesem Moment keine Auskunft geben. Es ist noch nichts beantragt worden.

Das Wort hat der Abgeordnete Urzì, bitte.

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Abbiamo fatto una lunga riunione dei capigruppo prima in cui abbiamo parlato di gentlemen agreement, la capacità di saperci relazionare con un minimo di comprensione reciproca guardandoci negli occhi e comprendendoci immediatamente. Sulla base dell'esigenza espressa, che ritengo molto importante sul piano pratico, della collega Artioli, che mi è piaciuta perché tocca una corda che dovrebbe stimolare le sensibilità di ciascuno di noi, credo che ci siano dei doveri istituzionali a cui comunque la collega Artioli è chiamata, ma che ci siano anche dei doveri di altra natura, soprattutto la necessità di provvedere alla cura di minori. Quindi credo che all'insegna di questo gentlemen agreement si possa stabilire le decisioni che devono essere assunte subito, non in collegio capigruppo, presidente, dove abbiamo già constatato che non c'era unanimità su questo punto. Se c'è l'esigenza di fare adesso la richiesta, forse può essere opportuno per la chiarezza rivolta al Consiglio decidere subito il da farsi.

**PÖDER (UFS):** Ich hätte nur gerne geklärt, was der Ausdruck "sofern erforderlich" in der Einladung bedeutet. Hier steht: "... mit eventuellen Nachtsitzungen, sofern erforderlich". Erforderlich ist für mich, wenn eine unaufschiebbare Sache behandelt wird, wie zum Beispiel der Haushalt, der innerhalb einer bestimmten Frist genehmigt werden muss, aber mir scheint, dass dieser Gegenstand nicht innerhalb einer bestimmten Frist verabschiedet werden muss, so wie die meisten oder fast alle anderen Punkte auf der Tagesordnung. Meines Erachtens, meiner bescheidenen Meinung nach, ist es unmöglich, eine Nachtsitzung abzuhalten, weil keine Erfordernis da ist. Im italienischen Text stehen die Worte "con eventuali sedute notturne, se neccessarie," – im deutschen Text "mit eventuellen Nachtsitzungen, sofern erforderlich,." "Erforderlich" für was? Für die Genehmigung eines Gesetzentwurfes, der innerhalb einer bestimmten Frist verabschiedet werden muss? Beim Haushalt verstehe ich es. Auch

bei einem anderen Gesetzentwurf, über die Raumordnung beispielsweise, der möglicherweise innerhalb einer bestimmten Frist verabschiedet werden muss, wenn eine entsprechende Erfordernis besteht, kann es auch passen. Bei diesem Integrationsgesetz ändert sich überhaupt nichts, rein gar nichts, wenn wir es erst im nächsten oder übernächsten Monat genehmigen, weil keinerlei Fristen enthalten sind, weil keinerlei Fristen verfallen. Somit besteht in keinsten Weise, auch objektiv gesehen – das ist keine subjektive Meinung – keine Erfordernis, eine Nachtsitzung einzuschieben, um es heute oder im Laufe dieser Sitzung zu verabschieden. Man sollte es wirklich ernst nehmen. Ich habe keine Anträge eingebracht und betreibe keine Verzögerungstaktik oder was auch immer zu diesem Gesetzentwurf, mir ist es auch egal - ich habe dies schon in Vergangenheit bewiesen -, denn ich kann auch bis morgen um 7 Uhr in der Früh hier sitzen, aber ich würde gerne haben, dass die Dinge, wie sie in der Einladung klar niedergeschrieben sind, eingehalten werden. Es steht darin: "sofern erforderlich". Diese Erfordernis ist aber objektiv nicht gegeben.

**PRÄSIDENTIN:** Herr Abgeordneter Pöder! Das ist eine Interpretationsfrage. Die Diktion "falls erforderlich" kann auch beinhalten, den in Behandlung stehenden Gesetzentwurf zu Ende zu bringen. Das kann es auch bedeuten. Ich glaube, es ist alles offen. Die Artikeldebatte zu diesem Gesetzentwurf hat noch nicht begonnen, weil wir erst bei der Hälfte der zu behandelnden Tagesordnungen sind.

Das Wort hat der Abgeordnete Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zunächst nur ganz kurz eine Frage zum Fortgang der Arbeiten. Ich möchte wissen, ob der Beisatz auf der Einladung bezüglich der Nachtsitzungen – ich weiß es wirklich nicht - vom Beginn der Legislaturperiode bei allen Einladungen schon mit drauf gewesen oder irgendwann einmal vom Präsidium draufgesetzt worden ist. Wenn ja, mit welchem Beschluss.

**PRÄSIDENTIN:** Der Herr Generalsekretär hat mir gesagt, dass dieser Beisatz bei jeder Einberufung seit fünf Legislaturperioden drauf steht.

Das Wort hat der Abgeordnete Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Beschlussantrag. Wir sprechen uns gegen diesen Antrag aus, und zwar aus mehreren Gründen. Es geht – ich habe mich in letzter Zeit ein bisschen intensiver mit dem Thema Staatsbürgerschaften befasst – um das Prinzip des "ius soli", das heißt, wer auf der Scholle geboren ist, wer hier geboren ist, bekommt auch die Staatsbürgerschaft. Das haben ja einige Staaten in Europa. Dem gegenüber steht das "ius sanguinis", das heißt, dass man ein Kind von Staatsbürgern sein muss, um die Staatsbürgerschaft zu bekommen. Welches das bessere Prinzip ist, ... Ich persönlich halte das "ius soli" nicht unbedingt für das beste aller Prinzipie, denn manche Staaten treiben es wirklich ein bisschen zu weit. Da brauchen nicht einmal die Eltern Staatsbürger sein, sondern da reicht es im Grunde genommen, nur dort geboren zu sein, das heißt, im extremsten Fall, wenn meine Mutter zum Zeitpunkt der Niederkunft irgendwo im Urlaub war, dann wäre ich theoretisch der Staatsbürger von dem Land, in dem sie gerade auf Urlaub war, wenn dort das "ius soli" in dieser Form gilt. Ich glaube, das hat wenig mit dem Sinn von Staatsbürgerschaftsvergaben zu tun. Ich glaube, wir sollten uns die Frage stellen, warum es die Aufgabe des Landes Südtirol sein muss, Informationen zu liefern, wie und wo man die italienische Staatsbürgerschaft bekommt. Das soll Italien bitte selber machen.

Eines möchte ich schon auch sagen. Die Staatsbürgerschaft ist etwas, das man nicht nur irgendwie bekommen sollte, weil man halt irgendwie gerade dazu kommt, sondern es sollte auch eine Bereitschaft dazu da sein, und das heißt, es sollte auch der Wille der betreffenden Person da sein, Staatsbürger zu werden. Seien Sie mir nicht böse, Riccardo Dello Sbarba! Wenn ich gerne Staatsbürger des italienischen Staates werden möchte, dann können Sie sicher sein, dass ich mich auch informiere, wie und wo ich diese Staatsbürgerschaft bekomme. Da brauche ich nicht vom Landeshauptmann einen eingeschriebenen Brief bekommen, der mir zum Geburtstag gratuliert und mich als Geschenk daran erinnert, dass ich jetzt für die Verleihung der Staatsbürgerschaft ansuchen könnte, wenn ich das möchte. Ich glaube, so viel Eigenverantwortung kann man von jedem Ausländer, der gerne Staatsbürger werden möchte, verlangen. Deswegen sprechen wir uns gegen diesen Beschlussantrag aus.

**PRÄSIDENTIN:** Möchte jemand von der Landesregierung Stellung nehmen? Niemand. Dann stimmen wir über den Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 8 ab: mit 14 Ja-Stimmen und 8 Neinstimmen genehmigt.

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9 vom 15.9.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: Die Einrichtung einer Schule für Ausländer würde die Probleme im Unterricht lösen, die deren Anwesenheit in der italienischen und deutschen Schule verursacht.**

**Ordine del giorno n. 9 del 15.9.2011, presentato dal consigliere Seppi, concernente: Creare la scuola per stranieri è la soluzione al disagio didattico causato dalla loro presenza in quella italiana o tedesca.**

*Wenn in anderen Provinzen der Vorschlag, eine Schule für Ausländer einzurichten, Rassismus-Vorwürfe auslösen und die Beschuldigung, mit sich bringen würde, gegen die soziale Eingliederung zu sein, müsste dies in Südtirol problemlos möglich sein, zumal das Autonomiestatut mit der italienischen, deutschen und ladinischen drei Schulen vorsieht und niemand sich anmaßen würde, diese Bestimmungen als rassistisch zu bezeichnen. Die Polemik über die Einschreibung der jungen Ausländer in die Pflichtschulen des Landes und das Wortgefecht zwischen den zuständigen Landesräten gehen weiter: Der springende Punkt sind immer die ausländischen Kinder, die sich in unsere Schulen einschreiben, sowie die ständig steigende Anzahl der ausländischen Kinder, die eine italienische Schule besuchen.*

*Zumal das Autonomiestatut in unserem Land eine italienische, eine deutsche und eine ladinische Schule vorsieht und demzufolge die Bevölkerung vom Kindergarten an getrennt aufwächst, ist es nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen, aufgrund dieser Trennung unter der einheimischen Bevölkerung, nicht auch eine Schule für Ausländer eingerichtet werden könnte. Diese sollte von der italienischen, deutschen und ladinischen Schule völlig abgekoppelt sein. Eine derartige Lösung würde der Polemik über die Anzahl der Ausländer, die diesen oder jenen Bildungsweg in dieser oder jener Sprache vorgezogen haben, ein Ende setzen. Es ist paradox, dass unsere Kinder getrennte Schulen besuchen müssen, weil man jede Art der Integration oder besser gesagt der "Verunreinigung" der Regeln vermeiden will, wonach unsere Volksgruppen auch physisch getrennt sein müssen, während gleichzeitig die Ausländer gezwungen werden, sich einer Sprachgruppe nach ihrer Wahl anzugliedern und somit für sie das vorgeschlagen wird, was uns verwehrt bleibt.*

*Das Land sollte also die Trennungspolitik weiterführen, die bisher dem zweifelhaften Zweck gedient hat, die einheimische Bevölkerung getrennt zu halten, und diese schreckliche Logik auch auf die Ausländer anwenden, indem neben der italienischen, deutschen und ladinischen Schule auch eine Schule für Ausländer eingerichtet wird. Getrennt, angepasst und den Vorgaben von "Mutter Land" entsprechend, wird somit die Gefahr einer "Mischkultur" auch in den kommenden Jahren abgewendet und der Polemik ein Ende gesetzt werden.*

*Die Landesregierung  
wird verpflichtet,*

- die Voraussetzungen zu schaffen, um zusätzlich zur italienischen, deutschen und ladinischen Schule eine Schule für Ausländer einzurichten, die sämtliche Jugendliche aus anderen europäischen Ländern sowie aus Nicht-EU-Ländern besuchen sollen;*
- diese Einrichtung mit den für die "Sprachzentren" bereits vorgesehenen Geldmitteln zu finanzieren, da diese in Anbetracht der Tatsache, dass in der Schule für Ausländer die italienische und die deutsche Sprache unterrichtet werden, nicht mehr erforderlich sind;*
- zur Kenntnis zu nehmen – und dabei die entsprechende Verantwortung zu übernehmen – dass in einem Land, in dem bereits drei Schulen verschiedener didaktischer und sprachlicher Ausrichtung existieren, eine vierte Schule eingerichtet werden kann, ohne Rassismus-Vorwürfe auszulösen, die bezüglich der drei bestehenden Schulen bis heute, von uns abgesehen, noch nie erhoben wurden!*

-----

*Se in un'altra realtà provinciale proporre una scuola per stranieri potrebbe tacitare i proponenti per razzisti e contrari all'inserimento sociale, in Alto Adige ciò deve essere concesso senza remore visto che lo Statuto prevede l'esistenza di tre scuole, italiana, tedesca e ladina e nessuno si arroga il diritto di considerare razziste alcune norme dello stesso. Continua la polemica relativa alle iscrizioni di giovani stranieri nelle scuole provinciali dell'obbligo e il botta e risposta fra gli assessori competenti alla scuola italiana e tedesca: la questione è sempre legata alla percentuale di bambini stranieri che si iscrive alle scuole locali e il numero sempre maggiore di coloro che frequentano la scuola italiana. Preso atto che il nostro Statuto di autonomia prevede la presenza sul territorio provinciale di una scuola italiana, una tedesca e una ladina e che quindi si sono volutamente create ragioni di divisione*

*fra la nostra stessa popolazione già dagli anni dell'asilo, non si interpretano le motivazioni per cui, perseguendo lo stesso concetto che prevede suddivisioni fra la nostra popolazione locale, non si possano creare anche le scuole per stranieri. Completamente slegate da quelle italiane, da quelle tedesche e da quelle ladine: non avremmo più polemiche su quanti stranieri hanno preferito questo o quel percorso didattico in questa o in quella lingua e avremo risolto definitivamente la questione. È infatti paradossale pensare che i figli di questa terra debbano frequentare scuole diverse perché si vuole scongiurare qualsiasi tipo di inserimento, o sarebbe meglio dire "inquinamento" nelle società che regolano, mantenendoli distinti anche fisicamente, i gruppi linguistici locali e, contemporaneamente, portare avanti la politica dell'inserimento "coatto" degli stranieri nel gruppo linguistico che preferiscono proponendo, per loro, quello stesso inserimento a noi negato.*

*Che la Provincia persegua quindi la politica divisionista fino a qui congeniale ai suoi discutibili scopi di mantenere divisa la popolazione locale, applicando la stessa abominevole logica anche per gli stranieri aggiungendo alla scuola italiana, a quella tedesca e a quella ladina anche la scuola per stranieri. Così, tutti divisi, allineati e coperti secondo gli schemi di "mamma provincia" la "mischkultur" sarà scongiurata anche negli anni a venire e le polemiche saranno completamente accantonate.*

*Si impegna*

*la Giunta provinciale*

*- a creare i presupposti per la realizzazione di una ulteriore scuola, da aggiungersi a quella italiana, tedesca e ladina, per gli stranieri accettando, all'interno della stessa, tutti i giovani provenienti da altre nazioni europee ed extracomunitarie;*

*- a finanziare detta istituzione con i fondi già previsti per i "centri linguistici" che non avranno più ragione di essere realizzati considerato che nella scuola per stranieri sarà portata avanti la conoscenza e quindi l'insegnamento della lingua italiana e tedesca;*

*- a prendere atto, assumendosi le proprie responsabilità, che in una provincia in cui già esistono tre diverse scuole a indirizzo didattico e linguistico diverso si può realizzare anche la quarta senza essere tacciati di razzismo visto che ciò fino ad ora, per le tre esistenti, non è mai accaduto se non da parte nostra!*

Das Wort hat der Abgeordnete Seppi zur Erläuterung des Beschlussantrages.

**SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Prendiamo atto di questa normativa nazionale, assessore Bizzo, cioè tutta questa legge è praticamente l'applicazione di normative che in qualche modo ci vengono imposte dallo Stato sovrano e dall'Europa. Quando però questa discussione arriva in Alto Adige assume dei risvolti diversi di quanto potrebbero essere a Verona, a Venezia o a Caltanissetta, perché potrebbe essere ovvio che se i bambini figli di immigrati vanno a scuola a Vibo Valentia, automaticamente si iscrivono nelle scuole italiane. Questa ovvietà non esiste però da noi. Un bambino immigrato che è in una valle ladina potrebbe scegliere di frequentare la scuola tedesca, italiana o ladina. Già questo è un problema che si inserisce in un quadro nel quale abbiamo, in provincia di Bolzano, tre scuole distinte per gruppi linguistici. Non è che si potrebbe tacciare l'Alto Adige di un atteggiamento poco attento nei confronti degli immigrati se facessimo anche una quarta scuola, tanto ci siamo abituati. Potremmo fare tranquillamente una scuola per immigrati nella quale tutti i figli degli immigrati vengono iscritti e quando fossero in grado di essere autosufficienti nella conoscenza della lingua italiana, o tedesca, i programmi di questa quarta scuola non li devo decidere io, possono tranquillamente iscriversi nella scuola italiana e tedesca, e di conseguenza continuare gli studi inserendosi con la popolazione locale all'interno di queste due scuole che esistono in Alto Adige. Avremmo quindi risolto il problema che potrebbe essere considerato, sbagliando, un problema di discriminazione se lo facessimo in un'altra città d'Italia, ma qui da noi la discriminazione sulla scuola è talmente normale che non la si sente nemmeno più come una discriminazione. Io mando a scuola mio figlio in una delle tre scuole previste dallo Statuto, dopodiché non capisco perché si debba obbligare un extracomunitario a mandare i suoi figli ad iscriversi in una scuola italiana, tedesca o ladina. No, facciamo una scuola per immigrati, nella quale insegniamo molto bene le lingue parlate. Quando avranno raggiunto un livello tale da poter essere inseriti all'interno di una delle tre scuole provinciali previste dallo Statuto, si inseriranno. La mia non vuole essere una discriminazione, non voglio la quarta scuola perché gli extracomunitari devono frequentare scuole diverse dalle nostre, ma solamente per togliere alle scuole italiane e tedesche il grosso onere di dover portare avanti dei ragazzi extracomunitari che creano problemi perché non conoscono la lingua e rallentano lo svolgimento dei programmi di studio, e contemporaneamente creare molto meno imbarazzo ai ragazzi extracomu-

nitari che, inseriti in una scuola per loro, avranno modo di essere molto più seguiti in materie come l'insegnamento delle due lingue, e, ponendoli nelle condizioni di non avere quel complesso di inferiorità o anche quella rincorsa che non è molto positiva, per portarli ad essere in grado di recepire le lingue locali nello stesso modo come lo sono i coetanei nati sul posto.

Questa potrebbe essere una soluzione valida. Noi abbiamo sentito molti professori, maestri che si lamentano della situazione che c'è all'interno delle scuole, cioè di un rallentamento dei programmi di studio perché ci sono dei ragazzi che hanno difficoltà con la lingua. Facciamo in modo che questi problemi non esistano più, facciamo in modo che questi ragazzi le apprendano bene, e non sono sufficienti quei corsi aggiuntivi, possono essere di ausilio sicuramente, ma non sono sufficienti per conoscere bene la lingua e arrivare a dei livelli di un certo tipo nel giro di breve tempo. Sarebbe la cosa migliore per lo meno per quanto riguarda le scuole di primo grado. Per le scuole superiori questo tipo di ragionamento non serve, in questo ordine del giorno non è stato specificato, però il mio intendimento era quello.

Il mio intendimento era anche quello di porre in essere una considerazione che va fatta ogni qual volta ce ne si offre l'occasione. Se io oggi, fossi in provincia di Brescia dove la Lega è forte, o in provincia di Palermo, e dicessi facciamo per gli extracomunitari una scuola separata, io mi prenderei del razzista. Ma perché nessuno si prende del razzista in questa provincia se i figli dell'assessore Bizzo vanno a scuola assieme ai miei figli ma non vanno assieme a quelli della consigliera Hochgruber Kuenzer? Vogliamo fare un'analisi della vostra storia autonomistica? Vogliamo andare a verificare perché nei confronti degli extracomunitari avere due scuole in un altro posto dell'Italia, della Germania, dell'Austria o della Svizzera è razzismo, e averne due o tre in Alto Adige non lo è? Vorrei vedere come qualcuno fa a darmi del razzista se chiedo una quarta scuola! Diventeremmo veramente l'impero o un'unica isola d'Europa e forse anche del mondo in cui ci sono quattro scuole con quattro gruppi etnici, o due o tre gruppi etnici separati che sono quelli locali più il quarto che è una "Mischkultur" di tutto il resto del mondo! Potrebbe essere una soluzione. Certamente andremmo sul Guinness dei primati! Ma questo ci deve fare però riflettere su quello che noi viviamo oggi in Alto Adige. La separazione dei bambini fin dall'asilo, perché quelli tedeschi vanno con i tedeschi, quelli italiani con gli italiani! E avanti così fino all'università, dove poi magari i ragazzi tedeschi vanno a studiare ad Innsbruck o a Monaco e i miei figli o quelli dell'assessore Bizzo vanno a Milano, Torino, ecc. Perché per gli extracomunitari sarebbe razzismo e se viene fatto per me o per l'assessore Bizzo, non lo è? Perché lo prevede lo Statuto di autonomia di rango costituzionale? Mi viene da ridere, perché anche le leggi di rango costituzionale possono essere razziste, o ci si può accorgere che lo sono. Non è mica escluso che ci possono essere delle possibilità di interpretare delle cose che, passando negli anni, vengono interpretate in maniera diversa nello spirito europeo tanto evocato da coloro che in quest'aula la sanno molto lunga sulla questione degli immigrati!

Io ritengo che fare una scuola per extracomunitari sia fondamentale. Sicuramente se un bambino di madrelingua italiana, non conoscendo bene il tedesco, viene rifiutato dalla scuola tedesca, quello non è razzismo, ma se io nella scuola italiana o tedesca rifiuto un extracomunitario che non sa una parola di italiano, quello è razzismo! Qualcuno me lo dovrà pur spiegare, perché io non lo capisco! Spero che questa volta l'assessore Bizzo una risposta me la dia, anche se lo so che sarà molto difficile, perché non è mica colpa sua se le cose stanno così, però sono riflessioni che dobbiamo fare. Noi siamo delle persone elette dal popolo per fare anche delle riflessioni. Io non sono così convinto che debba esistere davvero una quarta scuola per gli immigrati, ma voglio però far capire con questo messaggio che se non va bene la quarta scuola per gli immigrati, qualcuno mi deve spiegare perché vanno bene le altre tre, per tedeschi, italiani e ladini! Noi usiamo il razzismo in Alto Adige e se volessimo proporre la quarta scuola per gli extracomunitari, saremmo dei razzisti. Ma fino a quando non arrivano loro a farcelo capire con la quarta scuola, siamo nella normalità totale, perché c'è lo Statuto di autonomia! Lo Statuto di autonomia lava qualsiasi tipo di peccato, potrebbe addirittura dire che offendere Dio non è peccato. Riflessioni di questo tipo devono essere fatte ogni momento, vadano fatte in ogni occasione in cui ci è consentito farle. Io ho voluto presentare questa mozione per farvi capire l'incongruenza nella quale viviamo in questa terra e per farvi capire che lo sviluppo dell'integrazione degli extracomunitari non può essere quello di prendere un ragazzo di nove anni e metterlo in quarta elementare quando non sa una parola di italiano bloccando tutto il resto della classe.

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Ich weiß eigentlich nicht, Kollege Seppi, wie dieser Beschlussantrag gemeint ist. Ich empfinde es als reine Provokation, muss ich sagen, eine Schule für Ausländer zu fordern, damit man die Probleme im Unterricht lösen könne, und einen Vergleich anzustellen zwischen der deutschen Schule auf der einen Seite und der italienischen Schule auf der anderen Seite, dann wieder die ladinische Schule, um als vierte

Schule eine Schule für Ausländer zu fordern. Ich glaube, Ihre Absicht bei diesem Beschlussantrag war, zu provozieren und das gängige System einfach zu kritisieren.

Dass es deutsche und italienische Schulen gibt, ist eine Tatsache, die im Autonomiestatut im Artikel 19 verankert ist. Wir wissen, dass das Autonomiestatut zum Schutz der deutschen Minderheit geschrieben und gemacht worden ist. Abgesehen davon, dass der Vergleich absolut hinkt, wäre es auch vom Didaktischen her alles andere als logisch, wenn man eine solche Schule nur für Ausländer machen würde. Ich möchte in diesem Zusammenhang den ersten Satz des Artikels 19 im Autonomiestatut vorlesen: *"In der Provinz Bozen wird der Unterricht in den Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen in der Muttersprache der Schüler, das heißt in italienischer oder deutscher Sprache, von Lehrkräften erteilt, für welche die betreffende Sprache ebenfalls Muttersprache ist."* Wir wissen, dass die Einwanderer, die in unserem Land sind, aus vielen verschiedenen Ländern kommen. Man kann also wirklich nicht die beiden Arten von Schulen vergleichen. Es sind auch Kinder mit unterschiedlichen Sprachen, von unterschiedlicher Herkunft, von unterschiedlicher Kultur. Ich glaube, dass Sie mit diesem Beschlussantrag eigentlich nur provozieren wollten.

Auch einige sprachliche Wendungen, die in diesem Text drinnen stehen, halte ich für höchst zweifelhaft und inhaltlich eigenartig. Wenn Sie von "Verunreinigung der Regeln" und von "Trennungspolitik" sprechen, dann ist die Zielsetzung in unserem Land ganz eine andere. Ich will mich damit nicht länger aufhalten, denn ich glaube, dass es Ihnen nur darum gegangen ist, zu provozieren und nicht darum, einen konstruktiven Vorschlag zur Lösung des Problems zu machen.

**URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Sono contrario all'ordine del giorno presentato dal collega Seppi, quindi non voterò a sostegno dello stesso. Abbiamo parlato più di una volta nel corso della giornata e anche ieri dei sistemi per una più rapida ed efficace integrazione degli stranieri nel tessuto sociale del paese che li accoglie. Il veicolo migliore per una rapida integrazione è quello di un assorbimento naturale dei cittadini stranieri nell'ambito del tessuto sociale, linguistico, culturale del paese che accoglie. Questo percorso va agevolato in ogni ambito. Prima ci siamo riferiti alle sacche di immigrazione che vanno ad insistere con maggiore peso su alcune porzioni del nostro territorio, in particolare alcuni comuni, e sulle problematiche che naturalmente questo comporta in una fase di approccio di conoscenza e di rapporti fra comunità di lingua e cultura diversa che hanno la necessità di trovare un difficile equilibrio. Questo determina la creazione di ghetti di realtà scorporate dal resto del tessuto provinciale o comunale che costituiscano sempre un limite rispetto alle opportunità che invece uno scambio, un'integrazione naturale e positiva potrebbe produrre. Quello che va evitato è la creazione di ghetti, di ambiti esclusivi, nei quali le comunità vengono tenute separate. Non so se interpretare l'ordine del giorno del collega Seppi anche in senso provocatorio. Io credo e spero di sì. Credo e spero che il collega Seppi abbia voluto giocare sulla divisione delle scuole per gruppi linguistici della nostra provincia proponendo questo paradosso della creazione di una scuola per stranieri tutti, ossia una quarta gamba del sistema educativo provinciale. Spero che questa sia solo una provocazione perché se è vero che rivela la contraddizione della nostra autonomia la divisione dei gruppi linguistici a partire dalla scuola, sappiamo quanto importante sarebbe immaginare una realtà nuova proiettata verso il futuro, ma qui è un'altra storia e ne parleremo in un altro momento. E' vero pensare che non si può affrontare il problema della difficoltà di integrazione nel tessuto scolastico delle relazioni, della capacità di educazione alla conoscenza della lingua, cultura e quant'altro dei bambini che sono l'espressione più fragile dell'immigrazione nel tessuto della nostra società, se non partiamo dall'accoglienza della scuola, dall'offerta dalla scuola nel sistema educativo di validi strumenti di supporto e di aiuto, di accompagnamento, perché un bambino assorbe velocemente, più in fretta, con maggior naturalezza, e questa va incentivata. È un'opportunità straordinaria su cui fare leva, perché il bambino immigrato che vive la normalità delle situazioni rapidamente le acquista e acquista la capacità di sentirsi perfettamente a proprio agio nel tessuto nel quale viene inserito. Diventa naturalmente un cittadino di questa terra che riesce a confrontarsi alla pari, al bene acquisito al patrimonio sociale del territorio che lo accoglie in maniera assolutamente normale e naturale.

Quindi no a questo ordine del giorno che voglio continuare a ritenere provocatorio, ma laddove non lo fosse, c'è bisogno comunque di un voto chiaro a favore dell'integrazione, a favore di una politica che sappia offrire tutti gli strumenti utili per garantire un processo di naturale assorbimento di queste energie che parlano lingue diverse e che hanno colori diversi nel già multicolore tessuto sociale, multiculturale, linguistico della nostra provincia.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich werde mich sehr kurz halten. Der Einbringer hat ja selber gesagt, dass er an diesen Beschlussantrag nicht glaubt. Er hat dann aber sein wirkliches Anliegen formuliert. Wenn wir schon

drei verschiedene Schulen für die Sprachgruppen haben, dann müsste man eine solche auch den Ausländern zugestehen. Ansonsten müsste man nur eine Schule für alle machen. Wenn es für die Südtiroler getrennte Schulen gibt, dann müsste es auch für die Ausländer möglich sein. Kollege Seppi! Ich erlaube mir zu fragen, in welcher Sprache dort der Unterricht stattfinden sollte, wenn wir eine Schule für alle Ausländer machen würden. Ich weiß, dass Sie damit eine Provokation gestartet haben. Das wäre aber nicht im Sinne der Integration. Wir haben drei Schulmodelle und die Ausländer, die zu uns kommen und in die Schule gehen müssen, besuchen natürlich auch eine dieser Schulen. Wennschon – wir haben einen Änderungsantrag zum entsprechenden Artikel eingebracht – müsste man eine Obergrenze einziehen, dass Integration auch noch möglich ist, damit wir nicht dorthin kommen, wo beispielsweise Wien oder Berlin ist, wo es Zentren mit hohem Ausländeranteil gibt, wo Schulen fast ausschließlich in der Hand von Ausländern sind, wo keine ursprünglich ansässige Bevölkerung mehr vorhanden ist. Das sind die Dinge, über die man dann selbstverständlich reden muss, aber dieser Beschlussantrag würde sicher nicht der Integration dienen und wäre nicht durchführbar, weil ich mich dann frage, in welcher Sprache in einer Schule für Ausländer, nachdem es mittlerweile 120 Nationen gibt, unterrichtet werden sollte.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Caro collega Seppi, speravo che Lei invece chiedesse, come in Austria, i centri linguistici prima di entrare nelle nostre scuole, perché questo è il problema. Bisognava prima di tutto chiedere che venga rispettata la soglia che non viene rispettata. A Salorno abbiamo il 50% di bambini immigrati, e i centri linguistici invece in Austria funzionano. Lì un bambino immigrato non può entrare subito a scuola, viene mandato nei centri linguistici, dove gli viene insegnata una delle lingue, e poi può entrare nelle classi. È inutile che diciamo che non è vero che rallentano il programma, perché purtroppo è così.

Anche se il colleghi ha fatto una provocazione, l'ha fatto per riportarci sul punto di sapere che ci rallentano le classi. Visto che noi guardiamo sempre all'Austria che è la vostra, anzi nostra patria - ho ricostruito il mio albero genealogico e ho visto che mia nonna era austriaca, quindi posso chiedere anch'io il doppio passaporto nel caso un giorno ci riusciate - guardiamo anche le cose positive che fa l'Austria, che sono queste, insegnare prima la lingua invece che sbattere dentro la scuola questi bambini che non sanno una parola e che rallentano tutto. Sappiamo che il fenomeno è solo nelle scuole italiane, e nelle scuole tedesche vanno i nostri bambini italiani, però non abbiamo risolto il problema.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Sull'ordine dei lavori. Preso atto che la questione ha sollevato l'interesse che doveva sollevare e la provocazione ha colpito nel segno - ho ricevuto anche in questa occasione qualche lezione da qualche professoressa, mi sembra di essere alle elementari, ma ne prendo doverosamente atto - ritiro l'ordine del giorno. Il messaggio è arrivato e mi soddisfa già il fatto che esso sia stato compreso.

**PRÄSIDENTIN:** Der Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 9 ist zurückgezogen.

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 10 vom 15.9.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: Die Zusammenführung von Nicht-EU-Bürgern und ihren Familien bringt unweigerlich Wohnungsprobleme mit sich.**

**Ordine del giorno n. 10 del 15.9.2011, presentato dal consigliere Seppi, concernente: Ricongiungimento fra extracomunitari e relative famiglie con annesso il problema abitativo.**

*Die Zusammenführung von Nicht-EU Bürgern, die sich als Arbeitnehmer auf italienischem Staatsgebiet aufhalten, und ihren Familien ist vom Staatsgesetz vorgesehen und wird vom Art. 29 (Familienzusammenführung) des Legislativdekrets Nr. 286 vom Jahr 1998 (Einheitstext der Bestimmungen über die Zuwanderung und die Situation des Ausländers) geregelt, wo es unter Absatz 3 wörtlich heißt:*

*"3. Es sei denn, es handelt sich um einen Flüchtling, muss der Ausländer, der eine Zusammenführung beantragt, Folgendes nachweisen:*

*a) die Verfügbarkeit einer Wohnung, die den vom Regionalgesetz (in unserem Fall Landesgesetz) für Sozialwohnungen vorgesehenen Mindestvoraussetzungen entspricht; falls einer der beiden Elternteile ein Kind unter 14 Jahren mitbringt, die Zustimmung des Eigentümers der Wohnung, in welcher der Minderjährige tatsächlich wohnen wird;*

b) ein aus legalen Quellen stammendes Einkommen, nicht unter der im Jahr bezogenen Sozialrente, wenn die Zusammenführung eines einzigen Familienangehörigen beantragt wird; zumindest doppelt so hoch wie die jährlich bezogene Sozialrente, wenn die Zusammenführung von zwei oder drei Familienangehörigen beantragt wird; dreimal so hoch wie die jährlich bezogene Sozialrente, wenn die Zusammenführung von vier oder mehr Familienangehörigen beantragt wird. Zwecks Festlegung des Einkommens wird auch das Gesamtjahreseinkommen der mit dem Antragsteller zusammenlebenden Familienangehörigen berücksichtigt."

Aber sehen wir nun, was wirklich geschieht, wenn die vom geltenden Gesetz vorgesehenen Kriterien in die Tat umgesetzt werden:

#### 1. WOHNUNG

a) Kriterium einer "geeigneten Wohnung" für das Land: Die derzeit geltenden vom Landesgesetz vorgesehenen Mindestparameter (Dekret des Landeshauptmannes vom 12. Juli 1999 – 1. Durchführungsverordnung zum Landesgesetz Nr. 13/98 – Wohnbauförderungsgesetz) sehen für eine Familie eine Wohnung mit folgender Nettogröße vor: 38 m<sup>2</sup> für den Antragsteller und eine zweite Person, mit zusätzlich 10 m<sup>2</sup> für jedes weitere Familienmitglied. Vater, Mutter und zwei Kinder: 38 m<sup>2</sup> + 10 m<sup>2</sup> + 10 m<sup>2</sup> = Mindestnettogröße 58 m<sup>2</sup>. Wenn eine so zusammengesetzte Familie in einer kleineren Wohnung lebt, wird dieselbe als "überfüllt" betrachtet, was – im Falle eines an das Institut für geförderten Wohnbau gerichteten Gesuches um eine Sozialwohnung – nach drei Jahren zu einer Erhöhung der Punkteanzahl für die Rangordnung bis zu 4 Punkten berechtigt.

b) Kriterium für eine "geeignete Wohnung" gemäß Legislativdekret Nr. 286/98: Laut den von der Provinz Bozen vorgesehenen Mindestparametern hat ein Familienmitglied bis zu 14 Jahren, dessen Zusammenführung beantragt wird, einen Bonus von 10 m<sup>2</sup>. Wenn also bei besagter Familie für das Land eine Fläche von zumindest 58 m<sup>2</sup> nötig ist, so beträgt laut Legislativdekret Nr. 286 die für die Familienzusammenführung nötige Mindestgröße 48 m<sup>2</sup>, wenn zumindest ein Familienmitglied jünger als 14 Jahre ist (was in 90 % der Fälle zutrifft).

#### EINKOMMEN

a) Erforderliches Mindesteinkommen laut Legislativdekret Nr. 286: Die Mindestsozialrente für die Zusammenführung von einem Familienmitglied beträgt 5.063,50 Euro; bei einer Zusammenführung von Frau und zwei Kindern (drei Familienmitglieder plus Antragsteller) wird die Mindestsozialrente auf das Doppelte, nämlich auf 10.127,00 Euro erhöht. Für die oben als Beispiel angeführte Familie beträgt also das vom Gesetz über die Familienzusammenführung vorgesehene Mindesteinkommen 10.127,00 Euro. Ohne darauf einzugehen, wie vier Personen mit einem solchen Einkommen leben können, erhält unser Nicht-EU-Bürger, mit Ehefrau und zwei Kindern, davon eines oder beide unter 14 Jahren, die ersehnte Zusammenführung.

b) Erforderliches Mindesteinkommen für das Land: Mit einem Einkommen von 10.127,00 Euro und einer vierköpfigen Familie zu Lasten hat jemand, der beim Betrieb für Sozialdienste eine Beihilfe beantragt, Anrecht auf folgende Beiträge: monatlich 74 Euro für die gesamte Familie; die bezahlte Miete bis zu 811,72 Euro sowie die Kondominiumspesen (geschätzt auf 170 Euro) gänzlich zu Lasten des Betriebes. Das Land erachtet die Familie zu Recht als arm, die folglich bereits ab dem ersten Tag nach ihrer Ankunft in unserer Provinz eine Sozialhilfe nötig hat. Beiträge an öffentlichen Geldern von mehr als 1.000 Euro im Monat! Dazu kommen möglicherweise weitere Beiträge gegebenenfalls von der Gemeinde oder von der Region, ganz zu schweigen von der gesundheitlichen Versorgung.

Überlegungen am Rande:

Der in unserem Beispiel beschriebene Nicht-EU-Bürger ist seit zwei Jahren in Bozen ansässig: Als Arbeitnehmer oder Selbständiger verfügt er über ein Einkommen von 10.200,00 Euro, mietet einige Tage vor Beantragung der oben beschriebenen Familienzusammenführung eine 50 m<sup>2</sup> große Wohnung für 800 Euro im Monat (es ist keine Mindestzeit vorgeschrieben, die zwischen der Anmietung der Wohnung und dem Antrag auf Familienzusammenführung vergehen muss); die Quästur genehmigt die Zusammenführung, da sowohl die Wohnung als auch das Einkommen den vom Legislativdekret Nr. 286 festgelegten Kriterien entsprechen. In der Folge wohnt er für drei weitere Jahre mit seiner Familie in der Wohnung, deren Miete, die sich auf weniger als 811,00 Euro beläuft, ebenso wie die gesamten Kondominiumspesen in Form einer Sozialrente vom Betrieb für Sozialdienste übernommen werden, womit er all dies nicht aus seiner Tasche bezahlen muss; zudem erhält er jeden Monat 74 Euro in bar von ebendiesem Betrieb in Form eines Finanzbeitrages unter der Bezeichnung

"soziales Mindesteinkommen". Drei Jahre nach der Zusammenführung verfügt er über die Voraussetzungen, um beim Wohnbauinstitut eine Wohnung zu beantragen: fünfjährige Ansässigkeit, sehr niedriges Einkommen, vier Personen zu Lasten, vier zusätzliche Punkte für die Überfüllung der Wohnung (siehe oben). Und natürlich erhält er die Wohnung, wie den Tabellen der Zuweisungen des Wohnbauinstituts zu entnehmen ist: klarerweise zum Nulltarif und mit der Möglichkeit, vom Betrieb für Sozialdienste trotzdem sowohl die 74 Euro im Monat als auch die Kondominiumspesen einzustreichen.

#### Schlussfolgerung

Die nun zusammengeführte Familie kostet den Steuerzahler jährlich: 9.600 Euro an Miete; 2000 Euro an Kondominiumspesen; 900 Euro in bar für den Beitrag unter der Bezeichnung "soziales Mindesteinkommen", also insgesamt 12.500 Euro. Dazu kommen weitere Beiträge von Region und Gemeinde sowie ein nicht quantifizierbarer, aber erheblicher Betrag für Arztspesen, Krankenhausbetreuung, Kinderhorte usw. ..., die angesichts des Einkommens kostenlos in Anspruch genommen werden können. Sobald unser Nicht-EU-Bürger die Institutswohnung zugewiesen bekommt, sinkt besagter Betrag zwar um 9.600 Euro, die früher für die Miete bezahlt wurden; trotzdem verbleiben 4.000 Euro zu unseren Lasten zuzüglich der rund 270.000 Euro in einmaliger Zahlung, die das Wohnbauinstitut eine Wohnung kostet, welche den Bedürfnissen besagter Familie entspricht! Dann wachsen die Kinder heran und erhalten ihrerseits wieder eine Sozialwohnung usw.

Mit allem Respekt vor jedem Arbeitnehmer und vor jeder Arbeitnehmerfamilie: Wenn jemand behauptet, dass wir die Nicht-EU-Bürger brauchen, um die Zukunft unserer Betriebe zu sichern, glauben wir wirklich, dass die oben aufgeschlüsselten Kosten für einen Arbeitnehmer aus einem Nicht-EU-Staat, der in Betrieben in unserem Land arbeitet, sozial gerecht sind? Und können wir wirklich behaupten, unsere Arbeitnehmer, Rentner, Handwerker und Freiberufler zu respektieren, wenn wir ihnen ohne ihr Wissen über die Steuern das Geld für die Zusammenführung von Nicht-EU-Familien abnehmen, die uns gleich viel kosten wie eine Reise auf den Mond und die unweigerlich zu einer künftigen Verschuldung führen werden?

Die Landesregierung  
wird verpflichtet,

- unverzüglich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Anwendung zweier verschiedener Kriterien (jenes des Landes ohne Bonus und jenes des Staates mit Bonus) für die Fläche einer Wohnung, die einerseits für eine Familie geeignet ist, die um eine Institutswohnung ansucht, und andererseits die Voraussetzungen erfüllt, um eine Familienzusammenführung zwischen Nicht-EU-Bürgern zu beantragen, große Missverständnisse, nicht rechtmäßige Familienzusammenführungen sowie Zuweisungen von Sozialwohnungen aufgrund der zusätzlichen Punkte für die Überfüllung der Wohnung mit sich bringt, was ganz und gar unannehmbar ist;
- sämtliche vergebenen und zu vergebenden Punkte für die Zuweisung von Volkswohnungen an Familien von Nicht-EU-Bürgern erneut zu überprüfen, wobei ein besonderes Augenmerk auf jene Punkte zu legen ist, die für die Überfüllung der Wohnung vergeben wurden; wenn eine Wohnung nämlich eine für eine Familienzusammenführung zulässige Fläche aufweist, so muss die gleiche Überlegung auch für das Wohnbauinstitut gelten;
- sich dessen bewusst zu werden, dass eine Nicht-EU-Familie, nachdem ihr eine Institutswohnung zum Nulltarif zugewiesen wurde, nicht mehr weitere Sozialbeiträge für die Bezahlung der Kondominiumspesen erhalten darf, die gänzlich zu ihren Lasten gehen müssen;
- umgehend eine interne Untersuchung in die Wege zu leiten, da es unglaublich ist, dass seit 1998 (Inkrafttreten des Legislativdekretes Nr. 286) bzw. 1999 (Inkrafttreten der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz) keiner der Verantwortlichen des Landesassessorat für sozialen Wohnungsbau jemals bemerkt hat – nachdem es in der Zwischenzeit zusammengeführten Nicht-EU-Familien Hunderte von Wohnungen zugewiesen hat –, dass die Mindestparameter für die Fläche der Wohnungen nicht entsprechen und ganz offensichtlich zueinander im Widerspruch stehen;
- das Assessorat für sozialen Wohnungsbau dafür verantwortlich zu machen, dass es mit der Quäsur diesbezüglich nicht eng zusammengearbeitet hat.

-----

Il ricongiungimento fra extracomunitari presenti come lavoratori sul territorio nazionale e le relative famiglie è previsto dalla legge nazionale ed è regolamentato dall'art. 29 (ricongiungimento familiare)

del DL n. 286 del 1998 denominato "Testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero" che, al comma 3, cita testualmente:

"3. Salvo che si tratti di rifugiato, lo straniero che richiede il ricongiungimento deve dimostrare la disponibilità:

a) di un alloggio che rientri nei parametri minimi previsti dalla legge regionale (nel nostro caso provinciale) per gli alloggi di edilizia residenziale pubblica, ovvero, nel caso di un figlio di età inferiore agli anni 14 al seguito di uno dei genitori, del consenso del titolare dell'alloggio nel quale il minore effettivamente dimorerà;

b) di un reddito annuo derivante da fonti lecite non inferiore all'importo annuo dell'assegno sociale se si chiede il ricongiungimento di un solo familiare, al doppio dell'importo annuo dell'assegno sociale se si chiede il ricongiungimento di due o tre familiari, al triplo dell'importo annuo dell'assegno sociale se si chiede il ricongiungimento di quattro o più familiari. Ai fini della determinazione del reddito si tiene conto anche del reddito annuo complessivo dei familiari conviventi con il richiedente."

Preso atto di quanto sopra andiamo a verificare ciò che accade nella pratica applicando i requisiti previsti dalla legge in vigore:

#### 1. ALLOGGIO

a) Parametro di "alloggio idoneo" per la Provincia: i parametri minimi attualmente in vigore previsti dalla legge provinciale (decreto del Presidente della Giunta provinciale 12 luglio 1999 – 1° regolamento della legge provinciale n. 13/98 – Ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata) prevedono per una famiglia un appartamento con una superficie netta di: mq. 38 per il richiedente e una seconda persona, con un aumento di mq. 10 per ogni ulteriore membro della famiglia. Padre, madre e due figli:  $\text{mq.}38 + \text{mq.}10 + \text{mq.}10 = \text{superficie netta minima mq.} 58$ . Va specificato che se una famiglia così composta vive in un alloggio di superficie inferiore si considera "lo stato di sovraffollamento" che consente di ottenere, nel caso di domanda di un alloggio sociale all'IPES, una maggiorazione di punteggio per la graduatoria fino a 4 punti, trascorsi tre anni dallo stato di insufficiente capienza.

b) Parametro di "alloggio idoneo" per il DL n. 286/98: fatti propri i parametri minimi previsti dalla Provincia di Bolzano, se un membro della famiglia di cui si chiede il ricongiungimento ha un'età inferiore ad anni 14 vi è un bonus di mq. 10. Se quindi nella famiglia presa ad esempio, per la Provincia sono necessari mq. 58 di superficie minima, per il DL n. 286, nel caso che almeno un membro (ipotesi riscontrabile nel 90% dei casi) sia minore di anni 14 la superficie ritenuta minima per il ricongiungimento familiare è di mq. 48.

#### 2. REDDITO

a) "Reddito idoneo" minimo per il DL 286: l'assegno sociale minimo per il ricongiungimento con un membro della famiglia è pari a Euro 5.063,50 totale; nel caso di ricongiungimento con moglie e due figli (tre membri oltre al richiedente) l'assegno sociale minimo richiesto raddoppia in Euro 10.127,00. Continuando con l'esempio di famiglia sopra esposto il reddito minimo previsto dalla legge per il ricongiungimento è appunto di Euro 10.127,00 senza entrare nel merito di come sia possibile vivere in quattro con un reddito tale, il nostro extracomunitario richiedente, sposato con moglie e due figli di cui uno o entrambe minori di anni 14, ottiene l'agognato ricongiungimento.

b) "Reddito idoneo" minimo per la Provincia: con un reddito di Euro 10.127,00 e una famiglia di quattro persone a carico si ha diritto, richiedendo un aiuto economico alla Azienda Servizi Sociali, ai seguenti contributi: Euro 74 totali mensili per tutto il nucleo familiare; l'affitto pagato fino a un massimo di Euro 811,72 e le spese condominiali (ipotizzate in Euro 170) totalmente a carico dell'azienda. La Provincia, come è ovvio che sia, considera la famiglia povera e quindi con necessità di aiuti sociali già dal primo giorno del suo arrivo in Provincia. Contributi in denaro pubblico ammontanti a oltre 1.000 Euro al mese! A cui se ne aggiungono potenzialmente altri di diversa natura eventualmente elargiti dal Comune e dalla Regione, senza contare l'assistenza sanitaria.

Considerazioni a margine:

l'extracomunitario configurato nel nostro esempio è residente a Bolzano da due anni: ha un reddito di Euro 10.200,00 come lavoratore dipendente o autonomo, prende in affitto un alloggio di mq. 50 a Euro 800 mensili alcuni giorni prima di chiedere il ricongiungimento con la famiglia sopra descritta (non vi è prescrizione di tempi minimi dall'ottenimento dell'alloggio in affitto alla domanda di ricongiungimento), ottiene il ricongiungimento dalla Questura perché sia l'appartamento che il reddito è nei parametri del DL 286. In seguito continua ad abitare con la famiglia per altri tre anni nell'appar-

tamento il cui affitto, che è inferiore ad Euro 811.00, assieme al 100% delle spese di condominio viene corrisposto sotto forma di contributo sociale dall'Azienda Servizi Sociali e quindi non grava minimamente sulle sue spalle e si reca ogni mese a incassare altri 74 Euro in contanti dalla stessa Azienda sotto forma di aiuto economico denominato "reddito minimo di inserimento". Passati tre anni dal ricongiungimento ha le carte in regola per richiedere un alloggio all'IPES: cinque anni di residenza, reddito bassissimo, quattro persone a carico, quattro punti in più per il sovraffollamento (vedi sopra). E lo ottiene senza ombra di dubbio come i tabulati delle assegnazioni IPES stanno a dimostrare: evidentemente ad affitto zero e con la possibilità di incassare comunque sia i 74 Euro mensili che le spese di condominio dall'Azienda Servizi Sociali.

*Sommatoria finale*

*La famiglia così ricongiunta costa ogni anno al cittadino contribuente: Euro 9.600 di affitto; Euro 2.000 di spese condominiali; Euro 900 di contributo denominato "reddito minimo di inserimento" in contanti. Totale Euro 12.500 a cui si aggiungono altri contributi regionali e comunali e un non quantificabile, ma davvero consistente, importo per le spese medico sanitarie, assistenza ospedaliera, asili nido gratuiti, ecc... ottenute, visto il reddito, a titolo assolutamente gratuito. Quando poi otterrà l'alloggio IPES i costi si abbasseranno di Euro 9.600 corrisposti per l'affitto; ne rimarranno comunque a nostro carico 4.000 a cui si aggiungono i circa 270.000 Euro corrisposti in un'unica soluzione che è il costo per l'IPES di un alloggio che soddisfi le esigenze di quella famiglia! Poi i figli crescono e, a loro volta, riceveranno un altro alloggio sociale ...*

*Con tutto il rispetto nei confronti di ogni lavoratore e di ogni famiglia di lavoratori, se qualcuno afferma che abbiamo bisogno di extracomunitari per garantire il futuro delle nostre aziende, possiamo ritenere che i costi sopra esposti per un lavoratore extracomunitario che opera in aziende provinciali siano socialmente equi? ... e possiamo davvero considerare di avere rispetto per i nostri lavoratori, pensionati, artigiani e liberi professionisti se li estorciamo, nella loro totale inconsapevolezza, con le tasse, i quattrini per il ricongiungimento delle famiglie extracomunitarie che ci costano quanto un viaggio sulla luna e ipotecano un futuro di debiti?*

*Si impegna*

*la Giunta provinciale*

- a prendere immediatamente atto che l'applicazione di due diversi parametri (quello provinciale senza bonus, quello nazionale con bonus) per la definizione della superficie di un alloggio idoneo per una famiglia di richiedenti un appartamento all'IPES e per la richiesta di ricongiungimento fra extracomunitari sta causando fraintendimenti enormi, ricongiungimenti non legittimi, assegnazione di case sociali dove i richiedenti godessero del punteggio del sovraffollamento, non accettabili;
- a verificare tutti i punteggi assegnati e in via di assegnazione per l'assegnazione di alloggi popolari a famiglie di extracomunitari con particolare riferimento a quelli ottenuti per il sovraffollamento in quanto se l'alloggio oggetto del ricongiungimento aveva una superficie adeguata per quel nucleo familiare la stessa considerazione deve valere per l'IPES;
- a prendere coscienza che ottenuta l'assegnazione di un alloggio IPES la famiglia extracomunitaria alloggiata ad affitto zero non possa più ottenere altri contributi sociali per il pagamento delle spese di condominio che devono rimanere a loro carico;
- ad aprire immediatamente una verifica interna – perché è inaudito che dal 1998 (entrata in vigore del DL n. 286) e dal 1999 (entrata in vigore del Regolamento provinciale della legge sull'edilizia sociale) – nessuno dei responsabili dell'assessorato all'edilizia sociale provinciale si sia mai accorto – dopo avere nel frattempo assegnato centinaia di alloggi a famiglie ricongiunte di extracomunitari – che i parametri minimi delle superfici degli alloggi non corrispondono e risultano in palese contrasto;
- a porre l'assessorato all'edilizia sociale dinnanzi alle sue responsabilità per non avere mantenuto ed elaborato una stretta collaborazione con la Questura su questo tema.

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Mauro Minniti**

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Seppi per l'illustrazione dell'ordine del giorno.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** L'assessore Bizzo dice che con questa legge un ragionamento di questa portata non ci azzecca. Io posso anche dire che non ci azzecca, perché questo problema non è

stato inserito nel disegno di legge, però preso atto della disponibilità di riverificarlo in separata sede e preso altresì atto che i dati riferiti dal punto di vista umanitario, come qui segnalati, potrebbero variare di qualche decina di euro perché comunque sono dati riferiti al 2008, il senso non cambia, non cambiano i sistemi né i concetti.

Il problema esiste anche all'interno di questo disegno di legge, senza entrare nel dettaglio che poi andremo a verificare anche con l'assessore Tommasini per quanto riguarda le case Ipes, il problema è che esiste ancora il problema di ciò che va a considerarsi con il ragionamento del ricongiungimento. Ora facciamo una legge sull'immigrazione. Io penso che il ricongiungimento sia un problema affrontato dalla legge sull'immigrazione, quindi io di ricongiungimento voglio parlare, perché il diritto al ricongiungimento è un diritto a cui si accede avendo dei requisiti. Il primo requisito che la legge nazionale qui citata indica è quello *"di avere un alloggio che rientri nei parametri minimi previsti dalla legge regionale"* - e qui inizia il casino - *per gli alloggi di edilizia residenziale pubblica, ovvero, nel caso di un figlio di età inferiore agli anni 14 al seguito di uno dei genitori, di avere il consenso del titolare dell'alloggio nel quale il minore effettivamente dimorerà*". Quindi per questo extracomunitario che chiede il ricongiungimento con la moglie e i figli dobbiamo avere un alloggio idoneo. Cosa vuol dire idoneo? Vuol dire che deve avere dei requisiti minimi di metratura calpestabile, e qui entriamo in altre problematiche, perché ciò che è idoneo per la legge provinciale non risulta idoneo per lo Stato. Il parametro di "alloggio idoneo" per la Provincia risulterebbe essere di 38 m<sup>2</sup> per il richiedente, più 10 m<sup>2</sup> per ogni ulteriore membro della famiglia. Esempio, padre, madre e due figli: mq.38 + mq.10 + mq.10 = superficie netta minima mq. 58. Va specificato che se una famiglia così composta vive in un alloggio di superficie inferiore, si considera "lo stato di sovraffollamento" che consente di ottenere, nel caso di domanda di un alloggio sociale all'IPES, una maggiorazione di punteggio per la graduatoria fino a 4 punti, trascorsi tre anni dallo stato di insufficiente capienza. La Provincia mi dice che se io vivo in un appartamento inferiore ai 58 m<sup>2</sup> con moglie e due figli non ci posso stare. Invece la legge n. 286/98 fa propri i parametri previsti dalla Provincia e dice: Se un membro della famiglia di cui si chiede il ricongiungimento ha un'età inferiore ad anni 14, vi è un bonus di mq. 10. Se quindi per la famiglia presa ad esempio per la Provincia sono necessari mq. 58 di superficie minima, per il DL n. 286, nel caso che almeno un membro (ipotesi riscontrabile nel 90% dei casi) sia minore di anni 14, la superficie ritenuta minima per il ricongiungimento familiare è di mq. 48. Allora succede che quella persona con 48 mq di superficie netta dice che può ottenere il ricongiungimento e lo chiede sulla base della disposizione nazionale. Ottenuto questo, vive in un appartamento sovraffollato, perché la Provincia dice che deve averne almeno 58 di mq. Allora succede che tre anni dopo che vive in questo appartamento sovraffollato fa domanda all'Ipes e ottiene 4 punti in più per il sovraffollamento. Ma il sovraffollamento non si è verificato dopo che ha chiesto il ricongiungimento, si è verificato ancora prima, cioè è stata autorizzata una situazione che non doveva essere autorizzata, perché la legge nazionale non corrisponde alla legge provinciale.

Questa questione si sta trascinando da qualche anno e non c'è verso di far capire alla Provincia che siccome è più facile far capire alla Provincia di cambiare la legge locale piuttosto che far capire allo Stato di cambiare quella nazionale, anche perché la scala gerarchica ciò prevederebbe, sarebbe ora di verificare queste situazioni. Non è possibile che ottenuto il ricongiungimento questa persona si trovi già in "stato di sovraffollamento" senza che la sua famiglia sia aumentata!

Lo stesso poi succede con la questione del reddito. Per ottenere il ricongiungimento deve avere anche qualche euro, quindi di regola lo Stato dice che per il ricongiungimento con un membro della famiglia il reddito deve essere pari a euro 5.063,50 totale. Forse l'importo è di 2-300 euro più basso, perché la cifra da me indicata è riferita ad un paio di anni fa, comunque non cambia il senso. Nel caso di ricongiungimento con moglie e due figli (tre membri oltre al richiedente) l'assegno sociale minimo richiesto raddoppia in euro 10.127,00. Continuando con l'esempio di famiglia sopra esposto il reddito minimo previsto dalla legge per il ricongiungimento è appunto di euro 10.127,00. Poi qualcuno mi deve spiegare come fa a vivere con 10.127 euro una famiglia di quattro persone in Alto Adige! Succede che il nostro extracomunitario chiede il ricongiungimento, ha 10 mila euro di entrate e va bene. A questo punto però si scontra con un'altra realtà. Giustamente la Provincia di Bolzano, che è più avveduta, dice: no, il reddito idoneo per la Provincia non può essere di 10.127 euro con 4 persone. Di conseguenza questo signore che ha ottenuto il ricongiungimento con un reddito di 10 mila euro, ottiene dall'Azienda Servizi Sociali euro 74 mensili per tutto il nucleo familiare; l'affitto pagato fino a un massimo di euro 811,72 mensili e le spese condominiali (ipotizzate in euro 170) totalmente a carico dell'azienda. Poi a questo punto andrà a chiedere altri soldi in giro, non si è mai capito bene. L'assessore Bizzo mi dice giustamente che è da verificare in separata sede, e lo verificheremo. Però mi auguro che ci sia la possibilità di fare in modo che i parametri previsti per la Provincia di Bolzano per il requisito del reddito, così come quelli per la grandezza dell'alloggio, siano unificate alle richieste dello Stato e che soprattutto siano congrui, perché in 48 mq non si può vivere in quattro, e ancora di più non si può vivere in quattro con 10 mila euro! È inutile dire che per fare un ricongiungimento ci vuole un reddito minimo, per-

ché il reddito minimo che prevede la legge non ti consente di vivere neanche da solo, non in quattro. Ci sono dei parametri stretti, ma 10 mila euro non sono i costi di una famiglia di 4 persone.

C'è tutto da rivedere, e siccome in questo la Provincia può legiferare, può stabilire qual è il minimo di un appartamento, perché l'abitabilità di un appartamento non si misura in termini nazionali, ma di legge Ipes. Quanto può essere congruo un reddito per mantenere una famiglia? Noi abbiamo dei parametri diversi da quelli nazionali, perché il minimo vitale in Alto Adige è un po' più alto che nel resto d'Italia. Andiamo a rivedere queste cose, altrimenti ci scontriamo con due realtà diverse. Abbiamo diritto per la legge nazionale e non ce l'abbiamo per la Provincia, quindi arriva qua uno che ha diritto e bisogna ancora mantenerlo, perché diritto non ce l'ha. Obiettivamente ritengo che questa tematica è degna di attenzione, magari la dividerò in due situazioni diverse, per andare a verificarla in un secondo tempo.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei):** I parametri che sono stati riportati sono quelli che noi normalmente applichiamo. Trattandosi di una serie di considerazioni anche tecniche, alle quali qui si fa riferimento, il consigliere ha detto che non ritiene idonei i 48 mq per una famiglia di 4 persone. Non ritiene idonei i parametri previsti dalla legge nazionale, non quelli della Provincia, che noi riteniamo invece idonei.

Si tratta di una questione che non rientra nell'impianto specifico della legge che è una legge più di quadro. Mi impegno ad approfondire questa questione anche con il consigliere Seppi in sede di edilizia abitativa, ma invito il consigliere a ritirare questo ordine del giorno. Mi impegno ad entrare anche nella questione dei criteri, altrimenti così non è chiarissima, e chiedo di bocciare l'ordine del giorno.

**PRESIDENTE:** Vuole ritirare l'ordine del giorno? Deve dire sì o no.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Lei non mi deve suggerire quello che devo dire.

**PRESIDENTE:** Non c'è la replica.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Io non sto replicando, se lo facessi mi potrebbe dire di non farlo, ma Lei non può anticipare ciò che devo dire e devo fare.

Assessore, prendo atto della Sua richiesta, ma non perché l'ordine del giorno non sia preciso, e ne prendo atto anche perché Lei fa un'affermazione che non corrisponde a ciò che io ho detto. Io non dico che i 48 mq siano pochi o tanti, io dico solamente che la normativa provinciale deve essere uguale a quella nazionale. Non sta a me stabilire di quanto deve essere la superficie minima, ma deve essere uguale, altrimenti ci troviamo in situazioni strane ...

**PRESIDENTE:** Consigliere, non c'è replica.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Ho capito. Siccome Lei non vuole assolutamente approfondire la questione, sono d'accordo a ritirare l'ordine del giorno, però Lei prenda atto del documento, faccia finta che sia un'interrogazione e mi dia una risposta. La ringrazio sentitamente per la Sua gentilezza.

**PRESIDENTE:** L'ordine del giorno n. 10 è ritirato.

**Ordine del giorno n. 11 del 15.9.2011, presentato dal consigliere Seppi, riguardante: L'Ipes sta sostituendosi ai datori di lavoro per dare alloggio agli extracomunitari: situazione sociale inaccettabile.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 11 vom 15.9.2011, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend: Anstatt des Arbeitgebers stellt das Institut für sozialen Wohnbau Nicht-EU-Bürgern Wohnungen zur Verfügung: Eine unannehmbare Situation.**

*Continua sul territorio provinciale ad aumentare la richiesta di alloggi sociali da parte di famiglie di lavoratori, giovani coppie, pensionati ai quali si aggiungono a pieno titolo, al già lungo elenco di richiedenti, un numero crescente di separati, tutori dell'ordine in servizio, guardie carcerarie ecc. e l'Ipes "contribuisce" involontariamente a non risolvere il problema assegnando gli alloggi e le case albergo disponibili, circa 600 posti fra Bolzano ed altri centri della Provincia, ad extracomunitari a cui l'obbligo*

di garantire alloggio confacente alle Loro esigenze dovrebbe essere ad esclusivo carico del datore di lavoro. In pratica, l'assessorato all' edilizia sociale, in mancanza di circa 1.500 appartamenti da assegnare a residenti risolve il problema agli extracomunitari, anche quando la competenza e l'onere sono del datore di lavoro, lasciando in assenza di alloggi migliaia di cittadini alto atesini verso i quali andrebbe concentrata l'attenzione e possibilmente la soluzione del problema casa. Ora, alla inaccettabilità creata dalla disparità di trattamento fra cittadini italiani qui immigrati per lavoro, che non hanno diritto a vedersi risolto il problema casa dai datori di lavoro, e gli extracomunitari che godono invece della inequivocabile prerogativa di ottenere alloggio garantito da chi fornisce Loro occupazione, si aggiunge ora il comportamento dell'Ipes che, "quel poco che ha" lo concede a chi dovrebbe vederselo garantito da altri!

Ecco spiegate e documentate in sintesi le ragioni di quanto sopra:

Il datore di lavoro e il lavoratore extracomunitario presentano all'Ufficio del lavoro della Provincia, in Italia sportello unico per l'immigrazione, la domanda per il contratto di soggiorno relativo al lavoratore extracomunitario. Detta richiesta deve poi essere sottoposta alla verifica e alla firma della Questura. Nel formulario da presentare deve essere evidenziato e sottoscritto:

- datore di lavoro con dati personali e della ditta, iscrizione alla camera di commercio, ecc.
- lavoratore extracomunitario: dati anagrafici, paese di provenienza, mansioni professionali, attività svolta, paga percepita ecc.
- la dichiarazione del datore di lavoro per "la sussistenza della sistemazione alloggiativa" del lavoratore che deve essere specificata sia nel comune, via e numero civico sia nella forma giuridica e quindi, se è in locazione, con relativa dichiarazione del canone, e a carico di chi lo stesso grava.

Le ragioni di questa documentazione che deve essere presentata sia per il primo impiego dell'extracomunitario, e quindi valida anche per la concessione del permesso di soggiorno, sia per eventuali altri datori di lavoro che seguono al primo, per l'ottenimento della proroga o del rinnovo del permesso di soggiorno stesso, costituiscono il pieno adempimento al Decreto Legislativo 25 luglio 98 n. 286, denominato "Testo unico delle disposizioni concernenti la disciplina dell'immigrazione e norme sulla condizione dello straniero" che all'art. Art. 22 (Lavoro subordinato a tempo determinato e indeterminato) al comma 2 testualmente cita:

"Contestualmente alla domanda di autorizzazione al lavoro, il datore di lavoro deve esibire idonea documentazione indicante le modalità della sistemazione alloggiativa per il lavoratore straniero." Il comma 1 dell'articolo 23 (Prestazione di garanzia per l'accesso al lavoro) testualmente cita:" 1. Il cittadino italiano o straniero regolarmente soggiornante, che intenda farsi garante dell'ingresso di uno straniero, per consentirgli l'inserimento nel mercato del lavoro, deve presentare entro 60 giorni dalla pubblicazione dei decreti di cui all'articolo 3, comma 4, apposita richiesta nominativa, alla questura della provincia di residenza, la cui autorizzazione all'ingresso costituisce titolo per il rilascio del visto di ingresso. Il richiedente deve dimostrare di potere effettivamente assicurare allo straniero alloggio, copertura dei costi per il sostentamento e assistenza sanitaria per la durata del permesso di soggiorno. L'autorizzazione all'ingresso ...."

Esistono quindi ragioni fondate per ritenere che i circa 600 alloggi e/o posti letto, realizzati sul territorio provinciale a spese dell' edilizia sociale ed organizzati come "case albergo" gestite dall'IPES in cui vengono alloggiati quasi esclusivamente extracomunitari che devono essere in possesso, per accedervi, di un contratto di lavoro, possano costituire una presunta illegittima concessione, realizzata con soldi pubblici, di una risorsa abitativa non dovuta in quanto obbligatoriamente va garantita dal datore di lavoro. Evidentemente il datore di lavoro, sia esso il primo o i seguenti non risponde nella grande percentuale di casi a questo fondamentale obbligo sancito dal decreto sopra citato. Non è però obiettivamente comprensibile l'atteggiamento dell'IPES che, a nostro avviso, avrebbe l'obbligo di pretendere che la soluzione al problema venga corrisposta dal datore di lavoro, così come previsto dalla Legge, e non sopperire con immobili pubblici alle mancanze altrui e, nel caso specifico, dalla presunta inosservanza delle norme da parte del datore di lavoro.

Si impegna

la Giunta provinciale

- a verificare le ragioni per cui gli oltre 500 lavoratori extracomunitari attualmente alloggiati nelle strutture dell'IPES in cui per accedervi è obbligatorio esibire un contratto di lavoro in essere, non siano invece alloggiati a carico dei datori di lavoro, così come previsto dalle leggi in vigore;

- a prendere definitivamente atto che l'Ipes non può e non deve fornire alloggio a chi se lo deve vedere garantito, per contratto, dal datore di lavoro e quindi a pretendere, tramite l'ufficio del lavoro ed altri organismi istituzionali preposti, che l'alloggio agli extracomunitari venga assegnato dal datore di lavoro. In caso contrario, venendo a mancare una fondamentale prerogativa prevista dalla legge per la concessione del permesso di soggiorno si richieda alla Questura che lo stesso venga revocato;
- a consentire l'accesso alle case albergo solo a cittadini italiani e comunitari con regolare contratto di lavoro verso i quali non esiste l'obbligo per il datore di lavoro di fornire alloggio e quindi, in questo caso sì, il problema è davvero di carattere sociale.

-----

Im Gebiet der Provinz steigt die Nachfrage nach Sozialwohnungen seitens der Arbeiterfamilien, junger Paare und Rentner. Zu der schon langen Liste der Antragsteller kommen immer mehr Getrennte, Angehörige der Sicherheitskräfte, Gefängnisaufseher usw. hinzu. Nun, ohne es zu beabsichtigen, erschwert das Institut für sozialen Wohnbau die Lösung dieses Problems, indem es die verfügbaren Wohnungen und Wohnheime – insgesamt ca. 600 Plätze in Bozen und anderen Orten des Landes – an Nicht-EU-Bürger vergibt, für die ausschließlich der Arbeitgeber eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung bereitstellen müsste. In Ermangelung von ca. 1.500 Wohnungen, die den hier Wohnhaften zugewiesen werden sollten, löst das Assessorat für sozialen Wohnbau das Problem für die Nicht-EU-Bürger, auch dann, wenn dies der Arbeitgeber auf eigene Kosten gewährleisten sollte. Dabei werden Tausende Südtiroler Bürger ohne Wohnung im Stich gelassen, auf deren Wohnungsprobleme man sich eigentlich konzentrieren und sie nach Möglichkeiten lösen müsste. Man bedenke, dass italienische Staatsbürger, die aus Arbeitsgründen hierher ziehen, kein Anrecht darauf haben, dass der Arbeitgeber für sie das Wohnungsproblem löst; die Nicht-EU-Bürger hingegen schon, also werden sie offensichtlich bevorzugt. Es gibt demzufolge eine unannehmbare Ungleichheit in der Behandlung der italienischen Bürger gegenüber den Nicht-EU-Bürgern. Hinzu kommt nun auch die Vorgehensweise des Wohnbauinstituts, das ihre ohnehin schon spärlichen Wohnungen an jene vergibt, für die eigentlich andere sorgen sollten!

Diese Situation ergibt sich aus den Gründen, die im Folgenden kurz dargelegt sind:

Der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus einem Nicht-EU-Land müssen beim Einheitsschalter für Einwanderungsbelange im Landesamt für Arbeit das Gesuch für einen Wohnvertrag vorlegen. Dieses Gesuch muss dann von der Quästur überprüft und genehmigt werden. Auf dem vorzulegenden Vordruck müssen folgende Angaben gemacht werden:

- Personalien des Arbeitgebers und Daten des Betriebs, Eintragung bei der Handelskammer, usw.
- Arbeitnehmer aus einem Nicht-EU-Land: meldeamtliche Daten, Herkunftsland, Beruf, verrichtete Tätigkeit, Arbeitslohn usw.
- Erklärung des Arbeitgebers über das Vorhandensein einer Unterkunft für den Arbeitnehmer; anzugeben sind Gemeinde, Straße und Hausnummer, Art des Wohnvertrages und, wenn es sich um eine Miete handelt, Höhe der Miete und Angabe der Person, die die Miete bezahlt.

Diese Unterlagen sind für die Erstanstellung eines Nicht-EU-Bürgers vorzulegen; sie gelten dann auch für die Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung und für allfällige weitere Arbeitgeber, damit der Arbeitnehmer um Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung ansuchen kann. Die Vorlage der genannten Unterlagen erfolgt ganz in Anwendung des Legislativdekrets vom 25. Juli 1998, Nr. 286, (Einheitstext der Bestimmungen über die Zuwanderung und die Situation des Ausländers), wo es unter Artikel 22 (Befristete und unbefristete nichtselbständige Arbeit) Absatz 2 folgendermaßen lautet:

"Gleichzeitig mit dem Ansuchen um Arbeitsgenehmigung muss der Arbeitgeber Unterlagen vorlegen, die das Vorhandensein einer geeigneten Unterkunft für den ausländischen Arbeitnehmer und die entsprechenden Bedingungen belegen." Artikel 23 Absatz 1 (Verpflichtungserklärung für den Zugang zur Arbeit) besagt: "1. Der italienische oder ausländische Staatsbürger mit regulärer Aufenthaltsgenehmigung, der für die Einreise eines Ausländers bürgen möchte, damit dieser Zugang zum Arbeitsmarkt erhält, muss innerhalb 60 Tagen ab Veröffentlichung der in Artikel 3 Absatz 4 genannten Dekrete einen entsprechenden namentlichen Antrag an die Quästur der Provinz, in welcher er ansässig ist, stellen; die Einreisebewilligung ist gültiger Rechtstitel für die Ausstellung des Visums. Der Antragsteller muss vorweisen können, dem Ausländer für die Dauer der Aufenthaltsgenehmigung

*tatsächlich eine Unterkunft bieten sowie die Kosten des Aufenthalts und der Gesundheitsbetreuung decken zu können. Die Einreisebewilligung ..."*

*Im Gebiet der Provinz Bozen gibt es ca. 600 Unterkünfte bzw. Betten, die aus Ressourcen des Sozialwohnbaus finanziert und vom Wohnbauinstitut als Wohnheime geführt werden: Sie beherbergen fast ausschließlich Nicht-EU-Bürger, die über einen Arbeitsvertrag Zugang zum Wohnheim erhalten. Es gibt also gute Gründe für die Annahme, dass diese Unterkünfte eine unrechtmäßige Zuweisung nicht zustehender Wohnplätze darstellen, da sie der Arbeitgeber obligatorisch zur Verfügung stellen müsste. Offensichtlich erfüllen der erste bzw. die späteren Arbeitgeber diese – vom zitierten Legislativdekret festgelegte – grundlegende Pflicht in den meisten Fällen nicht. Sachlich unverständlich ist aber die Vorgehensweise des Instituts für sozialen Wohnbau, das unserer Meinung nach die Pflicht hätte, vom Arbeitgeber eine Lösung dieses Problems im Sinne des Gesetzes zu fordern, anstatt die mutmaßliche Nichtbeachtung der Bestimmungen seitens des Arbeitgebers durch die Zur-Verfügung-Stellung öffentlicher Immobilien auszugleichen.*

*Die Landesregierung  
wird verpflichtet,*

- Die Gründe zu überprüfen, auch welchen die über 500 Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern, die zurzeit in Wohnheimen des Wohnbauinstituts beherbergt sind, die nur von Personen mit einem gültigen Arbeitsvertrag bezogen werden dürfen, nicht – wie von den geltenden Gesetzesbestimmungen vorgesehen – auf Kosten der Arbeitgeber Unterkunft gefunden haben;*
- endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass das Wohnbauinstitut keine Unterkunft für Personen bereitstellen kann und muss, denen eine solche laut Vertrag vom Arbeitgeber garantiert werden muss, und daher über das Arbeitsamt und andere institutionelle Stellen zu fordern, dass für die Unterkunft der Nicht-EU-Bürger der Arbeitgeber zu sorgen hat. Anderenfalls fehlt eine grundlegende gesetzliche Voraussetzung für die Ausstellung der Aufenthaltsgenehmigung, weswegen sie durch die Quästur widerrufen werden muss;*
- nur italienischen und EU-Bürgern mit einem regulären Arbeitsvertrag den Zugang zu den Wohnheimen zu gewähren, da der Arbeitgeber nicht verpflichtet ist, diesen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, weshalb es sich in diesem Fall wirklich um ein soziales Problem handelt.*

La parola al consigliere Seppi per l'illustrazione dell'ordine del giorno.

**SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** E' un problema risaputo che va assolutamente risolto, perché nessuno, penso, avrebbe intenzione di non fare case-albergo, di non dare alloggi agli extracomunitari lavoratori presenti sul territorio dal momento in cui ce ne fosse disponibilità sufficiente per tutta la popolazione e anche per gli altri lavoratori. Su questo tema siamo addirittura arrivati al punto, e qui diventa la nota dolente, che un lavoratore extracomunitario ha più diritto di un lavoratore comunitario. Non è previsto infatti dalla legge che se io assumo un lavoratore comunitario all'interno di un'azienda devo dargli un alloggio, non è previsto che glielo devo dare se il lavoratore è italiano. Come abbiamo visto adesso all'Iveco sono venuti dei lavoratori dalla Campania, i quali non hanno diritto di pretendere un alloggio da parte dell'Iveco. Qui c'è già la discriminazione che va sottolineata. Al lavoratore nazionale o comunitario non deve essere garantito l'alloggio, al lavoratore extracomunitario sì, e questa è una discriminazione vera e propria, e sarà la prima denuncia che faremo a quella consulta che voi avete deciso di fare.

Ma al di là di questa provocazione, che comunque è un dato di fatto, esiste un'altra situazione strana. La Provincia non si muove nei confronti di quei datori di lavoro che non forniscono l'alloggio, benché esso sia obbligatorio secondo le normative di legge che non consentono nemmeno la concessione del permesso di soggiorno nel caso in cui il datore di lavoro non desse alloggio al lavoratore extracomunitario presente sul territorio. Nella domanda a cui si deve sottoporre un extracomunitario per avere un permesso di soggiorno quando questo è relativo al lavoro, che può essere anche per studio e altre cose, per avere una dichiarazione da parte del datore di lavoro per la sussistenza della sistemazione alloggiativa, così si chiama, che deve essere specificata sia nel comune, via e numero civico, sia nella forma giuridica, cioè se è in locazione con relativa dichiarazione del canone e a carico di chi è lo stesso, non basta dire dove abito e che ho un alloggio in affitto, si vuole sapere chi paga l'affitto e a quanto ammonta. La legge è chiara, il problema è che non la rispetta nessuno. Questo è gravissimo. Ecco dove subentra lo schiavismo di alcuni datori di lavoro che magari facendo le carte in questi termini per avere il permesso di soggiorno che garantisca al proprio dipendente extracomunitario la possibilità di lavorare, dopo sei

mesi lo sfrattano, lo tolgono da quell'appartamento, magari sono già d'accordo prima e chi si è visto si è visto. E poi andiamo a chiedere la casa-albergo. È no, signori! Così non vanno le cose, perché la dignità del lavoratore extracomunitario, e lo dico con piena coscienza, deve essere rispettata fino in fondo. Se un datore di lavoro dichiara di assumerlo e di dargli alloggio, questo impegno deve essere rispettato fino alla fine del contratto di lavoro, perché così prevede la legge. È una truffa poi ai danni dell'ente pubblico, perché nel momento stesso in cui io non rispondo a dare l'alloggio all'extracomunitario e lo stesso lo ottiene dall'Ipes in una casa-albergo, significa che c'è qualcosa che non funziona, perché non posso dargli alloggio alla casa-albergo nel momento in cui questo alloggio deve essere dato dal datore di lavoro. Perché l'Ipes deve svolgere un ruolo che non è il suo? Che pensi a dare alloggio agli extracomunitari che hanno famiglia se ne hanno diritto, ma non una casa-albergo a chi dovrebbe avere quell'albergo pagato da qualcun altro che è il datore di lavoro!

Su questo penso di avere un minimo di avvallo anche da tutti coloro che hanno un minimo di buon senso, perché non ho scritto io la legge, ma nessuno o pochi la stanno rispettando. Allora perché noi dobbiamo pensare con i soldi del contribuente di andare a risolvere non dico i problemi di quel povero cristo che è qua per lavorare, ma i problemi del suo datore di lavoro che forse povero cristo non è, che ha l'obbligo di fornire determinate condizioni di vita al proprio dipendente e che non lo fa, altrimenti non ci sarebbe bisogno della casa-albergo? Qui il problema diventa serio, potrebbe esserci addirittura una denuncia dalla Corte dei Conti su tutte le concessioni che sono state fatte a persone che non avevano diritto di avere questa casa-albergo. Qui c'è la possibilità di fare un'azione legale nei confronti di tutte quelle concessioni che non avevano ragione di essere nemmeno poste in visione, e sono invece state fatte lo stesso. Io penso ci sia molto materiale su cui riflettere in questa direzione e segnalare il punto n. 1. Perché se arriva un lavoratore da Innsbruck o da Napoli questo deve pagarsi l'appartamento o comunque non ha diritto all'alloggio da parte del datore di lavoro, se è extracomunitario ce l'ha invece questo diritto? La discriminazione esiste nei confronti del cittadino extracomunitario. Il fatto che io voglio sapere dove abita è legato solo a questioni di pubblica sicurezza? No, non è vero, perché tu mi puoi dire dove abiti ma non te ne fai carico, invece la legge è chiara. Tu ti devi fare carico per la sussistenza alloggiativa del lavoratore che deve essere specificata sia nel comune e numero civico, sia nella forma giuridico, quindi se è in locazione, con relativa dichiarazione del canone e indicazione a carico di chi lo stesso grava, perché è il datore di lavoro che deve farsi carico di questo canone nel momento in cui l'extracomunitario non dovesse pagare. È una problematica seria che ci mette nelle condizioni. Se qualcuno volesse darmi una mano - se fossi a Trento avrei due segretari, qua invece non ne ho neanche uno, cerco comunque di fare il possibile - presenterò un'interrogazione relativa agli ultimi cinque anni chiedendo a chi sono state assegnate le case-albergo, sulla base del perché sono state assegnate, visto che il requisito fondamentale per avere la casa-albergo è quella di dimostrare che si ha un lavoro. Ma se ha un lavoro, perché l'alloggio non glielo dà il datore di lavoro? Perché l'Ipes accetta e diventa connivente del non rispetto della legge, anzi addirittura nel contravvenire alla legge in vigore? Questo è un problema serissimo che ci pone nelle condizioni anche di poter ipotizzare delle connivenze fra il datore di lavoro e l'Ipes stessa che adempie ad un ruolo che non è il suo e compie con questo atto discriminatorio nei confronti di altri cittadini che provengono da Innsbruck, da Napoli, da Trento, che potrebbero tranquillamente andare in una casa-alloggio e pagare l'affitto.

**PICHLER ROLLE (SVP):** (*unterbricht – interrompe*)

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Ma è giusto che ce l'abbiano, è giusto, siccome si può presumere che le valli ladine siano lontane, che i ladini abbiano 15 – 20 appartamenti a Bolzano, non è che hanno fatto loro un condominio, ed è giusto che possano averlo, ma non ho capito perché l'extracomunitario deve avere un alloggio dall'Ipes quando l'Ipes, quando l'ispettorato al lavoro, la Questura o non so quale istituzione dovrebbe imporre al datore di lavoro di dargli l'alloggio, perché la legge addirittura dice che deve essere idoneo, non deve avere i servizi igienici con altri 5, perché questa persona ha diritto ad avere una vita dignitosa, giustamente. Se io voglio assumerlo devo assicurarli queste situazioni che gli garantiscono una vita dignitosa. Invece lo assumo, l'alloggio glielo do solo fino a che gli serve per avere il permesso di soggiorno, poi fa domanda all'Ipes e gli assegnano la casa-albergo. È ora di finirla, perché fare le leggi e poi violarle, non rispettare le più elementari norme umane nei confronti di un extracomunitario che viene qui a lavorare, non mi pare giusto. Ritengo che vadano sicuramente pensate e rispettate e portate avanti tutti quei ragionamenti all'interno di questa legge che hanno lo scopo di affrontare queste problematiche che devono essere risolte da una classe politica diligente che deve essere posta nelle condizioni di conoscere queste problematiche, di porvi rimedio e di accettare le nostre critiche e le nostre proposte che sono fondamentali per migliorare una situazione che ...

**PRESIDENTE:** Concluda consigliere, per favore!

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Cosa sto facendo?

È una situazione che deve essere risolta nel migliore dei modi con delle problematiche che sono all'ordine del giorno e che devono essere risolte all'interno di questa legge, ma bisogna essere posti nelle condizioni di saperle... Non mi interrompa, presidente, per favore!

**PRESIDENTE:** Io devo dirigere i lavori dell'aula e far rispettare il regolamento.

La parola all'assessore Bizzo per la replica.

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Non entro in merito ad eventuali abusi o usi difforni da quanto consentito dalla legge. Quello che risulta a noi è che della gran parte degli alloggi albergo messi a disposizione sono inutilizzati. Ci sono parecchi posti vuoti, anche perché non graditi dalla popolazione locale. Quindi credo che allo stato attuale il problema non si porti.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno n. 11: respinto con 5 voti favorevoli, 17 voti contrari e 4 astensioni.

**Ordine del giorno n. 12 del 15.9.2011, presentato dalla consigliera Artioli, concernente l'assegnazione case Ipes.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 12 vom 15.9.2011, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend die Zuweisung der Wohnungen des Wohnbauinstituts.**

*Nella nostra provincia i cittadini hanno la percezione che le case popolari siano ormai in privilegio solo per gli immigrati. Le cifre delle liste di attesa sono a tre zeri e le famiglie autoctone che affollano le graduatorie sono allo stremo della loro forza.*

*Sono moltissime le famiglie che ormai non possono far fronte agli affitti sul libero mercato, divenuti inaccessibili per stipendi medi. A ciò si aggiungeranno i mancati redditi di persone colpite dalla crisi e ridotte in cassa integrazione o mobilità. Persone che vivono nella nostra provincia da decine di anni, quando non fin dalla nascita. Le regole per l'assegnazione della casa IPES sono oggi completamente sbilanciate a favore della realtà familiare e abitativa degli extracomunitari, non corrispondendo più a quella di chi ha fatto, nel tempo scelte diverse.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano*

*impegna*

*la Giunta provinciale*

*a eliminare la norma che consente, per l'assegnazione dell'alloggio IPES, l'autocertificazione sulla proprietà di prima casa per tutti gli extracomunitari. Inoltre, ad effettuare controlli incrociati per verificare la veridicità delle suddette dichiarazioni.*

-----

*Die Südtiroler Bevölkerung hat das Gefühl, dass die Sozialwohnungen mittlerweile nur mehr den Einwanderern vorbehalten sind. Die Zahl der Antragsteller auf den Wartelisten ist dreistellig und die einheimischen Familien auf den Ranglisten sind am Ende ihrer Kräfte angelangt.*

*Zahlreiche Familien können sich inzwischen die Mieten auf dem freien Markt nicht mehr leisten, da diese für einen Normalverdiener unbezahlbar geworden sind. Dazu kommen noch die Einkommensausfälle jener Personen, die von der Krise betroffen sind und in Kurzarbeit mit Lohnausgleich oder Mobilität geschickt wurden. Es handelt sich dabei um Menschen, die seit Jahrzehnten in Südtirol leben bzw. gar hier geboren sind. Die Regeln für die Zuweisung einer Sozialwohnung durch das Institut für den sozialen Wohnbau sind derzeit gänzlich aus dem Gleichgewicht geraten, zugunsten der Familien- und Wohnsituation der Nicht-EU-Bürger und entsprechen nicht mehr der Situation jener, deren Lebensplanung eine Wende erfahren hat.*

*All dies vorausgeschickt,*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung*

*die Bestimmung außer Kraft zu setzen, die den Bürgern aus Drittländern die Möglichkeit bietet, für die Zuweisung einer Sozialwohnung in Bezug auf den Besitz einer Erstwohnung eine Eigenerklärung abzugeben. Weiters wird die Landesregierung dazu verpflichtet, Kreuzkontrollen durchzuführen, um den Wahrheitsgehalt dieser Erklärungen zu überprüfen.*

La parola alla consigliera Artioli per l'illustrazione dell'ordine del giorno.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Questo ordine del giorno riprende quello che dicevamo ieri che non ci sono i controlli nelle case Ipes. Questo è un grande problema, perché non abbiamo abbastanza controllo sulle autocertificazioni, che permettono di ricevere un alloggio Ipes. Se il nostro sistema va bene ed è perfetto, possiamo farli i controlli! Se è vero quello che sostiene la giunta che tutto è giusto, che nessuno imbroglia e che tutti fanno le autocertificazioni autentiche, si può controllare. Bisogna verificare esattamente che cosa hanno di proprietà, perché se io ho un albergo di 40 stanze in Marocco e prendo la casa Ipes qua a canone zero e incasso gli affitti sul mio conto corrente di mia sorella che mi gestisce l'albergo perché sono qua, questo è accumulo di reddito. Se io ho proprietà all'estero diventano reddito, non capisco perché noi non possiamo controllare ciò che uno ha e controllare le autocertificazioni. Penso che non ci sia niente di discriminatorio nel chiedere i controlli incrociati. Il problema è che sappiamo benissimo che i dipendenti Ipes dicono che non c'è nessuna possibilità di controllare. Uno scrive quello che vuole, che non è proprietario di nulla, quando per esempio ci sono extracomunitari residenti a Bolzano che hanno case a Verona, ma non le dichiarano perché sanno benissimo che non c'è il controllo incrociato.

Noi dobbiamo controllare le loro autocertificazioni. Se poi mi sono sbagliata e risulta che tutte le autocertificazioni sono perfette, vorrà dire che mi sarò sbagliata, ma ho la certezza matematica che purtroppo non è così. Purtroppo ci si approfitta del nostro sistema, come ci si approfittava dei ticket sanitari che appena ci sono stati i controlli incrociati sono diminuiti. Sarà ignoranza, sarà che non è stato spiegato loro bene cosa vuol dire fare un'autocertificazione, noi chiediamo questo.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Io aggiungerei a questo ordine del giorno il punto che se noi troviamo una signora che ha un albergo a Tunisi e che viene qui fare la donna di servizio, gli venga tolta la casa Ipes ma le venga offerta un'assistenza psicologica gratuita!

**PRESIDENTE:** Le ricordo che gli ordini del giorno sono inemendabili!

La parola al consigliere Egger, prego.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Wenn uns heute gesagt wurde, was ich zwar zur Kenntnis nehme, aber nicht glaube, dass unsere Forderung, wonach Einheimische nicht nur nicht zu benachteiligen, sondern durchaus auch von der hiesigen Verwaltung zu bevorzugen sind, dann muss ich feststellen – das hat Frau Kollegin Artioli zurecht aufgeworfen –, dass bei diesem Thema die einheimischen Bürger zweiter Klasse sind. Das ist evident, denn die Einheimischen müssen alles, nämlich das Einkommen und ihr Vermögen, offen legen. Bei den Zuwanderern schaut die Sache anders aus. Diese legen wahrscheinlich nichts von dem offen, was sie in Marokko, in Pakistan, in Rumänien oder wo auch immer haben. Das kann ich mir gut vorstellen. Ich kann mir aber nicht gut vorstellen, wie man das prüfen kann. Es gibt dort nicht ein recht gut funktionierendes Grundbuch- und Katasterwesen, sondern wahrscheinlich nichts dergleichen. Deswegen wird es schwierig sein, Kontrollen durchzuführen, aber man muss feststellen, dass in diesem Bereich – das ist für mich eine Tatsache, eine Feststellung, die ich mache – aufgrund der eben genannten Gründe unsere Bürger, also die Südtirolerinnen und Südtiroler aller Sprachgruppen, Bürger zweiter Klasse sind, denn bei ihnen wird alles kontrolliert und bei den anderen ist das nicht möglich. Herr Landesrat, wie stehen Sie dazu?

**TOMMASINI (Assessore alla scuola italiana, alla cultura e formazione professionale italiana e all'edilizia abitativa – Partito Democratico/Demokratische Partei):** In realtà non è così, nel senso che l'autocertificazione, noi parliamo sempre di ridurre la burocrazia, è fatta per ridurre la burocrazia e poi chiediamo di rimettere burocrazia.

Non si capisce perché per gli uni bisogna mettere la burocrazia e per gli altri no. Ma al di là di questo punto, i controlli vengono effettuati, ma difficilmente si può verificare e anch'io sarei stupito, come il consigliere Dello Sbarba, di trovare una signora che ha un albergo di 40 stanze in Marocco, che viene a fare le pulizie in Alto Adige e che ha bisogno di una casa Ipes. Sarebbe un caso molto singolare.

Noi facciamo le norme per rispondere ad un bisogno sociale. Questa signora dovrebbe leggersi la legge sull'edilizia abitativa agevolata e venire a farci un dispetto per venire qua, altrimenti rimarrebbe in Marocco a gestire il proprio albergo di 40 stanze. Ma al di là di questo, l'art. 45 sui requisiti generali prevede che un cittadino per accedere alle varie agevolazioni edilizie non sia proprietario, titolare di diritto, usufrutto, uso o abitazione di un alloggio adeguato al fabbisogno della propria famiglia e facilmente raggiungibile. Ora dal Marocco a qui non mi pare "facilmente raggiungibile", quindi lo escludiamo. Ma allo stesso modo escludiamo la proprietà di alloggi per cittadini locali autoctoni che abbiano una proprietà non facilmente raggiungibile. Trattiamo tutti alla stessa maniera: chi sta a più di 40 km e quindi ha un alloggio fuori da una raggiungibilità adeguata, quell'alloggio non viene calcolato, per cui un alloggio in Marocco effettivamente non viene calcolato ai fini dell'alloggio Ipes. Diventerebbe difficile per un lavoratore che lavora qui nell'edilizia o fa le pulizie andare tutti i giorni su e giù dal Marocco con l'aeroplano e sarebbe anche un po' costoso, per cui quell'alloggio non gli viene calcolato, così come a un cittadino locale che ha un alloggio a Trento, quello non gli viene calcolato, perché non è considerato facilmente raggiungibile.

La norma vale per tutti e l'autocertificazione vale per tutti. Quando mi si dimostrerà che ci sono frotte di persone che hanno alberghi di 40 stanze in Marocco e che vengono a lavorare qui da noi a fare le pulizie, penso che potremo aprire un altro dibattito. Per intanto propongo di non approvare questo ordine del giorno.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno n. 12: respinto con 10 voti favorevoli, 17 voti contrari e 2 astensioni.

**Ordine del giorno n. 13 del 15.9.2011, presentato dai consiglieri Knoll e Klotz, concernente la regolamentazione dell'immigrazione.**

**Beschlussantrag (Tagesordnung) Nr. 13 vom 15.9.2011, eingebracht von den Abgeordneten Knoll und Klotz, betreffend die Regelung der Zuwanderung.**

*Negli ultimi anni l'arrivo di stranieri è diventato un tema centrale in Alto Adige, al quale molti cittadini guardano con paura e che ci pone di fronte a grandi sfide. Questo importante tema viene però spesso affrontato solo in modo superficiale e sfortunatamente sin troppo spesso in modo polemico. Ciò non è solo indegno, ma rende anche impossibile ogni dibattito oggettivo, di cui ci sarebbe urgente bisogno.*

*Proprio in un territorio di minoranze come l'Alto Adige l'immigrazione non equivale solo a una sfida sociale, ma soprattutto anche etnico-culturale e potrebbe diventare una questione di sopravvivenza per il gruppo etnico tedesco e quello ladino.*

*Gli stranieri oggi residenti in Alto Adige vivranno qui, lavoreranno, si sposeranno, avranno figli, otterranno la cittadinanza e quindi godranno del diritto di voto e rientreranno nella ripartizione proporzionale. Questo significa che avranno voce in capitolo.*

*La politica deve quindi analizzare questo fenomeno molto attentamente, per prendere sin d'ora misure affinché gli stranieri non si aggregino per la maggior parte al gruppo linguistico italiano. Frequentando gli stranieri si può già oggi spesso notare che la gran parte degli immigrati parla solo italiano e quindi si unisce alla popolazione italiana.*

*Dal 1990 ad oggi l'immigrazione in Alto Adige è costantemente aumentata e dagli allora 5.134 è nel frattempo salita a più di 41.000 stranieri. Ed è cresciuto in modo particolare il numero degli extracomunitari e quindi di quelle persone che provengono da un'altra linguistica e culturale, mentre il numero degli immigrati europei rimane fermo o persino va riducendosi.*

*Per fare un esempio tra il 1999 e il 2007 il numero di coloro che sono arrivati dalla Repubblica federale di Germania è aumentato di sole 1.347 unità (da 2.840 a 4.187 persone). E per l'Austria sono persino solo 219 (da 1.250 a 1.469 persone). A fronte di ciò il numero complessivo degli immigrati si è però triplicato.*

*Ai fini di un inserimento culturale, in prospettiva, degli immigrati in uno dei gruppi linguistici esistenti risulta determinante il luogo di residenza. Per questo motivo è significativo il fatto che nella sola Bol-*

zano vive un terzo degli stranieri abitanti in Alto Adige, seguita dalla zona di Merano e dalla Bassa Atesina. Il contesto determinante è quindi molto spesso italiano.

Ai fini dell'inserimento culturale risulta altrettanto importante la scelta della scuola. E qui colpisce il fatto che dall'inizio dell'immigrazione ad oggi gli stranieri mandano prevalentemente i loro figli in una scuola italiana. Lo stesso quadro si delinea anche nella scuola dell'infanzia. Anche se in provincia gli italiani formano solo un terzo scarso della popolazione complessiva, la maggior parte degli immigrati frequenta scuole italiane.

Nell'anno scolastico 2011/2012 nelle varie scuole dell'Alto Adige sono iscritti 6.596 bambini stranieri. Di questi 3.813 bambini frequentano una scuola italiana, 2.703 una scuola tedesca e 80 una scuola ladina. Ciò significa che sebbene in Alto Adige la popolazione di lingua tedesca sfiori il 70%, più del 57% dei bambini stranieri è iscritto in una scuola italiana.

Dai dati rilevati si desume che la maggior parte degli stranieri arrivati in Alto Adige alla lunga finirà per inserirsi nel gruppo etnico italiano. Ciò non è colpa degli stranieri, ma è piuttosto dovuto a circostanze politiche.

La maggior parte degli stranieri arriva qui credendo che si tratti di una normale provincia italiana e non di una parte del Tirolo storico con abitanti che parlano anzitutto tedesco. Di conseguenza si uniscono alla popolazione italiana, abitano in zone caratterizzate dalla cultura italiana e mandano i loro figli in scuole italiane.

A lungo andare ciò significa però che la maggior parte degli stranieri diventerà italiana e quindi in Alto Adige il rapporto numerico fra i gruppi linguistici è destinato a cambiare. Attenendosi alle previsioni dell'ASTAT da qui al 2020 il numero degli immigrati salirà a quasi 75.000.

Sta di fatto che a tutt'oggi l'Alto Adige non ha alcuna competenza in materia di immigrazione. È però altrettanto vero che molte aziende dipendono dai lavoratori stranieri e che la ricerca di lavoro è uno dei motivi principali per venire in Alto Adige.

Fino all'auspicabile trasmissione delle competenze l'unica soluzione possibile del problema degli stranieri è quindi che l'Alto Adige influenzi il luogo di provenienza della forza lavoro.

In Austria e in Germania così come nel resto dei Paesi dell'UE vi sono milioni di disoccupati che in parte hanno una formazione eccellente e hanno urgente bisogno di un lavoro. In queste persone c'è un enorme potenziale per l'Alto Adige, perché parlano la stessa lingua o hanno lo stesso retroterra culturale, per cui non vi sarebbero difficoltà di integrazione.

L'istituzione di un servizio centrale presso la ripartizione lavoro che rilevi la forza lavorativa necessaria in Alto Adige e al quale le aziende altoatesine possano rivolgersi anche direttamente con le loro esigenze per quanto riguarda la manodopera costituirebbe un ottimo meccanismo per governare l'immigrazione. Questo servizio dovrebbe servire da tramite e sulla base delle necessità rilevate reclutare miratamente forza lavoro nel Tirolo del Nord e nel Tirolo orientale, nel resto dell'Austria e in Germania nonché negli altri Paesi dell'UE.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera quanto segue:*

*Il Consiglio provinciale si dichiara favorevole all'istituzione di un servizio centrale presso la ripartizione lavoro per rilevare la forza lavoro necessaria e fare da intermediario. I lavoratori vanno preferibilmente reclutati nel Tirolo del Nord e nel Tirolo orientale, nel resto dell'Austria e in Germania nonché negli altri Paesi dell'UE. Si impegna la Giunta provinciale a verificare la fattibilità di questo servizio e ove possibile istituirlo.*

-----

*Die Zuwanderung von Ausländern ist in den letzten Jahren zu einer zentralen Thematik in Süd-Tirol geworden, der viele Bürger mit Ängsten begegnen und die das Land vor große Herausforderungen stellt. Diese wichtige Thematik wird jedoch vielfach nur oberflächlich und leider auch allzu oft polemisch angegangen, dies ist nicht nur unwürdig, sondern macht auch jede sachliche Diskussion, die dringend notwendig wäre, zunichte.*

*Gerade für ein Minderheitsgebiet wie Süd-Tirol bedeutet die Zuwanderung von Ausländern nicht nur eine soziale Herausforderung, sondern besonders auch eine ethnisch-kulturelle und könnte somit zur Überlebensfrage für die deutsche und ladinische Volksgruppe werden.*

Die heute in Süd-Tirol ansässigen Ausländer werden hier leben, arbeiten, heiraten, Kinder bekommen, die Staatsbürgerschaft erhalten und somit auch in den Genuss des Wahlrechtes und der Proporzuteilung kommen. Das heißt, sie werden mitentscheiden.

Die Politik muss dieses Phänomen daher genauestens analysieren, um bereits jetzt Maßnahmen zu treffen, damit sich die Ausländer nicht größtenteils in die italienische Sprachgruppe eingliedern. Im persönlichen Umgang mit Ausländern ist nämlich bereits heute vielfach festzustellen, dass ein Großteil der Einwanderer nur italienisch spricht und sich somit dem italienischen Staatsvolk anpasst. Die Zuwanderung hat in Süd-Tirol seit 1990 beständig zugenommen und ist von damals 5.134 auf inzwischen mehr als 41.000 Ausländer angestiegen. Besonders gestiegen ist dabei der Anteil der Nicht-EU-Bürger und somit jener Menschen, die aus einem anderen Sprach- und Kulturraum kommen, während der Anteil der "EU-Einwanderer" stagniert bzw. sogar rückläufig ist.

Der Anteil der Zuwanderer aus der Bundesrepublik Deutschland ist beispielsweise, in der Zeit von 1999-2007, gerade einmal um 1.347 Personen angestiegen (von 2.840 auf 4.187). Jener aus Österreich gar nur um 219 Personen (von 1.250 auf 1.469). Demgegenüber hat sich die Gesamtzahl der Zuwanderer aber verdreifacht.

Entscheidend für die langfristige kulturelle Anpassung der Einwanderer an eine der bestehenden Volksgruppen ist der Wohnort. Beachtenswert ist daher die Tatsache, dass allein in Bozen ein Drittel der in Süd-Tirol ansässigen Ausländer lebt, gefolgt vom Raum Meran und dem Süd-Tiroler Unterland. Das prägende Umfeld ist somit vielfach italienisch.

Für die kulturelle Anpassung ebenso wichtig, ist die Wahl der Schule. Dabei fällt auf, dass die Ausländer ihre Kinder, vom Beginn der Einwanderung an bis heute, hauptsächlich in italienische Schulen schicken. Dasselbe Bild zeichnet sich auch im Kindergarten ab. Obgleich die Italiener im Lande nur knapp 1/3 der Gesamtbevölkerung ausmachen, besuchen dennoch die meisten Einwanderer italienische Schulen.

Im Schuljahr 2011/2012 gibt es 6.596 Kinder ausländischer Herkunft, die in Süd-Tiroler Schulen eingeschrieben sind. Davon besuchen 3.813 Kinder eine italienische Schule, 2.703 Kinder eine deutsche Schule und 80 Kinder eine ladinische Schule. Das heißt, obwohl der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung in Süd-Tirol knapp 70 % ausmacht, besuchen mehr als 57 % der Ausländerkinder eine italienische Schule.

Aufgrund der erhobenen Daten wird ersichtlich, dass sich der Großteil der in Süd-Tirol zugewanderten Ausländer, langfristig der italienischen Volksgruppe anpassen wird. Es ist dies nicht die Schuld der Ausländer, sondern liegt vielmehr an den politischen Umständen.

Die meisten Ausländer kommen im Glauben hierher, dass es sich um eine gewöhnliche italienische Provinz handelt, und nicht um einen Tiroler Landesteil, der in erster Linie deutschsprachig besiedelt ist. Dementsprechend passen sie sich dem italienischen Staatsvolk an, wohnen in italienisch geprägten Gegenden, und schicken ihre Kinder in italienische Schulen.

Langfristig bedeutet dies aber, dass aus dem Großteil der Ausländer Italiener werden, und sich somit das Verhältnis der Sprachgruppen in Süd-Tirol verändert. Schenkt man den Prognosen des Statistikamtes Glauben, so wird sich die Zahl der Einwanderer bis zum Jahre 2020 auf knapp 75.000 erhöhen.

Tatsache ist, dass Süd-Tirol heute noch keine Zuständigkeiten für die Ausländerfrage besitzt. Tatsache ist aber auch, dass viele Wirtschaftsbetriebe auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind und die Suche nach Arbeit einer der Hauptgründe für die Zuwanderung nach Süd-Tirol ist.

Bis zu einer Übertragung der Zuständigkeiten, die anzustreben sind, kann eine Lösung der Ausländerproblematik daher nur darin bestehen, dass Süd-Tirol selbst beeinflusst, von wo es die Arbeitskräfte bezieht.

In Österreich und Deutschland sowie in den restlichen EU-Staaten gibt es Millionen von Arbeitslosen, die teilweise sehr gut ausgebildet sind und dringend eine Arbeit benötigen. In diesen Menschen steckt ein enormes Potential für Süd-Tirol, da sie entweder dieselbe Sprache sprechen oder aus einem gleichen Kulturraum kommen und es somit keine Integrationsschwierigkeiten gäbe.

Die Einrichtung einer zentralen Dienststelle bei der Abteilung Arbeit, die Erhebungen erstellt, welche Arbeitskräfte in Süd-Tirol benötigt werden und an die sich die Süd-Tiroler Wirtschaftsbetriebe mit ihren Bedürfnissen in Bezug auf Arbeitskräfte auch direkt wenden könnten, wäre ein guter Mechanismus zur Steuerung der Zuwanderung. Diese Dienststelle sollte als Vermittler dienen und aufgrund der er-

*hobenen Bedürfnisse gezielt Arbeitskräfte in Nord- und Ost-Tirol, dem restlichen Österreich sowie in Deutschland und den übrigen EU-Staaten anwerben.*

*Dies vorausgeschickt,*

*beschließt  
der Südtiroler Landtag:*

*Der Südtiroler Landtag spricht sich für die Einrichtung einer zentralen Dienststelle bei der Abteilung Arbeit, zur Erhebung der benötigten Arbeitskräfte und zur Vermittlung derselben aus, welche vorzugsweise aus Nord- und Ost-Tirol, dem restlichen Österreich, Deutschland sowie aus den anderen EU-Staaten angeworben werden und verpflichtet die Landesregierung, die Einsetzung einer solchen Dienststelle zu überprüfen und nach Möglichkeit zu verwirklichen.*

La parola al consigliere Knoll per l'illustrazione dell'ordine del giorno.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Nachdem wir heute sehr ausführlich, auch manchmal emotional, über das Thema Einwanderung diskutiert haben, haben wir hier eine Reihe von Zahlen und Fakten genannt. Ich glaube, dass dies notwendig ist, um hier auch einmal eine andere Seite der Zuwanderung zu beleuchten. Es ist sicherlich eine Tatsache, dass unsere Wirtschaft auf einen Teil ausländischer Arbeitskräfte angewiesen ist, dass es aber einmal wichtig ist zu erheben, welche Arbeitskräfte, das heißt welche Form der Arbeiter wir in Südtirol überhaupt benötigen. Sind das nur "Billigarbeiter" oder benötigen wir auch spezifizierte Arbeiter in manchen Bereichen, die vielleicht gerade für manche Betriebe in Südtirol wichtig wären, die sie aber hier leider nicht bekommen?

Zunächst die Frage: Von woher kommen diese Arbeiter? Es stimmt – dies wurde immer wieder genannt –, dass Südtirol wenig Einflussmöglichkeiten hat, weil uns einfach die Zuständigkeiten für die Einwanderung fehlen, aber wir könnten sicherlich einen Mechanismus einführen, mit welchem wir ein bisschen steuern könnten, von wo wir unsere Arbeitskräfte beziehen. Diesbezüglich habe ich mich ein bisschen kundig gemacht. Gerade im Bundesland Tirol hat es beispielsweise in den letzten zehn Jahren eine enorme Entwicklung gegeben. Wer selbst einmal draußen war, hat sicherlich beobachtet, dass die deutschen Staatsbürger, wie es draußen salopp formuliert wurde, inzwischen nicht mehr vor dem Budel, sondern hinter ihm stehen, das heißt, dass man in den letzten zehn Jahren darauf Rücksicht genommen hat, dass es gerade in Deutschland sehr, sehr viele, auch teilweise hoch qualifizierte Arbeitslose gibt, die dringend eine Arbeit suchen, sie aber nicht finden, und man sich auch überlegt hat, warum man nicht spezifisch gerade solche Leute anwerben sollte, mit denen man dann keine Integrations-schwierigkeiten hätte. Das heißt, es ist ein Modell, das davon ausgeht und sagt, schauen wir zunächst einmal, welche Arbeitskräfte wir benötigen und welches Arbeiterpotential wir in unserem näheren Umfeld haben, werben wir dieses konkret an und wenn dann noch Potential besteht, dann kann man immer noch von überall her Arbeitskräfte beziehen. Die Zahlen sprechen in dieser Hinsicht eigentlich für sich.

Wenn man von Nordtirol spricht, dann spricht man immer auch – das ist in Deutschland genauso – von der Einwanderung der Türken. Ich habe mir einmal die Zahlen der letzten vierzig Jahre, kann man eigentlich sagen, herausgesucht. In Tirol gab es im Jahr 1971 genau 1.664 Türken, im Jahr 1981 waren es schon 6.890, im Jahr 1991 bereits 13.652 und im Jahr 2001 16.017. Man merkt, dass der Anteil der türkischen Bevölkerung gestiegen ist, und gerade die Arbeiten, von denen wir in Südtirol auch immer wieder reden, wurden von dieser Bevölkerung übernommen. Es ist kontinuierlich angestiegen. Ab dem Jahr 2000/2001 wurden dann von der Wirtschaft bewusst auch Arbeitskräfte in Deutschland beworben und die jüngsten Zahlen von 2010 belegen dies. Während es im Jahr 2001 noch 16.017 Türken und nur 12.000 Bundesrepublikaner, um hier nicht das Wort von Hans Heiss wieder zu erwähnen, waren, die in Tirol gewohnt, gearbeitet und gelebt haben, waren es im Jahr 2010 plötzlich 26.000 Deutsche und nur mehr 11.000 Türken, das heißt, der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung aus Deutschland ist um 13.605 Personen gestiegen, während der Anteil der Türken um 4.028 Personen gesunken ist.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** In Österreich ...

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Das ist teilweise ausgenommen. Die Einbürgerung ist dort ausgenommen, weil sonst diese Zahl durch den Zuzug steigen würde.

Wir haben in diesen Tagen immer wieder darüber diskutiert, was in anderen Ländern alles falsch gemacht wurde. Ich denke, wir sollten auch einmal den umgekehrten Schritt machen und uns fragen, was in anderen Ländern richtig gemacht wurde, und uns auch an diesen Beispielen orientieren. Deswegen geht mein Beschlussantrag in diese Richtung.

Ich habe bereits gestern das Beispiel der Ungarn in Schenna erwähnt. Wir haben einfach die Erfahrung gemacht, dass gerade Arbeiter aus anderen EU-Staaten sehr integrationswillig sind und wir damit geringe Schwierigkeiten haben, gerade mit Arbeitern aus Ungarn, der Slowakei, aus Tschechien, die hier herkommen und sofort die deutsche Sprache lernen. Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn die Wirtschaft in Südtirol primär auf diese Arbeitskräfte zurückgreifen würde, mit denen wir geringe Integrationsschwierigkeiten hätten, und man gezielt solche Leute anwerben würde. Ich habe mir die Arbeitslosenzahlen herausgesucht. Im Bundesland Tirol gibt es derzeit beispielweise knapp 20.000 Arbeitslose, in Österreich sind es 322.000 insgesamt, in Deutschland inzwischen 2,9 Millionen, das heißt, wir hätten allein im deutschsprachigen Raum – die Schweiz ist hier gar nicht mit einbezogen – über 3 Millionen Arbeitslose. Wenn wir dann noch die anderen EU-Staaten hinzunehmen, dann hätten wir innerhalb der EU ein so großes Potential an teilweise topausgebildeten Leuten und Leuten, die dringend auf der Suche nach einem Job sind. Ich denke, es wäre sinnhaft, wenn man zunächst einmal durch gezielte Maßnahmen diese Leute für Südtirol anwerben würde. Deshalb die Forderung, nicht ein neues Institut oder irgendetwas zu gründen, sondern beim Amt für Arbeit eine eigene Dienststelle einzurichten, die zunächst einmal erhebt, welche Arbeitskräfte in Südtirol benötigt werden, an die sich auch die Betriebe konkret wenden und sagen können, dass ihnen in diesem und jenen Bereich spezifizierte Arbeitskräfte fehlen, dass sie diese oder jene Leute bräuchten und die dann ihrerseits genau auf diese Bedürfnisse der Wirtschaft eingeht und dann bewusst Maßnahmen ergreift und diese Arbeitskräfte anwirbt. Die Zahlen zumindest im Bundesland Tirol zeigen, dass ein solches Modell erfolgreich wäre. Deswegen meine Bitte um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag, um ein solches Modell, das sicherlich erfolgreich ist, vor allem mit Schwerpunkt auf die anderen EU-Staaten auch in Südtirol zu übernehmen.

**URZì (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertè):** Volevo chiedere qualche informazione ai colleghi. Perché questo andrebbe ad integrare il reclutamento nell'ambito del territorio nazionale? Mi dice tutta l'Unione Europea, quindi anche l'ambito nazionale ovviamente. Quindi *"il Consiglio provinciale si dichiara favorevole all'istituzione di un servizio centrale presso la ripartizione Lavoro per rilevare la forza lavoro necessaria e fare da intermediario. I lavoratori vanno preferibilmente reclutati nel Tirolo del Nord e nel Tirolo orientale, nel resto dell'Austria e in Germania nonché negli altri Paesi dell'Unione Europea."* Se è nell'ambito dell'Unione Europea basterebbe semplicemente dirlo senza bisogno di specificare preferibilmente qui, lì, che preferiremmo, poi però, siccome bisogna, anche nell'ambito dei paesi dell'Unione Europea. Mi sembra una sottolineatura che sottintende un certo tipo di significato legato alla mozione.

Questo volevo rilevare, nulla di più, se ci sarà tempo e modo per chiarimenti, potrà essere utile.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Collega Knoll, mi sembra che questa volta abbia un pochino esagerato. Si sta comportando come si comportò il regime fascista quando doveva italianizzare l'Alto Adige. Dire: facciamo venire da tutto il mondo, che il mondo comincia al passo del Brennero e finisce a Francoforte, e poi comunque se non ce n'è abbastanza, facciamoli venire dall'Olanda, dal Belgio, dalla Svezia e da tutte le Russie messe insieme, basta che non vengano dalla Sicilia, ritengo che sia un atteggiamento tipico del fascismo degli anni 20. Oddio, il fascismo degli anni 20 poteva avere anche le sue ragioni che erano legate ad un altro periodo storico, a momenti storici in cui nazionalizzare per i cuori conquistati faceva parte delle teorie non sicuramente relegabili alla mentalità fascista ma a qualsiasi mentalità di qualsiasi stato democratico o meno, vedasi l'Inghilterra che, occupato un territorio, doveva per forza portare la propria bandiera, la propria lingua, la propria gente.

Arrivare dopo 100 anni a fare le stesse proposte di tedeschizzazione dell'Alto Adige importando manodopera, se serve, dalla Germania, dall'Austria, da Kufstein, così come da Villach, per non andare a prenderla in altri paesi della Comunità europea o per considerare gli altri paesi della Comunità europea come eventualmente ruote di scorta nel caso in cui a Villach non ce ne siano abbastanza, ritengo davvero che sia abbastanza grave. Al di là del fatto che ognuno può fare le proposte che vuole, questo sia ben chiaro, e nella profonda democrazia in cui ognuno di noi è inserito, non c'è nulla da dire, ritengo che il collega Knoll abbia un pochino esagerato e che mi sembra un pochino fascista in questa sua proposta. Dopodiché ci manca pure la legge sulla toponomastica che ci tira via i nomi italiani ed ecco che Tolomei diventa il top! Potremmo chiamarlo "von Tolomeus" per dargli un'aura un po' aristocratica, il quale fa tutte quelle tabelle che vuole che qualcun altro faccia....Onestamente ritengo davvero, collega Knoll, che sia un po' offensivo con questa Sua richiesta. Non parla proprio di razzismo, ma di buona volontà di raggiungere un certo livello etnico in Alto Adige, che vada in qualche modo a pesare in una determinata direzione.

Per carità, in democrazia non mi permetterei mai di dire che il collega Knoll ha presentato un ordine del giorno che sembra fatto dal fascismo degli anni 20, e Le do del fascista. Non la voglio mica offendere, per carità.

Se Le dico fascista io, non è un'offesa! Però se io avessi detto: cari colleghi, portiamo in Alto Adige tutti coloro che vengono da Latina, da Littoria, a reitalianizzare questa terra, cosa mi avreste detto? Perché io non posso dire la stessa cosa se qualcuno vuol fare viceversa?

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Fortgang der Arbeiten! Ich glaube, der Vorwurf mit dem Faschist ... Mir glauben selbst die Grünen, dass ich kein Faschist bin.

Ich möchte hier aber eines klarstellen. Ich denke, es ist im Interesse des Landes, dass Leute nach Südtirol kommen, die keine weiten Arbeitswege haben, wenn es gerade im Wipptal, im Pustertal Leute gibt, die auf österreichischer Seite leben und hier in Südtirol arbeiten könnten, ohne hier wohnen zu müssen. Dies wäre sicherlich sinnvoll, aber um nicht in eine solche Diskussion abzuarten und diesen Beschlussantrag damit in eine Richtung zu führen, die nicht beabsichtigt war, mache ich den Vorschlag, dass man die Worte "Nord- und Ost-Tirol, dem restlichen Österreich, Deutschland sowie aus" streicht und auf andere EU-Staaten Wert legt, denn das ist das, was ich mit meinem Beispiel von Schenna, was die Ungarn anbelangt, gemeint habe, nämlich, dass wir zuerst einmal in der EU schauen sollten. Ich denke, die Landesregierung ist so sinnhaft, die Arbeitskräfte zunächst einmal im näheren Umfeld zu suchen und dann erst in andere Staaten Ausschau zu halten. Deswegen mein Vorschlag, die oben genannten Worte aus dem beschließenden Teil zu streichen und die Worte "aus anderen EU-Staaten" hinzuzufügen.

**PRESIDENTE:** Prima di dare la parola al consigliere Egger, ricordo che gli ordini del giorno sono inemendabili, quindi se Lei volesse togliere una parte dell'ordine del giorno dovrebbe chiedere una votazione separata e noi dovremmo procedere con due votazioni, una sul passaggio che vorrebbe che fosse stralciato, e un'altra sul resto.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Fortgang der Arbeiten! Dann beantrage ich eine Abstimmung nach getrennten Teilen, und zwar, dass zunächst über den beschließenden Teil ohne diese Worte abgestimmt wird, dann wird man sehen, ob er angenommen wird oder nicht.

**PRESIDENTE:** Così siamo in regola.

La parola al consigliere Urzì sull'ordine dei lavori, prego.

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** È la seconda volta che si pone la questione dell'emendabilità degli ordini del giorno, solo nel pomeriggio. Lei fa riferimento ad una deliberazione assunta dall'Ufficio di presidenza. Io ne prendo atto, pur ribadendo, come avevo fatto anche in passato, che esiste un'evidente contraddizione in termini e funzionale di questa decisione unilaterale rispetto non solo al corpus del regolamento interno del Consiglio provinciale, ma anche all'operatività e al corretto svolgimento dei lavori. Siccome l'Ufficio di presidenza, La invito a prendere atto di questa mia dichiarazione e anche possibilmente a darmi una risposta, ha il compito di garantire il migliore svolgimento dei lavori d'aula, e ponendosi in maniera evidente il fatto che la pretesa inamendabilità degli ordini del giorno determina paradossi come quelli a cui abbiamo assistito per due volte nel corso della giornata, considerato il fatto che potrebbe accadere una situazione estrema e diversa per cui un ordine del giorno contenga una previsione sbagliata, non coerente rispetto al senso del documento stesso e che secondo questa pretesa interpretazione sarebbe impossibile qualsiasi tipo di intervento di modifica del testo stesso dell'ordine del giorno, io invito Lei, presidente, a farsi carico all'interno dell'Ufficio di presidenza a riconsiderare le decisioni assunte e a dare una precisa lettura del regolamento utile a evitare che si determinino situazioni paradossali come quelle che hanno rischiato di determinarsi per due volte nel corso del pomeriggio.

**PRESIDENTE:** Che Lei mi inviti affinché l'Ufficio di presidenza debba prendere una decisione in merito al regolamento, mi sembra eccessivo, visto che c'è la commissione per il regolamento che dovrebbe fare questo. Sono certo che comunque la commissione per il regolamento potrà esaminare anche questo aspetto, e quindi poi intervenire.

La parola al consigliere Egger, ne ha facoltà.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Als ich diesen Beschlussantrag durchgelesen habe, habe ich darin eigentlich keine Spur von Rassismus feststellen können, ganz im Gegenteil. Ich gehe davon aus, dass die Einbringer willens waren oder vorschlugen wollten, dass man alle Möglichkeiten, die sich im gesetzlichen Rahmen bieten, dahinge-

hend ausnutzt, dass man, wenn man schon Leute von außen braucht, diese dann nicht von allzu weit herholt. Es ist irgendwo logisch und naheliegend, dass man vielleicht lieber jemanden aus Osttirol oder aus Innsbruck hat, der in Sterzing arbeitet, mit allen Vorteilen, die diese mit sich bringen, auch unter dem Gesichtspunkt des Wohnungsmarktes usw. Es geht ja immer auch um öffentliche Gelder, die wir uns unter Umständen sparen könnten. Da ist mir der gesamte deutschsprachige Raum, auch unter dem Gesichtspunkt der Integration, ... Ich sage aber auch, dass mir das Trentino bedeutend lieber ist als irgendein asiatischer Staat, bei allem Respekt vor allen Staaten, weil es darum geht, auf die öffentlichen Gelder zu schauen. Wir müssen uns bemühen, eher solchen Leuten zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen als anderen. Ich glaube, da ist überhaupt nichts Verwerfliches dabei. Man redet sonst immer von den kleinen Kreisläufen usw., und das soll jetzt plötzlich Rassismus sein, wenn man sagt, lieber ist mir jemand aus Innsbruck, der in Sterzing arbeitet, als jemand aus Pakistan. Da müssen wir schon auch die öffentlichen Haushalte betrachten. Wenn wir schon für alles Geld haben, dann, bitte, werden wir auch für alle Wohnungen bauen usw. Sollte sich dies vermeiden lassen, dann halte ich diesen Vorschlag der Kollegen der Südtiroler Freiheit durchaus für sinnvoll, und hat überhaupt nichts mit Rassismus zu tun. So langsam ist offensichtlich alles rassistisch, was man vorschlägt. Das hat nur etwas mit dem Hausverstand und auch mit der Schonung der öffentlichen Kassen zu tun. So sehe ich es. Ich finde es eigentlich gar nicht notwendig, dass man hier einzelne Punkte herausstreicht. Wenn man es jetzt auf die EU ausdehnen und die oben genannten Worte streichen will, dann kann man dies machen, aber ich hätte den Text so gelassen, wie er ist.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an. Der Vorschlag scheint mir durchaus vernünftig zu sein, aber die Formulierung sollte schon korrekt sein. Wenn man sagt "aus anderen Ländern der Europäischen Union", dann ist dies der richtige Begriff, wie er, glaube ich, auch in unsere Terminologie hineinpasst.

Im Übrigen sind die Ausführungen des Kollegen Knoll sicherlich richtig, dass man durch Werbemaßnahmen, durch bestimmte Aktionen ganz gezielt nach Arbeitskräften suchen kann. Das hilft in der Tat und es hilft auch, öffentliche Mittel einzusparen. Im Übrigen gibt es uns auch noch die Gelegenheit, um zu sagen, dass von diesen über 40.000 in Südtirol lebenden Ausländern zwei Drittel aus Europa kommen. Wenn man die knapp 2.000 Ausländer aus Nord- und Mittelamerika mit einrechnen darf, dann sind es fast zwei Drittel der bei uns hier ansässigen Ausländer, die aus Europa kommen. Wenn man das Ganze auf die Europäische Union reduziert, dann geht diese Anzahl, wie bereits gesagt worden ist, etwas zurück. Wenn wir verstärkt in diese Richtung arbeiten, dann, denke ich, ist es gut. Ich denke, gegen die Formulierung "aus anderen Ländern der Europäischen Union" ist sicherlich nichts einzuwenden.

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Non so se lo voterà la Giunta, ma io non voterò questo ordine del giorno per un motivo molto semplice, perché tutto questo la ripartizione Lavoro già lo sta facendo. Ha tutti i dati riferiti al mercato del lavoro, vengono pubblicati e aggiornati quotidianamente, quotidianamente vengono pubblicati online su quella che si chiama "Borsa lavoro" e vengono forniti a tutte le imprese, a tutti i soggetti che in qualsiasi parte d'Europa e forse anche del mondo cercano lavoro. Dopodiché la ripartizione Lavoro può fare di tutto tranne che l'agenzia di collocamento, perché, grazie al cielo, qui esistono due cose che sono fondamentali: la libera circolazione dei cittadini europei e il libero mercato che si regola a seconda della domanda e dell'offerta.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione l'ordine del giorno n. 13 senza le parole "nel Tirolo del nord, nel Tirolo orientale, nel resto dell'Austria e in Germania nonché" - "Nord- und Ost-Tirol, dem restlichen Österreich, Deutschland sowie aus": approvato con 20 voti favorevoli, 4 voti contrari e 3 astensioni.

Metto in votazione le parole "nel Tirolo del nord, nel Tirolo orientale, nel resto dell'Austria e in Germania nonché" - "Nord- und Ost-Tirol, dem restlichen Österreich, Deutschland sowie aus": respinte con 6 voti favorevoli, 19 voti contrari e 1 astensione.

L'ordine del giorno n. 13 viene approvato senza le parole suddette.

Abbiamo concluso la discussione generale. Metto in votazione il passaggio dalla discussione generale a quella articolata del disegno di legge provinciale n. 89/11: approvato con 19 voti favorevoli, 5 voti contrari e 2 astensioni.

1. La presente legge, sulla base dei principi democratici della nostra società, dei diritti e dei doveri di tutte le cittadine e di tutti i cittadini, della condivisione dei principi universali quali il valore della vita umana, la dignità e la libertà della persona senza distinzione di genere e la tutela dell'infanzia e nella consapevolezza che l'integrazione è un processo di scambio e dialogo reciproco, promuove e disciplina l'integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri regolarmente soggiornanti sul territorio provinciale.

2. La Provincia autonoma di Bolzano, di seguito denominata Provincia, nell'ambito delle proprie competenze ed attribuzioni, fatta salva la normativa internazionale, comunitaria e nazionale vigente in materia, persegue i seguenti principi e obiettivi:

- a) l'informazione sui diritti e sui doveri connessi allo status di cittadino straniero;
- b) la conoscenza delle lingue ufficiali della Provincia;
- c) la conoscenza reciproca tra le diverse culture e identità presenti sul territorio, nonché la conoscenza della storia e della cultura locale per favorire il processo d'integrazione;
- c-bis) promuovere la partecipazione alla vita sociale locale delle cittadine e dei cittadini stranieri,
- d) individuare ed eliminare le disuguaglianze e le discriminazioni riconducibili direttamente o indirettamente alla diversa identità etnica, linguistica, culturale e religiosa delle cittadine e dei cittadini stranieri, al fine di garantire pari opportunità di inserimento sociale, culturale e di contrastare ogni forma di razzismo;
- e) l'inserimento omogeneo delle cittadine e dei cittadini stranieri nel tessuto sociale, evitando concentrazioni e fenomeni di ghettizzazione;
- f) consentire alle cittadine e ai cittadini stranieri di Stati non appartenenti all'Unione europea l'accesso alle prestazioni essenziali vigenti su tutto il territorio nazionale e prevedere un loro graduale accesso alle prestazioni territoriali aggiuntive. Per le cittadine e i cittadini stranieri di Stati non appartenenti all'Unione europea, l'accesso alle prestazioni, che vanno oltre le prestazioni essenziali, può essere condizionato alla residenza, alla dimora stabile e alla relativa durata. Tutti i componenti del nucleo familiare beneficiario devono avere residenza e dimora stabile sul territorio provinciale per la durata del beneficio delle prestazioni;
- g) indirizzare i flussi migratori coerentemente con il fabbisogno del mercato del lavoro e lo sviluppo socio-economico nel rispetto delle attribuzioni statali;

-----  
 Art. 1  
 Ziele

1. Auf der Grundlage der demokratischen Prinzipien unseres Gemeinwesens, der Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger, der allgemeinen Grundsätze des menschlichen Lebens, der Würde und der Freiheit ohne Unterschied nach Geschlecht sowie des Kinderschutzes und im Bewusstsein, dass die Integration einen Prozess gegenseitigen Austausches und Dialogs darstellt, fördert und regelt dieses Gesetz die Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die sich rechtmäßig in Südtirol aufhalten.

2. Die Autonome Provinz Bozen, in der Folge als „Land“ bezeichnet, verfolgt dabei, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse, vorbehaltlich der gültigen internationalen, EU- und staatlichen Gesetzgebung, folgende Grundsätze und Ziele:

- a) die Information über die Rechte und Pflichten, die mit dem Status als ausländischer Bürger verbunden sind,
- b) die Kenntnis der offiziellen Landessprachen,
- c) das gegenseitige Kennenlernen zwischen den verschiedenen Kulturen und Identitäten in Südtirol und gleichzeitig das Wissen um die örtliche Geschichte und Kultur, um den Integrationsprozess voranzutreiben,
- c-bis) Förderung der Beteiligung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben in Südtirol,
- d) die Aufdeckung und Behebung jeglicher Form von Ungleichbehandlung und Diskriminierung aufgrund einer unterschiedlichen ethnischen, sprachlichen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit ausländischer Bürgerinnen und Bürger, um so gleiche Chancen auf soziale und kulturelle Eingliederung zu gewährleisten und jegliche Form von Rassismus zu bekämpfen,

- e) *die Eingliederung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in das soziale Gefüge durch die Vermeidung von Ghettobildungen,*
- f) *der Zugang für die ausländischen Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-Eu-Staaten zu den auf dem gesamten Staatsgebiet vorgesehenen Grundleistungen und der schrittweise Zugang zu den zusätzlichen territorialen Grundleistungen. Für diese ausländischen Bürgerinnen und Bürger aus nicht EU-Staaten kann der Zugang zu den Leistungen, welche über die Grundleistungen hinausgehen, an den Wohnsitz, an den ständigen Aufenthalt und an deren Dauer gekoppelt sein. Alle Mitglieder einer begünstigten Familiengemeinschaft müssen während des Bezuges der Leistungen den Wohnsitz in Südtirol haben und sich ständig im Landesgebiet aufhalten,*
- g) *die Lenkung der Migrationsströme nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der sozioökonomischen Entwicklung, und zwar im Rahmen der staatlichen Vorgaben.*

Volevo far presente ai colleghi, così come sono già al corrente grazie alla lettera che ho fatto distribuire in giornata, che l'Ufficio Affari legislativi e legali, sentito anche l'ufficio traduzioni, ha proposto, all'articolo 1 le seguenti modifiche: Al comma 2 la parola "gültigen" viene sostituita dalla parola "geltenden".

La parola al consigliere Pichler Rolle sull'ordine dei lavori.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten, so wie vorbesprochen. Es hat keine Einigung im Fraktionssprecherkollegium gegeben. Deshalb stelle ich den Antrag, dass die Sitzung auch heute Nacht fortgesetzt wird.

**PRESIDENTE:** Fino a quando, consigliere?

**PICHLER ROLLE (SVP):** Bis zum Abschluss der Arbeiten. Wir werden dann sehen, wie schnell wir weiterkommen. Ich nehme aber an, dass es schwierig werden wird.

**PRESIDENTE:** Il regolamento prevede che possono parlare due consiglieri a favore e due contro. La parola al consigliere Urzì, prego.

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Una volta tanto, non capita di frequente, anzi non capita mai, io mi dichiaro contrario. Normalmente io sono sempre a favore di garantire lo svolgimento più ampio e approfondito su alcune tematiche, completare velocemente un percorso quando è necessario completarlo.

In questo caso mi permetto di rilevare due cose. La prima cosa è che la legge, come è stato già ampiamente dimostrato nel corso del dibattito generale, sostanzialmente non introduce alcuna novità, è una legge facciata, di testimonianza che possiamo definire quadro. Assembla, raccoglie, definisce meglio i contorni ma non è una legge in alcun modo urgente, perché essendo una legge di assemblamento e una legge quadro che non introduce novità sostanziali, non produce alcun effetto immediato la sua entrata in vigore. Io parto da una considerazione palese. Noi abbiamo sotto mano circa 250 emendamenti presentati dalle diverse parti politiche, che hanno la necessità di essere affrontati, discussi affinché si possa tentare, con la collaborazione della maggioranza, di arrivare ad un perfezionamento della legge. Io stesso mi sono fatto promotore di diversi emendamenti, così come lo hanno fatto altri colleghi. Questo è un lavoro che ci deve impegnare nel merito delle questioni con grande attenzione, precisione e determinazione. Io mi chiedo quale ratio abbia la determinata volontà del capogruppo Pichler Rolle che già aveva anticipato questa sua intenzione nel collegio dei capigruppo ma non aveva riposto ad una mia domanda, e spero che lo farà ora. Che urgenza c'è nell'approvazione di questa legge che non introduce novità sostanziali? Nulla cambierà dopo l'entrata in vigore di questa legge, domani, in termini sostanziali. Chiedo se non sia più logico e naturale prevedere per il Consiglio un lavoro di merito approfondito, non condizionato dall'ora tarda, dalla disattenzione che si crea a tarda ora sia sui banchi della maggioranza che della minoranza. Oggi abbiamo affrontato un ragionamento complesso riguardo il rispetto dei ruoli all'interno dell'assemblea legislativa. Io credo che il rispetto dei ruoli all'interno dell'assemblea legislativa preveda anche il rispetto delle iniziative di coloro che si sono fatti firmatari di questi emendamenti, che sono oltre 250, che hanno la necessità di essere discussi in un clima normale di confronto politico, non alle 3 o 4 di mattina. Non che la cosa spaventi qualcuno, me per primo, solo che la collega Artioli ha segnalato problemi di gestione familiare, che io comprendo e giustifico, anzi meritano

il massimo rispetto, ma credo che nessuno, compresa la collega Artioli dopo aver risolto con soluzioni d'emergenza i suoi doveri familiari, farà mancare il proprio apporto a qualunque ora della notte.

Ripongo la domanda al collega Pichler Rolle che sicuramente sarà darmi una risposta: questo vuol essere un tentativo da parte della SVP e della maggioranza tutta di riguadagnarsi una credibilità che ha perduto in questi ultimi mesi dove non ha prodotto iniziative legislative? Vuol essere un tentativo per riuscire a guadagnare un mezzo titolo per dire: la SVP vuol lavorare tutta la notte perché si guadagna l'indennità il singolo consigliere e vuole essere una forzatura delle regole e dei rapporti fra le parti politiche in Consiglio? Quale novità sostanziale domani scatterà con l'approvazione di questa legge, dovesse mai essere approvata, e non lo sarebbe comunque domani mattina per evidenti ragioni? Questa è la domanda che io pongo ribadendo la mia contrarietà una volta tanto. Non mi è mai successo, ho sempre votato a favore della prosecuzione dei lavori, ma questa volta la richiesta è completamente ingiustificata e andrebbe a peggiorare il lavoro di miglioramento di una norma che ha bisogno di essere attentamente approfondita in questa sede nei tempi giusti e con la giusta attenzione.

**PRESIDENTE:** Consigliera Artioli, parla a favore o contro?

**ARTIOLI (Lega Nord):** Parlo contro, ma prima di tutto chiedo una riunione delle minoranze di mezz'ora.

**PRESIDENTE:** La prassi, quando vi sono delle richieste o comunque delle continuazioni delle riunioni, è che in ogni caso la notturna inizi alle ore 20. Io proporrei, se l'aula fosse d'accordo, intanto di esprimermi a favore o contro la richiesta e poi fare la riunione delle minoranze, oppure fare la riunione delle minoranze subito, ma non posso concedere mezz'ora, dato che è quasi implicito il fatto che alle 20 si riprendano i lavori.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Allora chiedo un quarto d'ora, che ci dovrebbe bastare. Poi vorrei una giustificazione su qual è l'emergenza. Quella che state facendo voi è un'interpretazione.

**PRESIDENTE:** Concedo dieci minuti di interruzione, perché prima delle 19 dobbiamo tornare comunque in aula per poter votare.

La seduta è sospesa.

ORE 18.45 UHR

-----

ORE 18.55 UHR

**PRESIDENTE:** Riprendiamo i lavori. La parola al consigliere Urzì, prego.

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Sull'ordine del giorno. Abbiamo posto delle domande al proponente sulla richiesta di prolungamento dei lavori. Gli abbiamo chiesto se ci può spiegare l'urgenza di questo provvedimento, sia in collegio dei capigruppo che qua. Credo che una risposta, per lo meno per cortesia ci spetti, dato che oggi abbiamo parlato ore sulla cortesia.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Geschätzter Kollege Urzì! Für uns ist es wichtig, dass wir dieses Gesetz voranbringen. Wir haben in dieser Sitzungswoche die Zeiten zwischen Minderheit und Mehrheit korrekt aufgeteilt. Wir haben in dieser Sitzungswoche in der Zeit der Minderheit über acht Beschlussanträge der Opposition beraten und über diese abgestimmt. Wir haben über zwei Gesetzentwürfe der Opposition beraten und darüber abgestimmt. Wir sind jetzt bei einem Gesetzentwurf der Mehrheit. Wenn wir jetzt die Arbeiten nicht fortsetzen, dann beginnt die nächste Sitzungswoche des Landtages. Es werden wiederum zehn Punkte der Opposition aufgerufen, es wird beraten werden und dann geht es mit der Behandlung des Gesetzes der Südtiroler Volkspartei bzw. der Regierung weiter. Wir schauen dann, ob wir es angesichts der Flut an Anträgen, die hier gekommen sind, zu Ende bringen. Wir haben gleichzeitig das Sammelgesetz zur Landwirtschaft bereits auf der Tagesordnung. Wir haben auch die Rechnungslegung, das Gesetz zur Toponomastik auf der Tagesordnung und eine ganze Reihe von Anträgen der Kolleginnen und Kollegen der Südtiroler Volkspartei. Ich rede von Beschlussanträgen, die nicht prioritär aufgerufen werden können, weil die gesamte Zeit draufgeht, um ein Gesetz zu behandeln, das an und für sich einen gewissen Vorrang haben sollte. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich versuche zu erklären, dass wir nicht zwei oder drei Monate in Anspruch nehmen können, um ein Gesetz zu behandeln und all die anderen Punkte, die die Abge-

ordneten von unserer Fraktion eingebracht haben, einfach nicht zur Behandlung gelangen können, weil diese Zeit durch die Gesetzgebung beansprucht wird. Ich verstehe, dass es mühsam ist. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass Sie das Recht haben, Tagesordnungen einzubringen. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass Sie das Recht haben, auch 500 Änderungsanträge einzubringen, das ist Ihr gutes Recht, aber dann ist es auch unser gutes Recht zu versuchen, die Arbeiten trotzdem voranzubringen. Nur dies ist der Grund.

**PRESIDENTE:** Consigliera Klotz, vuole parlare a favore o contro?

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Dagegen!

**PRESIDENTE:** Hanno già parlato due consiglieri contro.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Herr Präsident, dann spreche ich dafür.

Herr Präsident, um es gleich zu sagen. Wenn man sich dieses ganze "Lamento" gespart hätte, dann wäre alles sachlicher zu beginnen gewesen in der Geschäftsordnungskommission. Hier war man überein gekommen, dass man die Zeiten jetzt so aufteilt, wie man sie aufgeteilt hat. Bisher ging die Minderheitszeit bis Mittwoch zu Mittag und dann begann die Mehrheitszeit. Man hat das abgeändert, auch mit dem Willen der Südtiroler Volkspartei, aber ich muss etwas dazu sagen. Wenn jetzt so getan wird, als hätte man für manche Gesetze nicht früher Zeit gehabt, dann ist es einfach nicht in Ordnung und nicht korrekt. Wir sind in den letzten beiden vergangenen Jahren bereits öfters am Mittwoch als am Freitag nach Hause gegangen. Dass dieses Integrationsgesetz kommen soll und kommen wird, hat die Landesregierung in der letzten Legislatur versprochen und so viel hat sich an den Mitgliedern der Landesregierung nicht geändert, als dass man das Gesetz nicht auch früher hätte bringen können. Es ist nicht die Schuld der Opposition, dass es jetzt einen Gesetzesstau auf Seiten der Mehrheit gibt. Daran sind nicht wir schuld. Man hätte das machen können.

Ich sollte aber dafür reden. Ich wäre für einen Kompromiss auch im Sinne der Bediensteten, der Übersetzerinnen und aller anderen Bediensteten, die bis vor zehn Minuten nicht gewusst haben, wie sie dran sind.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich habe bereits heute Nachmittag gefragt.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wir haben alle gefragt. Es hat geheißen, ich weiß es nicht. Gerade die Angestellten hier müssen sich ja auch organisieren. Sie müssen wissen, wie lange die Nachtsitzung dauert. Es ist eines. Wenn wir jetzt hier bestimmen, wir machen die Sitzung bis 22.00 Uhr, dann können sich auch die Angestellten darauf einstellen, sonst muss man jetzt anfangen zu fragen, wie viele Stunden jeder bzw. jede macht und ob man einen Ersatz findet. Wir können nicht verlangen, dass die Dolmetscherinnen bis 4.00 Uhr morgens übersetzen. Deswegen wäre es ein Kompromiss, wenn man schon möchte, ... Deswegen habe ich es in diese Lage bringen müssen, also dafür sein, dass wir wenigstens vereinbaren, dass wir eine Nachtsitzung machen und das Ende derselben festlegen im Sinne aller hier oder zum Vorteil von allen, damit wir wissen, wie wir dran sind. Bei mir spielt es keine Rolle, weil ich keine Kinder zu Hause habe, bei anderen aber, die davon ausgegangen sind, als es geheißen hat, man wisse es noch nicht, es werde schon keine geben, dagegen schon. Wir sollten mindestens das Ende der Sitzung festlegen, denn das sind wir den Angestellten hier schuldig.

**PRESIDENTE:** Se non erro, consigliera Klotz, Lei ha fatto una controproposta che la seduta prosegua fino alle 22. Devo sentire il consigliere Pichler Rolle.

La parola al consigliere Urzi sull'ordine dei lavori.

**URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Vorrei affrontare solo una questione fondamentale. Il Consiglio provinciale è convocato in seduta straordinaria per venerdì 16 settembre 2011 dalle 10 alle 13 e dalle 15 alle 19. Poi è specificato "con eventuali sedute notturne, se necessarie, per la trattazione dell'allegato ordine del giorno". Sono le 19.03, quindi ritengo di dover considerare la seduta conclusa rispetto all'orario predeterminato, perché in qualunque momento ogni consigliere convocato sapeva di essere convocato fino alle ore 19. A me risulta che ci siano consiglieri che potrebbero arrivare per una votazione, ma se non sono arrivati entro le 19 evidentemente hanno ritenuto che non sarebbero arrivati in tempo, quindi non sapendo che oltre le ore 19 non si può svolgere una seduta, evidentemente non sono presenti. Io mi assento temporaneamente dall'aula, perché ho un appuntamento inderogabile determinato dal fatto di aver ricevuto una convocazione precisa in que-

sto senso, quindi ritengo che assolutamente non possano proseguire i lavori oltre le ore 19. Siamo già oltre il tempo limite, i consiglieri che non sono informati di quanto sta accadendo non sono nella condizione di poter esercitare il proprio diritto. Questo è un caso che ha avuto dei suoi precedenti già in altre sedi.

**PRESIDENTE:** La proposta è stata avanzata nel tempo normale, quindi è pregiudiziale il fatto che debba essere messa in votazione, così mi dice la segreteria generale.

Metto in votazione la proposta del consigliere Pichler Rolle di proseguire i lavori alle ore 20.00: approvata con 19 voti favorevoli, 7 voti contrari e 1 astensione. Il consigliere Urzi non partecipa alla votazione.

Interrompo la seduta fino alle ore 20.00.

ORE 19.03 UHR

-----

ORE 20.02 UHR

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

Passiamo ora alla lettura degli emendanti all'articolo 1, che ai sensi dell'art. 97-quater del regolamento interno vengono esaminati congiuntamente:

**Emendamento n. 1**, presentato dalla consigliera Artioli: "Il titolo del disegno di legge è così sostituito: 'Gestione dell'integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri regolarmente e legalmente soggiornati sul territorio provinciale'".

"Der Titel des Gesetzentwurfes ist wie folgt ersetzt: "Integrationsmanagement für ausländische Bürgerinnen und Bürger, die sich ordnungsgemäß und rechtmäßig in Südtirol aufhalten".

**Emendamento n. 2**, presentato dal consigliere Leitner: "Al titolo sono aggiunte le seguenti parole: "e disciplina dell'immigrazione".

"Dem Titel werden folgende Worte angefügt: 'sowie Regelung der Einwanderung'".

**Emendamento n. 3**, presentato dal consigliere Seppi: "L'articolo è soppresso."

"Der Artikel wird gestrichen."

**Emendamento n. 4**, presentato dalla consigliera Artioli: "L'articolo è così sostituito:

'Art. 1

Finalità

1. La presente legge, sulla base dei principi che disciplinano l'ordinato progresso della nostra società, dei diritti e dei doveri di tutte le cittadine e di tutti i cittadini disciplina la presenza e la gestione dell'integrazione delle cittadine e dei cittadini stranieri, regolarmente e legalmente soggiornanti sul territorio provinciale.

2. La Provincia autonoma di Bolzano, di seguito denominata Provincia, nell'ambito delle proprie competenze ed attribuzioni, fatta salva la normativa internazionale, comunitaria e nazionale vigente in materia, persegue i seguenti principi e obiettivi:

la gestione dei diritti e degli inderogabili doveri connessi allo status di cittadino straniero regolarmente e legalmente soggiornante sul territorio provinciale;

la inderogabile richiesta della conoscenza delle lingue ufficiali della Provincia;

la promozione e massima divulgazione della conoscenza reciproca tra le tre culture e identità presenti sul territorio, ovvero quella tedesca, quella Italiana e quella ladina, nonché la conoscenza della storia e della cultura locale onde poter maggiormente informare i nuovi soggetti che intendono affrontare consapevolmente il rispettivo processo di integrazione;

disciplinare l'eventuale partecipazione alla vita sociale locale delle cittadine e dei cittadini stranieri, regolarmente e legalmente soggiornanti sul territorio provinciale;

individuare ed eliminare le manifestazioni e le discriminazioni riconducibili direttamente o indirettamente ai comportamenti conseguenti alla propria concezione socio-religiosa che sia in contrasto, ovvero non ammessa dai nostri ordinamenti al fine di garantire il massimo ordine sociale;

l'inserimento omogeneo delle cittadine e dei cittadini stranieri regolarmente e legalmente soggiornanti sul territorio provinciale nel tessuto sociale, evitando abusi ai danni dei cittadini già stabilmente residenti, e fenomeni di concentrazione scoordinata ;

consentire alle cittadine e ai cittadini stranieri regolarmente e legalmente soggiornanti sul territorio provinciale di Stati non appartenenti all'Unione europea l'accesso alle prestazioni essenziali vigenti su tutto il territorio nazionale e prevedere un loro graduale accesso alle prestazioni territoriali aggiuntive verificando contestualmente la rispettiva capacità di contribuzione, scoraggiando nel contempo tutte le eventuali occasioni di abuso. Per le cittadine e i cittadini stranieri di Stati non appartenenti all'Unione europea, regolarmente e legalmente soggiornanti sul territorio provinciale, l'accesso alle prestazioni, che vanno oltre le prestazioni essenziali, può essere condizionato alla residenza, alla dimora stabile e non illegale e alla relativa durata. Tutti i componenti del nucleo familiare beneficiario devono dimostrare di avere residenza e dimora stabile sul territorio provinciale;

indirizzare i flussi migratori coerentemente con il fabbisogno del mercato del lavoro e lo sviluppo socio-economico nel rispetto delle attribuzioni statali."

"Der Artikel erhält folgende Fassung:

-----  
'Art.1  
Ziele

1. Auf der Grundlage der Prinzipien für einen geregelten Fortschritt unseres Gemeinwesens, der Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger, regelt dieses Gesetz das Vorhandensein und die Handhabung der Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die sich ordnungsgemäß und rechtmäßig in Südtirol aufhalten.

2. Die Autonome Provinz Bozen, in der Folge als "Land" bezeichnet, verfolgt dabei, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Befugnisse, vorbehaltlich der gültigen internationalen, EU- und staatlichen Gesetzgebung, folgende Grundsätze und Ziele:

die Handhabung der Rechte und unabdingbaren Pflichten, die mit dem Status als ausländischer Bürger, der sich ordnungsgemäß und rechtmäßig in Südtirol aufhält, verbunden sind,

die unabdingbare Voraussetzung der Kenntnis der offiziellen Landessprachen,

die Förderung und höchstmögliche Verbreitung der Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens zwischen den drei Kulturen und Identitäten in Südtirol, nämlich der deutschen, der italienischen und der ladinischen, und gleichzeitig das Wissen um die örtliche Geschichte und Kultur, um die neuen Bürgerinnen und Bürger besser zu informieren, die bewusst den jeweiligen Integrationsprozess in Angriff nehmen möchten;

Regelung der etwaigen Beteiligung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die sich ordnungsgemäß und rechtmäßig in Südtirol aufhalten, am gesellschaftlichen Leben in Südtirol,

die Aufdeckung und Behebung von Verhaltensweisen und Diskriminierungen, die direkt oder indirekt auf die eigene soziale und religiöse Weltanschauung zurückzuführen sind, die zu unserer Rechtsordnung im Widerspruch steht bzw. nicht zugelassen ist, um die soziale Ordnung in jeder Hinsicht zu gewährleisten,

die Eingliederung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, die sich ordnungsgemäß und rechtmäßig in Südtirol aufhalten, in das soziale Gefüge, wobei Missbräuche zum Schaden bereits ansässiger Bürgerinnen und Bürger und eine unkoordinierte Konzentration zu vermeiden sind,

der Zugang für die ausländischen Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-Eu-Staaten, die sich ordnungsgemäß und rechtmäßig in Südtirol aufhalten, zu den auf dem gesamten Staatsgebiet vorgesehenen Grundleistungen und der schrittweise Zugang zu den zusätzlichen territorialen Grundleistungen bei gleichzeitiger Überprüfung ihrer Steuerleistung, wobei jeglicher Missbrauch zu unterbinden ist. Für diese ausländischen Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Staaten, die sich ordnungsgemäß und rechtmäßig in Südtirol aufhalten, kann der Zugang zu den Leistungen, welche über die Grundleistungen hinausgehen, an den Wohnsitz, an den ständigen und nicht rechtswidrigen Aufenthalt und an deren Dauer gekoppelt sein. Alle Mitglieder einer begünstigten Familiengemeinschaft müssen nachweislich den Wohnsitz in Südtirol haben und sich ständig im Landesgebiet aufhalten,

die Lenkung der Migrationsströme nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der sozioökonomischen Entwicklung, und zwar im Rahmen der staatlichen Vorgaben".

**Emendamento n. 5**, presentato dal consigliere Seppi: "Il comma 1 è soppresso."

"Absatz 1 wird gestrichen."

**Emendamento n. 6**, presentato dal consigliere Seppi: "Le parole 'dei principi democratici della nostra società' sono sopresse."

"Die Worte 'die demokratischen Prinzipien unseres Gemeinwesens' werden gestrichen."

**Emendamento n. 7**, presentato dal consigliere Seppi: "Le parole 'dei diritti e dei doveri di tutte le cittadine e di tutti i cittadini' sono soppresse."

"Die Worte 'der Rechte und Pflichten aller Bürgerinne und Bürger' werden gestrichen."

**Emendamento n. 8**, presentato dal consigliere Seppi: "Le parole 'della condivisione dei principi universali quali il valore della vita umana' sono soppresse."

"Die Worte 'der allgemeinen Grundsätze des menschlichen Lebens' werden gestrichen."

**Emendamento n. 9**, presentato dal consigliere Seppi: "Le parole 'e nella consapevolezza che l'integrazione è un processo di scambio e dialogo reciproco' sono soppresse."

"Die Worte 'und im Bewusstsein, dass die Integration eine Prozess gegenseitigen Austausches und Dialogs darstellt' werden gestrichen."

**Emendamento n. 10**, presentato dal consigliere Seppi: Le parole 'regolarmente soggiornanti sul territorio provinciale' sono soppresse."

"Die Worte ', die sich regelmäßig in Südtirol aufhalten' werden gestrichen."

**Emendamento n. 11**, presentato dai consiglieri Egger, Leitner, Mair e Tinkhauser: "Alla fine del comma è aggiunto il testo seguente: 'Nel contempo l'immigrazione futura, in particolare quella proveniente da Paesi extra-comunitari, va limitata – nell'ambito delle proprie competenze – al livello minimo indispensabile da un punto di vista economico'."

"Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: 'Gleichzeitig ist die künftige Zuwanderung, insbesondere jene aus Nicht-EU-Staaten, im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten auf ein volkswirtschaftlich absolut notwendiges Mindestmaß zu beschränken'."

**Emendamento n. 12**, presentato dall'assessore Bizzo: "Dopo il comma 1 dell'articolo 1, è aggiunto il seguente comma: '1-bis. La Provincia autonoma di Bolzano favorisce il reciproco riconoscimento e la valorizzazione delle identità culturali, religiose e linguistiche, ispirandosi ai principi di uguaglianza e libertà religiosa, ai sensi degli articoli 8, 19 e 20 della Costituzione italiana'."

"Nach Artikel 1 Absatz 1 wird folgender Absatz hinzugefügt: '1-bis. IN Berücksichtigung der Grundsätze der Religionsgleichheit und –freiheit, im Sinne der Artikel 8, 19 und 20 der italienischen Verfassung, fördert die Autonome Provinz Bozen die gegenseitige Anerkennung und die Aufwertung der kulturellen, religiösen und sprachlichen Identitäten'."

**Emendamento n. 13**, presentato dal consigliere Leitner: " Dopo il comma 1 è inserito il seguente comma: '1-bis. L'integrazione è un debito portabile per gli immigrati e presuppone che questi manifestino la disponibilità a rispettare la storia e cultura del Paese ospitante e ad accettare incondizionatamente la sua struttura sociale e i suoi valori fondamentali'."

" Nach Absatz 1 wird folgender Absatz eingefügt: '1-bis. Integration ist eine Bringschuld für Zuwanderer und setzt voraus, dass diese die Bereitschaft bekunden, Geschichte und Kultur des Gastlandes zu respektieren und dessen gewachsene Gesellschaftsstruktur und Grundwerte bedingungslos zu akzeptieren'."

**Emendamento n. 14**, presentato dal consigliere Seppi: "Il comma 2 è soppreso."

"Absatz 2 wird gestrichen."

**Emendamento n. 15**, presentato dal consigliere Leitner: "Il primo periodo è così sostituito: 'La Provincia autonoma di Bolzano, di seguito denominata Provincia, aspira a ottenere le competenze in materia di immigrazione attualmente detenute dallo Stato. Nel frattempo, nell'ambito delle proprie competenze e attribuzioni, fatta salva la normativa internazionale e comunitaria vigente, persegue i seguenti principi e obiettivi:'"

" Der erste Satz wird wie folgt ersetzt: 'Die Autonome Provinz Bozen, in der Folge als 'Land' bezeichnet, strebt die Zuständigkeiten für die Zuwanderung an, die derzeit beim Staat liegen. Bis dahin verfolgt sie im Rahmen ihrer bestehenden Zuständigkeiten und Befugnisse, vorbehaltlich der gültigen internationalen und EU- Gesetzgebung, folgende Grundsätze und Ziele:'"

**Emendamento n. 16**, presentato dal consigliere Seppi: "La parola ',comunitaria' è soppresa."

"Das Wort 'EU' wird gestrichen."

**Emendamento n. 17**, presentato dal consigliere Seppi: "La lettera a) è soppresa."

"Buchstabe a) wird gestrichen."

**Emendamento n. 18**, presentato dal consigliere Seppi: "La lettera b) è soppresa."

"Buchstabe b) wird gestrichen."

**Emendamento n. 19**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: "Le parole 'la conoscenza' sono sostituite dalle parole: 'promuovere l'apprendimento'."

"Die Worte 'die Kenntnis' werden durch die Worte 'die Förderung des Erlernens' ersetzt."

**Emendamento n. 20**, presentato dal consigliere Seppi: "La lettera c) è soppressa."

"Buchstabe c) wird gestrichen."

**Emendamento n. 21**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: "All'inizio della lettera c) sono inserite le parole: 'riconoscere e rispettare le diverse lingue, culture e fedi religiose delle cittadine straniere e dei cittadini stranieri, promuovere'."

"Die Worte 'das gegenseitige Kennenlernen' werden durch folgenden Wortlaut ersetzt: 'Anerkennung und Achtung der verschiedenen Sprachen, Kulturen und Glaubensbekenntnisse der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, Förderung des gegenseitigen Kennenlernens'."

**Emendamento n. 22**, presentato dal consigliere Seppi: "Le parole 'la conoscenza reciproca tra le diverse culture e identità presenti sul territorio, nonché' sono soppresse."

"Die Worte 'das gegenseitige Kennenlernen zwischen den verschiedenen Kulturen und Identitäten in Südtirol und gleichzeitig' werden gestrichen."

**Emendamento n. 23**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: "La parola 'sociale' è sostituita dalla parola 'pubblica'."

"Das Wort 'gesellschaftlichen' wird durch das Wort 'öffentlichen' ersetzt."

**Emendamento n. 24**, presentato dal consigliere Seppi: "La lettera d) è soppressa."

"Buchstabe d) wird gestrichen."

**Emendamento n. 25**, presentato dal consigliere Seppi: "La lettera e) è soppressa."

"Buchstabe e) wird gestrichen."

**Emendamento n. 26**, presentato dal consigliere Seppi: "Le parole ',evitando concentrazioni e fenomeni di ghettizzazione' sono soppresse."

"Die Worte 'durch die Vermeidung von Ghettobildungen' werden gestrichen."

**Emendamento n. 27**, presentato dal consigliere Seppi: "La lettera f) è soppressa."

"Buchstabe f) wird gestrichen."

**Emendamento n. 28**, presentato dal consigliere Seppi: "Dopo il primo periodo è aggiunto il seguente testo: 'sempre che dimostrino di avere un posto di lavoro o la possibilità di vivere con le loro risorse; in alternativa, che siano in grado di pagare le prestazioni a cui intendono accedere'."

"Dem ersten Satz wird folgender Wortlaut hinzugefügt: ', sofern sie nachweislich einen Arbeitsplatz oder die Möglichkeit haben, mit ihren Geldmitteln zu leben, oder in der Lage sind, die Leistungen, die sie in Anspruch nehmen möchten, zu bezahlen'."

**Emendamento n. 29**, presentato dal consigliere Seppi: "Nel secondo periodo le parole 'può essere condizionato' sono sostituite dalle parole 'deve essere condizionato'."

"Im zweiten Satz werden die Worte 'kann der Zugang' durch die Worte 'muss der Zugang' ersetzt."

**Emendamento n. 30**, presentato dal consigliere Seppi: "Nel secondo periodo dopo le parole 'alla residenza,' sono inserite le parole 'alla dimostrazione di essere in possesso di un lavoro stabile'."

"Im zweiten Satz wird nach den Worten 'an den Wohnsitz' der Wortlaut 'an den Nachweis, einer festen Arbeit nachzugehen', eingefügt."

**Emendamento n. 31**, presentato dal consigliere Seppi: "Nel terzo periodo dopo le parole 'devono essere residenza e dimora stabile' sono inserite le parole 'da almeno cinque anni sul territorio nazionale e da almeno due'."

"Im dritten Satz werden nach den Worten 'den Wohnsitz' die Worte 'seit zumindest fünf Jahren in Italien und seit zumindest zwei Jahren' eingefügt."

**Emendamento n. 32**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: "Alla fine della lettera f) sono inserite le parole: 'Per i cittadini extracomunitari in possesso del permesso di soggiorno UE per soggiornanti di lungo periodo e per i rifugiati, i richiedenti asilo, i beneficiari di protezione sussidiaria e i titolari di protezione umanitaria resta in ogni caso garantito quanto previsto rispettivamente dalle direttive 2003/109/CE e 2004/83/CE;'"

"Am Ende des Buchstaben f) wird folgender Wortlaut hinzugefügt: 'Für Nicht-EU-Bürger, die eine langfristige EU-Aufenthaltsberechtigung besitzen, Flüchtlinge, Asylsuchende, und Nutznießende eines Subsidiärschutzes sowie Personen, die humanitären Schutz genießen, bleiben in jedem Fall die Richtlinien 2003/109/EG und 2004/83/EG aufrecht'."

**Emendamento n. 33**, presentato dal consigliere Leitner: "Dopo la lettera f) è inserita la seguente lettera: 'f-bis) per tutte le prestazioni aggiuntive è richiesto il requisito della residenza decennale. Inoltre valgono i seguenti principi:

aa) l'Alto Adige non è una terra d'immigrazione. Prima di un'ulteriore all'immigrazione occorre attingere fino in fondo al mercato del lavoro locale e a quello degli Stati dell'UE. L'immigrazione da Paesi terzi deve essere limitata al settore della forza lavoro altamente qualificata e a esigenze particolari del locale mercato del lavoro.

bb) il ricongiungimento familiare va limitato a coloro che hanno svolto in provincia almeno un anno continuativo di lavoro regolamentato e possono dimostrare di percepire il relativo reddito e di avere una dimora stabile. I familiari con più di 14 anni privi del relativo attestato linguistico sono esclusi dal ricongiungimento. Sono altresì esclusi i familiari che arrivano in provincia al solo scopo di beneficiare delle prestazioni sociali."

" Nach Buchstabe f) wird folgender Buchstabe eingefügt: 'f-bis) für alle Zusatzleistungen gilt als Voraussetzung eine zehnjährige Ansässigkeitspflicht. Zudem gelten folgende Grundsätze:

aa) Südtirol ist kein Zuwanderungsland. Vor weiterer Zuwanderung ist der lokale Arbeitsmarkt und jener der EU-Staaten auszuschöpfen. Zuwanderung aus Drittstaaten ist auf den Bereich der Hochqualifizierten und besondere Erfordernisse des lokalen Arbeitsmarktes beschränkt.

bb) Familienzusammenführung ist auf jene zu beschränken, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Land einer geregelten Arbeit nachgegangen sind, ein entsprechendes Einkommen und eine ständige Wohnung nachweisen können. Ohne entsprechenden Sprachnachweis sind Familienangehörige im Alter von über 14 Jahren von einer Zusammenführung ausgeschlossen. Davon ausgeschlossen sind ebenfalls Angehörige, die ausschließlich zum Zwecke der Abschöpfung von Sozialleistungen einreisen'."

**Emendamento n. 34**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: "La lettera g) è soppressa."

"Buchstabe g) wird gestrichen."

**Emendamento n. 35**, presentato dal consigliere Seppi: "La lettera g) è soppressa."

"Buchstabe g) wird gestrichen."

**Emendamento n. 36**, presentato dai consiglieri Dello Sbarba e Heiss: " All'inizio della lettera g) è inserito il seguente testo: 'monitorare e governare il mercato del lavoro allo scopo di garantire ai cittadini stranieri pari opportunità d'accesso al lavoro e contestualmente'."

"Am Anfang des Buchstaben g) wird folgender Wortlaut eingefügt: 'die Bestandsaufnahme und Lenkung des Arbeitsmarktes, um den ausländischen Bürgern gleiche Arbeitsmöglichkeiten zu gewährleisten, und gleichzeitig'."

**Emendamento n. 37**, presentato dal consigliere Seppi: "Le parole 'e lo sviluppo socio-economico' sono soppresse."

"Die Worte 'und der sozioökonomischen Entwicklung', werden gestrichen."

Apro il dibattito sugli emendamenti. Ha chiesto intervenire il consigliere Dello Sbarba, ne ha facoltà.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Io mi soffermo solo sui nostri emendamenti, perché la quantità è talmente vasta!

Il primo emendamento sostituisce: "Promuovere l'apprendimento delle lingue ufficiali della provincia" rispetto a "la conoscenza delle lingue ufficiali della provincia". Io credo che in una legge ci sia anche una sintassi da rispettare che deve avere un soggetto e un verbo. Una legge indica delle azioni che bisogna fare. Dire "la conoscenza delle lingue ufficiali della provincia" non significa niente se non aggiungiamo almeno che noi vogliamo promuovere l'apprendimento, altrimenti la conoscenza sembra una cosa che viene data per fatta o per non fatta.

Il secondo emendamento, il n. 21, è collegato al riconoscimento del diritto di professare le diverse fedi religiose. Ho visto che c'è l'emendamento n. 12 dell'assessore Bizzo che cita a questo riguardo anche gli articoli 8, 19 e 20 della Costituzione. È un emendamento che mi trova d'accordo, quindi se questo emendamento dovesse essere approvato, l'emendamento n. 21 verrebbe ritirato.

Un po' più seria è la questione della lettera c/bis che è frutto dell'approvazione di una modifica di un nostro emendamento che in origine diceva: "Promuovere la partecipazione alla vita pubblica locale delle cittadine e dei cittadini stranieri". La "vita sociale locale" non vuol dire niente, perché la "vita sociale" cos'è? Incontrarsi in piazza, andare al bar oppure sono i servizi sociali, e allora non è vita ma è l'accesso ai servizi sociali, e questi sono regolati dagli articoli successivi della legge. Qui invece il discorso di promuovere l'accesso alla vita pubblica vuol dire alla partecipazione al rapporto con le istituzioni, ha qualcosa a che vedere anche per esempio sul coinvolgimento possibile a certe condizioni per certe fasce di persone nei referendum locali ecc., cioè ha a che fare con i diritti di cittadinanza e di partecipazione politica. Noi vorremmo che la lettera c/bis fosse restituita alla sua intenzione originaria che era quella di dire "promuovere la partecipazione alla vita pubblica". È una cosa molto generica, però è l'affermare il principio che l'integrazione si fa anche con la partecipazione a momenti della vita pubblica, alle grandi decisioni, ai grandi dibattiti. Poi ogni ente locale, Provincia e comuni troveranno le strade per farlo.

Per quanto riguarda la lettera f) noi vorremmo inserire la frase: *"Per i cittadini extracomunitari in possesso del permesso di soggiorno UE per soggiornanti di lungo periodo e per i rifugiati, i richiedenti asilo, i beneficiari di protezione sussidiaria e i titolari di protezione umanitaria resta in ogni caso garantito quanto previsto rispettivamente dalle direttive 2003/109/CE e 2004/83/CE;"*. Sono tutte le categorie un po' speciali che la legislazione europea individua. Citare queste normative, citare che esiste fra i cittadini immigrati extracomunitari da paesi terzi questo tipo di categorie, non è una cosa superflua, è il richiamarsi ad una legislazione europea ben precisa e dire che vengono fatte salve queste norme per queste categorie. Io vorrei aprire una parentesi, perché ho seguito prima il dibattito sull'ordine del giorno che non abbiamo votato insieme ai colleghi del Partito Democratico e sono contento di essere con questa buona compagnia sulla questione di attingere forza lavoro immigrata solo da paesi dell'Unione Europea. Qui bisogna chiarire su cosa legiferiamo, perché i cittadini dell'Unione Europea forse non hanno bisogno di una legge sugli stranieri, perché sono parificati ai cittadini italiani. I cittadini comunitari hanno gli stessi diritti e doveri dei cittadini comunitari certamente per quanto riguarda il lavoro e la mobilità. Non è che sono stranieri tutti quelli che non hanno il passaporto italiano! Tra gli stranieri esistono cittadini comunitari che a mio parere hanno bisogno di poca legislazione provinciale, perché in gran parte i loro diritti e doveri sono parificati con quelli dei cittadini italiani, infatti di solito si distingue fra comunitari ed extracomunitari. Dunque la legislazione provinciale ha senso soprattutto per i cittadini dei paesi terzi, cioè per i cittadini fuori dall'Unione Europea. Lì ci sono soglie vere consentite dalla legislazione europea, consentite dalla legislazione italiana, e quindi c'è la possibilità di approvare una serie di norme.

Il titolo della legge "integrazione dei cittadini e cittadine stranieri", lo diceva ieri il collega Heiss, è un po' generico, perché il terzo di cittadini che vengono dalla Germania, dall'Austria vengono contati tra i 40 mila stranieri. Bisogna distinguere, di questi 40 mila stranieri gli extracomunitari sono molti di meno, sono circa 25 mila. Cerchiamo di distinguere e di fare le precisazioni che fa la legislazione europea, e cerchiamo di garantire a ciascuno quello che va garantito, oppure di chiedere a ciascuno quello che va chiesto. Non esiste solo "noi e gli stranieri", esistono diversi tipi di grado dell'essere straniero.

Infine a noi la lettera g) "indirizzare i flussi migratori coerentemente con il fabbisogno del mercato del lavoro", posta in questo punto non piace, non perché non sia giusto, ma perché posto in questo punto a noi pare limitativo. Il fenomeno dell'immigrazione non è solo un fenomeno che dobbiamo affrontare solo dal punto di vista economico del nostro fabbisogno di forza lavoro, ma c'è una dimensione più vasta che noi dobbiamo affrontare, e con questa legge in parte la affrontiamo. Noi abbiamo proposto due soluzioni, o quando diciamo l'economia ecc., la spostiamo da un'altra parte, oppure proponiamo con l'emendamento n. 36 solo di reintrodurre, e lo facciamo anche con altri emendamenti, il testo che nella sua elaborazione ad un certo punto aveva assunto questa lettera. L'assessorato ha avuto la gentilezza e la sensibilità di consultare via via sindacati, associazioni, sulle varie ipotesi di testo man mano che questo testo veniva articolato, quindi ho fatto uno studio comparato delle varie edizioni di questo testo e l'ultima versione è stata molto ridotta, perché in realtà la dizione vera è quella che noi proponiamo di reintrodurre. La legge parlava ad un certo punto del diritto al lavoro, cioè *"monitorare e governare il mercato del lavoro allo scopo di garantire ai cittadini stranieri pari opportunità d'accesso al lavoro e contestualmente"*, e poi continuava "indirizzare i flussi migratori coerentemente con il fabbisogno del mercato del lavoro e lo sviluppo socio-economico nel rispetto delle attribuzioni statali". A me pare che se vogliamo lasciare questa lettera g) nei principi generali, si è sempre parlato di diritti e doveri, allora sostenere l'inserimento nel mercato del lavoro, l'orientamento nel mercato del lavoro, era la prima parte che poi invece è decaduta nel testo originario dell'assessorato, e poi si può legare il discorso anche al fabbisogno dell'economia, cioè tenere in equilibrio le due cose, perché se io devo tenere in equilibrio due piatti di una bilancia dove da una parte ci sono i diritti e dall'altra ci sono i doveri o da una parte c'è quello che serve a noi e dall'altra c'è quello che serve all'immigrato che arriva, noi togliamo un piatto, è chiaro che la bilancia si squilibra. Questo articolo nella sua versione formulata in prima proposizione dall'assessorato aveva questi due elementi, cioè sostenere l'inserimento nel mercato del lavoro, delle pari opportunità nell'accesso al lavoro - questo è importante per evitare il dumping, di cui parlava anche il collega Pardeller, cioè pari opportunità nel mercato del lavoro vuol dire anche lotta al lavoro nero, anche lotta alla suboccupazione, alle retribuzioni più basse degli altri - e poi dall'altra parte però rivolgersi a gestire il fenomeno migratorio anche in base alle necessità della nostra economia.

Questi due elementi vanno tenuti insieme, perché se si toglie un piatto da una parte o dall'altra la bilancia si squilibra. Allora non siamo più solo al "fordern um" ma siamo solo al "fordern", e questo credo che non lo voglia nessuno.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Es tut mir außerordentlich leid, dass wir über so ein wichtiges Thema so nebenbei ein Gesetz machen. Ich habe den Eindruck, dass es der Mehrheit darum geht, diese heiße Kartoffel so schnell wie möglich beiseitezuschieben. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Anders gesagt: Die Volkspartei sieht es unter dem Gesichtspunkt "si vis pacem, para bellum", "Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor." Wenn Ihr Krieg haben wollt, dann sollt Ihr ihn auch haben! Ich sage das in aller Deutlichkeit, denn das, was heute geschehen ist, Herr Präsident ... Leider ist Landesrat Theiner nicht hier, aber wenn man uns in Zusammenhang mit dieser Debatte Menschenfeindlichkeit vorwirft, dann ist die Grenze des normalen Diskurses bzw. des Zuträglichen erreicht. Ich begründe dies. Ich habe auch einen Antrag hier. Kollege Schuler, wahrscheinlich bist du die meiste Zeit abwesend gewesen ...

**SCHULER (SVP):** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Dann hast Du nicht aufgepasst oder hast die Anträge nicht richtig gelesen. Ich beginne mit dem Änderungsantrag Nr. 33, bei dem es um die Familienzusammenführung geht, das heißt darum, was wir unter Familienzusammenführung verstehen.

**SCHULER (SVP):** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ja, ich lese ihn ja gerade! Du hast ihn noch nicht gelesen! Da steht: "*Familienzusammenführung ist auf jene zu beschränken, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Land einer geregelten Arbeit nachgegangen sind, ein entsprechendes Einkommen und eine ständige Wohnung nachweisen können. Ohne entsprechenden Sprachnachweis sind Familienangehörige im Alter von über 14 Jahren*" – das sind keine Kinder mehr – "*von einer Zusammenführung ausgeschlossen. Davon ausgeschlossen sind ebenfalls Angehörige, die ausschließlich zum Zwecke der Abschöpfung der Sozialleistungen einreisen.*" Von behinderten Kindern steht hier nichts und auch nicht im Beschlussantrag! Kollege Schuler, Du weißt, dass Kinderarbeit verboten ist. Kinder können also gar nicht zum Arbeiten kommen. Passt also ein bisschen auf, was Ihr sagt! Das, was in der Presseaussendung von Landesrat Theiner heute steht, ist klagenswert! Schreibt Euch das hinter die Ohren, denn wir lassen uns nicht alles gefallen! Lest, was steht und interpretiert bitte nicht! Herr Präsident, ich erwarte mir auch, dass das Präsidium dazu Stellung nimmt, ob und wann die Freiheitlichen irgendetwas Menschenfeindliches gesagt oder geschrieben haben! Wann haben wir jemals gesagt, dass behinderte Kinder nicht nach Südtirol kommen können? Wir sind dagegen, dass Großfamilien nachgeholt werden. Es kommen ja junge Leute zum Arbeiten, die wir ja alle brauchen, wie Ihr sagt, und die haben vielleicht Eltern und Großeltern. Dass die alle kommen und sich alle unentgeltlich von unserem Gesundheitswesen behandeln lassen können, dazu sagen wir Nein! Wenn Du genau hingehört hast, so hat meine Kollegin Ulli Mair bei der Generaldebatte gesagt, dass auch Illegale das Recht haben, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, weil die Ärzte einen Eid geleistet haben. Illegale sind aber zu melden und gegebenenfalls auszuweisen, wie es die Gesetze vorsehen. Niemand hat gesagt, dass ein Mensch nicht menschenwürdig behandelt werden soll. Uns das zu unterstellen, ist infam, unterste Schublade und gehört nicht in diesen Landtag! Dagegen verwehre mich in aller Form! Wenn es hier keine Entschuldigung von den Kollegen Schuler und Theiner gibt, dann wird es eine Anzeige geben!

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**PRESIDENTE:** Per favore! Sta parlando il consigliere Leitner.  
Prego, consigliere Leitner.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Es wurde heute bekrittelt, dass nach einer Aussage des Kollegen Seppi jemand gelacht habe. Frau Vizepräsidentin, Du giltst als Rechtsanwältin und so gescheite Frau ... Ich muss mich jetzt zusammenreißen, denn sonst würde ich sagen: "Halt ganz einfach den Mund!"

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Stopselin!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Irgendwann reicht es, Herr Präsident! Wir müssen uns nicht immer und überall von bestimmten Leuten in diesem Haus bestimmte Dinge vorhalten lassen, in welcher Form auch immer! Ich denke, dass wir uns anständig aufführen und zur Sache reden. Unsere Anträge sind alle inhaltlich. Wir haben

den Antrag betreffend die Familienzusammenführung klar formuliert. Wenn jemand irgendetwas anderes hineininterpretieren will und uns vorwirft, dass wir dagegen seien, dass behinderte Kinder nachgeholt werden, dann reicht es! Frau Vizepräsidentin, gerade Sie als Rechtsanwältin müssten sagen, dass hier die Grenze des Zulässigen überschritten ist! Als Freiwillig lassen wir uns nicht behandeln!

Wir haben Anträge inhaltlicher Art eingebracht. Der Titel des Gesetzentwurfes "Integration ausländischer Bürgerinnen und Bürger" sagt überhaupt nichts aus. Was hier verlangt wird, führt nicht zu Integration. Deshalb schlagen wir vor, den Titel mit den Worten "... sowie Regelung der Einwanderung" zu ergänzen, natürlich immer im Rahmen unserer Zuständigkeit. Es hat natürlich einen Sinn, wenn die Forderungen, die wir erheben, irgendwo einfließen. Alle unsere Anträge sind schlüssig und dienen dazu, das Gesetz zu verbessern. Es hat keinen Sinn, ein Gesetz zu machen, um alle Tür aufzumachen und zu sagen: "Kommt alle zu uns. Hier geht es Euch gut. *"Integration ist eine Bringschuld für Zuwanderer und setzt voraus, dass diese die Bereitschaft bekunden, Geschichte und Kultur des Gastlandes zu respektieren und dessen gewachsene Gesellschaftsstruktur und Grundwerte bedingungslos zu akzeptieren."* Kann man das nicht verlangen? Da steht nichts drinnen bzw. Ihr verlangt gar nichts! Kollege Dello Sbarba, wo ist denn hier das Fordern? Ich sehe kein Fordern bzw. keine Forderung! Artikel 1 Absatz 2 möchten wir wie folgt ändern: *"Die autonome Provinz Bozen - in der Folge als Land bezeichnet- strebt die Zuständigkeiten für die Zuwanderung an."* Jetzt habt Ihr noch einmal eine Chance, Euren eigenen Worten Glaubwürdigkeit zu verleihen bzw. Euch selber ernst zu nehmen. Also, *"das Land strebt die Zuständigkeiten für die Zuwanderung an, die derzeit beim Staat liegt. Bis dahin verfolgt es im Rahmen ihrer bestehenden Zuständigkeiten und Befugnisse, vorbehaltlich der gültigen internationalen und EU-Gesetzgebung, folgende Grundsätze und Ziele: ..."* Wir haben also sogar die Europäische Union angesprochen. Wir möchten, dass man bestimmte Leistungen erst nach zehn Jahren erhält. In einem Beschlussantrag des Kollegen Seppi ist ja ganz klar dargestellt worden, dass hier Leute zu Wohnungen kommen, die offensichtlich nicht einmal ein Anrecht darauf hätten, und dass man die Wirtschaft einfach außen vor lässt. Wir möchten schon, dass die geltenden gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Sonst ist das wirklich ein "Macht hoch die Tür, die Tor macht weit und kommt alle herein!" So einfach kann es nicht gehen! Die Zielsetzung ist das Entscheidende bei einem Gesetz, aber Ihr verlangt von den Zuwanderern überhaupt nichts oder kaum etwas. Sie haben alle Rechte und alle Leistungen offen. Ihr bedenkt nicht, welcher soziale Konfliktstoff bei der Bevölkerung vor Ort entstehen kann, die tagtäglich Dinge erlebt, die für Euch wahrscheinlich unvorstellbar sind. Den Eindruck habe ich einfach. Wenn man Missstände angeprangert oder aufgezeigt hat, dann wurden sie zunächst einmal bestritten oder belächelt. Zum Schluss wurden dann diejenigen bestraft, die einen Missstand aufgedeckt haben und nicht diejenigen, die ihn begangen haben. Das ist so üblich! Man klagt jene an, die nichts anderes tun, als einen Missstand anzuprangern. Ich verwehre mich noch einmal dagegen, dass bestimmte politische Gruppierungen wie die unsere als Ausländerfeinde dargestellt werden, die mit Parolen herkommen und nicht wissen, wovon sie reden. Ich kann Euch sagen, dass wir genau wissen, wovon wir reden! Wir haben den Menschen zugehört, von denen viele zu uns gekommen sind. Ihr wollt nicht wahrhaben, dass auch Ausländer zu uns kommen. Die sind ja auch nicht zufrieden mit dieser Situation! Diese Ausländer wissen, was sie wollen, Ihr wisst es nicht! Ihr wollt nur schnell ein Gesetz machen, damit das Thema vom Tisch ist! Ihr habt ja zehn Jahre gebraucht, um diese dünne Suppe vorzulegen, die nichts Klares enthält! Wir werden sicher nicht einem Gesetz zustimmen, dessen Ziele nicht klar formuliert sind und bei dem niemand genau weiß, wie er dran ist. Vor allem aber wird die einheimische Bevölkerung im Ungewissen gelassen. Es wird ein Spalt aufgemacht, der alle Interpretationen zulässt. Es widerstrebt mir, dass mit diesem Thema so oberflächlich umgegangen wird. Wir müssen die Weichen so stellen, dass bestimmte Dinge nicht eintreten können. Wenn wir warten, bis wir dieselbe Entwicklung haben wie anderswo, dann ist es zu spät bzw. dann können wir nichts mehr tun. Die Leute werden auch zu Euch in die Sprechstunden kommen und Euch Dinge erzählen, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen. Ich könnte hier Romane schreiben! Es wäre wirklich interessant, ein Weißbuch aller Meldungen zu erstellen, die wir in den letzten Jahren erhalten haben. Natürlich wäre es falsch und auch von unserer Seite oberflächlich, alles nachzubeten oder alles zu glauben, was uns die Menschen erzählen, aber in dieser Frage sind wir sehr ernsthaft vorgegangen und haben bestimmte Fälle auch dokumentiert und weitergetragen.

Wenn die Zielsetzung eines Gesetzes nicht klar und der Titel irreführend ist, dann kann es kein gescheites Gesetz werden. Ich appelliere wirklich an die Landesregierung und an die Mehrheit im Landtag, sich mit unseren Änderungsanträgen inhaltlich auseinanderzusetzen und nicht nach dem Motto "Das kommt von den Freiheitlichen, also lehnen wir es ab" vorzugehen. Ihr könnt Sie natürlich ablehnen, aber die Probleme beseitigt Ihr nicht. Sie werden Euch einholen und Euch härter treffen, als es heute der Fall ist! Wenn man vorausschauende Politik betreibt, dann muss man die Weichen so stellen, dass größtmöglich Fehlentwicklungen vermieden werden. Man kann nicht alles vorhersehen und Fehler werden immer gemacht, sie sollten aber nicht bewusst gemacht werden.

Hier rennen wir wissend in die falsche Richtung, Da kann morgen niemand sagen: "Ich habe das nicht gewusst." Da wird man uns dann bezichtigen, nicht ernsthaft bei der Sache gewesen zu sein oder ein schlechtes Gesetz gemacht zu haben. Jetzt haben wir noch die Chance, es zu verbessern.

**SCHULER (SVP):** In persönlicher Angelegenheit. Kollege Leitner, ich glaube, dass Du einen anderen Text vorgelesen hast. Im meinem Text - Beschlussantrag Nr. 5 –steht: *"Familienzusammenführung ist nur jene möglich, die bei ihrer Einreisung einen Arbeitsplatz ... Es ist darauf zu achten, dass keine kranken und arbeitsunfähigen Personen nachgeholt werden."* Natürlich steht nicht "behinderte" drinnen, aber ...

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht)*

**SCHULER (SVP):** Wer sind arbeitsunfähige Personen? Das sind die alten Leute und jene, die eine geistige oder körperliche Behinderung haben.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht)*

**SCHULER (SVP):** Er will es nicht verstehen! Wer sind Deiner Meinung nach "arbeitsunfähige" Personen, wenn nicht alte Leute und körperlich Behinderte? Sind körperlich Behinderte arbeitsfähige Personen?

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**SCHULER (SVP):** Zudem hat Dein Fraktionskollege meine Version bestätigt, indem er auf denselben Vorhalt hin gesagt hat, dass man nicht ein behindertes Kind nachholen könne und man das Kind verlassen müsse und nicht umgekehrt. Diese Reaktion ist also nicht ganz fair.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht)*

**SCHULER (SVP):** Das hat er bestätigt und dafür gibt es Zeugen!

**SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Sull'ordine dei lavori vorrei capire, al di là del fatto che sono contento che il collega Schuler sia intervenuto, a che titolo è intervenuto.

**PRESIDENTE:** Per fatto personale e l'ha anche motivato.

**SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** E perché Lei non gli ha chiesto qual era il fatto personale e lo chiede solo a me?

**PRESIDENTE:** Io lo chiedo. Me l'ha detto prima, è venuto qui al banco prima. Il consigliere Leitner aveva detto che lo denunciava per una sua affermazione, quindi ho avuto modo di presumere che il fatto personale fosse quello.

**SEPPi (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Va bene, però se io voglio venire da Lei a spiegarLe le cose, non se la deve prendere!

Inizio il mio intervento sugli emendamenti. Il primo emendamento a cui mi riferisco dice: "...e nella consapevolezza che l'integrazione è un processo di cambio e dialogo reciproco". Io non devo necessariamente pensare che in un sistema democratico l'integrazione sia un processo di scambio e dialogo reciproco. Quando si parte con l'indirizzo di una legge e si dice: "La presente legge, sulla base dei principi democratici," ecc., il limite della democrazia è quello di muoversi, secondo propri convincimenti, all'interno di norme, ma non è sicuramente quello di trovarmi nella consapevolezza che l'integrazione sia un processo di scambio e dialogo reciproco. Io dialogo con chi voglio. Qualcuno mi chiede perché quando vado fuori dall'aula dialogo con la collega Klotz, perché qualcuno è convinto che siccome io e la collega Klotz siamo avversari politici, quando siamo fuori dobbiamo prenderci a "cazzotti", quando invece alla fine, se viene un terremoto, io la metto sotto le mie spalle, perché la voglio salvare. Altrimenti chi parla di Tirolo unito se non viene più lei? Non sono assolutamente d'accordo che ci sia la consapevolezza che l'integrazione è un processo di scambio e dialogo reciproco. Io penso che deve esserci invece, da parte

di chi viene a casa nostra, la volontà del dialogo, che può anche essere rifiutata da parte di qualcuno. Io dialogo volentieri con un extracomunitario, ma non necessariamente devo essere obbligato a farlo, e nei confronti di chiunque! Posso rifiutare con chiunque il dialogo. Non ho l'obbligo. Quando ci sono questi eccessi così demagogici e strumentali, ritengo che le leggi perdano il senso della loro vera essenza, senza citare Benedetto XVI. Il dialogo reciproco è una cosa del tutto volontaria.

Al comma 2, lettera c), c'è scritto: "...la conoscenza reciproca". Noi dovremmo muoverci perché perseguiamo il principio della conoscenza reciproca fra le diverse culture e identità. Io penso che la conoscenza reciproca sia anche una questione di punti di vista. Io non ho nessuna intenzione di fare conoscenza con chi non mi interessa. Perché deve necessariamente esserci la conoscenza reciproca? Sarebbe forse il caso che se qualcuno viene a casa nostra, imparasse la nostra conoscenza, mentre noi non dovremmo conoscere la sua necessariamente. Se qualcuno di noi vorrà farlo, lo faccia, ma se non vuole farlo, non può essere il comma b) o il comma c) della legge ad impormelo. "Slavazzamenti" di questo tipo, detto in dialetto, credo siano solo demagogia.

Alla lettera d) si legge: "individuare ed eliminare le diseguaglianze e le discriminazioni riconducibili direttamente o indirettamente alla diversa identità etnica, linguistica, culturale e religiosa delle cittadine e cittadini stranieri, al fine di garantire pari opportunità di inserimento sociale". Io penso che l'inserimento sociale non abbia nulla a che vedere con quanto detto prima. Esso dipende esclusivamente dalla volontà di chi ha voglia di inserirsi e non dalla conoscenza della reciproca identità etnica, ma solo dalla volontà da parte di qualcuno che viene a trovarci di inserirsi nel nostro sistema. "L'inserimento omogeneo delle cittadine e cittadini stranieri nel tessuto sociale, evitando concentrazione e fenomeni di ghettizzazione" è un'affermazione ipocrita, perché la politica specialmente dei comuni portata avanti fino adesso è esattamente il contrario. Si è portati a fare una ghettizzazione, un po' perché persone che sono figli della stessa religione, della stessa lingua, della stessa identità culturale o quasi, è chiaro che cercano punti di incontro fra di loro prima che punti di incontro fra gli altri. È altrettanto chiaro che se io vado all'"Oktoberfest" dopo mezz'ora trovo sicuramente quattro persone di Bari con cui fare festa. È normale andare a cercare il connazionale, quindi se in via Garibaldi c'è quello che c'è non si può dire che non si sia voluto in qualche modo ghettizzare o si sia evitato che ciò accadesse, anche se il sentimento di volontà di farlo non è partito dalla politica ma dell'essere umano. Quando si parla di non volontà di ghettizzare bisogna stare molto attenti, perché dove la ghettizzazione è avvenuta, non è stato fatto nulla per evitarla, anzi! Qualcuno chiede come. Andiamo a chiedere alla Caritas che prende in affitto appartamenti anche da privati per darli agli extracomunitari, dove è andata a prenderli. Il via Garibaldi ne avrà presi 30. Allora non si può dire che non c'è la ghettizzazione, perché se la Caritas è in qualche modo finanziata dalla Provincia, bisogna anche imporre le proprie idee, bisogna dire che se vuoi che si inseriscano nel tessuto sociale non comprarli tutti nello stesso palazzo o nella stessa via. Invece si è lasciato che gli altri facciano, perché in certe zone di Bolzano non si vogliono presenze ritenute in maniera ipocrita non desiderate. In piazza Gries non ho mai visto nessuno dormire sulle panchine. Se usciamo di qua adesso ce n'è uno, poverino, che dorme sulle scale! Questa è la verità. Bisogna che ci guardiamo tutti in faccia davvero, perché nessuno vuole il male degli altri, anzi tutti vogliamo il bene, ma certe ipocrisie dobbiamo finire di dirle, perché in via Weggenstein la Caritas non ha mai preso un appartamento in affitto per darlo agli extracomunitari, mentre in via Alto Adige e in via Garibaldi ne avrà presi 40! È inutile che ci nascondiamo dietro considerazioni demagogiche annacquate in un disegno di legge che tanto sa di santo tanto sa di ipocrisia!

"Tutti i componenti del nucleo familiare beneficiario devono avere residenza e dimora stabile sul territorio provinciale per la durata del beneficio delle prestazioni". Siamo nella notte dei tempi, cioè "per le cittadine e cittadini stranieri di stati non appartenenti all'Unione Europea l'accesso alle prestazioni che vanno oltre le prestazioni essenziali può essere condizionato alla residenza, alla dimora stabile e alla relativa durata". Perché "può essere" condizionato? O è condizionato o non lo è. È corretto, al di là di quello che si esprime, scrivere in una legge "può essere condizionato"? No. Una legge stabilisce ciò che è e ciò che non è. Non entro nel merito se sia giusto condizionare o meno l'accesso non sono io il legislatore - quando avremo la maggioranza faremo un governo - ma non si può scrivere in una legge "può essere". O la legge stabilisce che è o stabilisce che non è. Quindi non capisco questa frase. Chi lo deciderà? "Tutti i componenti del nucleo familiare beneficiario devono avere residenza e dimora stabile sul territorio provinciale per la durata del beneficio delle prestazioni". Allora se arriva uno, si fa operare di appendicite deve stare per forza all'ospedale fino a quando hanno finito di operarlo, oppure addirittura la cura è più lunga, perché si arriva a dire, in altre situazioni, che noi dobbiamo anche prestare cure agli alcolisti e ai tossici, ma non quelli che sono diventati tossici a forza di star qua, nel qual caso avrebbe anche ragione, tossici che arrivano già tossici, e noi dobbiamo fare loro le cure con il metadone per sei mesi o un anno, perché hanno diritto a questo. Dobbiamo essere più precisi. Possiamo contestare ciò che è scritto, ma non possiamo assolutamente disquisire su una legge che dice: "può essere". O è o non è!

Alla lettera g) si dice: "Indirizzare i flussi migratori – e questo è giusto ma non è mai successo – quindi ho chiesto di eliminare la lettera g), ma l'ho fatto solo per fare ostruzionismo, il realtà non voglio eliminarla, e non voglio neanche fare ostruzionismo. Ho solo detto al mio impiegato di tirare giù tutto, dalla A alla Z, poi quelli intelligenti li ho messi dentro io. Continuo: "indirizzare i flussi migratori coerentemente con il fabbisogno sul mercato del lavoro e lo sviluppo socio-economico nel rispetto delle attribuzioni statali." Faccio una domanda alla quale l'assessore Bizzo sicuramente non è in grado di rispondermi, sul numero di extracomunitari che sono forza lavoro, non parliamo quindi di pensionati e di bambini, presenti sul territorio che non lavorano. Qual è la percentuale di non occupazione a livello della forza lavoro extracomunitaria? È troppo facile la domanda? Il dato che Lei mi dà non è quello ufficiale, perché io vorrei sapere cosa fanno, perché un giorno mi sono messo a contarli. Ho preso 8-10 dei miei ragazzi e li ho mandati in via Sassari, in via Resia, in viale Europa, sono entrati nei bar e hanno contato tutti gli extracomunitari che non stanno facendo nulla, giocano con le macchinette, bevono. Ce ne sono centinaia. Ma se uno la mattina va al bar a giocare con le macchinette e di pomeriggio pure, siccome non sta facendo turni alle Acciaierie, perché extracomunitari che fanno i turni alle Acciaierie ce ne sono 20, cosa fanno? Il problema è che non c'è nessun dato. Quando noi diciamo che in Alto Adige c'è una disoccupazione del 2,5%, è dovuta al fatto che noi siamo tutti censiti, ma loro non sono censiti dal punto di vista operativo. Quale grado di disoccupazione c'è fra gli extracomunitari presenti? E se ci sono disoccupati fra gli extracomunitari da più di sei mesi, cosa ci stanno a fare, visto che in Italia si viene per lavorare, altrimenti si torna al proprio paese?

Tutte queste cose che si scrivono hanno la relatività di essere cose che non sono mai state applicate, che non verranno mai applicate, che sono considerate solamente la facciata di una situazione che è grave e pesante. Io fra mille documenti voto oggi ho espresso due concetti di fondo numericamente dimostrati. Ho detto che per l'Ipes la superficie di un alloggio è ritenuta sufficiente se ha dieci metri di più di quanto preveda lo Stato. Allora quando uno riesce ad avere il ricongiungimento in un appartamento ritenuto valido per lo Stato, diventa disagio per l'Ipes e ottiene 4 punti più. Possibile che questo problema non sia stato ancora risolto? Anzi, non solo non è stato risolto, gli assessori non sanno neanche che c'è un problema! Ma dove vivono? Non sanno che avendo noi il minimo vitale di quasi 150 euro superiore a quello nazionale, i calcoli del fabbisogno per il ricongiungimento sono basati sul minimo vitale nazionale, di conseguenza quando lo ottieni e vieni qui hai un reddito che ti consente di andare a farti dare soldi dall'assistenza sociale, perché con quelli è dimostrato che non puoi vivere! Io ti do il ricongiungimento sulla base del calcolo economico di minimo vitale nazionale e, essendo di circa 150 euro più basso di quello locale, tu ottieni il ricongiungimento da parte della Questura, la tua famiglia viene qua, poi con quattro persone con il minimo vitale che risulta essere, per esempio, di 2.400 euro, siccome ne prendo 1.800, mi date 600 euro con l'assistenza sociale. Ma se non viene affrontato questo discorso, a cosa serve questo disegno di legge? Per far contento il popolo? E quale popolo?

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Ich nehme Bezug auf den Änderungsantrag Nr. 11, den ich als Erstunterzeichner eingebracht habe, möchte aber auch ganz allgemein ein paar Worte sagen. Der Artikel 1 ist ein sehr wichtiger Artikel, denn er regelt die Ziele des gesamten Gesetzes, die uns doch als sehr wichtig erscheinen sollten.

Ich möchte vorausschicken, dass wir eigentlich alle neidisch in Richtung Schweiz blicken können. Wir wissen, dass die Schweizer dieses Problem besser gelöst haben als die gesamte EU. Die Schweizer nehmen ihre Gastarbeiter freundlich auf, behandeln sie gut und nach einer gewissen Zeit geht der Großteil wieder nach Hause. Somit haben die Schweizer das Problem der Integration nur in reduziertem Ausmaß, und Recht haben sie dabei. Ich hoffe, dass man mir nicht wieder irgendwelchen Rassismus unterstellt, wenn ich sage, dass die Schweizer Recht haben, denn dann wären ja alle Schweizer Rassisten. Ich hoffe also, dass man hier schon einmal auch sachlich diskutieren kann.

Wir haben in Südtirol ein besonderes Problem, nämlich jenes der drei Sprachgruppen. Deshalb ist die Zuwanderung in unserem kleinen Land mit gut 500.000 Einwohnern unter einem ganz besonderen Lichte zu betrachten. Ich wage einmal die Behauptung, dass die drei Sprachgruppen, die in Südtirol leben, zum größten Teil bestens miteinander auskommen, aber dass es gibt auch hier noch – unter den italienischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern – einige gibt, die sich noch nicht ganz integriert haben. Es ist also die Aufgabe, diese Menschen zu integrieren. Es geht also nicht nur um die Integration jener, die von außen nach Südtirol kommen.

Landesrat Bizzo, glauben Sie, dass eine Integration möglich ist, wenn man den Zuzug nicht einigermaßen einbremst? Ich glaube nicht! Die Arbeit, die Sie dann leisten, wäre eine Sisyphusarbeit, denn sobald sie eine Gruppe integriert haben, wird eine umso größere Gruppe nachkommen und es beginnt wieder alles von vorne. Eine Integration wird also fast unmöglich werden, wenn die, die zu uns kommen, weiterhin in einem so großen und

raschen Ausmaß kommen wie bisher. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Wenn alle zwei Jahre ungefähr 10.000 Menschen kommen, dann wünsche ich Ihnen gute Arbeit! In zehn Jahren wird es 40.000 mehr geben. Diese Arbeit ist nicht zu erfüllen, wenn man nicht die Voraussetzungen dafür schafft, dass der größtenteils ungebremste Zuzug eingedämmt wird. Diese Problematik gehört meiner Meinung nach in die Ziele des Gesetzes hinein. Wenn man die Menschen integrieren will, dann muss man dafür sorgen, dass nicht noch mehr nachkommen. Sonst wird das ein Kampf, der von vorneherein nicht zu gewinnen sein wird. Ich meine das überhaupt nicht polemisch oder populistisch. Wie viel kann sich unser Land leisten, Herr Landesrat Bizzo? Können wir uns die Integration dieser Menschen auf immer und ewig leisten? Die kostet ja auch etwas! Ich glaube das Märchen nicht, dass diese Menschen mehr einzahlen als sie bekommen. Die Einzahlungsrechnung wird schon stimmen, aber es werden sonst noch Leistungen geboten, wie zum Beispiel diverse soziale Betreuungen, die nicht als Auszahlung festgehalten sind. Machen Sie sich einmal diese Rechnung, dann werden Sie schon sehen, dass das unterm Strich etwas kostet. Wenn also noch mehr kommen, haben wir so viele Geldmittel, damit wir uns das leisten können?

Die Familienzusammenführung war heute ein Thema, das zu einer weitreichenden Polemik geführt hat. Der Kollege Leitner hat gerade ausführlich dazu Stellung genommen, und wir haben einen diesbezüglichen Änderungsantrag – die Nr. 33 – vorgelegt. Landesrat Theiner, gestatten Sie mir, etwas zu sagen. Ist es angebracht, das zu tun, was Sie heute gemacht haben, nämlich eine Pressemitteilung hinauszugeben, in der Sie gemeint haben, dass es unmenschlich wäre, wenn sich die Freiheitlichen dagegen aussprechen, dass Kinder, vor allem behinderte Kinder, ins Land geholt werden? So etwas dürfen Sie nicht machen! Sie haben das wider besseres Wissen gemacht! Wissen Sie warum? Weil der Kollege Schuler bei der Behandlung dieses Beschlusses eine Definitionsfrage gestellt hat! Er hat den Kollegen Leitner gefragt: "Meint Ihr auch behinderte Kinder?"

**SCHULER (SVP):** *(unterbricht)*

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Lies das Protokoll! Du hast die Frage nach den behinderten Kindern gestellt. Der Kollege Leitner hat dann präzisiert, dass damit vor allem Senioren gemeint seien, die hier noch nie einen Beitrag eingezahlt hätten. Nachdem er das präzisiert hat, habt Ihr die ungemeine Frechheit gehabt, eine Pressemitteilung zu verfassen und den Freiheitlichen vorzuwerfen, wir wären gegen das Nachziehen von behinderten Kindern! Ich halte mich zurück, aber das ist nicht sehr korrekt! Mir würden da schon andere Worte einfallen, lieber Kollege Theiner. Es war nicht die feine englische Art, wider besseres Wissen eine solche Pressemitteilung zu machen!

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Stocker sull'ordine dei lavori.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Ich weiß nicht, wieso der Kollege Schuler dauernd mich anspricht. Wir haben uns bei einer Pinkelpause draußen im Klo einmal übers "Schnaxln" unterhalten. Einmal haben wir uns auch darüber unterhalten, wieso bei der "Laubensassa" immer wieder wir zwei die schlimmsten Fragen bekommen.

**PRESIDENTE:** Questo non è sull'ordine dei lavori.  
La parola al consigliere Tinkhauser.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Ich möchte zu später Stunde auf das Thema zurückkommen, falls es noch interessiert. Ich muss sagen, dass ich im Grunde genommen auch keine Lust mehr habe, über dieses Thema zu sprechen, tue es aber, weil leider Gottes eine Nachtsitzung anberaumt worden ist.

Ich glaube, dass der Arbeitsmarkt ein wichtiger Punkt, wenn nicht der wichtigste Punkt der Einwanderung ist. Es wäre wirklich interessant zu wissen, welche volkswirtschaftliche Rechnung es für Südtirol abgeben würde, wenn man diese tatsächlich machen würde. Wir haben beim Haushalt einen diesbezüglichen Antrag verabschiedet, aber bisher ist nichts geschehen, was mir sehr leid tut. Aufgrund dieser Daten hätten wir nämlich sinnvoll diskutieren können. Wenn man das Beispiel Dänemark hernimmt, das diese volkswirtschaftliche Gesamtrechnung gemacht hat, dann sieht man, dass Einwanderung – das ist interessant – aus osteuropäischen Staaten auch etwas bringen kann, wahrscheinlich weil sich die Menschen schneller und leichter integrieren. Einwanderer aus Balkan-Ländern, aus dem nordafrikanischen und aus dem arabischen Raum verursachen hingegen Kosten. Das sagt diese Studie aus. Ich habe die genauen Zahlen nicht mehr im Kopf, aber wenn man sich vor Augen hält, dass Dänemark an die 5 Millionen Einwohner hat, dann kommt aufgrund der Einwanderung ein Negativsaldo von ungefähr 123 Millionen Euro heraus. Man muss also beim Arbeitsmarkt ansetzen. Ich habe die Kollegin Stocker vor

kurzem, als es darum ging, das Antikrisenpaket der Region zu verlängern, gefragt, wie die Aufteilung zwischen Einheimischen, Ausländern und EU-Bürgern sei. Ungefähr 73,7 Prozent der Gelder aus dem Antikrisenpaket sind an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit italienischer Staatsbürgerschaft gegangen, 6,13 Prozent an Arbeitnehmerinnen aus EU-Ländern und 20,17 Prozent an solche, die nicht aus EU-Ländern kommen. Was sagen diese Zahlen? Südtirol ist im Begriff, Arbeiter des unteren Levels anzuziehen, wobei auch zu erwähnen ist, dass wir diese Einwanderung nur sehr schwer steuern können. Einwanderung muss nicht immer schlecht sein. Wenn wir uns Leute aussuchen können, die im Ausland eine gewisse Ausbildung genossen haben, die dann zu uns kommen und in gehobeneren Berufen einsteigen, dann können diese Menschen für uns auch etwas bringen. Die Kollegin Unterberger hat gesagt, dass die Einwanderer einen höheren Beschäftigungsgrad als Einheimische hätten. Statistiken kann man biegen und drehen will. Wenn man bei uns die ganze Bevölkerungsschicht hernimmt, so gibt es bei uns sehr viele Rentner, und es ist klar, dass diese nicht zum Beschäftigungsgrad beitragen. Wie gesagt, man muss versuchen, die Einwanderung zu steuern. Es sollen junge Menschen, die einen gewissen Ausbildungsgrad haben, ins Land gelassen werden, und nicht jene Menschen, die dann den Sozialtöpfen zur Last fallen.

Für mich ist es wirklich so, dass die Scheinselbstständigen auf den Arbeitsmarkt drücken, und zwar in sehr vielen Bereichen. Wenn man sich die Existenzgründungen anschaut, dann muss man einfach feststellen, dass sehr viele Ausländer kleine Handwerksfirmen, Handelsbetriebe usw. gründen. Hier wäre es an der Zeit anzusetzen und die Förderung von Existenzgründungen zu überdenken. Man sollte sich wirklich fragen, ob es sinnvoll ist, derartige Kredite auszus zahlen.

Wie gesagt, es wäre für Südtirol interessant, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu machen. Wir haben dies bereits vorgeschlagen. Herr Landesrat, machen Sie diese Gesamtrechnung, denn auf dieser kann dann aufgebaut werden! Es ist gesagt worden, dass ungefähr 29.000 Südtiroler irgendwo im Ausland arbeiten, wobei ich glaube, dass diese sicher einen gewissen Ausbildungsgrad besitzen. Für uns wäre es wichtig, diese Menschen zurückzuholen, indem man Arbeitsplätze für sie schafft, also nicht Arbeitsplätze auf unterem Niveau.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Ich versuche, mich kurz zu fassen. Es ist bedauerlich, dass die Sachthemen bei dieser Debatte in den Hintergrund gedrängt werden, aufgrund der Zwischenfälle und der Vorfälle, aber auch aufgrund des Themas. Es ist klar, dass dies ein ganz schwieriges Thema ist, vor allem, wenn es öffentlich diskutiert wird. Mit diesem Thema sind ungemein viele Emotionen und Ängste verbunden. Die Politik hätte an und für sich die Aufgabe, dieses Thema sachlich und objektiv anzugehen und Aufklärungsarbeit zu betreiben. Wenn dieses Thema aber dann besetzt wird und man versucht, das Thema politisch auszunutzen, dann wird es zumeist schwierig. Man muss sich nur die Unterlagen anschauen, die hier aufliegen, auch die Anträge der Kollegen der Freiheitlichen Fraktion. Da geht schon aus den Formulierungen hervor, dass sie der Regierung, der Südtiroler Volkspartei und dem PD ein Gutmenschen tum unterstellen und auch unterstellen, wider besseres Wissen zu handeln usw. Eine emotionale Debatte führt sehr häufig in eine Sackgasse. Es sind hier immer wieder Behauptungen aufgestellt worden, und ich würde es sehr begrüßen – das sage ich in Richtung der Kollegen Egger und Tinkhauser -, wenn wir Zahlen auf den Tisch bekommen würden, die, bevor sie an die Öffentlichkeit gelangen, hinterfragt und ausdiskutiert werden, damit man nicht sofort wieder von gefälschten oder zurechtgebogenen Statistiken sprechen kann. Wir haben natürlich alle ein Interesse daran, dass dieses Thema so positiv wie möglich geregelt wird.

Nun zu einigen Aussagen, die der Fraktionschef der Freiheitlichen in diesem Saale getätigt hat. Er hat unter anderem gesagt, dass Südtirol nicht die Beschaffenheit eines Zuwanderungslandes habe. Landesrat Bizzo hat gesagt, dass wir am Höhepunkt der Saison, wenn wir also Vollbeschäftigung haben, mehr als 40.000 Arbeitskräfte brauchen, damit die Arbeit, die es gibt, überhaupt bewältigt werden kann. Der schwächste Punkt ist der November, wo es immer noch mehr als 20.000 Arbeitskräfte gibt, weil wir die Arbeit sonst nicht bewältigen können. Das ist nun einmal eine Tatsache. Deshalb denke ich schon, dass wir ein Zuwanderungsland sind, denn ohne diese Menschen wären wir nicht in der Lage, unsere Wirtschaft in dem Umfang, wie wir sie heute haben, aufrecht zu erhalten. Die Frage des Kollegen Seppi, ob wir dieses Wirtschaftswachstum überhaupt brauchen oder ob wir nicht von allem viel weniger und dafür keine Zuwanderung haben könnten, ist sicher berechtigt, aber in der heutigen Zeit, in der jeder Leistung verlangt, ist es sicher schwierig, das zu untersagen bzw. bewusst zu bremsen. Wir sind ja in einer Phase, in der wir froh sind, dass wir eine Wirtschaftskrise überstanden haben. Der Kollege Tinkhauser hat auf die Kurven gezeigt und gesagt, dass die Arbeitslosigkeit bei den Einheimischen nach unten gehe, während sie aber auch entsprechend ansteige, weil unqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland Schwierigkeiten hätten, entsprechend unterzukommen. Der Kollege Egger hat im Rahmen seiner Intervention gesagt, dass wir qualifizierte Arbeiter nach Südtirol holen müssten, und damit sind wir alle einverstanden. Wir müssen uns nur auch die Frage stellen, wer jene Arbeiten verrichtet, die die einheimische Bevölkerung auf gar keinen Fall mehr verrichten will.

Wer möchte von uns schon bestimmte Tätigkeiten verrichten, zu denen unsere Gesellschaft heute nicht mehr bereit ist? Man muss sich nur anschauen, was mit den Einwanderern geschehen ist.

Der Kollege Leitner hat auch gesagt, dass die Insassen des Gefängnisses von Bozen zu zwei Dritteln Einwanderer seien. Das stimmt, aber man muss auch sagen, um welche Einwanderer es sich handelt. Wenn es illegale Einwanderer sind, die eine Straftat begangen haben, dann ist es unumgänglich, dass diese im Gefängnis einsitzen. Die Bevölkerung in Südtirol ist gewachsen, vor allem aufgrund der Zuwanderung, die ziemlich stark zugenommen hat. Gleichzeitig ist die Kriminalitätsstatistik, das heißt die Statistik über die Anzahl der Straftaten, seit fünf Jahren rückläufig. Da spricht doch einiges für sich, dass wir Zuwanderung nicht unbedingt mit Kriminalität gleichsetzen können.

Es ist dann auch gesagt worden, dass sich die Südtiroler Volkspartei immer nur jene Kompetenzen aneignen würde, die Profit und Geld bringen. Ich glaube, dass wir uns auch Kompetenzen geholt haben, mit denen wir Geld ausgegeben haben. Ich denke da beispielsweise an die Staatsstraßen, an die Lehrer usw. Ich habe mir sogar den für die Reinigungsarbeit abgeschlossenen Vertrag von unserem Landtag aushändigen lassen, weil der Kollege Leitner gesagt hat, dass wir die Arbeiten auslagern und immer nur das Billigste nehmen würden. Die Verträge der öffentlichen Hand sind alle korrekt gemacht, und ich will nicht erzählen, was vor der Landtagstür besprochen wird bzw. ich will nicht Gefahr laufen, hier Dinge auszulaudern, die nicht in diesen Saal gehören. Wer sich nicht an die Kollektivverträge hält oder die Preise unterbietet, muss natürlich mit den entsprechenden Konsequenzen rechnen, aber das Hauptaugenmerk ist doch jenes: Die Zuwanderung wird vom Staat geregelt. Wir versuchen dafür zu sorgen, dass sich die ausländischen Bürger die Zusatzleistungen, die Südtirol anbietet, durch zusätzliche Pflichten und Leistungen erarbeiten.

Zu den Änderungsanträgen, ohne auf Polemiken einzugehen. Manchmal würde es sich lohnen, einen Seitenhieb auszuteilen, wenn von Politikern gesprochen wird, die sich den nordafrikanischen Despoten an den Hals geworfen haben. Mir fallen da immer einige Politiker ein, die aus unserem nördlichen Nachbarland oder aus unserem Vaterland kommen. Diese waren schon darauf spezialisiert, sich da lieb Kind zu machen.

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**PICHLER ROLLE (SVP):** Nein, bei Gaddafi waren wir noch nicht.

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**PICHLER ROLLE (SVP):** Der Haider war bei Hussein und bei Gaddafi, und auch der Herr Strache. Haider ist überall herumgekommen.

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**PICHLER ROLLE (SVP):** Er war auch bei Ihnen, glaube ich. Wir können den Haider gerne mit übernehmen, wenn Sie sich jetzt soweit distanzieren, dass er jetzt zur Volkspartei gehört.

Ich danke der Kollegin Artioli dafür, denn sie hat in ihren ansonsten nicht teilbaren Änderungsantrag einen Ansatz verpackt. Sie fordert die Kenntnis beider Landessprachen, was auch wir sehr gerne hätten, und wenn sie uns dabei behilflich sein könnte, damit das Innenministerium sein negatives Gutachten zurückzieht, dann wären wir sehr froh. Wir haben uns auf römischer Ebene dafür eingesetzt, dass für Südtirol eine Ausnahmeregelung geschaffen wird und die Kenntnis beider Landessprachen gilt. Dieses Ministerium wird nun einmal von der Lega geführt, aber zu dieser Art von Föderalismus sind wir leider nicht gekommen.

Die zehn Jahre Ansässigkeit sind juristisch meines Erachtens schwer vertretbar, da wir schon Ansässigkeitsklauseln haben, die man ja immer wieder versucht hat auszuhebeln. Wenn wir noch einmal eigene Ansässigkeitsklauseln einführen wollten, dürfte dies schwierig werden. Im Übrigen vertrete ich die Ansicht, dass wir versuchen sollten, Schlupflöcher und Ungerechtigkeiten zu verhindern. Solche gibt es auch bei unseren Leuten. Gesetze macht man ja, damit sie korrekt angewandt werden, aber es gibt immer einige Schlaumeier, die diese Gesetze ausnutzen und unterlaufen und für sich zurechtbiegen. Das findet man aber auch bei Herrn und Frau Südtiroler. Wir sollten versuchen, das zu unterbinden, aber dann laufen wir natürlich wieder Gefahr, in eine Gesetzgebung hineinzugehen, die dermaßen aufwändig, bürokratisch und restriktiv ist, dass man immer wieder neue Schlupflöcher findet. Die Leute, die es nicht ehrlich meinen, werden immer ein Schlupfloch finden. Dieses Thema gehört versachlicht und weg von der Emotionalität. Es ist auch nicht anständig, wenn man versucht, mit diesem

Thema Stimmung zu machen. Ich kann nicht erkennen, dass die Leute unserer Partei Gutmenschen oder verblendet wären und das Thema nicht sehen würden. Das Gegenteil ist der Fall! Wir bemühen uns, im Rahmen unserer Zuständigkeiten das Thema korrekt und sachlich anzugehen. Wenn dieses Thema populistisch angegangen wird – das sage ich nicht kritisch – und auf Emotionen gebaut wird, dann ist man nicht in der Lage, das Thema sachlich zu handhaben. Dann muss man natürlich unangenehme Folgeerscheinungen in Kauf nehmen, die früher oder später auftreten werden. Der Kollege Leitner mag Recht haben, wenn er sagt, dass das Thema negativ zu Ende geht, wenn man immer wegschaut. Wenn man aber immer nur schürt und nichts tut, dann läuft man auch Gefahr, dass etwas außer Kontrolle gerät. Haben wir nicht gesehen, was in England geschehen ist, wo es genügt hat, dass ein Polizist eine falsche Tat gesetzt hat und sich die Menschen über mehrere Tage hinweg Straßenschlachten mit Tausenden von Polizisten geliefert haben? Ja glaubt Ihr, das kommt von ungefähr? Dieser Sprengstoff ist überall vorhanden, und deshalb muss sich die Politik bemühen, die Töne nach unten zu bekommen und konstruktiv zu arbeiten. Wir wollen das Gesetz nicht durch den Landtag peitschen, sondern wir wollen über das Gesetz diskutieren. Dafür braucht es Zeit. Ihr könnt von uns nicht verlangen, dass wir dieses Gesetz auf die Tagesordnung setzen und die nächsten Monate mitschleifen, denn dann können all die anderen Dinge, die ebenso anstehen – Landwirtschaft, Toponomastik usw. – nicht behandelt werden. Reden wir sachlich über die Inhalte und versuchen dann zu schauen, was machbar ist und was nicht.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Elmar, ich möchte ein für allemal etwas klarstellen. Ihr glaubt immer, dass andere Parteien, die anders denken als ihr, daran schuld sind, dass die Bevölkerung dieses Thema emotional verspürt. Dem ist nicht so! Die Menschen sehen und erleben jeden Tag in ihrem Umfeld Problematiken. Das hat nichts mit uns zu tun. Wir haben nur die Aufgabe, Anfragen zu stellen und können versuchen, bestimmten Dingen auf den Grund zu gehen. Die Antworten, mit denen wir in die Öffentlichkeit gehen, kommen von Euren Beamten. Jeder einzelne, der hier sitzt, hat wahrscheinlich schon irgendwelche Anfragen von uns zu diesem Thema erhalten. Wir gehen nicht mit Märchen hausieren, sondern mit diesen Antworten, die Ihr bzw. Eure Beamten uns gegeben haben. Natürlich ist es ein emotionales Thema, wenn der Menschen draußen sieht, was los ist und selbst das Gefühl hat, dass er mit seinen Problemen nicht ernst genommen wird. "Der andere schon, ich aber nicht!" Wir haben in der Generaldebatte mehrmals gehört, dass es wirklich Menschen gibt, die Angst haben, in der eigenen Heimat langsam diejenigen zu sein, die sich integrieren sollen. Ich will nicht alles verteufeln, aber mir fehlt einfach die Gegenseite. Wir haben hier einen Artikel über die multikulturellen Mediatoren, und ich habe eine Anfrage an Landesrat Theiner gestellt, ob es stimmt, dass das Personal der Geburtsstation im Krankenhaus von Bozen Kurse machen muss, um zu verstehen, wie die Kinder in bestimmten Ländern geboren werden. So weit, so gut. Das kann eine Bereicherung sein, aber ich frage mich, ob das sein muss. Wäre es nicht genauso wünschenswert, zu der Frau, die hier gebärt, zu sagen: "Bei uns kommen die Kinder so auf die Welt?" Kinder werden ohnehin geboren, gleich wo man sie bekommt. Wenn ich das Kind morgen in Indien gebären muss, weil ich eben dort bin, dann werde ich es auch auf die Welt bringen. Warum sollen bei uns also andere Methoden angewandt werden? Warum verlangt man das von unseren Leuten? Da wird in der Chefetage irgendetwas beschlossen, aber der kleine Angestellte wendet sich dann uns. Das ist die Emotion, die dahinter steckt. Wenn sich dieser dann seinem Vorgesetzten in den Weg stellt ... Die Leute haben ja Angst, ihren Job zu verlieren, denn man ist sofort ein Rassist oder fremdenfeindlich. Mit dieser Geschichte wird Schindluder getrieben. Die Leute sind verängstigt, und das sollte nicht sein. Ich wollte nur erklären, dass das die Emotionen sind, die die Menschen zum Teil haben. Dann gibt es Politiker, die diese Probleme ernst nehmen und versuchen, sie mittels Anfragen zu hinterfragen. Es stimmt nicht alles, was uns die Leute erzählen. Gerade in diesem Bereich wird auch von unseren Leuten Schindluder getrieben, aber nichtsdestotrotz gehen wir mit jenen Antworten hinaus, die wir von Euch bekommen.

Ein anderes Kapitel zur Kompetenz. Herr Landeshauptmann, Ihr habt uns im Rahmen der Haushaltsdebatte zugestimmt, dass Ihr die Kompetenz von Rom einfordern möchtet. Heute habt Ihr einen entsprechenden Antrag abgelehnt. Man tut sich schwer zu verstehen, was Ihr wollt. Auf der einen Seite wollt Ihr Vollautonomie, auf der anderen Seite lehnt ihr die Zuständigkeit ab bzw. sagt, dass man ohnehin keine Chance habe, sie zu bekommen. Wenn ein Land die Chance hat, die Einwanderung dem Land und den Gegebenheiten entsprechend regeln zu dürfen, unabhängig vom Staat, dann ist das Südtirol. Wir sind anders, nicht besser. Wir haben unsere eigene Situation, die keine einfache ist.

Lieber Elmar, Du hast die Bilder aus London angesprochen. Ich tue mich schwer, wenn Politiker hergehen und sagen, dass das entstanden ist, weil sich Polizisten falsch verhalten haben. Die Politik hat versagt und nicht der Polizist! Multi-Kulti ist gescheitert! Wann leuchtet das ein? Es ist nicht alles toll, bereichernd usw. Es gibt jene, die versuchen, auf demokratische Art und Weise immer wieder das Gespräch und die Diskussion zu suchen, und

es gibt Volltrottel und Vollidioten auf beiden Seiten – links und rechts –, die ihren eigenen Weg gehen, von demokratischen Verhältnissen und Zuständen nichts halten und durchschleifen. Das hat aber nichts mit Parteien zu tun, die wirklich sachliche Politik betreiben möchten und versuchen, Probleme zu lösen. Es ist unglaublich, dass immer wieder versucht wird, irgendwelchen Parteien, die anders denken, als es das Regime oder das System vorschreibt, etwas in die Schuhe zu schieben.

Das Gesetz ist eine Zusammenfassung der momentanen Ist-Situation, das heißt der realen Situation. Man hätte es genauso gut schon vor 15 Jahren machen können. Es wurde vor 8 Jahren versprochen und liegt jetzt vor. Es wurde ja auch schon von einigen Kollegen der SVP gesagt, dass es nicht der große Wurf sei. Deshalb habe ich mir heute wirklich erwartet, dass mein Vorschlag hinsichtlich eines verbindlichen Elternkurses aufgenommen wird. In den Zielen sind die Rechte und Pflichten enthalten, die mit dem Status als ausländischer Bürger verbunden sind, und die Kenntnis der offiziellen Landessprachen. Wir haben über viele Jahre hinweg die Erfahrung gemacht und es funktioniert nicht. Wie glaubt Ihr, das mit diesem Gesetz besser in den Griff zu bekommen? Ich bezweifle das, denn im Grunde genommen ändert sich nichts. Der Ist-Zustand, den wir jetzt schon haben, und die Probleme, die wir alle kennen, bleiben weiterhin, weil keine Verpflichtung da ist. Das ist ja nicht böse gemeint, denn das kommt ja auch den Ausländern zugute. Das ist schon ein Minimalschritt, den man einfordern und verlangen darf. Die Südtiroler Volkspartei sagt ja selbst, dass die Sprache der Schlüssel zu Integration sei. Nach 15 Jahren ist sie da auch mitgekommen, aber das muss man verlangen "*... das gegenseitige Kennenlernen zwischen den verschiedenen Kulturen und Identitäten in Südtirol*". Wie denn? Ich habe heute bei der Behandlung des vorher angesprochenen Antrages Beispiele aufgezählt. Kinder nehmen automatisch teil, aber die Eltern tun sich schwer, bleiben außen vor und verstehen die Sprache nicht. Die Kinder haben zum Großteil, wie es die Kollegin Klotz heute gesagt hat, die eigenen Eltern überholt, und das schon in der Volksschule. Wen wollen wir integrieren? Wollen wir, dass unsere Leute den Kontakt suchen? Den Zug haben wir versäumt, denn ich glaube nicht, dass unsere Leute den anderen nachrennen und sagen: "Kommt und nehmt an diesem Verein teil, denn wir wollen Euch integrieren." Hier müssten wir einschreiten und uns trauen, Dinge verpflichtend zu verlangen. Es gibt natürlich auch positive Beispiele und es hängt vom Willen des Einwanderers ab. Wir haben Gott sei Dank auch solche, die integrationswillig und –fähig sind und es von sich aus geschafft haben. Ich komme aus Steinegg, wo zwei Italiener und mittlerweile – glaube ich – 50 Ausländer wohnen, wobei die Ausländer viel besser integriert sind als die Italiener. Diese Ausländer wollten! Sie sind in den Vereinen drinnen, sind im Dorfleben engagiert, reden Deutsch. Da denkt heute gar niemand mehr daran, dass es sich um Ausländer handelt. In Steinegg ist es nun einmal so, dass Deutsch gesprochen wird, ohne das besonders hervorheben zu wollen. Auf jeden Fall hängt das auch von den Menschen selbst ab, denn anders haben sie ja gar keine Chance. In den Städten ist es schwieriger, denn dort kann eine Ghettoisierung stattfinden, die wir ja auch erleben. Bozen ist zwar groß, aber doch schon groß genug, dass man selbst nicht einmal weiß, wer alles im eigenen Haus lebt. Wir wissen, dass in Bozen teilweise schon Ghettoisierungen stattfinden, wo wir alle keine Ahnung haben, was dort los ist. Ich bin da viel zu wenig informiert. Da werden die italienischen Kollegen sicher besser Bescheid wissen, beispielsweise über die Situation in der Garibaldi-Straße. Bei uns hat sich ein Herr gemeldet, laut dem es dort krass zugehen muss. Wie gesagt, ich weiß es nicht, sondern kann nur diese Information wiedergeben. Auf jeden Fall gibt es Dörfer, in denen man sich mit Integration noch leicht tut. Schwieriger ist es in den Städten, und ich denke, dass wir genauer hinschauen müssen. Ich hätte mir wirklich gewünscht, auch zum Wohle der Ausländer selbst, dass sie mehr in die Pflicht genommen werden und man sich traut, die Forderung zu stellen.

Die Förderung der Beteiligung der ausländischen Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben wäre natürlich wünschenswert, aber wir erleben in vielen Fällen, dass sie das selbst nicht wollen bzw. nicht dürfen. In Kaltern gibt es zahlreiche ausländische Familien, deren Frauen nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen dürfen. Was soll man da tun? Da würde ich mir schon wünschen, dass wir als politische Frauen uns zusammentun und uns trauen, die Forderung zu stellen: "Liebe Frauen, Ihr lebt in einem Land, in dem wir Frauen frei leben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und Partizipation auf allen Ebenen haben. So sollt auch Ihr es haben." Wie soll sonst Integration funktionieren? Es kann doch nicht angehen, dass vor unserer eigenen Haustür Frauen verweigert wird, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Verpflichtet Sie zu Kursen, aber nicht zu solchen, in denen ihnen beigebracht wird: wir leben besser, alles ist toller, wir sind westlich. Es ist bei weitem nicht alles toll. In ihrer Kultur sind sie teilweise gefestigter und leben nach ihren Grundsätzen moralischer und besser als unsere Welt. Nichtsdestotrotz leben sie in unserer Welt, in der es Grundsätze und Regeln gibt. Wir wollen alle dasselbe, aber die Ziele des Gesetzes haben nicht wirklich etwas mit Integration zu tun. Es wird zwar von Pflichten geredet, aber man traut sich nicht, bestimmte Dinge verpflichtend einzuführen, was bedenklich ist.

**ARTIOLI (Lega Nord):** Rispondo al collega Pichler Rolle che mi dice che è contento, perché ho detto che devono sapere le nostre due lingue e che è stato rigettato dal Ministero. È stato rigettato, perché era stato chiesto che facessero l'esame solo in tedesco, e la motivazione del rigetto è che se loro escono dall'Alto Adige, devono sapere anche l'italiano. Voi non avete chiesto che possano fare l'esame nelle due lingue, italiano e tedesco, avete chiesto solo il tedesco, e questo è stato l'errore. Non sono stanziati in Alto Adige, magari vanno via e quindi devono sapere anche l'italiano.

**CONSIGLIERI:** (*Interrompono – unterbrechen*)

**ARTIOLI (Lega Nord):** Abbiamo la risposta, comunque potrete replicare dopo quanto volete, però non come l'altra volta, assessore Bizzo, quando ha detto che non esisteva il progetto per gli immigrati per il rimpatrio assistito, mentre invece esisteva.

Non capisco perché non impariamo dagli errori degli altri. Abbiamo una consulta per gli immigrati a Bolzano, funziona da anni, non serve a niente se non a fare continuamente richieste per avere corsi in arabo gratuiti, richieste di avere un rappresentante straniero in Comune. Io ero presente, consigliere Pichler Rolle, assieme a Lei. Non c'era mai, come in questa legge, un dovere, sempre e solo richieste e diritti. Lei prima ha chiesto perché noi diciamo che non ci sono problemi pratici. Le ho esposto adesso una serie di problemi pratici, così si rende conto che ci sono. La gente si chiede come mai abbiamo tagliato i fondi per il bilinguismo, nell'insegnare il tedesco agli italiani che non si sono ancora integrati, come ha detto prima la collega Ulli Mair, mentre facciamo i corsi gratuiti per gli stranieri. Questa cosa fa molto arrabbiare la gente, perché un italiano si chiede perché lui debba spendere i soldi e non possa avere il corso gratuito di tedesco per il figlio. È sbagliato aver riempito le classi di scuole italiane, di non aver tenuto il limite massimo del 30% di immigrati, come a Salorno. L'abbiamo fatto arrivare al 50% giustificandolo con il fatto che sono i fratelli. Queste sono le cose che fanno arrabbiare la gente. Come per quanto riguarda la casa, può succedere che la nostra gente può avere ereditato delle proprietà che non vuol dire che producono reddito, dove magari ci sono ancora dentro i genitori e loro le hanno già ereditato, per cui non possono richiedere la casa Ipes, mentre la mamma di 80 anni vive ancora nella casa che loro hanno ereditato, che non produce reddito. Queste cose fanno arrabbiare. L'extracomunitario fa un'autocertificazione, dice di non avere nessuna proprietà e riceve la casa Ipes a canone zero.

Altra motivazione che fa arrabbiare la gente riguarda le esenzioni ticket. Se è vero, come dice l'assessore Bizzo, che sono la nostra risorsa, allora mi deve spiegare perché il 25% degli extracomunitari che attualmente risiedono sul nostro territorio hanno ottenuto l'esenzione ticket perché senza reddito. Vuol dire che sono casi sociali che manteniamo. Non funziona più la Sua bilancia. Io non so che dati ha Lei, ma io ho preso questi dati dalle mie interrogazioni a cui Lei ha risposto. Sono stanca di continuare a ripeterlo, ma se sei un caso sociale non sei una risorsa. Ti mantengo al 100%, ti do la casa, ti do il ticket a costo zero e anche il sussidio, non sei una risorsa a casa mia. Non so come la vedete voi, sarà un arricchimento culturale per Lei, per noi no.

In questa legge non c'è scritto una volta la difesa della nostra cultura. Non si capisce come mai bisogna svendere i nostri valori, le nostre tradizioni. Se almeno nei doveri mettevate la frase: "Dovete imparare le nostre tradizioni", ma non c'è scritto! Bisogna rimanere nella laicità, non bisogna dire che abbiamo una cultura cristiana, bisogna vergognarsi delle nostre radici.

Altra cosa incredibile è che noi ci stiamo adeguando. Tutti noi siamo andati all'estero. Uno si adegua nella terra in cui arriva. È molto difficile che se io adesso vado in Arabia Saudita, posso girare senza velo. Mi sembra che il giovedì pomeriggio dentro i centri commerciali puoi girare senza velo, perché è il giorno delle donne. Io lo so, se vado da loro non pretendo di girare in topless o senza velo se lì le leggi sono diverse, se tu devi rispettare la cultura. Invece in Alto Adige ci adeguiamo a loro: nelle mense i nostri figli non possono più mangiare la carne di maiale, perché dovremmo avere il menù separato che costerebbe troppo e alla fine danno loro sempre pollo, altrimenti devono fare il menù diverso per gli altri che sono arrivati dopo i nostri. Mangiare un pezzo di speck diventa razzismo. Li offendi, quindi devi togliere il crocifisso dalla classe. Parliamo di via Garibaldi dove ci sono due famiglie di italiani in tutto il condominio, gli altri hanno tutti venduto, hanno quasi 80 anni lui, la moglie 70, vivono all'ultimo piano chiusi dentro, perché nell'ascensore si urina ed è un bagno, l'immondizia viene lanciata giù dai balconi, e la Sanità lo sa. Ci sono le bombole di gas collegate con i tubi del giardino, negli appartamenti c'è un sovraffollamento continuo e in più in via Garibaldi esiste una legge a parte, perché quando noi facciamo un'interrogazione dove chiediamo perché i negozi della via possono tenere aperto fino a mezzanotte, o perché la domenica io posso andare in via Garibaldi a comperarmi un cellulare se il mio si rompe nessuno ti risponde, nessuno è competente. Non lo è la Questura, né il presidente della Giunta né il Comune. Via Garibaldi è un mondo a sé. Abbiamo già

iniziato a regalare un quartiere, perché abbiamo paura? Un nostro negoziante alle 19 e 1 minuto riceve una multa, se adesso andiamo lì, sfido tutto il Consiglio a prendersi una pausa di 5 minuti e venire con me a piedi per vedere se tutti negozi sono aperti. Posso comperare anche la frutta! Io non ci vado da sola, perché ho paura, ma se volete venire con me, andiamo lì a vedere, sono aperti e tranquilli. Loro hanno la legge musulmana, la legge che nessuno li tocca perché abbiamo paura. Questo è l'Alto Adige, il diritto che si diceva prima di dire alle ragazze che sono arrivate qui che hanno dei diritti non c'è. In questa legge si doveva mettere dentro che le ragazze a 12 anni possono avere un documento, prima che vengano loro le mestruazioni, perché sappiamo tutti che dopo è troppo tardi, vengono sposate, che possano andare nei centri di tutela, che possano scappare e non devono sposare uno di 40 anni. Lo sappiamo tutti però facciamo finta di niente. Facciamo una bella legge sull'immigrazione, sull'integrazione, ma poi le abbandoniamo a loro stesse. Due dei miei figli hanno già visto due spose bambine, e tutte e due sono state portate via. Lo sanno tutti, ma noi facciamo finta di niente, non lo mettiamo nemmeno nella nostra bella legge sull'integrazione che hanno la possibilità di scappare da questo destino. Facciamo finta di non vedere.

Vorrei che l'assessore Bizzo mi spiegasse qual è lo scopo vero del comma 3 dell'art. 12. Ve lo leggo, perché secondo me è da pelle d'oca: *"La Provincia promuove e sostiene altresì l'accesso delle cittadine e dei cittadini stranieri ad una soluzione abitativa adeguata mediante convenzione con enti pubblici o privati, mediante assegnazione di posti letto nelle case albergo per lavoratori o mediante accesso alle abitazioni convenzionate, qualora sia presentato un regolare contratto per un posto di lavoro in provincia di Bolzano."* Vuole aprire di nuovo le maglie? Uno viene, non deve più mettersi in graduatoria, presenta un contratto di lavoro e riceve la casa? Queste sono le cose, collega Pichler Rolle, che fanno arrabbiare la gente! E Lei dice che la gente non si arrabbia. La gente si arrabbia da morire per queste cose. La gente non viene da noi, perché siamo pazzi. Anche l'altro giorno non hanno dato la casa ad una ragazza di Sarentino con 3 figli, perché lei a 18 anni aveva firmato per il suo ex marito un pub, quindi risultava che aveva un pub in proprietà, e praticamente non riceve la casa l'pes, mentre l'extracomunitaria vicina di casa rientra nelle graduatorie. E lei è nata e vive a Sarentino, non riceve la casa per aver fatto un errore a 18 anni. Ha due gemelli e una bambina di tre anni. Queste sono le tragedie che abbiamo che facciamo finta di non vedere! Questo è il motivo per cui si scatena l'ira. Il collega Pichler Rolle dice che siamo noi che andiamo a cercare la gente. Io non credo che una ragazza di Sarentino debba venire a cercare la Artioli in lacrime e spiegarle cose le è successo. Io ho fatto verificare da un avvocato, e risulta tutto vero. Siccome la nostra legge non permette di ricevere la casa se avevi avuto una proprietà, o tuo nonno o tuo zio aveva una proprietà, questa ragazza resta in questa situazione allucinante, con tre figli, senza una casa e senza assistenza, nonostante sia una sudtirolese. Queste sono le motivazioni per cui la gente è arrabbiata, e non siamo noi che andiamo a cercarli. Vengono loro a cercarci, perché noi almeno li ascoltiamo. Non diciamo loro che non è vero come continua a fare Lei, collega Pichler Rolle. Ce le inventiamo noi queste cose! Ci inventiamo che togliamo soldi al bilinguismo per ragazzi italiani, ci inventiamo che gli stranieri hanno i corsi gratuiti e i nostri no, ci inventiamo che le case vengono assegnate anche se tu avevi ereditato qualcosa, ci inventiamo l'esonero ticket, ci inventiamo che la nostra cultura non viene insegnata, ci inventiamo che le musulmane hanno diritto ad avere un medico donna, altrimenti il medico rischia di venir picchiato dal marito al pronto soccorso, perché lei non può essere visitata da un uomo, ci inventiamo che abbiamo tolto la carne di maiale dalle mense. Mi sono inventata anche via Garibaldi, ma allora dopo la seduta di consiglio, collega Pichler Rolle, vada in via Garibaldi a comperarsi la frutta, visto che Li lo può fare e non verrà multato!

**URZÌ (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Intervverò veramente per pochi minuti, anche perché siamo sul dibattito agli emendamenti che insistono sull'articolo 1, e annuncio che voterò a favore esclusivamente dell'emendamento n. 12 che è il più significativo, presentato dalla Giunta provinciale, e introduce un'integrazione quanto mai opportuna e tale da rendere più comprensibile nella sua interezza il complesso dell'articolo dedicato alle finalità. Questo è un tema, ne ho parlato prima con alcuni colleghi confrontandomi sul fatto che la discussione si stia protraendo in termini probabilmente non aspettati, io credo che nessuno in cuor suo pensava che non avrebbe destato, l'argomento, una grande attenzione e partecipazione in termini di convinzione da parte dei singoli colleghi che hanno ritenuto di presentare emendamenti, alcuni dei quali sicuramente forzano la situazione. Sono emendamenti che paiono manifestare una certa opposizione alla legge nel suo complesso, ma sono lo specchio di un sentimento che esiste nella società, un sentimento di paura, di reazione, di diffidenza verso misure legislative che incidono sul piano delle politiche per l'integrazione. Io credo che la politica saggiamente di queste spinte ne debba prendere atto. La conclusione che traggo, pur collocandomi in quel settore della politica altoatesina e nazionale che ritiene doveroso invece un intervento politico di mediazione della politica a favore di una sana politica dell'integrazione, avrei azzardato anche qualcosa di più rispetto a ciò che la Giunta provinciale

ha fatto. Pur collocandomi in questo ambito e quindi condividendo lo spirito e anche le finalità contenute nell'articolo 1 della legge, ritengo che si debba prendere atto di questo sentimento di paura che attraversa la società, perché i cittadini legittimamente si pongono di fronte ai cambiamenti con un atteggiamento che non è mai automaticamente di apertura e di adattamento ma di diffidenza e di paura. Il nuovo fa sempre paura, fa ancora più paura nelle società più avanzate dove il nuovo presuppone o viene letto, soprattutto perché è collegato a realtà più deboli, più difficili e quindi più desiderose di conquistare livelli di benessere che la società può dimostrare. Il nuovo porta con sé sempre incertezze e inquietudine, porta con sé l'idea che a qualcosa un giorno si debba rinunciare, si debba fare un passo indietro a favore di qualcosa di nuovo che si è affacciato all'uscio di casa nostra e con il quale bisogna fare i conti. Ci sono possibilità diverse di reagire di fronte a questa nuova condizione: la paura, la diffidenza, la chiusura, alzare il muro e reagire con strumenti di difesa, oppure affrontare con ragionevolezza, nervi saldi la situazione per individuare nel quadro di queste novità anche condizioni di opportunità per la nostra società. Non voglio ripetere concetti che qui vengono esposti in termini di cornice rispetto ad un testo di legge che discutiamo nella sua parte che riguarda le finalità. La necessità di affrontare l'approccio sereno ci pone di fronte all'assunzione di responsabilità di disciplinare e organizzare questo tipo di emozioni, razionalizzarle e cercare di tradurle in azioni politiche di massima concretezza che devono partire da una constatazione di fatto: l'immigrazione è un dato negativo e che mette in discussione i nostri equilibri e le nostre prospettive, oppure costituisce un dato inevitabile da affrontare con la massima responsabilità ma anche il sano realismo e da disciplinare per cogliere in esso opportunità? Abbiamo parlato nel corso del dibattito della necessità di manodopera specializzata o particolare per determinati lavori, una richiesta forte del mercato del lavoro di determinati operatori non specializzati, ma anzi, al contrario, disponibili a mansioni che altrimenti non verrebbero svolte dai lavoratori locali. Questo ha dato l'opportunità a colleghi di intervenire con l'invito a predisporre tutte le opportunità e le condizioni per portare i nostri giovani ad occuparsi di mansioni che non svolgono più, ma questo appartiene al mondo dei sogni. La realtà è quella che conosciamo, che abbiamo sotto gli occhi tutti e che vede le nostre cucine dei ristoranti, le nostre campagne e i nostri cantieri affollati di persone straniere che sono salite in Italia e anche in Alto Adige per poter offrire il proprio lavoro laddove c'è bisogno di manodopera che altrove non viene rintracciata.

C'è bisogno di inquadrare i termini della questione sulla base di principi quadro. Io rintraccio nell'articolo 1 un filo logico che è giusto seguire e che parte dal presupposto che la nostra società, sulla base dei principi democratici e dei diritti e doveri di tutti i cittadini, della condivisione dei principi universali quali il valore della vita umana, la dignità e la libertà della persona senza distinzione di genere e la tutela dell'infanzia nella consapevolezza che l'integrazione è un processo di scambio e di dialogo reciproco, fissa il fatto che questa legge promuove e disciplina l'integrazione dei cittadini stranieri regolarmente soggiornanti sul territorio provinciale. Qui c'è l'elemento sul quale volevo esprimere una considerazione. L'immigrazione considerata come un fenomeno transitorio è da respingere, questa è una corrente di pensiero che purtroppo domina il dibattito non solo politico non solo in Italia ma a livello internazionale, nella società più avanzata, nella parte del pianeta nel quale le condizioni di vita sono migliori, oppure l'immigrazione come un dato costituente della storia contemporanea, non eludibile. Oggi la società occidentale non può prescindere dai grandi fenomeni di migrazione che possiamo definire ormai di massa a livello planetario. Su questo si gioca tutta la partita, perché chi sostiene e chi inganna anche i propri elettori nel tentare di affermare il concetto che l'immigrazione possa o essere frenata o essere contenuta o addirittura essere respinta o, ancora peggio, come accade purtroppo ricorrentemente, che l'immigrazione sia un fenomeno transitorio e che possa essere combattuto e un giorno risolto, racconta bugie, afferma una realtà che non sarà mai. L'immigrazione è un dato assoluto come lo è il dato rispetto alle mutazioni climatiche, al buco dell'ozono. È una condizione da cui non si può prescindere, così è e basta. E da questa presa di coscienza si devono introdurre le misure e su questo piano ci si deve confrontare per affrontare meglio non questa emergenza, perché non è più un'emergenza, ma questa condizione, che sono due concetti diversi. L'emergenza la si affronta con strumenti di emergenza che talvolta possono andare anche oltre un limite, perché un'emergenza va contenuta e bisogna difendersi rispetto ad un'emergenza e a un problema. L'immigrazione è un dato normale, costituente, e bisogna mettere in moto strumenti di semplice interrelazione, in modo che si possa stabilire una connessione e una risposta alle domande che naturalmente ogni condizione della nostra società pone. Anche l'immigrazione pone delle domande. Ipocrita è in questo quadro l'atteggiamento di chi, al contrario di chi nega il carattere permanente dell'immigrazione, ne esalta il valore in termini quasi aprioristici, come se fosse un mito. Non è un mito, non è un'emergenza, è una condizione normale, per cui vanno stabilite regole normali di convivenza e risposte concrete ai bisogni. Così come di fronte al problema dell'alloggio vanno trovati terreni e costruite case, di fronte all'immigrazione bisogna semplicemente stabilire le forme di partecipazione dei cittadini alle forme comunitarie, partecipazione alla vita democratica sociale, anche economica. Va garantito il diritto dei bambini di entrare nella normalità delle relazioni con i propri coetanei,

di diventare cittadini, con pelle di colore diverso, lingue di famiglia diverse come ce l'avevano i nostri genitori, che fossero calabresi, siciliani, veneti o venostani o pusteresi. Ognuno di noi porta in sé un carattere di diversità rispetto all'altro, siamo tutti molto diversi in quest'aula, e la cosa per me rappresenta un elemento di ricchezza straordinaria. La questione è saper far interagire queste diversità in una miscela straordinaria che possa produrre un risultato positivo. Con la paura non si andrà mai da nessuna parte. Ho paura che la paura prenda il sopravvento, ma dico anche ai colleghi che credono in questa legge più di quanto possa credere io che ritengo questa legge debole, perché non ha avuto il coraggio di andare un po' più in là rispetto a quanto potesse. Credo che un passaggio buono, ma ne parleremo, sia quello della mediazione culturale, ma su altre cose le risposte forse sono state piuttosto caute. Credo che comunque chi sostiene con forza e grande convinzione questa legge debba avere la comprensione del fatto che le paure che si sono manifestate qua in aula non saranno legittime, non saranno giuste, io sono il primo ad affermare che non le condivido, le respingo, ho paura di queste paure, ma bisogna comprendere che questo è uno stato d'animo di una parte della società che di fronte al nuovo ha paura. Noi tutti abbiamo il compito, coloro che credono in questa legge, coloro che la voteranno senza troppo entusiasmo sperando di poterla modificare un po', abbiamo il dovere morale di avere rispetto delle paure ma di sapere anche instillare la saggezza della comprensione dell'ineluttabilità di questo fenomeno e della necessità di saperlo controllare, perché il futuro dei nostri figli e dei figli d'Italia, d'Europa, della società occidentale sarà collegato al futuro dei nuovi cittadini che qui sono approdati assieme alle loro famiglie e che chiedono non ospitalità, ma di poter vivere la loro vita, contribuendo al benessere collettivo.

**BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei):** Non vorrei ripetere il dibattito generale che abbiamo fatto ieri mattina, però tre considerazioni le faccio. Sapevamo benissimo che questo dibattito avrebbe suscitato molte passioni e molti sentimenti. Personalmente devo dire che ho molto apprezzato le parole della collega Ulli Mair, la grande onestà intellettuale con la quale dice: ascoltate la nostra gente, ascoltate le paure della gente. Le paure ci sono. Ciò che mi differenzia da Lei, collega Mair, è la concezione stessa della politica. Io credo che la politica non sia seguire le paure della gente ma fare il modo di governare i processi, soprattutto nei momenti difficili e complessi come quello che sta attraversando la società in questo momento. Io dico venendo da una forza politica che nella sua storia se avesse seguito la pancia della gente, non avrebbe mai affrontato quello straordinario e lungimirante percorso che è la nostra autonomia. Se noi avessimo fatto nel 1972 un referendum tra la popolazione di lingua italiana, questo straordinario risultato non l'avremmo ottenuto. Ma quando sei convinto che in futuro per la tua popolazione ci sarà una condizione migliore, queste paure le devi vincere. Il compito della politica non è seguire le paure, è cercare di aiutare la popolazione a governare e a vivere le grandi trasformazioni della società.

Alcune cose sono state dette e le dico per precisazione. Al collega Egger dico che ormai da 20 anni le richieste di permesso di soggiorno a tempo determinato sono zero all'anno. Gli unici permessi che vengono richiesti sono di circa 800 all'anno e sono in diminuzione e sono per stagionali. Il problema è che oggi entrano da tutti i paesi dell'Unione Europea cittadini che sono in possesso di regolare permesso di soggiorno, perché i numeri citati da alcuni non tengono conto di una cosa, ad esempio del fatto che molti dei dati che abbiamo riguardano l'Unione Europea quando era ancora non a 27, che nel frattempo Paesi che fino a poco tempo fa erano di extracomunitari, la Romania, l'Ungheria, ecc. oggi sono Paesi Unione Europea, che nel 2013 Croazia, Serbia, Montenegro saranno della Comunità europea, che la Turchia già è alle porte della Comunità europea, e non è costruendo muri attorno all'Alto Adige che noi riusciamo a proteggerci da una migrazione che non ha confini e non ha possibilità di contenimento, ha solo possibilità di essere governata.

Per quanto riguarda gli emendamenti, il n. 12 chiedo ai colleghi di votarlo, li ho divisi in tre blocchi. Il primo blocco cerca in qualche in qualche modo di modificare i limiti che già sono limiti, quello dei cinque anni come ad esempio l'emendamento n. 3 che chiede di portare il limite a 10 anni, che non solo non è politicamente accettabile, ma proibito dall'Unione Europea. I cinque anni che ci sono portarli a 10 non è possibile. Gli emendamenti 1, 2 e 4 vogliono inserire all'interno di questa legge competenze che sono di tipo statale e che noi non possiamo inserire all'interno di questa legge. Altri non sono accettabili in quanto prevedono l'eliminazione di interi articoli o di interi commi.

Al collega Seppi devo una risposta. Gli immigrati, se vuole i dati glieli do mese per mese, disoccupati, oscillano mediamente tra i 1000 e i 1800 all'anno.

**PRESIDENTE:** Passiamo alle votazioni sugli emendamenti.

È stata richiesta la votazione segreta da cinque consiglieri.  
Votiamo sull'emendamento n. 1. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 31 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 24 voti contrari. Pertanto l'emendamento n. 1 è respinto.

Votiamo sull'emendamento n. 2. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 31 schede consegnate, 9 voti favorevoli, 22 voti contrari. Pertanto l'emendamento n. 2 è respinto.

Votiamo sull'emendamento n. 3. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 10 voti favorevoli, 22 voti contrari. Pertanto l'emendamento n. 3 è respinto.

Votiamo sull'emendamento n. 4. Consigliere Seppi, prego.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** Dopo un consulto con le opposizioni, chiedo la votazione per scrutinio segreto per il comma 1 e 2 e per le lettera a), b), c) fino alla lettera g).

**PRESIDENTE:** Va bene.

Passiamo alla votazione sul comma 1 dell'emendamento n. 4. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 9 voti favorevoli, 23 voti contrari. Pertanto il comma 1 dell'emendamento n. 4 è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera a). Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 31 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 22 voti contrari e 2 schede bianche. Pertanto il comma 2, lettera a), è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera b). Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 8 voti favorevoli, 21 voti contrari, 3 schede bianche. Pertanto il comma 2, lettera b), è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera c). Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 8 voti favorevoli, 23 voti contrari, 1 scheda bianca. Pertanto il comma 2, lettera c), è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera c-bis. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 23 voti contrari e 2 schede bianche. Pertanto il comma 2, lettera c-bis, è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera d). Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 24 voti contrari, 1 scheda nulla. Pertanto il comma 2, lettera d), è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera e). Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 31 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 22 voti contrari, 2 schede bianche. Pertanto il comma 2, lettera e), è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera f). Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 24 voti contrari, 1 scheda bianca. Pertanto il comma 2, lettera f), è respinto.

Passiamo alla votazione sul comma 2, lettera g). Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 8 voti favorevoli, 23 voti contrari, 1 scheda bianca. Pertanto il comma 2, lettera g), è respinto.

Passiamo alla votazione sull'emendamento n. 5: respinto con 6 voti favorevoli, 17 voti contrari e 1 astensione.

Emendamento n. 6. È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 23 voti contrari, 2 schede bianche. Pertanto l'emendamento n. 6 è respinto.

Emendamento n. 7: respinto con 7 voti favorevoli, 23 voti contrari e 5 astensioni.

Emendamento n. 8: respinto con 3 voti favorevoli, 18 voti contrari e 5 astensioni.

Emendamento n. 9: respinto con 2 voti favorevoli, 20 voti contrari e 5 astensioni.

Emendamento n. 10: respinto con 2 voti favorevoli, 20 voti contrari e 1 astensione.

Emendamento n. 11. È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 9 voti favorevoli, 21 voti contrari, 1 scheda nulla, 1 scheda bianca. Pertanto l'emendamento n. 11 è respinto.

Emendamento n. 12: approvato con 7 voti contrari, 1 astensione e i restanti voti favorevoli.

Emendamento n. 13. È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 9 voti favorevoli, 22 voti contrari, 1 scheda bianca. Pertanto l'emendamento n. 13 è respinto.

Emendamento n. 14. È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 23 voti contrari, 2 schede bianche. Pertanto l'emendamento n. 14 è respinto.

Emendamento n. 15: È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 9 voti favorevoli, 21 voti contrari, 2 schede bianche. Pertanto l'emendamento n. 15 è respinto.

Emendamento n. 16: È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 8 voti favorevoli, 23 voti contrari, 1 scheda bianca. Pertanto l'emendamento n. 16 è respinto.

La parola al consigliere Egger sull'ordine dei lavori.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Herr Präsident, ist es laut Geschäftsordnung in Ordnung dass ein Nicht-Quästor ...

**PRESIDENTE:** Siamo sempre in fase di votazione.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Das betrifft ja die Abstimmung!

**PRESIDENTE:** Riguarda la votazione?

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Sì. In welcher Sprache soll ich sprechen, damit Sie es verstehen? Italienisch? Che uno dei non questori, in questo caso il consigliere Baumgartner, funga da questore, secondo il regolamento va bene o non va bene? Peraltro chiedo la votazione segreta sul prossimo emendamento.

**PRESIDENTE:** Il consigliere Baumgartner stava sostituendo un segretario questore che si era assentato per alcune fasi della seduta, credo che a quest'ora sia anche comprensibile. Non accadrà più, presumo, a meno che qualcuno non chieda ancora di assentarsi per motivi personali.

Emendamento n. 17: È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 32 schede consegnate, 8 voti favorevoli, 23 voti contrari, 1 scheda bianca. Pertanto l'emendamento n. 17 è respinto.

Emendamento n. 18: respinto con 4 voti favorevoli, 21 voti contrari e 1 astensione.

Emendamento n. 19: respinto con 4 voti favorevoli, 3 astensioni e i restanti voti contrari.

Emendamento n. 20: respinto con 2 voti favorevoli, 22 voti contrari e 5 astensioni.

L'emendamento n. 21 è stato ritirato.

Emendamento n. 22: È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 30 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 19 voti contrari, 4 schede bianche. Pertanto l'emendamento n. 22 è respinto.

Emendamento n. 23: È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 30 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 21 voti contrari, 2 schede bianche. Pertanto l'emendamento n. 23 è respinto.

Emendamento n. 24: respinto con 2 voti favorevoli, 18 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 25: respinto con 2 voti favorevoli, 19 voti contrari e 6 astensioni.

Emendamento n. 26. È stata chiesta la votazione segreta. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 30 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 21 voti contrari e 2 schede bianche. Pertanto l'emendamento n. 26 è respinto.

Emendamento n. 27: respinto con 3 voti favorevoli, 18 voti contrari e 3 astensioni.

Emendamento n. 28: respinto con 3 voti favorevoli, 17 voti contrari e 3 astensioni.

Emendamento n. 29: respinto con 8 voti favorevoli e 18 contrari.

Ha chiesto la parola il consigliere Urzi sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

**URZI (Futuro e Libertà – Zukunft und Freiheit – Dagnì y libertà):** Per quanto riguarda il conteggio delle votazioni, vorrei sapere se vengono calcolati anche i colleghi della maggioranza che non alzano la mano o solo quelli che alzano la mano, perché ci sono diverse persone che non alzano la mano e sicuramente i segretari questori non li conteranno, perché bisogna alzare la mano! Non è importante essere parte della maggioranza e basta!

**PRESIDENTE:** abbiamo segretari questori serissimi e severissimi, giustamente.

Emendamento n. 30: respinto con 9 voti favorevoli e 20 voti contrari.

Emendamento n. 31: respinto con 3 voti favorevoli, 21 voti contrari e 3 astensioni.

Emendamento n. 32: respinto con 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 4 astensioni.

Emendamento n. 33: respinto con 3 voti favorevoli e 20 voti contrari.

Emendamento n. 34: respinto con 3 voti favorevoli, 25 voti contrari e 1 astensione.

L'emendamento n. 35 non deve essere votato perché stato respinto l'emendamento n. 34.

Emendamento n. 36: respinto con 3 voti favorevoli, 20 voti contrari e 1 astensione.

Emendamento n. 37: respinto con 2 voti favorevoli, 16 voti contrari e 7 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo? Il consigliere Leitner, ne ha facoltà.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Zu dieser frühen bzw. späten Stunde nur zwei, drei Sätze. Ich hätte mir erwartet, dass jemand, der absichtlich einen Fehler begeht, um jemanden zu diskreditieren, die Größe hätte, sich zu entschuldigen. Das war der Grund für unser Verhalten. Wir lassen es nicht zu, dass man eine ganze Wählerschaft beleidigt und uns Vorwürfe macht, die weder Kopf noch Fuß haben. Die schlechte Behandlung oder Ausgrenzung von Behinderten ... Also, das Argument heranzuziehen, das kein Mensch je erwähnt hat ...! Schäbigeres habe ich in meiner politischen Laufbahn noch nicht erlebt! Ich halte jede Diskussion aus und bin nicht beleidigt, wie einige gemeint haben, aber dieses miese Spiel, Kollege Theiner, lassen wir nicht zu! Ich hätte mir erwartet, dass Ihr zumindest die Größe hättet zu sagen: "Das haben wir nicht gesagt, das haben wir nicht so gemeint!" Herzugehen, etwas aufzuführen, jemanden zu beauftragen, zu filmen wie der Kollege Schuler hier einen Spruch loslässt und die Aufnahmen dann wieder aus dem Internet herausnehmen, wenn man draufkommt, dass man einen Blödsinn aufgeführt hat, aber nicht die Größe zu haben zu sagen, dass das ein Fehler war, so etwas darf in einem Parlament nicht geschehen! Und dann versendet Ihr eine Pressemitteilung, zu dem Zeitpunkt, als ich auf Rückfrage des Kollegen Schuler erklärt habe, was wir darunter verstehen, und nach Verlesen des Änderungsantrages Nr. 33, in dem klar definiert ist, was wir unter Familienzusammenführung verstehen! Das hat nichts mit Beleidigung zu tun, sondern mit Selbstschutz, denn sonst würdet Ihr uns möglicherweise aufgrund des neuen Gesetzes anzeigen. Dann wären wir wirklich diskriminierend, und das lasse ich mir einfach nicht gefallen!

**EGGER (Die Freiheitlichen):** Ich schließe mich den Worten meines Vorredners vollinhaltlich an.

Zum Artikel 1. Wie bereits erwähnt, geht es hier um die Ziele des Gesetzes. Für uns ist zu wenig deutlich beschrieben, wie man versuchen will, den Immigrationsstrom auf ein Maß einzudämmen, welches erträglich ist. Migration braucht es zu einem bestimmten Anteil, aber man sollte wenigstens versuchen, diesen Strom so zu reduzieren, dass er verträglich ist und die Integration jener, die bereits hier sind, nicht erschwert wird. Wenn man die Lenkung des Migrationsstromes nur nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vornehmen will, so wie unter

Buchstabe g) definiert, dann ist mir das, mit Verlaub gesagt, zu wenig. "... und zwar im Rahmen der staatlichen Vorgaben." Auf Deutsch gesagt, regeln wir gar nichts, denn das machen der Arbeitsmarkt und der Staat. Hier haben wir wirklich eine Chance ausgelassen, um die Schraube ein wenig anzudrehen, damit man den künftigen Zustrom möglichst eindämmen kann.

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Leitner, ich bin schon ein bisschen erstaunt. Du bist es immer gewohnt auszuteilen, aber selbst bist Du empfindlich und verträgst überhaupt nichts! In der Tagesordnung Nr. 5 steht schwarz auf weiß: "*Familienzusammenführung ist nur für jene möglich, die bei der Einreise einen Arbeitsplatz und eine Wohnung nachweisen können. Die sozialen Leistungen des Landes dürfen nicht Teil des vorgeschriebenen Mindesteinkommens sein. Es ist darauf zu achten, dass keine kranken und arbeitsunfähigen Personen ins Land nachgeholt werden.*"

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wo steht "behindert"?

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Ich darf kein krankes Kind ins Land holen.

**EGGER (Die Freiheitlichen):** *(unterbricht)*

**THEINER (Landesrat für Gesundheits- und Sozialwesen und Familie – SVP):** Das steht hier schwarz auf weiß! Wenn Ihr etwas schreibt und dann das Gegenteil behauptet, dann ist das Euer Problem! Wenn Ihr sagt, dass Ihr Eure Wähler verteidigen müsst, so gilt das für uns genauso. Die Kollegin Ulli Mair hat uns in einem Interview alle als korrupt bezeichnet. Ich sage Ihnen, dass wir nicht korrupt sind! Man kann nicht einfach die ganze Zeit in die Vollen gehen und dann aufheulen und so tun, als wenn weiß Gott was passiert wäre. Wir haben nichts anderes gemacht, als das angeprangert, was Ihr hier schwarz auf weiß geschrieben habt. Der Kollege Schuler hat Ihnen ja gesagt, das zurückzuziehen, aber nichts ist passiert.

**PRESIDENTE:** La parola alla consigliera Mair.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** In persönlicher Angelegenheit. Kollege Theiner, ich habe Euch schriftlich mitgeteilt, dass ich von der Tageszeitung falsch zitiert worden bin. Ich habe von "moralisch korrupt" gesprochen, und Du kannst im Duden nachlesen, was das bedeutet. Zu dem stehe ich absolut, aber ich habe nie von "strafrechtlich korrupt" gesprochen. Ich bin falsch zitiert worden und habe mich am selben Tag bei der Zeitung gemeldet und das auch beklagt.

**THEINER (SVP):** Ich bin genauso wenig "moralisch korrupt" wie Du!

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Richard, ich stehe zu dem, was ich gesagt habe. Nicht zu dem, was in der Zeitung gestanden ist ...

**THEINER (SVP):** *(unterbricht)*

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Dann "moralisch verwerflich"! Das seid Ihr in vielen Dingen! Das ist meine persönliche Analyse, die ich machen darf. Natürlich darfst auch Du eine persönliche Analyse machen, aber ich wollte Dir nur erklären, dass ich nicht richtig zitiert worden bin, nicht mehr und nicht weniger.

**PRESIDENTE:** Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Allora passiamo alla votazione sull'articolo 1: approvato con 17 voti favorevoli, 10 voti contrari e 3 astensioni.

La parola al consigliere Pichler Rolle sull'ordine dei lavori.

**PICHLER ROLLE (SVP):** Ich bedauere sehr, dass es zu dieser langen Verzögerung gekommen ist, aus den Gründen, die vorhin erläutert worden sind. Der Landtag sollte eigentlich immer in die Lage versetzt werden, arbeiten zu können, und zwar unabhängig von Empfindlichkeiten. Hier geht es immerhin um einen Gesetzentwurf.

Wir haben uns darauf verständigt, das nächste Mal weiterzuarbeiten, ohne dass es zu weiteren Verzögerungen kommt. Unter diesen Voraussetzungen stelle ich den Antrag auf Beendigung der Sitzung.

**PRESIDENTE:** Non vedo obiezioni, pertanto viene accolta la proposta di chiudere la seduta.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Voglio ringraziare tutti coloro che hanno collaborato, i consiglieri ma anche il personale del Consiglio.

Buona notte a tutti.

La seduta è tolta.

Ore 1.35 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ARTIOLI (15, 43, 49, 61, 71, 89)

BIZZO (17, 23, 34, 40, 60, 68, 92)

DELLO SBARBA (3, 33, 42, 61, 77)

EGGER (13, 14, 15, 26, 27, 61, 67, 83, 84, 95, 96)

HEISS (10, 22, 39)

KLOTZ (22, 34, 72)

KNOLL (4, 12, 38, 44, 65, 67)

LEITNER (1, 8, 10, 13, 27, 28, 29, 48, 79, 96, 97)

MAIR (20, 26, 31, 72, 87, 97)

PICHLER ROLLE (1, 14, 18, 68, 70, 71, 85, 86, 97)

PÖDER (43)

SCHULER (28, 30, 81)

SEPPI (3, 16, 17, 38, 46, 49, 53, 55, 58, 59, 60, 66, 81, 93)

STIRNER BRANTSCH (32, 47)

STOCKER M. (15)

STOCKER S. (36, 84)

THEINER (18, 97)

TINKHAUSER (84)

TOMMASINI (5, 55, 61)

UNTERBERGER (11, 12, 14, 15, 37)

URZÌ (15, 21, 39, 40, 42, 43, 48, 66, 67, 70, 71, 72, 90, 96)